

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

20. Sitzung	7. Wahiperiode	;			
Donnerstag, 28. September 2017, Schwerin, Schloss					
Vorsitz: Vizepräsidentin Beate Schlupp und Vize	präsidentin Dr. Mignon Schwenke				
Inhalt	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, Fraktion der AfD2	23			
Erweiterung der Tagesordnung4	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Sandro Hersel, Fraktion der AfD2	:3			
Fragestunde – Drucksache 7/1082 –4	Persönliche Bemerkung gemäß § 88 GO LT durch den Abgeordneten Torsten Renz, Fraktion der CDU2	25			
Karen Larisch, DIE LINKE	Antrag der Fraktion der AfD				
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Kein Platz für menschenverachtende	Beschluss2	:5			
Hetze im Parlament - Drucksache 7/10526	Nachwahl eines Schriftführers des Landtages2	:5			
Peter Ritter, DIE LINKE	Wahlvorschlag der Fraktion der BMV – Drucksache 7/1104 –2	:5			
Dr. Ralph Weber, AfD 8 Torsten Renz, CDU 13 Bernhard Wildt, BMV 16 Thomas Krüger, SPD 17	Beschluss2	:5			
Dr. Gunter Jess, AfD	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Metropolregionen unterstützen – Modellprojekte zur Ausdehnung von Tarifgebieten fördern				
Beschluss22, 23, 98, 99, 100	– Drucksache 7/1055 –2	25			

Wolfgang Waldmüller, CDU	. 26	Maika Friemann-Jennert, CDU	54, 55
Minister Christian Pegel	. 27	Karen Larisch, DIE LINKE	55
Dr. Ralph Weber, AfD	. 29	Dr. Ralph Weber, AfD	56
Jochen Schulte, SPD	. 30	Jörg Heydorn, SPD	56, 57, 58
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE			
Dr. Matthias Manthei, BMV		Beschluss	58
Sebastian Ehlers, CDU			
Beschluss	. 33		
		Antrag der Fraktion der AfD	
		Kleine und mittlere Unternehmen	
		entlasten – Bürokratieabbau in	
Erweiterung der Tagesordnung		Mecklenburg-Vorpommern einleiten	
gemäß § 74 GO LT	. 33	– Drucksache 7/1046 –	58
Beschluss	. 33	Thomas de Jesus Fernandes, AfD	50
		Minister Harry Glawe	
		Dirk Lerche, AfD	
		Jochen Schulte, SPD	
Antrag der Fraktion der AfD		Henning Foerster, DIE LINKE	
Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam		Wolfgang Waldmüller, CDU	
für Mecklenburg-Vorpommern		vvoligarig vvaldifiditer, ODO	
- Drucksache 7/1044	. 34	Beschluss	64
Nikolaus Kramer, AfD			
Minister Lorenz Caffier			
Martina Tegtmeier, SPD		Autuan dan Fraktian DIF LINKE	
Peter Ritter, DIE LINKE		Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Ann Christin von Allwörden, CDU	. 38	Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen	
		– Drucksache 7/1047 –	64
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE	
Unser Land braucht seine Zeitungen –		Ministerin Stefanie Drese	
Alternativen zu Arbeitsplatzabbau		Maika Friemann-Jennert, CDU	
und Tarifflucht aufzeigen		Nikolaus Kramer, AfD	
- Drucksache 7/1049	. 41	Christian Brade, SPD	
		Minister Mathias Brodkorb	
Henning Foerster, DIE LINKE	. 41	Karen Larisch, DIE LINKE	
Jochen Schulte, SPD43,	49	Christel Weißig, BMV	
Dr. Ralph Weber, AfD	. 46	Jörg Heydorn, SPD	77
Wolfgang Waldmüller, CDU	. 46		
Eva-Maria Kröger, DIE LINKE	. 48	Beschluss	80
Peter Ritter, DIE LINKE	. 50		
Beschluss	. 51		
		Antrag der Fraktion DIE LINKE	
		Handlungsempfehlungen der	
		Enquete-Kommission umsetzen –	
Unterrichtung durch die Landesregierung		Neues Landesprogramm "Älter werden	
10. Tätigkeitsbericht des Integrations-		in Mecklenburg-Vorpommern" entwickeln	
förderrates bei der Landesregierung		– Drucksache 7/1048 –	81
Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeitraum		T (K E SELENCE	A
1. November 2012 bis 31. Oktober 2016		Torsten Koplin, DIE LINKE	
und Stellungnahme der Landesregierung	-,	Ministerin Stefanie Drese	
– Drucksache 7/437 –	. 51	Maika Friemann-Jennert, CDU	
Toroton Konlin DIE LINKE	EO	Jörg Kröger, AfD	
Torsten Koplin, DIE LINKE51, 57,		Jörg Heydorn, SPD	85
Ministerin Stefanie Drese	54 54	Reschluss	88
DUSIEU DEUZ VAZU	: 14	DESCULUSS	XX

Antrag der Fraktion DIE LINKE Zinsen für Dispositions- und	
Überschreitungskredite begrenzen	
- Drucksache 7/1050	88
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE88,	
Ministerin Katy Hoffmeister	
Philipp da Cunha, SPD	
Christoph Grimm, AfD	
Holger Kliewe, CDU	
Bernhard Wildt, BMV	95
B e s c h l u s s	97
Antrag der Fraktionen	
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV	
Einsetzung von Ausschüssen	
- Drucksache 7/1106	97
D1401040110 17 1 1 0 0	0,
Beschluss	97
Antrag der Fraktionen	
der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV	
Einsetzung eines Parlamentarischen	
Untersuchungsausschusses	
– Drucksache 7/1108 –	97
Beschluss	97
Nijakata Citaruna	
Nächste Sitzung Mittwoch. 18. Oktober 2017	97
WILLIAMORITY TO: OVIONO FOR THE TANK TH	JI.

Beginn: 9.01 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 20. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat bestand Einvernehmen darüber, vor dem Hintergrund der Gründung der Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern die Anzahl der Ausschussmitglieder neu zu regeln. In Umsetzung dieser Vereinbarung im Ältestenrat liegt Ihnen auf Drucksache 7/1106 ein Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV zum Thema "Einsetzung von Ausschüssen" vor. Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Tagesordnung nach Tagesordnungspunkt 27 beraten? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/1082 vor

Fragestunde – Drucksache 7/1082 –

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Inneres und Europa. Hierzu bitte ich die Abgeordnete Karen Larisch, Fraktion DIE LINKE, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Karen Larisch, DIE LINKE: Guten Morgen, Herr Ministerl

1. Inwieweit ist es zutreffend, dass die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern den Landkreisen und gegebenenfalls auch den kreisfreien Städten aufgetragen hat, die Betreuung dezentral untergebrachter Asylsuchender öffentlich auszuschreiben und die anschließende Vergabe dem billigsten Gebot zuzuschlagen?

Minister Lorenz Caffier: Schönen guten Morgen, Frau Kollegin Abgeordnete Larisch! Es ist immer ein Stück Wahrheit dran an solchen Sachen, aber nicht alles ist richtig. Also die Mehrheit der bestehenden Verträge zur dezentralen Betreuung von Asylsuchenden ist in der Vergangenheit auf Basis der Kommunen in Absprache mit dem Lande freihändig zustande gekommen aufgrund der damaligen Situation, die hier alle im Haus kennen, die ich nicht weiter auszuführen brauche.

Nachdem sich der Abbau dezentraler Unterkünfte und in den letzten Monaten auch der Betreuungsumfang für die Personen reduziert hat, für die das Land den Kommunen die Aufwendungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erstattet, hat das Landesamt für innere Verwaltung, und das ist richtig, die Kommunen gebeten, für die oben genannten Fälle nach Möglichkeit eine ordnungsgemäße Neuausschreibung dieser Dienstleistungen durchzuführen, um den Erfordernissen des Vergaberechts – und jetzt hatten wir ja den Haushalt und wir werden auch durch den Hof kontrolliert – gerecht zu werden.

Bezuschlagt wird nicht das billigste Angebot, sondern das wirtschaftlichste Angebot. Dabei wird grundsätzlich

nicht nur der Preis, sondern werden eben auch qualitative Aspekte berücksichtigt. Die Wertungskriterien werden jeweils von den für die Durchführung der Vergabeverfahren zuständigen Kommunen festgelegt. Also auch, welche Anforderungen man daran stellt, legt die Kommune, die es vergibt, nachher fest. Das Land legt immer einen hohen Wert darauf, schon in der Vergangenheit, dass den qualitativen Aspekten ein hohes Gewicht zukommt. Insofern hat es seitens des Landes keine Vorgabe gegeben, das billigste Angebot zu nehmen.

Karen Larisch, DIE LINKE: Vielen Dank.

Jetzt haben Sie fast schon die zweite Frage mit beantwortet. Ich stelle sie trotzdem noch mal:

 Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien haben Ausschreibungen durch die Landkreise und kreisfreien Städte für die Betreuung dezentral untergebrachter Asylsuchender zu erfolgen?

Minister Lorenz Caffier: Ja, Frau Kollegin Abgeordnete, die beiden Fragen tangieren einander. Insofern ist es richtig: auf Grundlage der Arbeitshinweise des Ministeriums für Inneres und Europa vom 28.10.2015 zur sozialen Betreuung von Ausländern, die dezentral in Wohnungen untergebracht werden, sowie den einschlägigen Rechtsgrundlagen des Vergaberechtes. Zu diesen Normen gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung, die Vergabeordnung des Bundes, das Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern und ansonsten, wie ich schon in der vorhergehenden Antwort dargelegt habe, die Kriterien der qualitativen Anforderungen natürlich.

Karen Larisch, DIE LINKE: Okay.

Gestatten Sie eine Nachfrage?

Minister Lorenz Caffier: Gern.

Karen Larisch, DIE LINKE: Wann und auf welche Art und Weise wurden die Landkreise und kreisfreien Städte in jüngster Zeit durch die Landesregierung darüber informiert und darauf hingewiesen, auf welcher rechtlichen Grundlage, nach welchen Kriterien und in welchem zeitlichen Umfang Ausschreibungen durch die Landkreise und kreisfreien Städte für die Betreuung dezentral untergebrachter Asylsuchender zu erfolgen haben?

Minister Lorenz Caffier: Ich werde Ihnen das Datum direkt nachreichen, das habe ich jetzt nicht abrufbar. Aber wir haben die regelmäßigen Zusammenkünfte der ABH, der Ausländerbehörden der Landkreise, mit Frau Berg, der zuständigen Frau bei uns im Ministerium für Asylsuchende, und in dem Fall ist das auch so mitgeteilt und schriftlich an die dementsprechenden Träger ergangen. Das Datum reiche ich Ihnen nach.

Karen Larisch, DIE LINKE: Okay. Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe nun den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit auf. Ich bitte jetzt den Abgeordneten Dr. Gunter Jess, Fraktion der AfD, die **Fragen 3 und 4** zu stellen.

Dr. Gunter Jess, AfD: Einen guten Morgen an das gesamte Plenum! Sehr geehrter Herr Minister!

Eine Studie am Institut für Rechtsmedizin der Universität Rostock belegt, dass von 10.000 untersuchten Totenscheinen nur ein geringer Prozentsatz durch die zuständigen Ärzte ohne Fehler erstellt worden war.

Ich frage die Landesregierung erstens:

3. Welche negativen Auswirkungen hat eine derart hohe Fehlerrate bei der Ausstellung von Totenscheinen?

Und zweitens:

4. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung?

Minister Harry Glawe: Ja, sehr geehrter Kollege Jess! Sie haben recht, in der Öffentlichkeit sorgen zurzeit die hohen Fehlerzahlen für Aufsehen. Entscheidend ist, die Studie wurde von August 2012 bis 2015 detailliert geprüft. Die Studie unterscheidet formale und schwerwiegende Fehler, wobei die formalen Fehler deutlich überwiegen. Die Angaben auf den Totenbescheinigungen dienen nicht nur der Todesursachenstatistik, sondern sind auch Voraussetzungen für die Beurkundung des Sterbefalls. Unvollständig oder falsch ausgestellte Todesbescheinigungen können möglicherweise auch rechtliche Folgen haben. Aus diesem Grund ist das konkrete Ausstellen unerlässlich, das heißt, die Fehler müssen in Zukunft deutlich minimiert werden.

Ich will Ihnen mal ein Beispiel bringen, wie zum Beispiel ein formaler Fehler entsteht. Es ist bei einer verstorbenen Frau, die 90 Jahre alt ist, auch die Frage "Schwangerschaft, ja oder nein" zu beantworten. Und da wird oftmals durch die Ärzte kein Kreuz gemacht. Das ist sozusagen ein formaler Fehler.

In besonderer Weise werden wir also in dieser Frage mit der Ärztekammer, aber auch mit der Kassenärztlichen Vereinigung intensive Gespräche führen, um die Fort- und Weiterbildung für die Ärzte zu vertiefen, um zukünftig deutlich weniger Fehler auftreten zu lassen. Allerdings ist es eben auch so, dass gerade die Rechtsmedizin ja den Vorteil hat, dass nach einer Sektion ganz klar ist, wo die Todesursache zu suchen ist, während bei der Feststellung auf dem Totenschein oftmals Fragen offenbleiben. Das will ich zumindest noch hinzufügen. Es ist eine schwierige Entscheidung. Auf alle Fälle müssen wir dafür sorgen, dass die Ärzte insgesamt deutlich besser fortgebildet werden, um diesen Mangel zu reduzieren. Das ist jedenfalls das erklärte Ziel der Landesregierung, speziell der Abteilung Gesundheit im Wirtschaftsministerium.

Dr. Gunter Jess, AfD: Darf ich eine Nachfrage stellen?

Minister Harry Glawe: Bitte.

Dr. Gunter Jess, AfD: Das heißt, Sie sehen also in der Ausbildung die wesentlichen Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen?

Minister Harry Glawe: In der Ausbildung, aber auch in der Fort- und Weiterbildung. Das sind die beiden The-

men, die wichtig sind. Ärzte sind ja verpflichtet, sich ein Leben lang fortzubilden und weiterzubilden, und da werden jetzt noch mal intensive Anstrengungen unternommen, um also auch den Rechtsmedizinern die Möglichkeit zu geben, in der Weiterbildung intensiv aufzutreten, um auf die Bewältigung dieses Problems hinzuwirken.

Dr. Gunter Jess, AfD: Danke schön.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte nun den Abgeordneten Henning Foerster, Fraktion DIE LINKE, die **Frage 5** zu stellen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Guten Morgen, Herr Minister!

5. Vor dem Hintergrund, dass die Deutsche Post AG derzeit prüft, ob künftig nur noch an drei Tagen in der Woche Briefe und Pakete zugestellt werden sollen, und dies bundesweit zu einem Verlust von bis zu 10.000 Arbeitsplätzen führen würde, frage ich die Landesregierung, inwieweit sie Kenntnis darüber hat, wie viele Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern potenziell von diesem Vorhaben betroffen wären?

Minister Harry Glawe: Ja, guten Morgen, Herr Kollege Foerster! Wir haben erstens festzustellen, dass die Deutsche Post AG derzeit verpflichtet ist, jeden Tag Briefe flächendeckend an den Kunden auszutragen. Grundsatz! Es scheint sich hier um das Modellprojekt zu handeln, das zurzeit bei der Bundesnetzagentur angemeldet ist. Dieses Pilotprojekt wird ergebnisoffen gesehen, sodass ich heute noch nicht sagen kann, welche Auswirkungen es hat.

Auf alle Fälle ist festzustellen, dass wir als Landesregierung im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Erhalt guter Arbeitsplätze auch werben werden und bei der Bundesnetzagentur intensiv dann auch dafür eintreten wollen, dass die in Rede stehenden Zustellungen – nur an drei Tagen in der Woche – erst mal nicht relevant sind, aber das Pilotprojekt läuft ja noch, ist noch auszuwerten. Von daher kann ich Ihnen nur sagen, dass wir darauf ein Auge haben werden, und da weiß ich mich mit dem Kollegen Pegel einig, dass wir bei der Bundesnetzagentur darauf achten werden, dass wir die Diskussion zumindest so führen, dass wir möglichst die Arbeitsplätze erhalten wollen.

Henning Foerster, DIE LINKE: Danke schön.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Damit sind wir am Schluss der heutigen Tagesordnung.

(allgemeine Heiterkeit)

Der Fragestunde! Fragestunde! Ich weiß, das löst jetzt große Begeisterung aus, aber, meine Damen und Herren, Sie haben es ja selbst in der Hand, durch die Debattenkultur hier darauf hinzuwirken, wann wir denn tatsächlich am Ende der heutigen Tagesordnung sein werden.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 17** auf: Es handelt sich um die Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament, Drucksache 7/1052.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament – Drucksache 7/1052 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen wurden verschiedene menschenverachtende und gewaltverherrlichende Äußerungen von AfD-Abgeordneten öffentlich bekannt. Insbesondere der Abgeordnete Holger Arppe ist hier in besonders schlimmer Art und Weise in Erscheinung getreten, aber nicht nur er. Die Äußerungen sind dabei so abstoßend, so demokratiefeindlich und so parlamentsunwürdig, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE legen dem Parlament daher heute einen Antrag vor, der drei Ansätze verfolgt: Erstens kritisieren alle drei Fraktionen die Äußerungen auf das Schärfste, zweitens fordern wir den Abgeordneten Holger Arppe auf, alle öffentlichen Ämter und vor allen Dingen sein Landtagsmandat unverzüglich niederzulegen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

und drittens, liebe Kolleginnen und Kollegen, fordern wir alle Abgeordneten auf, die mit den Gewaltfantasien und der Hetze von Herrn Arppe sympathisiert haben, sich unverzüglich öffentlich zu erklären und gegebenenfalls selbst Konsequenzen zu ziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, über welche Äußerungen reden wir? In Facebook-Chats hat sich Herr Arppe mit anderen AfD-Abgeordneten oder anderen AfD-Sympathisanten ausgetauscht, zum Beispiel über Jan Hendrik H., einem Terrorverdächtigen, dem die Bundesanwaltschaft vorwirft, eine schwere staatsgefährdende Straftat vorbereitet, Waffen gehortet und Angriffe auf Linke geplant zu haben. Zitat Holger Arppe: "Der Typ würde perfekt in unsere Reihen passen. Er hasst die Linken, hat einen gut gefüllten Waffenschrank in der Garage und lebt unter dem Motto: Wenn die Linken irgendwann völlig verrückt spielen, bin ich vorbereitet." Zitatende. Falls die AfD scheitere, so Arppe weiter, sei es "eben gut, wenn man einen Schrank voller Gewehre und 'ne Munitionskiste in der Garage hat", Zitatende.

Herr Arppe hat sich auch um Ordner für eine Demonstration gekümmert und schrieb in diesem Zusammenhang an ein Mitglied der rechtsradikalen Identitären Bewegung und ehemaliges NPD-Mitglied, ich zitiere: "Wir brauchen noch ein paar ordentliche Nazis als Freiwillige." Zitatende. Für Herrn Arppe ist auch Gewalt ein wichtiges Mittel in der politischen Auseinandersetzung. Er sagt, ich zitiere: "Ich kann mir jetzt erklären, warum Revolutionen immer so blutig verliefen. Da muss man einfach ausrasten und erst mal das ganze rotgrüne Geschmeiß aufs Schafott schicken. Und dann das Fallbeil hoch und runter, dass die Schwarte kracht!" Zitatende.

Der öffentliche Auftritt soll natürlich ganz anders erfolgen. Arppe sagt: "Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren aber wenn wir endlich sowei sind, dann stellen wir sie alle an die Wand." Zitatende. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnert mich sehr an die Aussagen von Goebbels aus dem Jahr 1929: "Wenn die Demokraten so blöd sind" - ich zitiere sinngemäß -, "uns die Instrumente in die Hand zu geben, dann werden wir sie nutzen." Und Arppe weiter: Für die "widerlichen grünen Bolschewisten" solle man eine "Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben rauf". Herr Arppe unterscheidet Menschen nach ihrer Hautfarbe und träumt von einem Apartheidstaat. Ich zitiere: "... wenn es hier in Deutschland gut läuft, werden wir am Ende so eine Art Apartheidstaat haben wie damals in Südafrika, wo die Weißen den Rest einfach nur irgendwie in Schach halten", Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zu sexuellen und pädophilen Gewaltfantasien möchte ich hier keine Zitate aufführen. Das möchte ich Ihnen und uns ersparen. Die von mir verlesenen Zitate sprechen bereits für sich. SPD, CDU und DIE LINKE sind daher überzeugt, dieser Hetzer und Menschenfeind hat im Parlament sowie in allen anderen öffentlichen Ämtern und Funktionen nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es dazu jetzt auch in der AfD-Fraktion Beifall gibt und wenn die AfD-Fraktion meint, dass mit dem Austritt des Herrn Arppe aus Fraktion und Partei und mit seiner Abwahl als Schriftführer, mit seinem Abzug aus den Ausschüssen die Sache erledigt sei, dann irren Sie, meine Herren von der AfD-Fraktion, gewaltig.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Es handelt sich nach all dem, was wir lesen mussten, nicht um einen Einzelfall Arppe, es steckt noch viel mehr Arppe in dieser AfD-Fraktion, und ich befürchte, noch viel, viel mehr, als wir derzeit überhaupt absehen können, denn neben Holger Arppe traten auch die AfD-Abgeordneten Sandro Hersel und Thomas de Jesus Fernandes in Erscheinung. Auf die Überlegung Holger Arppes aus dem angeblich, ich zitiere, "völlig versifften Land" auszuwandern, entgegnete Sandro Hersel, ich zitiere: "Da kann man nur zum Nazi werden." Der Abgeordnete Hersel erklärte daraufhin, er neige eben zu "derbem Sarkasmus". Treffender ist wohl, er neigt zum Nationalsozialismus. Hersel schrieb auf die Frage, wo denn der Sitz der neuen Landesgeschäftsstelle sei, im Chat am 30.12.2014: Sassnitz, geschrieben: SA...SS...nitz.

Sarkasmus, Herr Hersel? Treffender ist wohl, Sie neigen zum Nationalsozialismus.

Da passt auch eine Wortwahl im Zusammenhang mit den Bemühungen um Sicherheitskräfte bei einer AfD-Veranstaltung. Die Stellenausschreibung à la Sandro Hersel lautete wie folgt: Die Männer sollten "groß, kahl und tättowiert" sein, eine Vorstrafe solle "Voraussetzung" sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und zum Angriff auf Flüchtlingsheime kam Hersel Folgendes in den Kopf, ich zitiere: "Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression, sondern ein Akt der Verzweiflung gegen Beschlüsse von oben." Zitatende.

(Thomas Krüger, SPD: Pfui Teufel!)

Das ist der perfide Versuch der politischen Rechtfertigung von schweren Straftaten in Reinkultur, das ist Sprache der NPD, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, meine Herren von der AfD-Fraktion.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Das ist der Nährboden für neue Pogrome. Das ist kein Sarkasmus, Herr Hersel!

Herr Hersel fantasierte auch von Waffengewalt. Im Zusammenhang mit einer angekündigten Gegendemonstration wetterte Hersel schon einmal, dass man sich "den Weg wohl freischießen" müsse – anscheinend ganz im Sinne seiner ehemaligen Kollegin Christel Weißig, die Plünderer erschießen lassen wollte. Aber auch das war offensichtlich nur Sarkasmus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes blies ebenso ins selbe Horn der Hetzer und Menschenfeinde. Auf die Mordfantasien des Holger Arppe reagierte er wie folgt: "Du weißt aber schon das dieses Rotgrüne Geschmeiß trotz ihrer Abartigkeit nur willfähige Erfüllungsgehilfen sind." Zitatende. Und was fiel Herrn Fernandes zum Terrorverdächtigen Jan Hendrik H. ein, der eine schwere staatsgefährdende Straftat vorbereitet, Waffen gehortet und auf Linke Angriffe geplant haben sollte? Er kommentierte dies doch tatsächlich mit den Worten: "Recht hat er!" Im Dezember 2014 ließ Fernandes wissen: "Habe eben einen Kanaken aus meinem Büro geschmissen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer weiß, welche Zitate durch die Herren Arppe, Hersel, Fernandes und andere noch fielen in diesem Chat. Fest steht, auch andere AfD-Mitglieder oder AfD-Sympathisanten haben sich mit ebenso widerwärtigen Aussagen beteiligt. Die AfD-Fraktion hat dazu geschwiegen und schweigt dazu bis heute. Auch die Biodeutschen-Fantasien eines Herrn Weber bleiben unwidersprochen. Und Gauland spricht davon, dass wir stolz sein sollen auf die "Leistungen" der Soldaten in zwei Weltkriegen. Udo Pastörs hat einmal gefordert, wir wollen, dass die Bundeswehr wieder "Deutsche Wehrmacht" heißt, damit alle wissen, was sie davon zu halten haben. Wissen Sie eigentlich, wes Geistes Kind Sie sind. Herr Weber?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Wahrscheinlich besser als Sie. – Thomas Krüger, SPD: Pfui Teufel!) Meine sehr verehrten Damen und Herren, niemand widerspricht diesen Gedanken, niemand aus der AfD-Fraktion. Niemand hat dem Einhalt geboten, kein Widerspruch, wenn Goebbels zitiert wird, Liedtexte der Hitlerjugend zitiert werden oder wenn dazu aufgerufen wird, Barrikaden vor dem Landtag anzustecken, das "Pack an den Haaren da rauszuziehen" und "das Gesindel aus den Parlamenten" aufzuhängen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE nehmen das nicht hin. Deswegen verlangen wir von der AfD-Fraktion Klarheit. Wir erwarten insbesondere von den Herren Hersel und Fernandes eine öffentliche Erklärung. Um es klar zu sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir unterstellen nicht allen Mitgliedern der AfD oder der AfD-Fraktion, dem Nationalsozialismus nahezustehen oder Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung zu befürworten, wir sagen aber auch klar, wer Leute in den eigenen Reihen schützt oder auch nur duldet, die mit den Gedanken von Arppe, Hersel oder Fernandes offen oder stillschweigend sympathisieren, der macht sich am Ende mit diesen Leuten gemein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist jede spätere öffentliche Distanzierung unglaubwürdig oder doch nur geheuchelt.

(Der Abgeordnete Jürgen Strohschein bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Deswegen ist dieser Antrag auch zum Schutz der Würde und für das Ansehen des heutigen Parlamentes dringend notwendig und deswegen beantworte ich jetzt auch keine Zwischenfragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend an unsere Landesverfassung erinnern. Darin heißt es in Artikel 18a in den Absätzen 1 und 2, ich zitiere: "Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußeren Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können. ... Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker oder der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns zu stören und insbesondere darauf gerichtet sind, rassistisches oder anderes extremistisches Gedankengut zu verbreiten, sind verfassungswidrig."

Dieser Artikel 18a, meine Herren von der AfD-Fraktion, ist im Ergebnis einer Volksinitiative in diesem Land in die Landesverfassung aufgenommen worden. Sie können heute beweisen, ob Sie auf dem Boden der Landesverfassung stehen oder nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich darauf hinweisen, dass der Abgeordnete de Jesus Fernandes großen Wert darauf legt, dass sein Name auch so ausgesprochen wird, wie er verschriftet ist. Ich denke, das ist ein berechtigter Anspruch, und von daher bitte ich doch die folgenden Redner, das zukünftig entsprechend zu beachten. Ansonsten müsste ich

die Rede unterbrechen und die richtige Bezeichnung des Namens einfordern.

Jetzt rufe ich auf für die Fraktion der SPD den Abgeordneten Jochen Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht wäre es interessant gewesen, wenn die Kollegen der AfD-Fraktion – an dieser Stelle zumindest – den Arsch in der Hose gehabt hätten und gleich als Erste im Nachgang zu der Rede des Kollegen Ritter hier Position bezogen hätten, aber wahrscheinlich ist es nicht mal dafür ausreichend, was da noch in der AfD-Fraktion übrig geblieben ist

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der AfD! Man hat mich gestern attackieren wollen – das war ja wohl ein untauglicher Versuch –, man hat mich gestern attackieren wollen, weil ich Ihnen, Ihren Mitgliedern, Ihrer Fraktion, Ihrer Partei, ich will es mal als Euphemismus formulieren, Nähe zum Nationalsozialismus oder zum Rechtsradikalismus vorgeworfen habe. Und, Herr Dr. Jess, ich habe es gestern schon an dieser Stelle gesagt – da kann ich mich auch nur den Worten des Kollegen Ritter anschließen –, keiner von uns hält jeden von Ihnen für einen Nationalsozialisten oder einen Rechtsradikalen.

(Beifall Jürgen Strohschein, AfD)

Aber alle unter Ihnen müssen sich eine Frage stellen: Schauen Sie sich Ihren Nachbarn an, gucken Sie ihm ins Gesicht und fragen Sie sich, wenn Sie selber kein Rechtsradikaler sind, wenn Sie selber kein nationalsozialistisches Gedankengut vertreten, ob Sie nicht auch einer derjenigen sind, die im Falle eines Falles dann auf dem Schafott landen! Fragen Sie sich genau! Fragen Sie sich genau, mit welchen Fraktionsmitgliedern Sie eigentlich diese Fraktion bilden! Sie müssen doch, sehr geehrte Herren aus der Fraktion der AfD, Sie müssen doch nicht glauben, dass Sie die Menschen in diesem Lande glauben machen können, dass man sich auf einen braunen Misthaufen setzt und sich dabei nicht selber den Hosenboden braun einfärbt!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jeder von Ihnen, jeder von Ihnen hat gewusst, wes Geistes Kind der Kollege Arppe ist, als er tatsächlich mit Ihnen in diese Fraktion eingezogen ist. Keiner von Ihnen, keiner von Ihnen kann sich hinstellen und sagen, wir haben es erst mit diesen Chatprotokollen gewusst. Herr Arppe ist rechtskräftig verurteilt worden wegen Volksverhetzung. Und obwohl er wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist, obwohl er wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist, ist er aus der Mitte Ihrer Partei auf der Landesliste aufgestellt worden. Sie gemeinsam haben Wahlkampf mit ihm gemacht, Sie gemeinsam haben in dieser Fraktion mit ihm zusammengearbeitet, und es hat Sie nicht gestört. Es hat Sie an keiner Stelle gestört, mit wem Sie tatsächlich hier in diesem Plenarsaal zusammenarbeiten und welche Auffassungen er vertritt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist doch schon bemerkenswert gewesen, wenn diese Protokolle, als die Chatprotokolle über die Medien veröffentlicht worden sind, mit Äußerungen von Herrn Arppe, der jetzt nicht mehr der Fraktion der AfD angehört, der jetzt nicht mehr der Partei der AfD angehört, der sich aber wahrscheinlich

deswegen trotzdem nicht in seiner Gesinnung geändert haben wird, wenn diese Protokolle gemeinsam mit den Noch-Mitgliedern der Fraktion der AfD, Herrn – ich hoffe, ich spreche den Namen jetzt richtig aus – Thomas Jesus de Fernandes oder Herrn Sandro Hersel ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Schulte! Der korrekte Name ist Herr de Jesus Fernandes.

Jochen Schulte, SPD: Dann bitte ich um Verzeihung. Also, ich möchte Herrn de Jesus Fernandes vieles hier vorhalten, aber keine falsche Aussprache seines Namens.

Sehr geehrte Herren in der Fraktion der AfD, Sie haben gewusst, mit wem Sie zusammensitzen, und Sie haben gewusst, wes Geistes Kind das ist. Das gilt offensichtlich nicht nur für Herrn Arppe, es gilt auch für Ihre Noch-Fraktionsmitglieder.

Ich kann mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, als die Chatprotokolle dann veröffentlicht worden sind, an dieses Rumgeeiere erinnern – ich weiß gar nicht, ob er noch Fraktionsvorsitzender der Fraktion der AfD ist oder ob er sich jetzt schon um den neuen Posten in der Berliner Bundestagsfraktion der AfD beworben hat, deswegen nimmt er ja wohl offensichtlich auch nicht mehr an der Plenarsitzungswoche teil, obwohl er immer noch dafür bezahlt wird, und ob Herr Holm hier tatsächlich noch irgendwas zu sagen hat –, jeder von Ihnen wird sich vielleicht an das Rumgeeiere erinnern, mit dem er sich dann notgedrungen – notgedrungen! – zu den Umständen und zu den Äußerungen des Herrn Arppe äußerte. Distanzierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sieht weiß Gott anders aus.

Wir haben alle zusammen von Ihnen bis zum heutigen Tage überhaupt kein Wort gehört zu diesen Äußerungen, die der Herr Kollege Arppe – nein, Kollege, das bleibt einem in dem Zusammenhang ohnehin im Hals stecken –, die Ihr ehemaliger Fraktionskollege Arppe hier an dieser Stelle geäußert hat. Herr Weber, Herr Dr. Jess und wie Sie alle heißen, wenn Sie sich an dieser Stelle nicht distanzieren, und zwar glaubwürdig distanzieren, dann werden wir Sie genauso behandeln, wie Sie dieses Parlament behandeln, wie Sie die Demokratie in diesem Lande behandeln.

Wenn Sie alle zusammen auf dem Standpunkt stehen, ja, dieses Land braucht noch ein paar ordentliche Nazis als Freiwillige, dann sagen Sie es wenigstens offen! Dann wissen auch die Wählerinnen und Wähler, wen Sie sich eigentlich zusammengewählt haben und wer ihre völkisch-nationalen Interessen vertritt. Aber dann tun Sie doch bitte nicht so, als ob Sie hier tatsächlich eine demokratische Fraktion wären, die politisch mitarbeiten will! So viel Anstand hatte selbst die NPD noch, dass sie das nicht glauben machen wollte. Aber Sie sind ja ohnehin auf dem Weg in diese Richtung, vielleicht lernen Sie das auch noch. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich rufe auf für die Fraktion der AfD den Abgeordneten Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Ich möchte zunächst und vorab mal beto-

nen, einiges von dem, was Sie, Herr Ritter, und Sie, Herr Schulte, vorgebracht haben, war an sich völlig überflüssig, denn da sind wir uns einig:

Punkt 1. "Der Landtag verurteilt" diese "Äußerungen". Wir haben sie längst verurteilt. Wenn Sie gelesen hätten, was wir beschlossen haben: Wir haben die Äußerungen, und zwar in beiden Varianten, Gewalt und erst recht, was die sexuellen Ausführungen angeht, auf das Schärfste verurteilt. Deswegen sind wir in diesem Punkt auch völlig einig mit Ihnen. Den Punkt teilen wir.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu gibt es an sich wenig zu sagen.

Ich möchte nur Sie korrigieren, Herr Schulte, wenn Sie sagen, Herr Arppe sei rechtskräftig wegen Volksverhetzung verurteilt. Herr Arppe ist in der ersten Instanz verurteilt. Dagegen ist ein Rechtsmittel eingelegt und darüber ist noch nicht entschieden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?!)

"Rechtskräftig" ist was anderes – nur zur Klarstellung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mehr fällt Ihnen dazu nicht ein?! Das spricht für Sie oder gegen Sie, Mann, Mann, Mann!)

Das fällt mir dazu ein. Das ist eine Tatsache, die müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie Ihnen nicht gefällt.

(Thomas Krüger, SPD: Der ist doch mit rechten Sprüchen aufgefallen. Das können Sie doch nicht ignorieren.)

Ich möchte im Namen der AfD ausdrücklich betonen, dass wir jegliche Form von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ablehnen.

(Zurufe von Philipp da Cunha, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Das beginnt mit dem Beschmieren von Hausfassaden, mit Sprayereien, geht weiter mit dem Abreißen von Wahlplakaten, dem Blockieren von angemeldeten und genehmigten Demonstrationen, schließt auch die Versuche ein, Gastwirte durch Druck dazu zu bringen, andere Wahlkampfauftritte von anderen Parteien abzulehnen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und erstreckt sich selbstverständlich auf jede Form der Gewalt gegen Menschen. Eine solche Eindeutigkeit in der Ablehnung von Gewalt in jeder Form in der Politik lässt leider die SPD vermissen.

(Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse und Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Gegenteil, Frau Ministerpräsident Schwesig verteilt Lob für gesellschaftliches Engagement und Preise an Musikgruppen, die offen zur Gewalt gegen Polizisten aufrufen, und tritt mit solchen grenzkriminellen Gruppen dann auch noch öffentlich bei Festivals auf.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Heute Morgen durfte ich der Presse entnehmen, dass Frau Nahles den Bundestagskollegen von der CDU mitteilen ließ, jetzt gibt es ordentlich "in die Fresse". Keine Gewalt?! Oder wie sehen Sie das?

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und Ihr Juso-Mitglied Yannick van de Sand ruft öffentlich zur Gewalt gegen AfD-Abgeordnete auf und möchte, Zitat, "Nazis aus dem Parlament boxen".

(Rainer Albrecht, SPD: Zum Antrag!)

Abgesehen davon, dass es eine unverschämte und die Opfer der KZ verhöhnende Aussage ist, die Abgeordneten der AfD mit Nazis gleichzustellen,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

könnte man so eine Boxeinlage von dem jungen Kollegen vielleicht als Satire abtun. Das hat auch Herr van de Sand so versucht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stellen Sie sich nicht als Verteidiger der KZ-Opfer hin, Herr Weber!)

Das misslingt aber ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich habe dasselbe Recht, die KZ-Opfer zu verteidigen, wie Sie.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie nicht, Sie Biodeutscher! Sie nicht!)

Das habe ich mit genau derselben Berechtigung wie Sie, mehr noch: Wir haben keine Mauermörder gedeckt, wir haben keinen Staat unterstützt,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

der die ausreisewilligen Bürger hat erschießen lassen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sie haben ganz andere erschießen lassen.)

und bei dem Folter und andere Grausamkeiten gegenüber Missliebigen

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Oh Gott!)

an der Tagesordnung waren.

(Ministerin Stefanie Drese: Sagen Sie mal was zu Herrn Arppe!)

Gerade Sie, Herr Ritter, sollten da mal in sich gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Diese selbstgefällige,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gerade Sie, gerade Sie haben kein Recht, Naziopfer hier verteidigen zu wollen, Herr Weber!)

diese selbstgefällige Gerechtigkeit, die Sie hier an den Tag legen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Schön von eigenen Dingen ablenken, ne?!)

ist ein Hohn, und gerade von Ihnen, mit Ihrer Vergangenheit, absolut unglaubwürdig.

(Zuruf aus dem Plenum: Scheinheilig!)

So viel dazu.

Die Äußerungen von Herrn van de Sand hat er noch untermalt, indem er auf einen konkreten Fall abstellt. Im Jahr 1950 hat der SPD-Abgeordnete Herbert Wehner gemeinsam mit Fraktionskollegen einen Abgeordneten der Deutschen Partei wegen missliebiger Äußerungen verprügelt. Das ist keine Satire, das ist Tatsache. Und das möchte Herr van de Sand auch mit den AfD-Abgeordneten gern machen. Tatsache Gewalt, keine Satire.

Auch die Linkspartei steht da um nichts besser. Zur Vergangenheit habe ich eben schon ein paar Sätze gesagt,

(Tilo Gundlack, SPD: Nun sprechen Sie doch mal zu den Chatprotokollen und lenken Sie nicht andauernd ab!)

aber aktuell ...

(Tilo Gundlack, SPD: Sprechen Sie doch mal zu Ihren eigenen Leuten hier!)

Ich bin bei Punkt 1. Ich komme noch zu Punkt 2 und 3. Und wie ich meine Rede halte, geht Sie einen feuchten Punkt, Punkt, Punkt an.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, alles klar.)

Ihre Nachwuchsorganisation ['solid] hat um antideutsche Filmempfehlungen gebeten, grundsätzlich um alles, wo Deutsche sterben – keine Gewalt. Die brandenburgische Landtagsabgeordnete Isabell Vandré von der Linksfraktion ließ sich neben dem Transparent mit der Aufschrift "We love Volkstod" ablichten – keine Gewalt. Die linke Politikerin Anne Helm feierte die Bombardierung Dresdens 1945, indem sie mit nacktem Oberkörper und der Aufschrift "Thanks bomber Harris" posierte.

(Patrick Dahlemann, SPD: Reden Sie doch mal über Herrn Arppe!)

Und Ihr Berliner Kollege Oliver Höfinghoff meinte, wie schön es wäre, wenn Deutschland von der europäischen Karte verschwände. Um deutlich zu machen, dass es ihm dabei nicht um politische Veränderungen geht, hat er das mit Sympathiebekundungen für den Chefstrategen des britischen Bomberkommandos im Zweiten Weltkrieg verdeutlicht. So viel zur Gewalt bei den LINKEN.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Denken Sie doch mal über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges nach, Herr Weber! Wir sollen ja stolz sein auf die Wehrmachtsoldaten, oder?!)

Ich möchte Ihnen also sehr nahelegen, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Und jetzt kommen Sie zu Arppe und Hersel?!)

Punkt 2. Die in der Tat Herrn Arppe zugeschriebenen Ausführungen pädophilen Inhalts sind an Widerwärtigkeit und Abartigkeit kaum zu überbieten

(Thomas Krüger, SPD: Ach, nur die pädophilen Inhalte ja?! – Peter Ritter, DIE LINKE: Nur die? Nur die? – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

und müssen auf das Allerschärfste verurteilt werden.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ich habe eben gesagt, dass wir Gewalt in jeder Form verurteilen und dass wir diese Äußerungen ebenfalls verurteilt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gilt das auch für Herrn Hersel?)

Wenn Sie irgendwie geistig nicht in der Lage sind,

(Jochen Schulte, SPD: Na? Na? Sprechen Sie sich aus! Sprechen Sie sich doch mal aus!)

den Fortschreitungen zu folgen: Ich hatte zuerst zu Gewalt gesprochen, jetzt bin ich bei den pädophilen Äußerungen – wie gesagt, an Widerwärtigkeit und Abartigkeit kaum zu überbieten. Wir werden keinen Zweifel daran lassen, dass Pädophilie in jeder Erscheinungsform durch nichts zu rechtfertigen ist und in der AfD keinerlei Nährboden hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Aber auch hier gilt der erwähnte Satz vom Glashaus, gerade auch den anderen Parteien gegenüber.

Zu den GRÜNEN, die der Wähler ja Gott sei Dank aus dem Landtag hinausgewählt hat,

(Nadine Julitz, SPD: Reden wir noch über Abgeordnete hier in diesem Parlament, oder was?!)

möchte ich jetzt nichts sagen, aber zur SPD.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Pädophilievorwürfe: Ihr Abgeordneter, SPD-Landtagsabgeordneter Linus Förster, ist im September 2016 wegen Besitzes von Kinderpornografie verurteilt worden. Er hat zudem mehrfach Frauen mit Schlaftabletten ruhiggestellt und vergewaltigt und davon auch noch heimlich Filmaufnahmen gemacht – reale Pädophilie und reale sexuelle Gewalt.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist auch durch nichts zu rechtfertigen, Herr Weber!)

Er ist von seinen Ämtern zurückgetreten, wie Herr Arppe auch. Weitere Reaktionen seitens der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag gab es nicht – keine Distanzierung, keine Verurteilung, nichts.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Wir sind im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern!)

Möchten Sie weitere Namen hören?

(Philipp da Cunha, SPD: Sprechen wir noch über Abgeordnete des Hauses? – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Rechtskräftige, diesmal wirklich rechtskräftige Verurteilungen wegen Pädophilie: der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Michael Engelmann, SPD-Fraktion, der Bürgermeister der saarländischen Gemeinde Schiffweiler Wolfgang Stengel ...

(Karen Larisch, DIE LINKE: Mecklenburg-Vorpommern!)

Ich lasse das jetzt, ich habe hier noch eineinhalb Seiten weiterer Namen.

(Tilo Gundlack, SPD: Sprechen Sie doch mal Ihre eigenen Kollegen an!)

All diese Personen sind rechtskräftig wegen kinderpornografischer Materialien verurteilt worden. Und die Affäre Edathy ist uns allen noch in besonders schlechter Erinnerung. Auch hier kam es zu einer strafrechtlichen Verurteilung. Seitens der SPD-Fraktion wurde als Strafe ausgesprochen, dass das Recht, Parteiämter zu begleiten, für drei Jahre ruht – kein Fraktionsausschluss, kein Ausschluss aus dem Bundestag. Da hat er sich dann selbst entfernt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Als hätten Sie Herrn Arppe ausgeschlossen! Wenn er nicht selbst ausgetreten wäre, würde er immer noch hier sitzen!)

Wenn Sie glaubwürdige Distanzierung erwarten, dann sollten Sie in den eigenen Reihen damit anfangen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Konsequente Ablehnung solchen Tuns sieht anders aus.

(Tilo Gundlack, SPD: Was eiern Sie denn hier andauernd rum?)

Und um Herrn Ritter noch mal zu zitieren: Sie haben gesagt, wie viel Arppe steckt noch in der AfD.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zwei habe ich Ihnen ja genannt, mindestens!)

Da möchte ich Sie alle fragen: Wie viel Edathy steckt in der SPD-Fraktion?

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE – Zurufe von Nadine Julitz, SPD, und Ralf Mucha, SPD)

Das sind reale Taten gewesen, während es bei Herrn Arppe um Fantasien geht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, Sie sind auch so ein Fantast! Biodeutsche Fantasien!) Und eines noch, eines noch, was ich als Jurist hinzufügen möchte:

(Peter Ritter, DIE LINKE: Gauland ist offenbar auch nur eine Fantasie.)

Es geht auch um die Frage der Unschuldsvermutung. Die Gewaltäußerungen – hier hat Herr Arppe eingestanden, dass sie von ihm stammen, darüber brauchen wir keine weiteren Worte zu verlieren.

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Der ganze – Entschuldigung für die Ausdrucksweise – pädophile Dreck dagegen ist von ihm zurückgewiesen worden. Er behauptet, das seien ihm untergeschobene Äußerungen, die nicht von ihm stammen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mit der Maus abgerutscht! Jaja, mit der Maus abgerutscht.)

Das können Sie glauben oder nicht, das kann ich glauben oder nicht, aber wir alle haben so viel Rechtsstaatlichkeit zu wahren, dass die Unschuldsvermutung auch da zur Geltung kommen muss.

(Nadine Julitz, SPD: Dann veröffentlichen Sie die Protokolle, dann sehen wir das doch!)

Ich bitte also, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Jörg Heydorn, SPD: Der Rechtsstaat, der hängt bei Herrn Arppe ganz oben.)

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass es eine entsprechende Verurteilung nicht gibt und dass es eine entsprechende Verurteilung auch nicht geben kann,

(Jörg Heydorn, SPD: Die Guillotine rauf und runter, das sind so Dinge, die... – Glocke der Vizepräsidentin)

dass es eine entsprechende Verurteilung ...

Sie können gar nicht so laut reden, wie ich Sie mit dem Mikrofon hier,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na, wir verstehen ihn schon.)

lautstärketechnisch jedenfalls, übertrumpfen kann.

(Thomas Krüger, SPD: Das ist eine einzige Relativierung, die Sie hier machen. – Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass dieser rechtsstaatliche Grundsatz auch Herrn Arppe zugutekommen muss und dass es eine Verurteilung wegen dieser Taten nicht geben wird,

(Tilo Gundlack, SPD: Was ist denn nun mit Hersel und Fernandes?)

weil die Staatsanwaltschaft die Einleitung strafrechtlicher Schritte abgelehnt hat.

(Jochen Schulte, SPD: Herr Professor Weber, Ihr ganzer Redebeitrag ist eine einzige Peinlichkeit für dieses Parlament.)

Das können Sie sehen, wie Sie wollen.

(Jochen Schulte, SPD: Ja, das sehe ich auch so, und ich glaube, das sehen die Menschen in diesem Land auch so.)

Punkt 2, Punkt 2 in Ihrem Antrag: Dabei geht es um die Tatsache, dass Herr Arppe seine Ämter niederlegen und auch sein Mandat hier im Landtag aufgeben muss. Auch dazu haben wir ihn längst aufgefordert. Das ist also ebenfalls etwas, was längst von unserer Seite erfolgt ist. Da stimmen wir zu. Unabhängig von der Unschuldsvermutung sind auch wir der Meinung, wer so in den Verdacht gerät gehandelt zu haben, hat keinen Platz im Landtag verdient. Aber, wie gesagt, längst geschehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Interessante Kurve, die Sie hier drehen.)

Auch Punkt 2 Ihres Antrages könnten wir also mittragen.

(Tilo Gundlack, SPD: Was ist denn mit den anderen beiden? Meine Güte, dieses Rumgeeiere!)

Punkt 3: Da geht es jetzt um die Offenlegung der Chatprotokolle und die durch nichts bewiesenen Anwürfe gegen Kollegen aus unserer Fraktion. Ich möchte hierzu nur deutlich erklären,

> (Nadine Julitz, SPD: Nennen Sie mal die Namen!)

juristisch handelt es sich dabei um einen Fall der Unmöglichkeit, denn Offenlegungen von irgendwelchen Foren, Chatprotokollen und Ähnlichem können nur verlangt werden, wenn alle Teilnehmer einwilligen.

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja, warum denn nicht?)

Teilnehmer dieser Protokolle, dieser Foren, die ich im Einzelnen nicht kenne – Sie können gern nachprüfen, ich war in keinem einzigen beteiligt –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was halten Sie denn von den Aussagen Ihrer Kollegen? Reden Sie doch nicht um den heißen Brei herum! Bewerten Sie die Aussagen Ihrer Kollegen!)

Teilnehmer dieser Protokolle sind nicht nur Mitglieder unserer Landtagsfraktion, sondern eine ganze Menge anderer Bürger.

(Thomas Krüger, SPD: Veröffentlichen Sie sie! – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Wenn Sie also deren Einwilligungserklärung beibringen, dann können Sie so etwas verlangen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Ralf Mucha, SPD: Spitzfindigkeiten! – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Jochen Schulte, SPD – Glocke der Vizepräsidentin) Ansonsten geht ein solcher Antrag ins Leere.

(Tilo Gundlack, SPD: Die beiden können doch auch was dazu sagen.)

Im Übrigen unterliegen auch solche Chatprotokolle dem Schutz des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses,

(Jochen Schulte, SPD: Herr Professor Weber, sagen Sie doch einfach, Ihre Fraktion will das nicht! Ihre Kollegen, Herr Hersel, Herr Jesus de Fernandes, möchten das nicht.)

sodass Sie das auch nicht durchsetzen können.

(Jochen Schulte, SPD: Sie möchten sich hinter Formalien verstecken und der Öffentlichkeit nicht darlegen, wie viele von Ihren eigenen Parteifreunden dazu bereit sind. So einfach ist das Leben doch manchmal.)

Dazu komme ich jetzt, Herr Kollege.

Wenn Sie denn gerne möchten, dass wir solche Chatverläufe offenlegen –

(Patrick Dahlemann, SPD: Ja.)

und jetzt lasse ich mal die juristischen Bedenken beiseite –, bieten wir das gerne an.

(Patrick Dahlemann, SPD: Na dann!)

Wir legen unsere Chatprotokolle, unsere Facebook-Protokolle, von mir aus auch in geschlossenen Foren, offen, wenn Sie alle das auch tun, denn wir haben nichts zu verbergen.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

Wenn wir uns darauf einigen, dass wir alle den gläsernen Abgeordneten spielen wollen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wissen Sie, dass Sie hier noch den Kasper geben, das ist dem Thema nicht angemessen.)

den Sie scheinbar gerne hätten, dann machen wir das,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Dass Sie hier noch den Kasper geben, das ist dem Thema nicht angemessen.)

aber ohne Vorverurteilung so nach dem Motto: "Die AfD-Fraktion ist da besonders gefordert." Alle zusammen gerne, Einzelopfer mit Sicherheit nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Wir haben noch niemanden unter das Fallbeil schicken wollen.)

Das wollte ich dazu erklären.

Ich möchte noch mal sagen, wir haben in dieser Hinsicht nichts zu verbergen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Wenn Sie es auch nicht haben, dann lassen wir einen Zettel rumgehen: Jeder unterschreibt, dass er einverstanden ist mit der Offenlegung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Finden Sie das eigentlich lustig, das Thema?)

Dann müssen wir noch juristisch klären,

(Ministerin Stefanie Drese: Anscheinend.)

wie das mit den anderen Teilnehmern ist,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

was schwierig, aber nicht unmöglich ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind eine einzige Peinlichkeit für dieses Parlament.)

Ansonsten aber möchte ich sagen, dieser Punkt 3 ist an Peinlichkeit und an juristischem Unwissen nicht zu überbieten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also decken Sie jetzt Ihre Kollegen mit diesen Aussagen?)

Deswegen haben wir uns,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Jochen Schulte, SPD)

und deswegen, und nur deswegen haben wir uns Ihrem Antrag ...

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Professor Dr. Weber!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe hier wirklich eine lebhafte Debatte zugelassen, aber es mündet jetzt in Monologe aus den Reihen, und zwar in Mehrfachmonologe. In dieser Akustik ist das wirklich nicht mehr auszuhalten. Selbst bei den Mikrofonen ist es schwer, dem Redner zu folgen.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist auch besser so.)

Ich bitte doch jetzt um etwas mehr Ruhe.

Dr. Ralph Weber, AfD: Wäre es Ihnen in der Tat nur darum gegangen, Punkt 1 und 2 Ihres Antrages durchzusetzen, also diese Äußerungen gewaltverherrlichender und pädophiler Art zu verurteilen und Herrn Arppe zum Mandatsverzicht und zur Rückgabe des Mandates aufzufordern, hätten wir sofort Einigkeit erreicht.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nee, es geht nur um Sachverhaltsaufklärung. – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Punkt 3 Ihres Antrages ist juristisch und inhaltlich so daneben, dass wir nicht zustimmen konnten.

(Rainer Albrecht, SPD: Sie haben nichts begriffen.)

Das genau zeigt, dass es Ihnen nur darum geht, Publicity zu erregen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind.)

und nicht darum, die Würde dieses Hauses zu wahren.

(Tilo Gundlack, SPD: Sie beschädigen doch die Würde dieses Hauses.)

Das gilt es, deutlich festzuhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Tilo Gundlack, SPD: Herr Hersel hat nicht mal den Arsch in der Hose, hier was zu erklären.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich hier heute das erste Mal so am Rednerpult in diesem neuen Plenarsaal stehe, habe ich eigentlich noch den Eindruck der Festveranstaltung in mir, was Parlament betrifft, was Debatten betrifft und welche Botschaften uns Professor Lammert beziehungsweise auch Rainer Prachtl mit auf den Weg gegeben haben. Unter dem Eindruck dieser Worte in diese Rede von Ihnen, Herr Professor Weber, eben gehört zu haben, wo Sie im Prinzip zu diesem Thema mit anderthalb Sätzen einfach mal dahinreden, ja, auch wir distanzieren uns, sage ich Ihnen, in Ihrer gesamten Rede ging es um Ihre persönliche, aber es ging auch um die Glaubwürdigkeit Ihrer AfD-Fraktion. Wenn Sie glauben, dass Sie hier mit anderthalb Sätzen in dieser Art und Weise sagen, ja, wir distanzieren uns von Arppe, und das Thema ist dann inhaltlich für Sie erledigt, dann irren Sie sehr gewaltig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Kein Wort von Ihnen zu Hersel und Co!

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Das wäre heute hier Inhalt Ihrer Rede oder hätte Inhalt Ihrer Rede sein sollen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig! – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Müssen!)

Sie zählen sich wahrscheinlich, wie ich auch vorher, bevor ich Sie das erste Mal erlebt habe, mehr so zu den Intellektuellen. Und gestatten Sie mir persönlich zu Beginn diese Anmerkung: Wenn Höcke in diesem Land als Geschichtslehrer gearbeitet hat,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Tja.)

wenn Leute wie Sie – ich werde selten persönlich – an unseren Hochschulen und Universitäten lehren, dann bekomme ich persönlich ein gewisses Problem.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE)

Wenn Sie – und das war für mich sozusagen auch der Höhepunkt Ihrer Rede, ich weiß nicht, ob Sie sich von Ihrem Manuskript gelöst haben, ob dieser Satz zufällig fiel –, wenn Sie in Richtung der LINKEN sagen, und diese Worte habe ich mir notiert, wenn Sie glaubwürdige Distanzierung erwarten, sollten Sie in den eigenen Reihen anfangen, dann sagen Sie, wenn Sie Intellektueller sind,

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

mit diesem Satz, Herr Professor, dass das, was Sie hier vorgetragen haben, überhaupt keine glaubwürdige Distanzierung war. Damit haben Sie sich aus meiner Sicht selbst entlarvt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Als ich mir Gedanken gemacht habe, dass das meine erste Rede ist, und zwar zu diesem Thema in diesem Plenarsaal – es gibt weitaus angenehmere Themen –, und ich mir schon die Frage gestellt habe, muss so ein Thema überhaupt hier sein, da sage ich Ihnen, ja, dieses Thema muss genau in dieser Art und Weise diskutiert werden, auch vor dem Hintergrund, was Lammert und Prachtl uns mit auf den Weg gegeben haben. Genau an dieser Stelle müssen wir diese kranken Geisteshaltungen, die Anlass dieses Antrages sind, debattieren. In diesem Zusammenhang gibt es ein chinesisches Sprichwort, was ich zu Beginn zitieren möchte: "Achte auf deine Gedanken, denn sie werden Worte. Achte auf deine Worte, denn sie werden Handlungen."

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

"Achte auf deine Handlungen, denn sie werden Gewohnheiten. Achte auf deine Gewohnheiten, denn sie werden dein Charakter. Achte auf deinen Charakter, denn er wird dein Schicksal." Ich glaube nicht, dass ich diese Worte weiter interpretieren muss,

(Dr. Gunter Jess, AfD: Die sollten Sie an alle richten.)

denn die Zeilen sprechen für sich und gelten in alle Richtungen. Da haben Sie wohl recht.

Aber ich will ganz klar sagen, dass das, was wir diskutieren, insbesondere, wenn es um Gedanken und Worte geht, nämlich hasserfüllte Gedanken und Worte, dass die nicht nur einfach so dahergeredet, dahergedacht oder gesagt sind, sondern da liegt wahrscheinlich schon eine gewisse Substanz vor. Da besteht diese große Gefahr, was dieses Zitat sagt, dass es eben zu Handlungen kommt. Und ich lasse es einfach auch nicht durchgehen, das hier in einer Art und Weise irgendwie als Lässigkeit darzustellen. Denn diese Worte, über die wir diskutieren, die von Hass durchdrungen sind und anderen Menschen die Würde absprechen, wo ich auch überlegt habe, ob es sich überhaupt lohnt, das in Zitatform wiederzugeben, diese Sprache darf nie Einzug halten in unsere Demokratie.

Ein wesentlicher Punkt, der angesprochen wurde und den ich noch mal unterstreichen möchte, ist nicht nur die Tatsache, dass einer, mehrere, Einzelne diese Gedanken und Worte wählt oder wählen, sondern dass der, der diesen Worten nicht widerspricht oder öffentlich keine Stellung bezieht, sich in gewisser Weise mitschuldig

macht. Und wenn ich die Rednerliste betrachte – wenn Sie als AfD-Fraktion glauben, hier mit einem Redner davonzukommen, und Herr Weber diese inhaltliche Darstellung für ausreichend erachtet, dann, glaube ich, zeigt das, dass das Thema Glaubwürdigkeit nicht erfüllt wird. Ich erwarte nämlich, dass Hersel und, da ich den anderen Namen jetzt nicht parat habe,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: De, de!)

dass diese Leute hier ans Mikro treten und klar und deutlich Stellung beziehen über das hinaus, was Herr Professor Weber für die Fraktion vorgetragen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, Jürgen Strohschein, AfD, und Christel Weißig, BMV)

Wir haben gestern schon mal davon gehört, dass unsere Fraktion im März dieses Jahres die Thematik "fairer Umgang im Parlament" auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Heute haben wir im Prinzip eine ähnliche Debatte. Damals konnten Sie – das ist ja hier auch vonstattengegangen – uns einfach mal so recht geben. Aber heute kommt für mich zusätzlich dieser Punkt der Glaubwürdigkeit vor der Erkenntnis dessen, was hier zutage getreten ist. Da erscheint Ihr Agieren bis jetzt eher aus taktischen Erwägungen heraus. Dazu zähle ich diesen einstimmigen Beschluss, Herrn Arppe auszuschließen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Was können wir denn mehr tun?)

dazu zähle ich diesen Dreizeiler von Herrn Holm als Fraktionsmeinung, dazu zähle ich auch die Andeutungen von Herrn Wildt, wo ich mir ganz sicher bin, dass Herr Wildt, da ich weiß, dass er für seine Fraktion auch noch sprechen wird, hier vielleicht doch etwas mehr Licht ins Dunkel bringt, was Glaubwürdigkeit und Faktenlage betrifft. Bisher sind es für mich alles Andeutungen und es bedarf heute einer klaren Positionierung von Ihnen.

Ich will es aber trotzdem, auch wenn schon viele Zitate gefallen sind, anhand eines Zitates, auch aufgrund der Öffentlichkeit hier, noch mal tun und eine Sache herausgreifen und vortragen. Eine Äußerung von Herrn Arppe, dass das "rotgrüne Geschmeiß" auf das Schamott geschickt werden soll,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

"an die Wand" gestellt werden soll, "eine Grube" ausgehoben werden soll und "Löschkalk oben rauf" gestreut werden soll – das sind menschenverachtende, abscheuliche Äußerungen, die sind einfach nur krank. Ich erwarte im Laufe der Diskussion, dass Sie zu Dingen, die sich möglicherweise darum herumbewegen und die uns gar nicht bekannt sind, hier Position beziehen.

Und wenn ich dann Herrn Holm und sein Zitat nehme zur Person Arppe: "Aber, das was hier offensichtlich geschrieben wurde, das geht über ... alle Grenzen hinaus. Und da müssen wir klar sagen, das geht absolut nicht. Und ich lasse mir auch diese Partei von solchen Hasardeuren mit Gewaltfantasien nicht kaputt machen",

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

dann erwarte ich auch hier von führenden Kräften – Herr Holm ist nun leider nicht da,

(Martina Tegtmeier, SPD: Ach, schon wieder nicht?)

Herr Wildt, Sie sind weiterhin Landesvorsitzender, Sie waren bis vor zwei, drei Tagen auch Mitglied dieser Fraktion und Sie stehen somit auch zu diesem Ausspruch – eine Aufklärung, dass Sie sich von diesem Anschein, den ich hier herauslese, dass die Richtung, die Zielrichtung so eines Herren geteilt wird, und nur zufällig, weil der Chatverlauf bekannt wurde, dass Sie sich von dieser Zielstellung, wenn hier steht, dass Grenzen überschritten worden sind, distanzieren und nicht nur diese zufällige Grenzüberschreitung hier verurteilen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das erwarte ich entweder von Ihnen oder noch mal von einem jetzigen führenden Vertreter der AfD-Fraktion.

Sie müssen uns doch nicht glauben machen – das ist auch das, was Herr Schulte schon ausgeführt hat, ich will es nur kurz anreißen –, dass Sie überrascht sind von diesen Äußerungen. Ich werfe Ihnen heute hier vor – ich erspare uns allen aber, die Beispiele noch mal aufzuzählen –, ich werfe Ihnen vor, dass Sie einen Typen wie Arppe bewusst in den Landtagswahlkampf geschickt haben,

(Sebastian Ehlers, CDU: Natürlich! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

weil er eine gewisse Klientel, nämlich die nationalistischvölkische, angesprochen hat, sie vertritt, Sie ihn bewusst zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt haben und damit eine Ausrichtung dieser Fraktion zielgerichtet vorgenommen haben. Ich erwarte dann weiter von Herrn Wildt, dass Sie das, was Sie hier im Zusammenhang mit Ihrer Neugründung angesprochen haben, seit Längerem ist die Situation zerrüttet, genauer definieren, was Sie damit meinen. Sie haben weiterhin gesagt, wir denken, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo jeder auch mal ganz klar Farbe bekennen muss, für welchen Weg der AfD er sein möchte. Auch hier erwarte ich, dass Sie das genauer untersetzen.

Ich will noch eine Person ansprechen, die heute hier, warum auch immer, nicht anwesend ist. Man könnte sagen, man kann darauf verzichten, aber ich glaube, weil es für mich exemplarisch ist, muss ich es ansprechen. Es geht um den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Herrn Komning. Herr Komning hat im Wahlkampf auch die Frage bekommen, was er zum Holocaust-Mahnmal sagt. Ich zitiere: "Wissen Sie, die ganzen Reizthemen um den Nationalsozialismus, um diese kleine Zeit der deutschen Geschichte, das sind zwölf Jahre, die uns nach wie vor nachhängen …, man sollte versuchen, mit einer gewissen Distanz über diese Zeit zu sprechen."

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Nein, man sollte es nicht! Für mich steckt auch hier eine Relativierung in der Aussage, wenn führende Vertreter Ihrer Partei das als "kleine Zeit" bezeichnen – eine kleine Zeit, die 6 Millionen Juden das Leben gekostet hat. 60 bis 70 Millionen Tote, in gewisser Weise – und

das lese ich hier heraus – versuchen zu relativieren, ist nicht akzeptabel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Wenn ich zu meinem Ausgangsspruch zurückkomme und mir die Gedanken, die Worte und die Taten wieder nacheinander vorstelle, dann macht mich besonders wütend und auch besonders nachdenklich – Wut ist natürlich ein schlechter Begleiter in der Politik –, dass sogenannte Intellektuelle genau wissen, was sie tun.

(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig.)

Diese Intellektuellen, Herr Professor Weber, die schichten für sich persönlich ab, dass sie Öl in das Feuer gießen, dass sie insbesondere Gedanken und Worte wohlfeil formulieren und möglicherweise Leute, die nicht so intellektuell beschlagen sind wie Sie, zu Taten anfeuern.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau. – Jochen Schulte, SPD: Das nennt man Brandstifter.)

Dieser Verantwortung müssen Sie sich immer bewusst sein, und das stimmt mich, wie gesagt, besonders nachdenklich.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ich möchte auch noch eine vierte Person nennen und freue mich, dass sie anwesend ist. Herr Dr. Jess, ich hoffe, auch Sie werden noch an das Rednerpult treten,

(Dr. Gunter Jess, AfD: Das würde ich gerne tun, aber leider habe ich nur noch wenig Zeit.)

denn Sie haben sich gestern über die Äußerungen von Herrn Schulte aufgeregt.

(Dr. Gunter Jess, AfD: Ich habe mich nicht aufgeregt.)

Dazu will ich mich nicht weiter äußern. Aber Sie sind Bestandteil dieser Fraktion,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

und wenn Sie sich persönlich angegriffen fühlen aufgrund dieser Ausführungen, was Rechtsradikalität betrifft, dann erwarte ich, dass Sie Ihren Unmut nicht in Form einer Anfrage zum Ausdruck bringen, sondern ich erwarte, dass Sie hier ans Mikro treten und in einer Debatte Stellung beziehen zu Hersel und Co und zu diesen Aussagen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Ansonsten muss ich persönlich Ihr Dementi als halbherzig empfinden.

(Sebastian Ehlers, CDU: So ist es. – Dr. Ralph Weber, AfD: Das dürfen Sie ruhig so empfinden. – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Sebastian Ehlers, CDU)

Ich möchte Ihnen zum Schluss sagen, dass ich glaube, dass unsere Demokratie in diesen 27 Jahren, auch hier in unserem jungen Bundesland, gewachsen ist. Viele Kollegen haben mit mir zusammen zehn Jahre - ich nicht ganz, aber andere -, zehn Jahre NPD ausgehalten, menschenverachtende Meinungen. Ich glaube auch, dass wir solche Fälle in dieser Demokratie aushalten werden mit allen Gefahren, die ich sehe, die ich beschrieben habe. Ich glaube auch nicht - das ist meine persönliche Auffassung -, dass wir hier zu Verfassungsänderungen kommen müssen und sollten, um im Nachgang Leuten ihr Mandat zu entziehen, weil ich denke, wir sind in der Lage, in einer demokratischen Auseinandersetzung in einem funktionierenden Gemeinwesen unter dem Blick der kritischen Öffentlichkeit durch Wahlen uns immer wieder zu regenerieren. Deshalb sage ich Ihnen, unser Land, dieses Parlament wird auch Abgeordnete überstehen, deren Herzen voller Zorn, deren Köpfe voller Wut und deren Worte voller Hass sind. - Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort erhält der Vorsitzende der Fraktion der BMV Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Liebe Bürger des Landes! Herr Renz hat es gerade richtig gesagt, ich bin noch Landessprecher der AfD hier in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin mir durchaus bewusst, dass ich deshalb auch eine Verantwortung für die Partei trage, so, wie sie sich entwickelt hat. Ich bin auf viele Dinge stolz, die wir in der AfD geleistet haben, aber, wie Sie sich vorstellen können, natürlich nicht auf alles. Ich übernehme auch die Verantwortung für Fehlentwicklungen, sofern sie stattgefunden haben.

Dem vorliegenden Antrag stimmen wir als Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern zu. Da gibt es auch kein Wenn und Aber. Allerdings möchte ich Sie schon bitten, bei der Beurteilung von Menschen an einige Dinge zu denken. Man sollte immer den ganzen Menschen im Auge behalten, nicht nur einzelne Facetten.

Herr Renz, Sie sagten gerade dieses chinesische Sprichwort, aus den Gedanken wird nach einer Kette dann der Charakter. Das ist richtig, aber, wenn man jetzt einzelne Mitteilungen zum Beispiel aus diesen Chats nimmt, dann kann man daraus eben noch nicht zwingend auf den Charakter schließen. Diese Fragen sollten wir uns erst mal noch einen Moment lang offenhalten. Dann geht es aber weiter: Wie lange werden solche Äußerungen geleistet? Ist das nachhaltig? Ist das andauernd oder sind das einzelne Dinge? Herr Ritter hatte eben meine Kollegin Frau Weißig angesprochen. Da bin ich fest der Überzeugung, es war einfach eine einzelne Aktion, die man überhaupt nicht vergleichen kann mit den Arppe-Chats – überhaupt nicht.

Dann ist das Entscheidende, wie man sich dazu verhält. Gibt es eine Distanz? Kann man sich selbst reflektieren? Kann man vielleicht auch seinen Kurs korrigieren, oder ist das nicht möglich? Versucht man zu relativieren? Versucht man mit Gegenangriffen sozusagen abzulenken von der eigenen Verantwortung? Das kann nicht unser Weg sein, das ist nicht der Weg der Bürger für Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Ich nenne da ganz ausdrücklich noch mal unsere Fraktion. Das ist natürlich mit ein Grund, warum wir ausgetreten sind. Und wir, ...

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, kleinen Moment, Herr Weber!

... und wir haben heute nach der Rede von Ralph Weber endgültig beschlossen, sämtliche Gespräche mit der AfD-Fraktion bezüglich einer eventuellen Rückkehr abzubrechen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BMV und Dr. Ralph Weber, AfD – Vincent Kokert, CDU: Oh, das ist eine gute Entscheidung.)

Leider habe ich ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Austreten!)

Es wurde gerade gefordert, dass ich austreten soll. Das sind persönliche Dinge, die werde ich in einer persönlichen Erklärung machen. Ich möchte das Parlament hier nicht über Gebühr damit belasten, zumal ich nur sehr wenig Redezeit habe.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Das kommt also auch noch, das ist richtig.

Aber der entscheidende Punkt ist heute noch mal sehr deutlich geworden: Ist man bereit, seinen Kurs zu reflektieren, eventuell auch mal zu korrigieren, oder ist man das nicht? Wer diesen Abstand zu sich selber nicht herstellen kann – da führen dann auch alle Gespräche zu nichts. Wir haben es letzten Endes versucht, und es war eigentlich so gemeint, dass man vielleicht noch mal gemeinsam darüber nachdenken könnte, wie man sich verbessern kann. Aber offensichtlich ist das nicht gewünscht, das tut mir sehr leid.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist sehr deutlich geworden bei Herrn Weber.)

Das ist sehr deutlich geworden, ja.

Dann wurde die Wahl der Liste angesprochen, dass wir alle Mann gemeinsam Herrn Arppe auf diese Liste gewählt hätten und jeder hätte Bescheid gewusst. Das muss ich allerdings abstreiten. Wir haben mit Sicherheit nicht darüber Bescheid gewusst, mit Ausnahme von einigen wenigen, die in diesem Chat waren.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Zum Beispiel Herr Manthei.)

Deren Aufgabe wäre es allerdings gewesen, diese Kandidatur zu verhindern, das ist richtig.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BMV – Peter Ritter, DIE LINKE: Da wären Sie ja selber nicht auf die Liste gekommen.)

Es hat also nicht jeder,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich gucke Sie gar nicht an, sondern den Kollegen da hinten.)

es hat also nicht jeder Bescheid gewusst.

Ich will auch noch mal ausdrücklich als Landesvorsitzender der AfD sagen: Wir haben sehr viele anständige Mitglieder in unserer Partei, die sich wahrscheinlich jetzt im Moment sehr darüber ärgern, welches Bild hier abgegeben wird, und die es nicht verdient haben, in diesen Schmutz hineingezogen zu werden. Ich bitte Sie, das zu bedenken und zu beachten.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir haben Millionen Wähler in Deutschland. Auch das sind zum allergrößten Teil sehr anständige Menschen, die ganz ehrenwerte Motive haben, eine andere Partei zu wählen als Sie. Da bitte ich, das zu respektieren. Es ist ein demokratischer Wettstreit. Wir haben etwas andere Ideen als Sie, wir sind eine konservative Partei.

(Vincent Kokert, CDU: Das sind wir auch. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Das wollen vielleicht auch andere sein,

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

das wollen auch andere sein. Man muss diese Dinge ...

(Unruhe bei Vincent Kokert, CDU, und Stephan J. Reuken, AfD)

Aber wie gesagt, ich will nichts relativieren. Ich möchte nur damit klarstellen, man muss diese Dinge voneinander trennen. Es geht nicht darum, einen allgemeinen Verdacht auszusprechen gegen alles, was AfD ist. Das wäre völlig unangemessen. Es sind Einzelfälle. Das kam aus Ihrem Antrag auch sehr deutlich heraus, und deswegen können wir ihn mittragen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Krüger.

Thomas Krüger, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben eine Verrohung der Sprache und wir wissen, dass nach der Verrohung der Sprache die Verrohung der Tat kommt. Das hat mein Kollege Torsten Renz in ähnlicher Weise mit seinem Sprichwort ausgeführt. Dem kann man sich am Ende auch anschließen.

Konsens war hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern unter den demokratischen Parteien immer, dass wir die Aufgabe haben, die Gesellschaft zusammenzuführen, die Gesellschaft zusammenzuhalten und eben nicht die Gesellschaft einzuteilen in diese oder jene, in Gute oder Böse. Wir haben gehofft, dass mit der Abwahl der NPD aus dem Landtag die Verrohung der Sprache und damit die Bereitschaft der Verrohung der Gesellschaft abgewählt wurde. Ich muss sagen, nach dem, was ich hier erfahren habe – auch vor dem Hintergrund Ihrer relativierenden Rede, Herr Weber –, ist es uns leider nicht vergönnt, dass mit dem Auszug der NPD die Verrohung auch mit ausgezogen ist.

Sie, meine Herren von der AfD, haben sich fürchterlich aufgeplustert, als die Vizepräsidentin des Landtages vor etlichen Wochen hier festgestellt hat, dass sie der Meinung ist, dass es bei der AfD Menschen geben würde, die sich vorstellen könnten, Demokraten an die Wand zu stellen. Darüber haben Sie sich fürchterlich aufgeregt. Heute wissen wir, Frau Dr. Schwenke hatte seinerzeit recht, sie hat es vorausgesehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Es gibt in führenden Positionen Ihrer Partei offenbar Menschen, die fantasieren darüber, Menschen umzubringen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

schlicht, weil sie anderer Auffassung sind, weil sie Demokraten sind, weil sie für andere Auffassungen und Werte einstehen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja.)

Sie nicken, offenbar ist das dann auch wirklich so.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ja, haben wir auch zur Kenntnis nehmen müssen.)

Aber lassen Sie uns den Bogen einfach mal größer schlagen. Fassen wir mal zusammen, was wir gefunden haben beim Thema "Erschießen" oder "auf andere zugehen". Da wollte Ihre bis vorgestern Vorsitzende Frauke Petry ja auf Flüchtlinge schießen lassen.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Auf Menschen, die geflohen sind, wollte Sie schießen lassen. Das reichte Ihrer AfD-Vorsitzenden aus Berlin ja nicht, es reichte Ihr nicht. Sie hat dann klargestellt, dass es nicht nur um Flüchtlinge an sich geht, sondern klar, man muss auch auf Frauen und Kinder schießen können. Das hat sie ganz deutlich gemacht. Oder Ihr Herr Gauland, Herr Gauland ist dann beigekommen und hat Frau Özoğuz gleich in Anatolien "entsorgen" wollen. Meine Damen und Herren, "entsorgen", das ist eine Sprache, die wir zuletzt gehört haben

(Stephan J. Reuken, AfD: Von Sigmar Gabriel.)

in den 1930er-Jahren, als die Nazis hier das Sagen hatten.

(Zurufe von Dr. Gunter Jess, AfD, Bert Obereiner, AfD, und Stephan J. Reuken AfD) Ja, da regen Sie sich auf, aber genau das hat er gesagt. Genau das hat er gesagt.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine Damen und Herren, aber wir müssen ja gar nicht so weit weg gehen: Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Hersel. Herr Hersel kann sich in den Chats vorstellen, dass man auf Demonstranten schießt. Wir sind ja eigentlich diejenigen, die die Grundrechte verteidigen müssen, und eines der Grundrechte ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Richtig.)

Auf dieses Grundrecht auf Versammlungsfreiheit reagiert Herr Hersel, dass man sich den Weg freischießen müsse

(Nadine Julitz, SPD: Schütteln Sie doch nicht den Kopf! Sagen Sie doch was dazu!)

Herr Hersel, ich hätte erwartet, dass Sie hier heute ans Pult kommen und mal erklären, wie Sie das meinen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Genauso ist es.)

Das ist ein ureigenes Grundrecht, das die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben. Das treten Sie mit Füßen, indem Sie sagen, dass diese Menschen erschossen werden sollen. Das haben Sie in dem Chat gesagt. Und Herr Weber hat auch nicht widersprochen. Diese Passage hat er ja bewusst ausgeklammert. Also vielleicht kommen Sie mal nach vorne, vielleicht erklären Sie sich.

Aber das reichte Ihnen ja nicht. Sie haben zudem geäußert, dass man Verständnis dafür haben muss, dass, wenn Häuser da sind mit geflüchteten Menschen – Männer, Frauen, Kinder – und die angezündet werden, wenn Kriminelle diese Häuser anzünden, es ja ein Akt der Selbsthilfe oder Ähnliches ist. Sie haben bewusst relativiert. Wissen Sie eigentlich, was das heißt? Wissen Sie, wann das letzte Mal Menschen in Häusern waren, die angezündet worden sind?

(Sandro Hersel, AfD: Ja, habe ich selbst erlebt.)

Haben Sie selbst erlebt? Ja, dann wissen Sie doch, wie schlimm das ist. Dann kommen Sie doch mal nach vorne! Erklären Sie, warum Sie relativieren, dass man Flüchtlingsheime anzünden will! Das ist eine Ungeheuerlichkeit von einem Abgeordneten hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Sebastian Ehlers, CDU, und Christel Weißig, BMV)

Und dann der Abgeordnete de Jesus Fernandes – auch der hat offenbar einen Hang zu Waffen. Herr Arppe äußerte: "Und wenn jetzt auch noch die AfD scheitert, dann ist es eben gut, wenn man einen Schrank voller Gewehre und 'ne Munitionskiste in der Garage hat". Darauf antwortete der Herr de Jesus Fernandes

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich will nicht die Langversion wissen. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU) mit den Worten: "Recht hat er!" Sagen Sie doch mal, was denn passiert, sollte die AfD in vier Jahren aus Bundestag und Landtag fallen! Dann ist ja die AfD offenbar gescheitert. Haben Sie denn den Schrank voller Waffen? Was passiert mit diesen Waffen? Was wollen Sie denn machen mit diesen Waffen? Das sind Ihre Äußerungen. Kommen Sie hier ans Pult! Erklären Sie sich – Ihr Fraktionsvorsitzender, wer auch immer!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und Christel Weißig, BMV – Zuruf von Bert Obereiner, AfD)

Herr Weber hat es jedenfalls nicht erklärt.

Meine Damen und Herren, in der AfD gibt es Menschen – nicht die ganze AfD, das weiß ich –, aber es gibt offenbar in der AfD Menschen, die Andersdenkende oder Menschen aus anderen Kulturkreisen als Feinde sehen, Feinde, die es zu beseitigen oder, wie Herr Gauland sagt, zu "entsorgen" gilt. In der AfD gibt es Menschen, die offenbar ein in sich geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild haben. Und wenn Sie sich jetzt von Herrn Arppe distanzieren, meine Herren von der AfD, dann ist das aus meiner Sicht nicht glaubwürdig.

Warum, Herr Weber, distanzieren Sie sich nicht beispielsweise von Herrn Hersel? Warum? Warum gehen Sie darauf nicht ein? Warum machen Sie das nicht? Kommen Sie nach vorne, erklären Sie uns das!

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Rechtfertigen Sie vielleicht die Äußerungen? Dazu haben Sie sich nicht geäußert. Oder ist es wie so oft, dass es ungeheuerliche Entgleisungen von der AfD gibt, und dann im zweiten Schritt sagen Sie, na ja, das war ja alles nicht so gemeint? Ist das damit gemeint, wenn Ihre Spitzenfrau, Frau Weidel, sagt, dass die politische Korrektheit auf den Müllhaufen der Geschichte gehört? Ist das damit gemeint? Wenn wir beim Müllhaufen der Geschichte sind, dann können wir nahtlos an die Äußerungen von Herrn Höcke zur Bedeutung des Holocaust und des Holocaust-Mahnmals anknüpfen oder an Herrn Gauland, der stolz ist auf das, was an Verbrechen durch die Wehrmacht geschah. Es waren Angriffskriege der Wehrmacht, Angriffskriege, auf die er jetzt stolz sein will.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da schüttelt Herr Weber mit dem Kopf. Das findet er wahrscheinlich gut?!)

Oder, Herr Weber, bleiben wir bei Ihnen: Sie haben ja de facto den Ariernachweis gefordert – alles Dinge, die im rechtsextremistischen Bereich sind, alles rechtsextremistische Ausfälle, alles keine Einzelfälle. Und mal ganz ernsthaft, von einem gärenden Haufen zu sprechen – das sind ganz klar rechtsextremistische Ausfälle, die gewesen sind. Wenn hier, meine Damen und Herren, irgendetwas auf den Müllhaufen der Geschichte gehört, dann sind das braune Sprüche, braune Einstellungen, dann ist das braunes Gedankengut. Das ist die Lehre aus der deutschen Geschichte!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Ich habe den Eindruck, dass zumindest Teile der AfD versuchen, eine gesellschaftliche Situation zu erzeugen

wie in den 1920er-, 1930er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts – eine Gesellschaft, die auseinanderdriftet, eine Partei, die sich rechtsnational bewusst radikalisiert und die gesellschaftlichen Gruppen gegeneinanderhetzt. Damals waren es die Juden, heute sind es die Migranten – Hauptsache, man hat einen Schuldigen. Politisch Andersdenkende werden zu Gegnern und Feinden, und Gegner und Feinde werden mit allen Mitteln bekämpft. Herr Hersel, vielleicht äußern Sie sich einfach noch mal?!

Meine Damen und Herren von der AfD, hinterfragen Sie sich eigentlich manchmal selbst, ob Sie genau diese gesellschaftliche Entwicklung wollten, ob Sie genau in diesem Boot miteinander sitzen wollten? Fragen Sie sich das vielleicht mal!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Offensichtlich ja. – Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Das ist Ergebnis unserer Politik. – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: "Ergebnis unserer Politik"! Wenn Ihnen weiter nichts einfällt?! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, ich will ganz kurz auf eine Äußerung von Ihnen eingehen, Herr Weber, weil sie immer wieder kommt. Sie beschuldigen immer wieder die Ministerpräsidentin, dass sie sich mit irgendwelchen dubiosen Vereinigungen eingelassen hätte. Frau Ministerpräsidentin hat sich zu einer Initiative bekannt, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist gut so!)

Das ist gut so, das ist richtig so. Und das tut meine Fraktion, und zwar mit voller Überzeugung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Ich bin auch davon überzeugt, dass die weiteren Fraktionen das tun. Und wenn sich dann – ich weiß gar nicht, welche Organisation das sein sollte, ich müsste nachgucken, Sie haben nachgeguckt – eine weitere Organisation dazuschreibt, dann hat das Frau Ministerpräsidentin nicht zu verantworten. Ich könnte das ja nicht mal verantworten, wenn ich eine Initiative mache und Sie schreiben sich dazu. Dann können Sie mir ja auch nicht vorwerfen, dass ich mit Ihnen in einem Boot sitze. Sitze ich mit Sicherheit nicht!

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Deswegen weise ich das in aller Form hier zurück.

Meine Damen und Herren von der AfD, ich kann Ihnen sagen, es waren Sozialdemokraten, es waren Sozialisten, es waren Kommunisten und es waren aufrechte Christen, die für ihre Ideale in den schlimmsten Jahren deutscher Geschichte eingestanden sind, die dafür verfolgt wurden, inhaftiert wurden, gequält wurden, ermordet wurden.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Hier im Parlament haben Sie genau die Parteien, die in dieser Tradition stehen. Ich kann Ihnen sagen, wir werden dafür sorgen, dass niemals, aber auch niemals wieder Rechtsextremisten in Deutschland Regierungsverantwortung bekommen. – Besten Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV – Zurufe von Sandro Hersel, AfD, und Bert Obereiner, AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sie können ja doch reden dahinten.)

Das Wort hat für eine kurze Bemerkung Herr Dr. Jess von der Fraktion der AfD.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Verehrte Parlamentskollegen! Liebe Landsleute und Gäste! Ich habe leider wenig Zeit, deshalb möchte ich gleich zu Beginn beantragen, dass wir den Antrag in einzelnen Punkten abstimmen.

Übrigens hat Herr Weber in keinerlei Weise relativiert, sondern ganz deutlich gesagt,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Manfred Dachner, SPD – Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

dass wir das auch verurteilen, aber er hat deutlich gemacht,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

er hat deutlich gemacht, dass wir ein gesamtgesellschaftliches Problem der Gewalt in der Politik haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie stimmen ja auch ganz gerne mal mit der NPD im Kreistag ab, Herr Jess.)

Ich persönlich muss Ihnen ganz offen sagen: Wer von Ihnen hat zu verantworten, dass man mir persönlich zu Hause die Fenster einwirft und Schrauben in meine Reifen vom Auto dreht?

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Da muss ich ganz offen sagen, da sind Sie die moralischen Hintergründler, jawohl!

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Beifall vonseiten der Fraktion AfD – Zuruf von Ministerin Stefanie Drese)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hatte ich nicht vor, nach meinem Fraktionsvorsitzenden noch mal das Wort zu ergreifen, aber ich habe das eben kurz mit ihm abgestimmt. Es wird jetzt auch gleich noch einen formalen Antrag geben, der abgestimmt ist mit den Antragstellern und auch mit der Fraktion der BMV, wie wir hier in das Abstimmungsprozedere reingehen.

Aber ich möchte an dieser Stelle insbesondere für die Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Raum, aber vielleicht auch für die Menschen, die im Livestream oder an den Folgetagen diese Plenardebatte begleiten, nachverfolgen und auch für sich selber Revue passieren lassen, noch mal einen Punkt klarstellen: Es hat eben aus den Reihen der AfD-Fraktion die halblaute Bemerkung gegeben, man würde sich ja ganz gerne noch zu diesem oder jenem Punkt auch als Mitglied der AfD-Fraktion äußern, aber leider, leider wäre das nicht möglich, weil die Redezeit nicht reichen würde.

Nur, damit die Menschen außerhalb dieses Plenarsaals das auch mal ganz deutlich erfahren: Im Ältestenrat, in dem alle Fraktionen vertreten sind, wird der Umfang der Redezeit besprochen. Maßstab der dann beschlossenen Redezeit ist immer der Antrag der Fraktion, die den höchsten Redezeitbedarf anmeldet. Wenn also die Fraktion der AfD den Wunsch gehabt hätte, vor dem Hintergrund der hier anstehenden Debatte mit mehr als nur einem Redner, mit mehr Redezeit in diese Debatte zu gehen, um möglicherweise ihren Fraktionsmitgliedern Arppe – Entschuldigung, das muss ich zurücknehmen, Herr Arppe ist ja nur noch Parteifreund, nein, selbst das ist er nicht mehr, er ist nur noch Freund –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Bruder im Geiste. – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

den Fraktionsmitgliedern Jesus Fernandes und Hersel hier die Möglichkeit zu geben, sich tatsächlich auch noch mal selber zu erklären,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

wie sie dazu stehen, Herr Jesus Fernandes, dann hätte Herr Weber ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Schulte! Herr Schulte, ich habe darauf hingewiesen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ihr habt ja sonst keine Probleme als die Aussprache des Namens?! Sagt mal was Inhaltliches! Sagt mal was Inhaltliches!)

der Name ist "de Jesus Fernandes". Wie jeder andere Abgeordnete hat dieser Abgeordnete auch das Recht darauf, seinen Namen ordentlich ausgesprochen zu bekommen.

Jochen Schulte, SPD: Ich bitte zutiefst um Entschuldigung, Herr Kollege.

(Zurufe von Bert Obereiner, AfD, und Jürgen Strohschein, AfD)

Ich werde mich bemühen, und vielleicht lerne ich es ja noch in den verbleibenden vier Jahren, Ihren Namen korrekt auszusprechen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Es ist kein Zeichen von Missachtung, die drücke ich anders aus.

(Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es hätte durchaus die Möglichkeit gegeben, dass der Kollege, dessen Namen ich regelmäßig verkehrt ausspreche, und der Kollege Hersel hier im Rahmen der Debatte sich hätten äußern können, wenn das denn gewollt gewesen wäre. Es ist offensichtlich nicht gewollt gewesen, Herr Professor Weber, weil Sie derjenige waren, der an der Ältestenratssitzung teilgenommen hat, und das ohne Probleme hätten machen können.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Nein, das ist falsch. Das war Herr Manthei. Das war die dritte Lüge an diesem Plenartag.)

War das noch Herr Manthei? Dann nehme ich das zurück. Aber Sie, Herr Professor Weber, Sie, Herr Professor Weber ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Selbst gestern früh hätte er die Möglichkeit gehabt. Gestern früh war er noch da.)

Herr Kollege Ritter, nicht aufregen, das lohnt bei Herrn Professor Weber nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das stimmt allerdings.)

Herr Professor Weber, Sie haben an der letzten Ältestenratssitzung teilgenommen und wenn Sie den Wunsch gehabt hätten, dass Sie mehr Redezeit für Ihre Fraktion gehabt hätten, dann hätten Sie das nur zu sagen brauchen.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Das, meine Damen und Herren, sollen Sie wissen. Sie haben nicht reden wollen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich habe reden wollen und ich habe geredet.)

Das ist der entscheidende Punkt.

Deswegen, meine Herren von der AfD-Fraktion, fordere ich Sie, Herrn de Jesus Fernandes – Ist das jetzt richtig? –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

Herrn de Jesus Fernandes und Herrn Hersel ausdrücklich auf, hier heute, an dieser Stelle, sich im Rahmen einer persönlichen Erklärung

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

klipp und klar von diesen Äußerungen zu distanzieren und deutlich zu machen, dass es nicht nur so eine Makulaturdistanzierung ist, wie es Ihr Fraktionsvorsitzender hier auf den Tisch gelegt hat, sondern dass Sie sich wirklich inhaltlich von diesen Äußerungen distanzieren und auch in Zukunft nichts mit diesen Dingen zu tun haben wollen. Ich glaube nicht, dass Sie das tun werden. Ich glaube nicht, dass Sie so viel Rückgrat haben, und vor allem glaube ich nicht, dass Sie es glaubwürdig oder glaubhaft machen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Aber, meine Damen und Herren, wollen wir doch noch mal einen Punkt Revue passieren lassen. Das, finde ich, ist wirklich - und da fällt mir kein anderes Wort mehr ein - erbärmlich, es ist wirklich das Erbärmliche an dieser Debatte: Da wird, oder sagen wir es mal andersrum, da liegen Äußerungen vor - und ich rede jetzt nicht von den pädophilen Äußerungen, die der Herr Arppe getan hat, ich rede hier nur von den rechtsstaatsfeindlichen, kriminellen geistesdarlegenden Äußerungen, die in diesen Chatprotokollen tatsächlich veröffentlicht worden sind und von denen sich auch Herr Arppe nicht distanziert hat, er hat sich nur von seinen pädophilen Äußerungen distanziert -, wenn man die mal nimmt und auf der anderen Seite einen Bogen schwenken oder bilden will, wie es der Herr Professor Weber hier getan hat, und dies mit der Ministerpräsidentin dieses Landes, die ja in der Vergangenheit immer wieder wegen offenkundig falscher Zitate, das muss man mal ganz deutlich sagen, wegen offenkundig falscher Zitate angegriffen worden ist, dass sie angeblich den Linksextremismus befürworten oder, ich weiß gar nicht, was das richtige Wort ist, tatsächlich kleinreden wollte, in einen Kontext stellt, also Äußerungen, dass Politiker, egal welcher Partei, aufs Schafott gehören, dass Menschen erschossen werden sollen, wenn man anders die Macht nicht ergreifen kann, und diese Äußerungen in einen Gesamtkontext gestellt werden sollen, dass vielleicht irgendwo eine Veranstaltung eröffnet wird, wo die Ministerpräsidentin zu dem Zeitpunkt, als sie zugesagt hat, noch nicht mal wusste, wer überhaupt daran teilnimmt,

(Heiterkeit bei Bert Obereiner, AfD)

und das auch noch ein ganz anderes Niveau ist, wenn das die Arbeit, wenn das das politische Niveau ist, und so tief kann ich gar nicht mit der Hand runtergehen, um da noch Niveau anzuzeigen,

(Jürgen Strohschein, AfD: Schlechte Entschuldigung.)

wenn das das Niveau der AfD ist, dann gnade uns Gott für die Debatten in den nächsten vier Jahren, weil wir dann genau das gleiche Niveau haben, das wir zehn Jahre lang mit der NPD in diesem Haus hatten. Da ist dann kein qualitativer Unterschied mehr.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zum Ende. Meine Fraktion wird – und das in Abstimmung mit allen anderen Fraktionen dieses Hauses von der Linkspartei über die CDU bis zur BMV – namentliche Abstimmung zu dem Gesamtantrag beantragen. Da bin ich ja mal gespannt, meine Herren von der AfD, wie Sie sich zu dem Antrag positionieren. Wir werden Ihnen nicht die Chance – auch das sage ich hier ganz deutlich –, wir werden Ihnen nicht die Chance geben, sich der Abstimmung zu einzelnen Punkten im Gesamtantrag zu entziehen. Entweder Sie bekennen an diesem Platz heute Farbe – ob es braun ist oder demokratisch, will ich mal dahingestellt sein lassen, aber Farbe bekennen müssen Sie!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion DIE LINKE die Fraktionsvorsitzende Frau Oldenburg.

Simone Oldenburg, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Professor Weber, Ihr Auftritt hat gezeigt, wo Sie stehen, Ihr Auftritt hat gezeigt, wes Geistes Kind Sie sind. Für uns sind Sie ein geistiger Brandstifter.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sie haben meinem Kollegen Herrn Schulte vorgeworfen, dass einiges überflüssig gewesen sein soll, was er hier gesagt hat. Nichts war überflüssig, gar nichts. Sie haben hier heute weichgespült eine Performance abgeliefert. Sie haben weder bewertet noch haben Sie verurteilt. Sie haben sogar versucht, das Menschenverachtende und Rechtsextreme auch noch zu legitimieren.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Haben Sie einen Hörschaden?)

Das dulden wir nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Herr Professor Weber, Sie können mich nicht beleidigen,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ich will Sie nicht beleidigen.)

sonst würde ich jetzt auf Ihre Anmerkung von eben eingehen, ob ich einen Hörschaden habe. Mich können nur anständige Menschen beleidigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Der Plenarsaal hat viele Vorteile. Einen Nachteil hat er, dass ich ständig Ihre Fraktion angucken muss.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und damit sehe ich Herrn Reuken, der einfach eine Marionette von Herrn Weber ist. Lächelt Herr Weber, lächelt Herr Reuken. Zieht Herr Weber die Stirn in Falten, macht das Herr Reuken auch. Das ist richtig putzig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Sie sind Historiker.

(Stephan J. Reuken, AfD: Ja.)

Stellen Sie sich hin, klären Sie Ihre Fraktion über die Geschichte auf! Schämen Sie sich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Jürgen Strohschein, AfD: Wir waren keine Steigbügelhalter der DDR. – Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ich auch nicht.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wenn Ihnen weiter nichts einfällt! Das ist ein deutliches Zeichen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin ja noch nicht mal dazu gekommen, diese Aussprache zu schließen. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich jetzt die Aussprache.

Allerdings stellen uns die unterschiedlichen Geschäftsordnungsanträge vor ein Problem. Eine Gesamtabstimmung kann es so nicht geben, da eine Einzelabstimmung beantragt wurde.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Was wir tun können, ist eine namentliche Abstimmung aller Einzelpunkte.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Das ist das Einzige, was wir in diesem Kontext geschäftsordnungstechnisch regeln können. Von daher treten wir jetzt in die Abstimmung ein. Ich hoffe, es hat jeder verstanden. Es werden drei namentliche Abstimmungen, also eine zu jeder Ziffer des Antrages durchgeführt.

Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV haben gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu Ziffer 1 des Antrages – ich hoffe, das ist jetzt richtig – auf Drucksache 7/1052 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Da wir uns im neuen Plenarsaal befinden und der Stuhl immer ran- und rausrückt, würde ich das jedem selber überlassen wollen, weil wir das erst mal testen müssen, ob das mit dem Aufstehen hier wirklich so gut funktioniert.

(Andreas Butzki, SPD: Wir können ja die ganze Zeit stehen.)

Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorgangs von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Von daher schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.39 Uhr

Wiederbeginn: 10.44 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich das Abstimmungsergebnis bekanntgeben kann. Die Sitzung ist wieder eröffnet.

An der Abstimmung haben insgesamt 59 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 59 Abgeordnete, niemand stimmte mit Nein, und es enthielt sich auch kein Abgeordneter. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE in Ziffer 1 auf Drucksache 7/1052 einstimmig angenommen.

(Der Abgeordnete Jörg Heydorn tritt an das Präsidium heran.)

Herr Heydorn, wir sind in der Abstimmung.

Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV haben gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu Ziffer 2 des Antrages auf Drucksache 7/1052 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 10.49 Uhr

Wiederbeginn: 10.49 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Auszählung ist schneller vonstattengegangen. Von daher eröffne ich die unterbrochene Sitzung, um das Abstimmungsergebnis bekanntzugeben.

An der Abstimmung haben insgesamt 61 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 61 Abgeordnete, niemand stimmte mit Nein, und niemand enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE in Ziffer 2 auf Drucksache 7/1052 ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BMV haben gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zu Ziffer 3 des Antrages auf Drucksache 7/1052 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie vom Präsidium hier namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich nach wie vor alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen.

Ich bitte nunmehr den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme abgeben möchte?

(Der Abgeordnete Manfred Dachner wird nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ich gehe davon aus, dass kein weiteres Mitglied des Hauses anwesend ist, das seine Stimme noch abzugeben wünscht. Von daher schließe ich die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 10.55 Uhr

Wiederbeginn: 10.56 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

An der Abstimmung haben insgesamt 60 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 52 Abgeordnete, mit Nein stimmten 7 Abgeordnete, und ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE in Ziffer 3 des Antrages angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Abgeordnete der Fraktion der AfD, Herr Thomas de Jesus Fernandes, hat nach Paragraf 88 die Abgabe einer persönlichen Bemerkung beantragt. Ich erteile dem Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes jetzt das Wort, eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Gäste! Werte Kollegen!

Erst mal, Herr Ritter, das Wort "Kanake" – das war eine Falschaussage – kam nicht von mir.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Von wem dann? Von Ihrem Chatpartner, oder was? – Torsten Renz, CDU: Aber teilen Sie das Wort?)

Dann möchte ich heute hier auch noch mal sagen, ich habe Kontakt mit Ihrer Fraktion aufgenommen über Herrn Koplin, ich habe Kontakt mit der SPD aufgenommen über Herrn Krüger und ich habe auch versucht, zur CDU Kontakt aufzunehmen, und habe angeboten, dass ich gerne

zu Ihnen in die Fraktion komme und mich erkläre. Eine Rückmeldung ist nicht erfolgt.

(Patrick Dahlemann, SPD: Tun Sie es doch jetzt hier in der Öffentlichkeit, dann haben Sie das gleich erledigt!)

Dann habe ich über die Presse eine Erklärung abgegeben, und zwar über den NDR, über die "Ostsee-Zeitung", über den "Nordkurier" und die SVZ.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die wurde leider nicht abgedruckt, dafür kann ich ja auch nichts. Leif-Erik Holm hat sich ausreichend distanziert – da widerspreche ich Ihnen –, die Fraktion ebenfalls per Beschluss ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr de Jesus ...

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: ... mit dem heutigen Tag ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie stehen Sie denn zu den anderen Aussagen, Herr Kollege?)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr de Jesus Fernandes, ich weise Sie darauf hin, bei persönlichen Bemerkungen können Sie nur etwas, was gegen Ihre Person gerichtet ist, hier in diesem Falle, darstellen und nicht für die Fraktion Erklärungen abgeben. Deswegen ist es eine persönliche Bemerkung. Ich bitte, darauf zu achten.

(Jochen Schulte, SPD: Er muss sich ja nur mal inhaltlich vernünftig von seinen Äußerungen distanzieren. – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt sagen Sie mal was zu den anderen Chatpartnern!)

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Alles klar. Vielen Dank. Damit ist die Sache für mich auch erledigt.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf aus dem Plenum: Das ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Abgeordnete Sandro Hersel von der Fraktion der AfD hat darum gebeten, eine persönliche Bemerkung nach Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung abzugeben. Ich gebe dem Abgeordneten Herrn Sandro Hersel jetzt das Wort zur Abgabe einer persönlichen Bemerkung.

Sandro Hersel, AfD: Frau Präsident! Werte Kollegen! Die Anwürfe hier sind durchaus schwerwiegend. Ich möchte mich deshalb dazu äußern. Wir haben möglicherweise eine rechtlich fragwürdige Veröffentlichung von Inhalten aus Gruppen, die geschlossen waren,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und, stimmen die Inhalte?)

die mit Leuten besetzt waren, die mich kennen,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

die wissen, dass ich regelmäßig auch mal Blödsinn schreibe

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der CDU und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist Blödsinn.)

im persönlichen Umgang,

(Ralf Mucha, SPD: Wollen Sie das jetzt als Blödsinn abtun?)

dass ich auch, ...

Natürlich ist das Blödsinn, was ich da schreibe.

(Ralf Mucha, SPD: Warum schreiben Sie es denn?)

... dass ich aber auch

(Patrick Dahlemann, SPD: Was haben Sie denn geschrieben? – Torsten Renz, CDU: Aus Gedanken werden Worte und aus Worten werden Taten.)

mit provokativen Thesen argumentiere oder zumindest diese in den Raum stelle, um sie zu diskutieren.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Forrest Gump, würde ich jetzt sagen. – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Natürlich ist das Anzünden von Gebäuden eine kriminelle Tat, eine Straftat.

(Thomas Krüger, SPD: Die Sie relativiert haben.)

Das sage ich Ihnen, weil ich es selbst erlebt habe. Ich wurde aus dem Schlaf gerissen, weil Passanten einen Brandherd an meinem Wohngebäude

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Oooh!)

entdeckt haben.

(Jochen Schulte, SPD: Wollen Sie sich den Weg freischießen, oder nicht?)

Bis heute ist nicht auszuschließen, dass es sich um eine politische Tat handelt.

(Christiane Berg, CDU: Also Gleiches mit Gleichem vergelten?!)

Genauso saß ich beim Abendessen, als rechts und links durch die Scheiben Steine neben meinem Kopf einschlugen – auch politisch motiviert.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das wissen Sie doch nicht.)

Ich wünsche das niemandem, niemandem! Das wünsche ich Ihnen nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist doch völlig unglaubwürdig.)

Nein. das ist ...

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Sie erwarten eine Stellungnahme,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie erwarten eine ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Sandro Hersel, AfD: ... persönliche ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, meine Herren! Es ist jetzt eine gute Gelegenheit, dass ich hier das Wort ergreife. Zum einen bitte ich doch, dem Redner die Möglichkeit zu geben, seine persönliche Erklärung abzugeben. Allerdings umschließt die persönliche Bemerkung nur Fakten, die in Bezug auf seine Person in der Aussprache vorgekommene Äußerungen umfassen und die dann richtigzustellen sind.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Von daher habe ich Ihnen ein bisschen Freiheit gelassen, muss Sie jetzt aber darauf hinweisen, dass Sie nur derartige Äußerungen hier im Rahmen einer persönlichen Bemerkung zurückweisen können.

(Jochen Schulte, SPD: Also keine brennenden Flüchtlingsheime?)

Sandro Hersel, AfD: Natürlich nicht.

(Jochen Schulte, SPD: Dann haben Sie das so nicht gesagt?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment!

Herr Schulte, ich gebe jetzt Herrn Hersel wieder das Wort für diese persönliche Bemerkung mit der Bitte, meine Hinweise hier zu beachten. Bitte schön.

Sandro Hersel, AfD: Sie haben inständig eine persönliche Erklärung gefordert, die habe ich abgegeben.

(Jochen Schulte, SPD: Nee, das haben Sie nicht!)

Doch!

(Jochen Schulte, SPD: Zu den Äußerungen, die Sie getan haben. – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Zu dem, was da drin stand. – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Susann Wippermann, SPD)

Ein Gebäude, ein Asylheim anzuzünden oder solche Einrichtungen, ist kriminell. Was wollen Sie?

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Natürlich ist das kriminell.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Warum schreiben Sie es dann? – Zuruf von Jochen Schulte, SPD) Es war als Diskussionsthese gedacht, die ich, als Antithese wohlgemerkt ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Lass uns mal darüber nachdenken, ob wir ein Haus anzünden.)

Und es ist Unsinn.

Sie wollen eine persönliche Erklärung, eine Rechtfertigung, die gebe ich Ihnen, die werfen Sie weg.

(Jochen Schulte, SPD: Das ist nicht zu rechtfertigen.)

Die interessiert Sie gar nicht. - Danke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das bestätigt nur unseren Eindruck, den wir von Ihnen haben. – Zurufe von Ralf Mucha, SPD, und Sebastian Ehlers, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Der Abgeordnete Torsten Renz hat beantragt, nach Paragraf 88 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Renz der Fraktion der CDU das Wort für eine persönliche Bemerkung. Bitte schön, Herr Renz.

Torsten Renz, CDU: Danke, Frau Präsidentin!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema heißt "Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament". Der Vorredner hat in seiner persönlichen Stellungnahme versucht, hier zu suggerieren, dass er der CDU-Fraktion Gespräche angeboten hat zu dem Thema, das wir heute hier debattieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Ich sage in aller Deutlichkeit, Herr Fernandes hat sich bei unserer Fraktion gemeldet,

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: ... unter dem Motto, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz!

Torsten Renz, CDU: ... er möchte mit uns darüber sprechen, dass es um ihn geht ...

(Der Abgeordnete Torsten Renz spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Beifall Dr. Gunter Jess, AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Renz!

(Jochen Schulte, SPD: Das ist bei allen anderen Fraktionen auch so. – Peter Ritter, DIE LINKE: Genau so!)

Herr Renz, einen Moment! Ich habe versucht, Sie zu unterbrechen, um Sie darauf hinzuweisen, dass auch Sie den Namen richtig auszusprechen haben. Und wenn ich versuche, Sie zu unterbrechen, dann haben Sie meinen Anweisungen auch Folge zu leisten.

Da jetzt die persönliche Bemerkung offensichtlich beendet ist, können wir diesen Tagesordnungspunkt verlassen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Abwahl eines Schriftführers des Landtages, Drucksache 7/1056.

Antrag der Fraktion der AfD Abwahl eines Schriftführers des Landtages – Drucksache 7/1056 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1056. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1056 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Nachwahl eines Schriftführers des Landtages. Der hierzu in der Tagesordnung ausgewiesene Wahlvorschlag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1061 wurde zwischenzeitlich zurückgezogen. Nunmehr liegt Ihnen ein Wahlvorschlag der Fraktion der BMV – Nachwahl einer Schriftführerin, auf Drucksache 7/1104 vor.

Nachwahl eines Schriftführers des Landtages

Wahlvorschlag der Fraktion der BMV – Drucksache 7/1104 –

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, die Nachwahl der Schriftführerin gemäß Paragraf 2 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Landtages offen durch Handaufheben durchzuführen. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/1104 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Frau Weißig, damit ist dem Wahlvorschlag der Fraktion der BMV auf Drucksache 7/1104 mit der nach Artikel 32 Absatz 1 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern erforderlichen Mehrheit, in diesem Fall Einstimmigkeit, zugestimmt und die Abgeordnete Christel Weißig zur Schriftführerin gewählt worden.

Frau Weißig, ich übermittle Ihnen die Glückwünsche des Hauses und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit.

(Christel Weißig, BMV: Danke schön.)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Metropolregionen unterstützen – Modellprojekte zur Ausdehnung von Tarifgebieten fördern, Drucksache 7/1055.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD Metropolregionen unterstützen – Modellprojekte zur Ausdehnung von Tarifgebieten fördern – Drucksache 7/1055 – Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun kommen wir aus meiner Sicht doch zu etwas Erfreulichem, zu diesem Antrag. Ich freue mich sehr, dass dieser Antrag heute auf der Tagesordnung ist. Es geht darum, ein Modellprojekt in der Metropolregion Hamburg zu befördern.

Meine Damen und Herren, die Region um Hamburg besteht aus mehr als tausend Orten, elf Landkreisen und kreisfreien Städten, sie verteilt sich auf vier Länder und ist Heimat von fünf Millionen Menschen. Die Region ist Knotenpunkt deutschen und internationalen Handels, ein starkes Netzwerk in den Bereichen Wirtschaft, Tourismus, Energie und Verkehr.

Mecklenburg-Vorpommern partizipiert seit 2017 in noch größerem Maße von der Nähe zu Hamburg. Und da neben dem Altkreis Ludwigslust sowie dem Landkreis Nordwest-Mecklenburg auch der Altkreis Parchim und die Stadt Schwerin im Februar 2017 endlich in die Metropolregion aufgenommen wurden, schloss sich eine Lücke. Jetzt kann man sagen: Ja, reicht das? Reicht uns das, dieser formale Akt? Ich denke nein, und deswegen gibt es diesen Antrag. Uns reicht also die bloße Aufnahme so nicht. Unser Land muss mit der Metropolregion verschmelzen.

Vergegenwärtigen wir uns, was der HVV ist. Der HVV ist ein Verkehrs- und Tarifverbund, der das Hamburger Stadtgebiet und die umliegenden Gebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen umfasst. Mecklenburg-Vorpommern ist da noch außen vor. Aber warum eigentlich? Warum muss ein Boizenburger anderthalbmal so viel zahlen, um zu seinem Arbeitsplatz nach Hamburg zu kommen, wie ein Lauenburger? Warum kann ein Student aus Stade mit seinem Semesterticket kostenlos zur Uni nach Hamburg fahren, während unsere Studenten dafür bezahlen müssen, mehr bezahlen müssen? Die Antwort ist: Weil sie eben in Mecklenburg-Vorpommern wohnen.

Meine Damen und Herren, blicken wir nun genau auf die Vorteile, von denen Schleswig-Holsteiner und Niedersachsen schon längere Zeit profitieren, aber wo wir noch Nachholbedarf haben. Gehen wir zum Steueraufkommen. Berufspendler aus Mecklenburg-Vorpommern mit Arbeitsplatz in den alten Bundesländern haben im Durchschnitt höhere Einkommen, höhere Steueraufkommen sowie mehr Kaufkraft als diejenigen, die in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Davon profitieren wiederum die kommunalen Aufgabenträger, die jeweiligen Landkreise, indes beispielsweise ihr Ertrag aus dem Anteil am Steueraufkommen der Bürger steigt. Und es muss logisches Ziel sein, diese Personengruppen zu fördern und allenfalls nicht über die Maßen zu beanspruchen. Durch den Nicht-Anschluss an den HVV-Bereich entstehen den Berufspendlern, welche den Zug nutzen, jedoch erhebliche Zusatzkosten, die allerdings vermeidbar wären.

Was sind die Kostenvorteile für Pendler? Pendler auf der Strecke RE1 könnten zwischen 588 Euro – die RE1 ist die Strecke Schwanheide-Büchen, gemeint ist hier eine Monatskarte im Nahverkehr der zweiten Klasse – und 2.602 Euro für die von Schwerin nach Süd/Büchen im Jahr einsparen. Das sind erhebliche Beträge, je nachdem, wie weit entfernt sie von der Metropolregion Hamburg wohnen beziehungsweise zusteigen. Dies wird eine

Aufwertung betroffener Landkreise beziehungsweise der kreisfreien Stadt Schwerin zur Folge haben.

Mit der Aufnahme in den HVV ginge eine Aufwertung der betreffenden Landkreise einher. Wegzügen würde entgegengewirkt werden, zugleich verstärkt der Zuzug aus dem Großraum Hamburg begünstigt werden. Gerade bei jungen Familien mit dem Wunsch nach Wohneigentum ist unsere Region wegen der vergleichsweise niedrigeren Baulandpreise begehrt. Eine Ausarbeitung für die Stadt Lübeck hat gezeigt, dass Städte im HVV-Bereich einen Bevölkerungszuwachs von 0,3 bis 0,9 Prozent pro Jahr verzeichnen.

Kommen wir zum touristischen Potenzial: Gerade für Tagestouristen aus Hamburg war und ist der Mecklenburger Teil der Metropolregion Hamburg ein attraktives Ziel. Noch gibt es aber Touristen, die an der Grenze des HVV-Tarifverbunds haltmachen und sich stattdessen lieber – und mitunter kostenfrei – mit ihren ganzen Familien im HVV-Gebiet aufhalten.

Meine Damen und Herren, die messbaren Vorteile der Ausweitung dieses Tarifbereiches auch auf diese Regionen liegen auf der Hand. Fahrscheine können billiger werden, Berufspendler und Studenten könnten Hunderte Euro einsparen. Einzelhandel und Gastronomie im Westen unseres Bundeslandes werden profitieren. Und letztendlich ist die Ausdehnung des HVV auf Mecklenburg-Vorpommern auch eine historische Chance für die Reintegration unserer westlichen Landesteile in die Metropolregion Hamburg. Beinahe 27 Jahre nach der Wiedervereinigung haben wir heute die Chance, die imaginär fortbestehende Grenze/Tarifgrenze zu den alten Bundesländern Stück für Stück abzutragen.

Es darf für den Wohlstand unserer Bürger und die Zukunftsperspektiven unserer Kinder keine Rolle spielen, ob man diesseits oder jenseits der Elbe wohnt. Deswegen fordern wir und bitten wir die Landesregierung, das, was ich Ihnen exemplarisch an meinem Heimatwahlkreis aufgezeigt habe, auch für andere existierende Metropolregionen wie Berlin-Brandenburg oder die noch zu schaffende Metropolregion Stettin zu prüfen. Ich denke mal, es ist auch wichtig. Gerade die aktuellen Diskussionen über die grenzüberschreitende Buslinie zwischen den Kaiserbädern nach Swinemünde zeigen, wie dringend das ist.

Meine Damen und Herren, dem Antragstext können Sie entnehmen, dass wir heute zunächst einen Prüfauftrag zur Beschlussfassung vorlegen, die Landesregierung möge Kosten ermitteln, Handlungsmaßnahmen sondieren und dem federführenden Ausschuss berichten. Diese Prüfung ist ein deutlicher Schritt nach vorne um das Bemühen, den Anschluss zu bekommen. Ich halte einen positiven Ausgang des Prüfantrages für realistisch. Warum sollte in Mecklenburg-Vorpommern nicht klappen, was in Teilen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens schon selbstverständlich funktioniert? Und wenn dem federführenden Ausschuss dies bis zum ersten Quartal 2018 mitgeteilt wird, dann sollte diese Idee auch umgesetzt werden, aber das werden wir dann sehen.

Auch im Namen der betroffenen Bürger werbe ich bei Ihnen um die Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Jörg Kröger, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluss haben Sie dankenswerterweise noch einmal den Inhalt des Antrages aufgegriffen. Die ersten zehn Minuten hatte ich den Eindruck, wir sind bei einem anderen Antrag. Und dann habe ich im Übrigen diesen Eindruck auch gehabt, als ich in den letzten Tagen Medien las. Lassen Sie uns doch einfach jetzt den Wahlkampf auch beenden. Um Herrn Kokert von gestern aufzugreifen, wir werden wieder staatstragend. Das wäre an dieser Stelle wünschenswert.

(Torsten Renz, CDU: Sie waren doch schon immer staatstragend, Herr Minister. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sehen Sie! Dann machen wir es doch gemeinsam! Das wäre doch mal ein weiterer Schritt.

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, anders als Herr Waldmüller würde ich dafür werben, dass wir hier gemeinsam fürs ganze Land Verantwortung tragen. Deshalb bin ich gern bereit, mit Ihnen gemeinsam zu schauen, ob man den Werkzeugkoffer an Ideen, was man machen könnte, wenn man mehr Geld in den Regionalisierungsmitteln hat, gerne erweitert und schaut, was kosten auch andere durchaus denkbare Punkte. Ich hätte im Übrigen als Wahlkreisabgeordneter in Greifswald ein paar Ideen und als einer der kleineren Zahl von vorpommerschen Abgeordneten für den gesamten vorpommerschen Beritt. Ich weiß mich da zum Beispiel mit Herrn Eifler an dieser und jener Stelle einig. Ich weiß auch, dass wir an der Mecklenburgischen Seenplatte noch Wünsche und Anregungen hätten. Die sind alle in einem Werkzeugkasten drin und den ergänzen wir gerne.

Ich glaube aber, dass wir dann auch der Ehrlichkeit halber in so einer Diskussion – erneut das, was ich an vielen Stellen in Anträgen schon gesagt habe – noch mal die Spielräume, die überhaupt zur Verfügung stehen, uns vor Augen führen, und deshalb bitte ich sehr darum, nicht verfrühte Erwartungshaltungen zu wecken. Ich glaube, dass das einer der größten Schäden von Demokratie ist, wenn wir immer alle rausgehen und so tun, als ob wir streuend und säend durchs Land gehen könnten, weil der Pott so voll wäre. Ich weiß, dass man gestern in den Haushaltsberatungen an manchen Stellen den Eindruck hatte, wir würden nur einen Ausgabenteil im Haushalt haben. Es gibt leider oder zum Glück auch einen Einnahmenteil, und genau der sollte auch ein Stück weit Handlungsleitfaden für unsere Diskussion sein.

Der Handlungsrahmen, über den wir hier reden, sind die Regionalisierungsmittel, die zum Glück, das sage ich auch deutlich, für die Jahre 2016 bis 2031 zwischenzeitlich definiert, gesetzgeberisch vorgegeben sind. Wir haben lange mit einer Ungewissheit gelebt, wie es weitergeht, nach einer längeren Phase der Gewissheit, das Regionalisierungsmittelgesetz ist fortgeschrieben. In Summe werden wir zwischen 2016 und 2031 4,425 Milliarden Euro erhalten. Das klingt nach unglaublich viel Geld. Ich weiß, dass das alle Wünsche und Begehrlichkeiten eröffnet, hat aber einen Haken: Es sind etwas über 50 Millionen Euro weniger, verglichen mit der Rechtslage der 15 Jahre, die wir davor hatten. Ich will trotzdem sagen, dass das eine positive Entwicklung ist, wir hatten mal viel schlimmere Verluste auf die 15 Jahre aufsummiert befürchtet. Knapp über 50 Millionen ist viel, viel weniger, als lange Zeit drohend im Raume stand. Von daher ist die Entwicklung trotzdem eine gute.

Wir haben bundesweit aus den ehemals 7,3 Milliarden Euro, die früher im Gesamtkuchen drin waren, 8 Milliarden Euro gemacht. Wir haben 200 Millionen Euro mehr bekommen, nur für die besonders betroffenen ostdeutschen Länder, um Härten abzumildern. Wir reden also jetzt über 8,2 Milliarden Euro statt 7,3 Milliarden im Gesamtkuchen. Wir haben gleichwohl einen Verlust in diesem Lande. Warum? Weil die Verteilung dieses Gesamtkuchens auf 16 Bundesländer sich bei den Tortenstückgrößen verändert. Wir haben früher mehr Tortenstückgrößen gehabt, als wir sie künftig am Gesamtkuchen haben werden.

Deshalb haben wir im Übrigen zunächst einen Effekt, weil das Tortenstück nicht sofort von "etwas größer" auf "ganz klein" fällt, sondern wir eine degressive Kurve über 15 Jahre beschreiten, weil wir also stückweise unseren Tortenstückanteil pro Jahr kleiner machen, haben wir zunächst im ersten Jahr tatsächlich mehr Geld in der Kasse. Auch das, weiß ich, weckt Begehrlichkeiten. Ich weise aber darauf hin, dass diese Kurve, der Moment, in dem wir mehr haben, weil an den 8,2 Milliarden Euro statt 7,3 ein großes Tortenstück erst mal in absoluter Zahl etwas mehr ist, dass durch die degressive Entwicklung die Kurve, was hatten wir bisher und was haben wir künftig, sich zwischen 2022 und 2023 schneiden werden, und dann werden wir künftig deutlich unterhalb der bisherigen Kurve liegen, in Summe, noch mal aufsummiert, 50 Millionen. Vorne haben wir auf einmal mehr, hinten haben wir aber deutlich weniger.

Es bleibt trotzdem finanziell eng. Ich lade deshalb ein, dass wir gerne Verbesserungen und Erweiterungen diskutieren. Ich prüfe auch gern, was ist der Kostenansatz einer Erweiterung und einer Verbesserung. Da bin ich dicht bei Herrn Waldmüller. Ich bitte aber, dass wir gemeinsam schauen, was steht ansonsten durchaus noch an Wünschen im Raum.

Wir geben allein im Jahr 2017 voraussichtlich round about 195 Millionen Euro – und jetzt bitte ich zu differenzieren – nur für das aus, was wir an Zügen im Lande fahren lassen. Das sind typischerweise die roten Blitze, die Regionalbahnen und Regionalexpresse, es ist aber auch die UBB, es ist die ODEG, es sind kleinere Verbindungen, die dann als Molli oder Rasender Roland fahren.

Damit ist aber nicht alles abgebildet, was wir aus Regionalisierungsmitteln finanzieren. Alleine die Verkehrsverträge machen schon 195 Millionen Euro aus und die verteuern sich Jahr für Jahr ein bisschen, weil verschiedene Inflationsraten und Kostensteigerungen von uns in den Verträgen mit abgebildet sind. Dazu kommen Ausgaben für die Verkehrsgesellschaft, die wir unterhalten, die überhaupt diese ganzen Verträge koordiniert und

ausschreibt. Hinzu kommen nicht unerhebliche Mittel für Schienenersatzverkehre, beispielsweise die eingestellten Teilstücke der Südbahn, die Busverkehre dort bezahlen wir. Das gibt es auch auf anderen Strecken, wo das Land in den letzten 20 Jahren Bahnstrecken zurückgeführt hat. Wir haben eine Tarifkooperation wie den VNW, den Verkehrsverbund VVW, Verkehrsverbund Warnow. Auch der kriegt Unterstützung, weil ein Verkehrsverbund – das ist die Frage, die Herr Waldmüller aufruft – am Ende weniger Einnahmen hat, wenn er eine Gesamtkarte anbietet, als jeder der Teile es einzeln hat. Diese Verluste werden ausgeglichen.

Warum kommen da weniger Einnahmen, wundert man sich, die fahren doch genauso weit, wie sie mit zwei Fahrkarten fahren würden. Weil Sie in den Bahntarifen typischerweise für den ersten Kilometer pro Kilometer mehr bezahlen als für den zehnten. Auch da gibt es eine Degression. Wenn ich jetzt zwei Karten kaufe, zahle ich bei zwei verschiedenen Anbietern für den ersten Kilometer mehr und habe eine Kostenkurve, die nach unten läuft. Wenn ich das insgesamt berechne, verliere ich einmal den höheren Tarif für den ersten Kilometer, weil dann die Gesamtkilometerzahl angeschaut wird. Diese sogenannten Durchtarifierungsverluste werden in einem Verkehrsverbund typischerweise ausgeglichen durch staatliche Zuschüsse. Genau das tun wir zum Beispiel bei den Rostockern.

Wir bezahlen mit Regionalisierungsmitteln Straßenbahnhilfen sowohl im Invest als auch im Betrieb, wir bezahlen unter anderem nicht unerhebliche Investitionsbeihilfen, nicht für die große Deutsche Bahn, da nur in den Bahnhöfen - Schwerin hat nach meiner Erinnerung profitiert, aber auch andere Bahnhöfe -, bei nicht staatlichen oder nicht DB-Bahnen zahlen wir aber zusätzlich auch Investitionen in die Schienen. Warum? Weil nur die DB von der Bundesregierung erhebliches Geld für Schieneninvestitionen erhält, die kleineren privatwirtschaftlichen Bahnen erhalten es überwiegend nicht. Da helfen wir mit Mitteln aus den Regionalisierungsmitteln, insgesamt also 195 Millionen Euro plus 45 bis 50 weitere Millionen Euro für die eben genannten weiteren Aufgaben allein in diesem Jahr. Sie haben jährlich Kostensteigerungen und dann kriegen Sie ein Gefühl dafür, mit welchen Summen wir dort zu arbeiten haben.

Die Verkehrsverträge sind regelmäßig auch nicht Jahresverträge, wo man sagt, jetzt kommen wir mit dem Geld nicht mehr hin, für nächstes Jahr kündigen wir, sondern wir reden über 12 bis 15 Jahre laufende Verträge. Die binden uns auch in den Kostensteigerungen über relativ lange Zeiträume und wir sind, wenn wir uns für 12 bis 15 Jahre verpflichten, klug beraten, in die Zukunft zu rechnen, was könnte uns bei einer typischen Kostensteigerung in 15 Jahren erwarten, und das schon mal einzupreisen, bevor wir freie Spielräume, die wir zu haben glauben, ausgeben. Erst muss bezahlt werden, wo wir uns in die Pflicht haben nehmen lassen, und erst dann können wir überlegen, was tun wir obendrauf.

Wenn wir gucken, was im Besteckkasten schon drin ist, den wir jetzt ergänzen wollen um die verschiedenen Varianten für Verkehrsverbünde: Ein Verkehrsverbund, der denkbar ist, ist die Metropolregion Stettin. Wir fahren bisher mit einem roten Blitz nach Stettin, in der Tat könnte man mit einem Verkehrsverbund mehr erreichen. Der wäre vermutlich auch international führend, weil es auf einmal ein transnationaler Verkehrsverbund wäre. Da

haben wir noch zwei, drei weitere Probleme, die man sicherlich ruhiger betrachten muss, als es in Berlin und Hamburg geht, wo du dich in einem gemeinsamen nationalstaatlichen Rahmen für Nahverkehr bewegst.

Wir haben Wünsche, die seit Langem geäußert werden in der Mecklenburgischen Seenplatte für den Berlin-Brandenburgischen Verkehrsverbund. Dort sind es im Übrigen weniger Pendlerinnen und Pendler, die bisher angeführt werden, sondern es sind stärker die touristischen Kräfte, die nicht zu Unrecht sagen, wenn ihr da eine Gelegenheit gäbet, vor allen Dingen auch in der Kombination mit Fahrrädern, glauben wir, dass vor allen Dingen Wochenendbesucherinnen und -besucher auch außerhalb der Hochsaison leichter herzuholen wären.

Wir haben die Wünsche und Anregungen aus dem Hamburger Umland, wobei man dann sehr lange diskutieren kann, wie weit das eigentlich in die Metropolregion reingehen soll und muss. Ein Vorschlag war ja zunächst, bis Boizenburg zu überlegen, jetzt haben wir eine Strecke Richtung Hagenow und eine Strecke, die bis Schwerin durchginge. Das sind die typischen Pendlerströme, die wir abbilden. Auch da wäre die Idee, dem HVV beizutreten.

Was wir schon auf der Agenda haben und im Besteckkasten mal anzugucken - und noch mal, das sind alles Ideen, wenn man Geld übrig hat und sagt, jetzt können wir uns zusätzlich in die Pflicht nehmen lassen -, sind im Koalitionsvertrag gleich zwei Aufträge. Ein Auftrag heißt Darß-Bahn und ein Auftrag heißt Karniner Brücke. Wir wissen aus langen Gesprächen, dass in verschiedenen Landkreisen und Kommunen Wünsche bestehen zu sagen, der Zweistundentakt im Nahverkehr - da reden wir noch nicht über den HVV, sondern ich rede nur über die Anzahl von Fahrten, zwischen Rostock, Schwerin und Hamburg ist momentan Zweistundentakt, dazwischen fährt zum Teil ein Fernverkehr, ein Intercity, aber im Nahverkehr ist Zweistundentakt -, der Wunsch ist seit Langem zu sagen, könnt ihr das nicht wenigstens in den Hauptverkehrszeiten auf Einstundentakt umstellen?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann verschiebt sich der Takt nur ein bisschen.)

Wenn man dann nach Hamburg fährt oder in die andere Richtung und mal einen Zug verpasst, hat man weniger Wartezeit und kann im normalen Nahverkehrsticket fahren. Die gleiche Diskussion führen wir ...

(Torsten Renz, CDU: Sprechen Sie eigentlich noch zum Antrag?)

Gewiss. Ich glaube, dass das sinnvoll ist, dass wir uns mal angucken, was der Besteckkasten enthält.

(Torsten Renz, CDU: Sagen Sie doch mal etwas zu den Erfolgsaussichten dieses Antrages!)

Die Erfolgsaussichten des Antrages gucken wir uns gerne zum Schluss an.

(Torsten Renz, CDU: Ach, zum Schluss!)

Am Ende wollen Sie mich ja prüfen lassen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Rückenwind, Kollege Renz!)

Ja, das Schönste nehme ich doch nicht vorweg, damit Sie Aufregung im Bauch behalten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Rückenwind vom Minister!)

Wir haben einen Stundentakt zwischen Berlin und Stralsund, der diskutiert wird – im Übrigen auch nicht dumm. Gerade die Hochschuleinrichtungen in Stralsund und Greifswald mahnen uns sehr zu Recht, sie in den Blick zu nehmen.

Wir haben weiterhin Diskussionen, ob wir Spätverbindungen einrichten sollen. Vor allen Dingen zwischen Rostock und Stralsund gibt es den Wunsch seit Langem, es gibt ihn auch auf der Strecke Rostock–Schwerin–Hamburg, alles Dinge, die für uns Mehrkosten auslösen würden.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und wenn Sie ernsthaft sagen, reden Sie doch mal zum Antrag, dann, glaube ich, dass genau das der Handlungsrahmen des Antrages ist. Sie geben mir an die Hand, und das finde ich richtig, zu sagen, guck mal, ob wir den Besteckkasten größer machen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

und quantifiziere mal, was solche zusätzlichen Änderungen kosten würden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Da sage ich Ihnen, was schon im Kasten drin ist, weil ich sinnvollerweise finde, dass wir uns gemeinsam bewusstwerden müssen, dass wir zunächst prüfen, und die Rede war eben eher schon fast auf eine Vollendung gerichtet. Davon sind wir leider noch ein Stück weit weg. Zumindest glaube ich, wenn wir unseren Koalitionsvertrag ernst nehmen, der allererste Auftrag, den Sie unserem Haus mit auf den Weg gegeben haben, ist zu sagen, bemüht euch mal nach Kräften, dass die Darß-Bahn funktioniert, und auch die ist zurzeit in den Kostenkalkulationen nicht drin, sondern müsste mit hinein.

Ich freue mich, den Besteckkasten, den Sie mir an die Hand geben wollen, Herr Renz, zu erweitern. Wir kalkulieren gerne, was da an Kosten entsteht, auch bei den anderen Punkten wissen wir das, aber zuallererst wird jetzt auf der Agenda stehen zu gucken, wo läuft unsere Finanzmöglichkeit hin. Wenn wir dann freie Spielräume entsprechend feststellen sollten, gehen wir gern in einen gemeinsamen Prozess, gucken uns den Besteckkasten an. Ich fürchte, die Summe der Wünsche ist mehr als das, was wir, wenn wir uns gut freigespielt haben, frei verfügbar haben. Und dann wird ein Auswahlprozess stattfinden müssen, der lautet, aus dem Besteckkasten deswegen bin ich dankbar für den Auftrag, das ist ja Ihre Frage -, wenn wir quantifiziert haben, was kosten die einzelnen Varianten, wird man einen politischen Prozess brauchen zu sagen, wenn wir mehr Wünsche haben, als wir uns zusätzlich leisten können, werden wir einen politischen Auswahlprozess haben, welche Dinge uns wesentlicher sind und was wir den Menschen an dieser Stelle anbieten wollen. Und dann stehen Qualitätsverbesserungen, Stundentakt, zum Teil Aufnahme von Takten, Spätverbindungen, dann stehen auch Wünsche, es einfach für die Leute ein Stück weit leichter zu machen, dazu gehört insbesondere die Aufnahme unseres Bundeslandes oder Teilen davon in die verschiedenen Verkehrsverbünde.

Wichtig ist mir, dass der HVV am Ende solides Geld kostet. Das müssen wir im Blick behalten und wir gucken gerne. Der erste Ruf damals war, schaut mal bis Boizenburg. Wir würden jetzt, so habe ich es verstanden, bis Schwerin schauen. Das ist der aktuelle Antrag. Das wird nach meiner Überzeugung den Pendlerströmen auch ein Stück gerechter, weil ich schon den Eindruck habe, dass wir zumindest ab Schwerin Richtung Hamburg erheblichere Pendlerströme haben.

(Harry Glawe, CDU: Aber wir sollten die Darß-Bahn nicht aus dem Auge verlieren!)

Die Darß-Bahn würde ich ungern aus dem Auge verlieren, die ist aber in diesem Antrag nicht drin, sondern die haben wir schon im Koalitionsvertrag. Die Darß-Bahn ist etwas, was wir uns zurzeit ebenfalls sehr ernsthaft anschauen. Aber noch mal, wenn wir freie Spitzen haben, werden wir gucken müssen, was wir mit der freien Spitze machen wollen, und dann ist der Ruf des Wirtschaftsministers vollkommen richtig. Es gibt einen ersten Auftrag des Koalitionsvertrages, der priorisiert ist, zuerst kümmert euch um die Darß-Bahn, aber die Hoffnung ist ja, dass auch dann noch freie Spitze bleibt,

(Beifall Dietmar Eifler, CDU)

und da gibt es die Hinweise, lasst uns gemeinsam gucken, was wir dann im Besteckkasten haben. Den bereiten wir jetzt gerne vor, vielen Dank für diesen Auftrag.

(Beifall Harry Glawe, CDU)

Und wir gucken dann im März gemeinsam, was der Spaß kosten würde. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche eine erfolgreiche Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Ich kann mich ja an sich recht kurzfassen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

aus zwei Gründen, zum einen, weil wir dem Antrag zustimmen werden, zum Zweiten, weil die Schilderung des Besteckkastens von Herrn Minister Pegel vieles von dem enthalten hat, wozu ich kurz was hätte sagen wollen.

Deswegen ganz kurz nur ein Schluck Wasser in den ansonsten guten Wein: Der Zusatz, dass die noch nicht bestehende, aber im Entstehen begriffene Metropolregion Stettin einbezogen werden soll, ist eben wegen dem Noch-nicht-Bestehen in dieser Form okay. Berlin ist mir etwas zu kurz gekommen. Gerade aus vorpommerscher Sicht muss man sagen, dass sowohl historisch wie aktuell die Ausrichtung unserer Region doch sehr stark noch nach Berlin gerichtet ist,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und deswegen sollte das Augenmerk stärker, als es sich in dem Antrag wiederfindet, auch auf Berlin ausgedehnt werden.

Insbesondere erinnere ich da an das Schreiben des Oberbürgermeisters von Greifswald, von Herrn Fassbinder, der nach seiner parteipolitischen Ausrichtung uns sicher nicht nahesteht, der darum gebeten hat – und wenn ich richtig weiß, hat er alle vorpommerschen Abgeordneten angeschrieben –, dass auch das MV-Ticket bis Berlin weitergeführt werden sollte. Das bitte ich in Erinnerung zu behalten, das wäre gerade auch für die Universität Greifswald wichtig. Also bitte in den Besteckkasten noch reinlegen, das MV-Ticket bis Berlin ausdehnen! – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Tilo Gundlack, SPD: Unser einziger Bahnfahrer. – Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig, sehr richtig, Herr Kollege.)

Jochen Schulte, SPD: Traurig genug: Hier über den öffentlichen Verkehr reden, aber dann mit einem Auto fahren! Fahren wir gerne.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will es nur kurzfassen. Wir haben lange mit den Kollegen von der CDU über diesen Antrag diskutiert, auch unter anderem, weil es natürlich ...

(Tilo Gundlack, SPD: Aber wir haben sie überzeugt.)

Na ja, wir haben ihn verbessert. Ich würde es mal so formulieren.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Wer steht vorne? Wer steht vorne?)

Wir haben ihn verbessert, indem wir den Kollegen und Kolleginnen,

(Torsten Renz, CDU: Der Ideengeber.)

oder die Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Renz, davon überzeugen konnten, dass man natürlich nicht nur den Bereich des früheren Altkreises oder den Bereich, der ursprünglich in dem Antrag drinstand, aus dem Bereich Ludwigslust-Parchim einnehmen sollte, sondern auch bis zur Landeshauptstadt Schwerin. Ich denke mal, auch vor den Ausführungen des Ministers, dass das sinnvoll ist und dass man natürlich, wenn man an einem Teil dieses Landes solche Überlegungen prüft, sich zumindest offenhalten sollte, auch für andere Bereiche das mit zu prüfen, mit zu umfassen.

Ich will das hier in aller Deutlichkeit sagen, auch vor dem Hintergrund der Äußerungen des Ministers, was die finanzielle Situation, insgesamt für den Bereich öffentlicher Verkehre in diesem Land angeht, das ist ein Prüfauftrag. Und wenn wir das Ergebnis des Prüfauftrages haben, werden wir das bewerten. Dann müssen wir schauen, wie wir damit umgehen, auch im Interesse der Menschen, die dort vor Ort leben, aber natürlich auch im

Interesse aller anderen Einwohnerinnen und Einwohner in diesem Land, die generell den Anspruch darauf haben, dass wir bestmöglich mit den zur Verfügung stehenden Finanzen umgehen. – In diesem Sinne vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir verstehen den Antrag als Rückenwind für den Minister. – Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fahre auch überwiegend Auto, und nicht Bahn,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

aber das liegt eben auch daran, dass die Verbindungen nicht so sind, dass ich sie wirklich nutzen kann. Ich komme ja nun ganz weit aus dem Osten, und da sieht es noch ein Stückchen weit anders aus als hier im Westen Mecklenburg-Vorpommerns, was den öffentlichen Verkehr betrifft. Das tut mir sehr leid, aber es ist aus heutiger Sicht nicht zu ändern.

Kollege Waldmüller, ich stimme Ihnen wirklich ziemlich vehement zu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oi!)

dass Sie gesagt haben, öffentlicher Verkehr hat was mit Regionalentwicklung zu tun. Diesen Standpunkt vertrete ich seit Langem und ich freue mich, dass wir da übereinstimmen.

Vorweg will ich auch gleich sagen, wir werden dem Antrag zustimmen. Aber lassen Sie mich noch ein paar Bemerkungen dazu machen.

Mit Interesse haben wir verfolgt, wie das ursprüngliche Anliegen, Berufspendler aus dem Raum Boizenburg in Richtung Hamburg zu unterstützen, bearbeitet worden ist. Für rund 400 Zeitkarteninhaber sollte sozusagen das HVV-Gebiet ausgedehnt werden. Die Kosten dafür werden mit 250.000 Euro beziffert. Es war eine Initiative des Kollegen Waldmüller im Kreistag und Ergebnis von Pendlergesprächen, die der Verein Haus & Grund organisiert hatte. Noch mal herzlichen Dank dafür! Ich fühle mich dann hier an diesem Pult nicht mehr so ganz alleine als Ruferin in der Wüste.

Auch Minister Backhaus zeigte sich aufgeschlossen. Es wäre auch sein "Traum", in den HVV zu kommen, äußerte er sich im Pendlergespräch. Aber die Fraktionen der SPD und der Verkehrsminister – und wir haben es ja jetzt auch wieder erlebt – haben beide Politiker doch ziemlich auflaufen lassen. Im März 2017 war es noch angekündigt, es gab aber im Frühjahr keinen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen.

Im August hat sich dann Minister Pegel den Fragen und dem Anliegen gestellt. Seine Reaktion war symptomatisch für die Verkehrspolitik in diesem Land und er hat es ja hier auch wieder demonstriert. Im "Hagenower Kreisblatt" der SVZ wurde zitiert: "Wie sollen wir das den Menschen in Parchim erklären oder auf Usedom, wo mehr Menschen auf der Bahn sitzen als hier, oder denen, die sich in Rostock eine Zugverbindung nach Berlin im Stundentakt wünschen?" Ende des Zitats. Und er setzte gleich noch einen drauf. Auf die Anmerkung, dass laut Studie die Anbindung an den HVV zu mehr Einnahmen durch wachsende Einwohner- und Touristenzahlen führen würde, entgegnete er: "Das ist nur eine Studie."

Für unsere Fraktion steht außer Frage, eine bessere Verbindung innerhalb der Regionen und auch zu allen Metropolregionen ist entscheidend für die Regionalentwicklung. Das habe ich schon gesagt. Wir kennen in der Verkehrspolitik des Landes große Hemmschuhe für die Regional- und Landesentwicklung. Synergieeffekte zur Einwohner- und wirtschaftlichen Entwicklung werden völlig negiert, nur, weil sie bisher auch nicht auf Heller und Pfennig zu berechnen sind.

Die Linksfraktion wird dem Antrag – ich habe es schon gesagt –, der nun zudem auch Prüfaufträge für Pilotprojekte in Nordwestmecklenburg und in die Metropolregionen Stettin und Berlin beinhaltet, zustimmen. Die Prüfergebnisse werden hoffentlich Fakten als fundierte Entscheidungsgrundlage auf den Tisch legen. Dem verschließen wir uns natürlich nicht.

Meine Damen und Herren, ich sage aber hier ganz deutlich, die Probleme im Regionalbahnbetrieb lösen wir damit noch nicht. Wir bräuchten einen einheitlichen Verbund für das ganze Land, nicht nur den Verkehrsverbund Warnow, beziehungsweise auf Kreisebene oder regionaler Ebene. Was in Berlin-Brandenburg, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen geht, das müsste auch hier möglich sein. Ein Landesverbund und landeseinheitlicher Tarif für Bus und Bahn sei zu teuer, wird uns von der Verkehrsgesellschaft, von Minister Pegel und natürlich auch von Herrn Schulte immer wieder gesagt,

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe meinen Namen gehört?!)

schließlich stecke man in den Warnow-Verbund schon genügend Geld. Das nehme ich erst mal hin und will dazu auch nichts weiter sagen. Ich meine nur, lassen Sie uns damit beginnen, wenigstens schrittweise einen landeseinheitlichen SPNV-Tarif einzuführen! Zum Beispiel in Niedersachsen gilt ein solcher Tarif, der Landestarif für den Eisenbahnnahverkehr in Niedersachsen, Bremen und Hamburg. "Endlich anfangen" muss auch hier die Devise sein, Schritt für Schritt, und das sollte nicht nur ein Prüfauftrag sein.

Ich könnte noch viel mehr sagen, Verkehrspolitik ist ja inzwischen ein Steckenpferd von mir geworden, aber dabei will ich es belassen. Wir stimmen dem Antrag zu. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und Jochen Schulte, SPD – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BMV der Abgeordnete Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich

zunächst meiner Vorrednerin anschließen. Ich habe auch so bei dem Antrag gedacht, ich habe enorme Schwierigkeiten, aus Vorpommern mit der Bahnverbindung regelmäßig nach Schwerin zu fahren oder auch wieder gut zurückzukommen. Jetzt reden wir über die Bahnverbindungen nach draußen, aber gut, die sind auch wichtig. Das nur als kleine Vorbemerkung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind aber bescheiden als Vorpommer.)

Auch die BMV-Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Gegen diesen Prüfauftrag ist grundsätzlich nichts zu sagen. Ein Punkt ist mir natürlich aufgefallen bei der Lektüre des Antrags, als vorpommerscher Abgeordneter. Es ist sehr ausführlich, konkret dargelegt worden, was in Mecklenburg alles schon läuft und was noch gemacht werden kann. Man hat den Eindruck, den Antragstellern fiel ein, als sie dann fertig waren mit dem Antrag, ach herrje, da gibt es ja noch Vorpommern, dazu müssen wir auch noch einen Satz sagen. Und dann wird hinten angefügt, in Vorpommern gibt es auch noch die Metropolregion Stettin.

Allerdings, die Metropolregion Stettin, Frau Schwenke, wenn ich Ihnen da widersprechen darf, Sie sagten so, die Metropolregion, eigentlich gibt es die gar nicht,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

und das ist ja auch zutreffend gesagt worden von Herrn Waldmüller und von den Vorrednern, das ist eine Idee, die umhergeistert. Ich habe lange recherchiert, was das eigentlich sein soll. Zufällig, ich weiß nicht, ob es zufällig ist, steht jedenfalls heute im "Nordkurier" ein ausführlicher Artikel, wo auch der Journalist mal recherchiert hat, was ist eigentlich die sogenannte Metropolregion Stettin. Auch nach den Reden, nach meinen Vorrednern, auch vom Herrn Minister habe ich bis heute noch nicht herausgefunden, was das eigentlich sein soll oder was da im – wie Sie sagen, Herr Minister – Werkzeugkasten alles so drin sein soll. So richtig weiß das keiner. Der "Nordkurier" schreibt, Zitat, keiner weiß, was das sein soll: "Vision, Hirngespinst oder … großes Missverständnis", Zitatende.

Also die Frage ist für mich sozusagen, wenn der Antrag sagt, Sie begrüßen die Initiativen, wäre es eigentlich schön gewesen, auch zu sagen, welche Initiativen es überhaupt gibt. Konkret wird berichtet von Sprachunterrichtsinitiativen im Landkreis Vorpommern-Greifswald, das war mir auch schon bekannt, und es soll um Stettin herum bereits Kommunen geben, die so eine Art Regionalverbund haben, die sich auch für die Vernetzung des Verkehrsnetzes, um die Vernetzung kümmern. Leider findet sich im Antrag wie gesagt Konkretes ausschließlich für Mecklenburg. Ausführlich wird die Metropolregion Hamburg dargestellt, es werden konkrete Bahnstrecken benannt, die noch hinzukommen sollen, und dann am Ende, wie ich schon sagte, der eine Satz, Zitat: "Entsprechendes muss auch für die Region Stettin und Berlin geprüft werden."

Im Ergebnis ist es aber natürlich in Ordnung zu prüfen, was möglich ist. Immerhin wächst die Wirtschaft in Stettin. Das sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass Stettin über 400.000 Einwohner hat, mehr als doppelt so groß wie Rostock, mehrere Universitäten, eine maritime Industrie, Werften und den Seehafen natürlich an der

Oder-Mündung – ein unheimliches wirtschaftliches Potenzial, wofür wir auch sehr sind, dass wir das in irgendeiner Form nutzen werden. Gut möglich also, dass sich etwas entwickeln kann, zum Vorteil sowohl der deutschen als auch der polnischen Seite. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV und Dr. Ralph Weber, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das bringt die Freude zum Ausdruck, dass alle zustimmen. – Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich erst mal, dass meine

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD: Oh, siehst du!)

ich freue mich nicht nur darüber, dass alle Fraktionen Zustimmung signalisiert haben, sondern ich freue mich erst mal darüber, dass ich meine erste Rede zu einem Thema halten darf,

(Beifall Marc Reinhardt, CDU)

das meinen Wahlkreis Schwerin, meine Heimatstadt hier direkt betrifft, und im Gegensatz zu einigen Vorrednern war ich bereits vor meiner Mitgliedschaft im Landtag auch Besitzer einer BahnCard.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das bin ich auch. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Also von daher weiß ich ein bisschen, worüber ich rede. Jetzt können sich alle mal outen hier, die regelmäßig Bahn fahren.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Ich war etwas erstaunt, und deswegen, glaube ich, muss man auch noch mal zwei, drei Worte sagen zu den einführenden Anmerkungen unseres Verkehrsministers. Wenn ich mir mal anschaue, wie sich der Ministerpräsident, und ich war dabei, im Februar in Hamburg bei dem Beitritt zur Metropolregion geäußert hat – ich zitiere aus dem "Abendblatt": "Für die Zukunft wünsche er sich einen Verkehrsverbund für die ganze Metropolregion …" –, der Minister Backhaus, Wahlkreisabgeordneter, hat es in der SVZ noch zwei Tage vor der Wahl als Herzensangelegenheit bezeichnet, kann man jetzt nicht so tun, als wenn das hier nur irgendwo unausgegorene Wahlkampfklamotte der CDU wäre. Also von daher scheint es dort breite Kräfte und Unterstützung auch aufseiten der SPD zu geben.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dass wir den Antrag gerne etwas härter formuliert hätten, Frau Dr. Schwenke, das ist, glaube ich, auch deutlich und klarer geworden. Und der unterschwellige Vorwurf, dass wir nicht Verantwortung fürs ganze Land übernehmen wollen, ist, glaube ich, so auch nicht korrekt. Ich

glaube, man sollte aufpassen, dass man nicht, und das machen wir als CDU nicht, die einzelnen Landesteile gegeneinander ausspielt an der Stelle.

Aber Fakt ist halt nun mal, dass wir die Pendlerströme haben. Darauf werde ich auch noch eingehen. Und ich glaube auch nicht, dass hier in irgendeiner Weise, und sei es im Wahlkampf gewesen, falsche Hoffnungen geweckt wurden. Wir haben immer ganz bewusst gesagt, wir prüfen das jetzt, das wird Geld kosten, darüber wird zu reden sein, also ganz sachlich und ganz seriös. Ich glaube, so ist auch der richtige Ansatz.

Ich finde, das gesamte Thema Metropolregion und auch dieser Antrag sind eigentlich ein gutes Beispiel, wie Politik funktionieren sollte, nämlich von unten nach oben. So war es beim Beitritt der Metropolregion hier bei uns in Schwerin. Da gab es die Initiative aus der Stadtvertretung 2011, damals von CDU und FDP. Wir haben dann den Beschluss gefasst in der Stadtvertretung, der Metropolregion beizutreten, und ähnlich ist es jetzt auch.

Deswegen freue ich mich, dass einige Initiatoren, auch aus Boizenburg, aus dem Landkreis, heute da sind, die dieses Thema in den Kreistag und jetzt auch in den Landtag gebracht haben. Da bin ich dem Kollegen Waldmüller sehr dankbar, dass er in seiner gewohnten Hartnäckigkeit an dem Thema drangeblieben ist und das heute in der Herzkammer der Demokratie – so hat es der Bundestagspräsident gesagt – miteinander diskutiert wird. Ich glaube, daran können wir uns ein gutes Beispiel nehmen. Deswegen noch mal herzlichen Dank an die Initiatoren vor Ort.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Wenn man sich mal anschaut – und da musste ich, obwohl ich die Strecke häufiger nutze, selber mal schauen –, wie viele Minuten trennen denn Mecklenburg-Vorpommern vom HVV: Es sind genau fünf Minuten. Das ist nämlich die Distanz zwischen Schwanheide und Büchen. Von daher geht es hier wirklich nicht um irgendwelche riesigen Distanzen, sondern – und da bin ich beim Kollegen Waldmüller – es ist den Leuten natürlich schwer zu erklären, dass jemand, der aus Büchen kommt, dort die Vorteile nutzen kann, und jemand, wenn er einige Kilometer oder fünf Bahnminuten weiter weg entfernt wohnt, in diesen Genuss nicht kommt.

Schon beim Beschluss des Landtages zur Metropolregion, das war im Dezember 2016, hat Wolfgang Waldmüller in einer Pressemitteilung erklärt, dass eine bessere Verkehrsanbindung und eine bessere Vernetzung Themen sind, denen wir uns in der Metropolregion intensiv widmen wollen.

Wenn man sich mal gerade die Zahlen hier aus Schwerin anschaut: 30 Prozent der Beschäftigten aus Schwerin sind Pendler, aber nun nicht alle nach Hamburg und nicht alle fahren mit dem Auto. Wir hatten das gestern auch beim Thema Tariflöhne erwähnt und ich erinnere mich, im Frühjahr gab es mal eine Studie – ich glaube, von der Arbeitsagentur –, wo Pendler befragt wurden, die gesagt haben, sie wollen gar nicht mehr wechseln, weil sie in einem bestimmten Alter sind, weil natürlich auch gewisse Ansprüche in den Unternehmen erworben sind. Also es gibt einen Teil. Das weiß ich auch aus Ge-

sprächen, wenn ich im Industriepark unterwegs bin, mit den neuen Unternehmen rede, die natürlich ein Stück weit aus diesem Reservoir, von den Pendlern ihre neuen Arbeitskräfte holen, aber auch sagen, einen Teil ab einem bestimmten Alter kriegst du gar nicht mehr zurück.

Von daher ist es, glaube ich, wichtig, dass man für die Menschen was macht, dass man sich da engagiert. Und die Zahl, 8.144 Menschen aus Schwerin pendeln nach Hamburg, ist schon sehr, sehr beeindruckend. Wir machen uns hier Gedanken über E-Mobilität, über Carsharing, über alle wunderbaren Sachen, aber ich sage mal, das Ökologischste, was wir, glaube ich, hier auf die Strecke bringen können, ist immer noch die Bahn,

(Beifall Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

und deswegen sollte doch das Ziel sein, die Pendler auf die Bahn zu bringen. Wenn man da eine finanzielle Entlastung schaffen kann, dann ist das, glaube ich, sehr sinnvoll.

Ich glaube, auch hinsichtlich des Wohnstandortes – und dann muss man sich nur mal anschauen, wenn man in Zarrentin, in der Ecke ehemaliges Grenzgebiet, unterwegs ist, was da schon passiert, wie viele Menschen aus Hamburg jetzt schon nach Westmecklenburg ziehen, weil einfach dort das Bauland viel, viel günstiger ist als direkt in Hamburg und dem Speckgürtel – sehe ich dort durchaus Potenziale für Schwerin, aber auch für die gesamte Region. Und ich glaube, auch für Menschen aus Hamburg ist es attraktiver, sich einfach mal am Wochenende mit ihrem HVV-Ticket in die Bahn zu setzen, unser schönes Staatstheater zu besuchen, die Seen in Schwerin, die Natur in Westmecklenburg zu erleben. Ich glaube, da sind große Vorteile.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Lassen Sie mich auch noch mal zum Thema Stettin etwas sagen. Da sind wir ja noch nicht so weit, das haben alle richtigerweise festgestellt. Ich musste heute auch ein bisschen schmunzeln über die "Nordkurier"-Schlagzeile "... zwischen Vision und Hirngespinst". Ich würde sagen, unsere Fraktion ist eher auf der Seite, die es als Vision, als Chance sieht. Wir haben im Sommer unsere Sommertour Arbeitskreis Wirtschaft bei der IHK Neubrandenburg gemacht, die da sehr viel unternimmt. Wenn man sich anschaut, dass insgesamt 1,2 Millionen Einwohner dort in der Metropolregion leben - und ich habe mir die Zahlen noch mal geben lassen von der IHK -, circa 340 Unternehmen im Kammerbezirk haben polnische Inhaber und circa 200 Unternehmen aus dem östlichen Mecklenburg-Vorpommern engagieren sich heute schon in Polen, zeigt das, dass eigentlich wirtschaftlich da schon eine Menge zusammengewachsen ist, auch ohne Metropolregion.

Auf die Probleme sind einige Vorredner eingegangen, Stichwort UBB und der Busverkehr dort im Grenzbereich. Das ist sicherlich das Bohren dicker Bretter und das ist auch nicht so einfach – in Anführungsstrichen "einfach" –, wie es vielleicht jetzt hier innerstaatlich zu organisieren ist. Aber ich glaube, wir sollten beides tun, uns dort weiter engagieren für die Metropolregion Stettin – das ist, glaube ich, für die gesamte Region eine große Chance –, aber wir sollten heute auch den Antrag auf den Weg bringen. Ich wünsche uns gemeinsam

(Peter Ritter, DIE LINKE: Rückenwind! Rückenwind für den Minister!)

eine gute Prüfung des Anliegens und darf Ihnen versichern, dass Sie aus Westmecklenburg auf jeden Fall auch die volle Unterstützung haben bei dem Thema. Ich glaube, das wäre ein guter Schritt zur Entlastung der Pendler hier in der Region, und deswegen sollten wir dann nach der Prüfung auch zu guten Entscheidungen kommen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1055. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/1055 einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der Verzögerungen durch die Debatten des vorherigen Tagesordnungspunktes hatten wir uns entschlossen, die Mittagspause jetzt vorzusehen. Es ist natürlich schwierig, eine Punktlandung zu machen. Da wir das in Abstimmung mit dem Antragsteller dieser Mittagspause so vereinbart haben, treten wir jetzt, auch wenn wir nicht wie ausgewiesen die Zeit einhalten, in eine 60-minütige Mittagspause ein, und die Sitzung wird somit um 12.50 Uhr fortgesetzt. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 11.50 Uhr

Wiederbeginn: 12.52 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung wieder.

Von den Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV liegt Ihnen auf Drucksache 7/1108 ein Antrag zum Thema "Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses" vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Das kann ich nicht erkennen. Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Das kann ich auch nicht erkennen. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Die Erweiterung der Tagesordnung ist damit einstimmig beschlossen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Tagesordnung nach Zusatztagesordnungspunkt 1 behandeln? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch dazu, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam für Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 7/1044.

Antrag der Fraktion der AfD Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam für Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 7/1044 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Nikolaus Kramer von der Fraktion der AfD.

Nikolaus Kramer, AfD: Frau Präsidentin! Geschätzte, aber doch nur wenig verbliebene Abgeordnetenkollegen hier zu dieser Mittagsstunde! Liebe Landsleute!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht liegt es ja am Thema.)

Das ist ein spannendes Thema und gerade deshalb hätte ich mir einen vollen Saal gewünscht, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vielleicht ist es doch kein spannendes Thema, Nebelkerzen zu zünden.)

Stellen Sie sich vor, Sie leben seit Jahren in einem Land, wo sie von den steuerzahlenden Bürgern jeden Monat 1.200 Euro bekommen, obwohl sie kein Recht haben, dauerhaft hier zu sein. Würden Sie vor diesem Hintergrund das Land einfach wieder verlassen? Nein, das würden Sie wahrscheinlich nicht. Es ist nachvollziehbar, dass rechtswidrig in unser Land gekommene Menschen beabsichtigen, hier zu bleiben. Ebenso verständlich ist es, dass Millionen Menschen nach Deutschland erst noch kommen wollen, um die Vorzüge einer de facto Sozialhilfe zu genießen. In keiner Weise ist es jedoch zu akzeptieren, dass unser Innenminister angesichts dieser desaströsen Entwicklung für den deutschen Sozialstaat keine Gegenmaßnahmen ergreift.

Die offiziellen Zahlen zu meiner Feststellung untermauern diesen Vorwurf. Bis Ende Juli mussten beim Landeskriminalamt 3.489 Ausschreibungen – ich wiederhole: 3.489 Ausschreibungen – zur Festnahme mit dem Ziel der Ausweisung, Abschiebung beziehungsweise Zurückführung registriert werden. Ungefähr ein Drittel dieser Ausschreibung fand seit 2016 statt. Über den Erfolg dieser Ausschreibung kann die Landesregierung jedoch nichts sagen. Schon damit ist überdeutlich, unser Land hat ein Vollzugsproblem. Abschiebungen scheitern viel zu häufig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das zeigt sich auch daran, dass sich in Mecklenburg-Vorpommern 3.300 ausreisepflichtige Personen aufhalten und wir zum Ende des Jahres eine deutlich erhöhte Zahl erwarten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und die wollen Sie alle ins Lager stecken.)

Stellen Sie sich vor, dass diese Menschen jeden Monat 3,9 Millionen Euro und auf das ganze Jahr gesehen 50 Millionen Euro kosten, Herr Ritter! Fragen Sie sich hierbei nicht, was wir mit diesem Geld machen könnten?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Auf alle Fälle keine Lager bauen.)

Wir wollen ja auch kein Lager bauen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was ist denn ein Abschiebezentrum anderes?)

Eine Möglichkeit wäre es, am Schweriner Marienplatz nicht länger auf die Videoüberwachung zu warten, während weiter von Übergriffen mit Messern zu lesen ist. Stattdessen könnte man angemessen in unsere Polizei investieren und der sich überschlagenden Gewalt durch Zuwanderer in der Landeshauptstadt mit der vollen Härte des Gesetzes entgegentreten.

Meine Damen und Herren, man kann unseren Ausländerbehörden bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht keine Vorwürfe machen. Ihnen fehlen schlichtweg härtere Sanktionen, um einen Vollzug sicherzustellen.

(Beifall Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Und auch wenn Abschiebehaft in anderen Bundesländern theoretisch möglich ist, zeigt die Zahl der Haftanträge, dass dies in Mecklenburg-Vorpommern nur auf einem niedrigen Level angewendet werden kann. In der ersten Jahreshälfte 2017 sind 405 Abschiebeversuche gescheitert. Davon waren in 165 Fällen die Personen abgetaucht und in 43 Fällen wurde sich erfolgreich der laufenden Maßnahme widersetzt. Mehr als die Hälfte aller gescheiterten Abschiebeversuche konnte also durch rechtswidriges Handeln von Einzelpersonen verhindert werden.

Die Schlussfolgerung hieraus ist klar: Unser demokratisch legitimiertes Ausländerrecht wird in vielen Fällen einfach nicht umgesetzt. Ich sage Ihnen, ein Rechtsstaat, der von seinen Bürgern ernst genommen werden soll, darf sich eine Beugung von Gesetzen nicht gefallen lassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und die Politik hat die Behörden hierbei nicht alleinzulassen. Deshalb ist es an der Zeit, Kapazitäten zu schaffen und für das Land eine Abschiebehaft sowie ein Ausreisegewahrsam einzurichten.

Was ist der konkrete Nutzen einer Abschiebehaft? Unsere Behörden besäßen mit dieser Maßnahme mehr Kapazität, den Vollzug der Ausreisepflicht zu sichern. So kann insbesondere die Sicherungshaft angewandt werden, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Diese wären erstens bei einer unerlaubten Einreise, zweitens bei einer Abschiebung nach Paragraf 58a Aufenthaltsgesetz zur Terrorabwehr, drittens, wenn Aufenthaltsorte ohne Kenntnis der Behörden gewechselt wurden, oder viertens bei einem begründeten Verdacht auf Fluchtgefahr.

Meine Damen und Herren, besonders der letzte Punkt ist durch die von mir genannten Zahlen unbestreitbar. Wenn Sie unseren Antrag heute ablehnen sollten, wird zukünftig noch darüber zu debattieren sein, inwieweit scheiternde Abschiebungen durch eine Abschiebehaft hätten vermieden werden können, Herr Ritter. Leider ist es mittlerweile auch in Mecklenburg-Vorpommern so, dass sich die sicherheitspolitische Lage deutlich verschlechtert hat. Die kürzlich mit einer improvisierten Haft in Bützow

abgeschobenen bosnischen Gefährder haben dies gezeigt. Auch aus diesem Grund sollten wir echte Kapazitäten bereithalten, sodass unser Land in Krisenmomenten gegen ausländische Gefährder gerüstet ist.

Wir hatten die Landesregierung gefragt, ob aus ihrer Sicht ein Bedarf für eine Abschiebehaft in den letzten Jahren gegeben war. In der Antwort des Innenministeriums fiel Ihnen nichts anderes ein, als sich hinter einer nicht vorhandenen statistischen Erfassung zu verstecken. Schon diese Haltung belegt, dass Herr Caffier wohl nicht daran interessiert ist, eine Möglichkeit gewissenhaft zu prüfen und entsprechende Kapazitäten in der Koalition durchzusetzen. Das ist gelinde gesagt beschämend.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Meine Damen und Herren, wegen der Schaffung einer Abschiebehaft fordern wir auch einen Ausreisegewahrsam für Rostock-Laage. Unser Aufenthaltsgesetz zeigt in Paragraf 62b unmissverständlich auf, ich zitiere: So "kann ein Ausländer zur Sicherung der Durchführbarkeit der Abschiebung auf richterliche Anordnung für die Dauer von längstens zehn Tagen in Gewahrsam genommen werden, wenn

- 1. die Ausreisefrist abgelaufen ist, ...
- der Ausländer ein Verhalten gezeigt hat, das erwarten lässt, dass er die Abschiebung erschweren oder vereiteln wird". Zitatende.

Ein Ausreisegewahrsam kommt insbesondere dann in Betracht, wenn Abschiebungen nur in eng begrenzten Zeitfenstern möglich sind, etwa, wenn Reisedokumente abzulaufen drohen. Gerade bei besonders heiklen Fällen, wie bei den Terrorattacken in Hamburg und Berlin zu sehen war, müssen auch wir die gesetzliche Möglichkeit bereithalten.

Aus den von mir genannten Gründen frage ich Sie, Herr Caffier: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass ausreisepflichtige Personen ein Verhalten anzeigen, das erwarten lässt, dass sie die Abschiebung erschweren oder vereiteln werden? Wenn Sie dies für wahrscheinlich halten, unseren Antrag aber ablehnen, dann erläutern Sie uns doch bitte Ihr Landeskonzept, um die Ausreisepflicht endlich durchzusetzen!

Sehr geehrter Herr Innenminister, wir wollen hier kein sinnloses Geplänkel veranstalten. Wir müssen die Interessen unseres Landes wahren und eigene Kapazitäten zur Durchsetzung der Ausreisepflicht bereitstellen. Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen, wo der dortige Integrationsminister die Abschiebehaft aufbaut! Schauen Sie nach Sachsen, wo die CDU, also Ihre Parteikollegen ein Ausreisegewahrsamsgesetz auf den Weg gebracht haben! Dort wird gehandelt. Von Ihnen vernehmen wir bisher jedoch nur nach Aufmerksamkeit heischende Rhetorik, wie beim Güstrower Antiterroreinsatz zu sehen war.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wenn wirklich etwas besser werden soll, können Sie hier und heute neue Fakten schaffen. Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat ums Wort gebeten der Innenminister. Herr Caffier, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Ich glaube, Herr Kramer, Sie können nicht erwarten, dass man einem solchen Antrag zustimmt, in dem schon mal die Begriffe "Ausreisegewahrsam" und "Abschiebehaft" miteinander vermischt werden, wo Sie die Realitäten der Zahlen, was die Entwicklung betrifft, offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen wollen, obwohl mir bekannt ist, dass Sie gerade auf diesem Gebiet fachlich auch wissen, worüber wir reden.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sollten! Wissen sollten!)

Im Übrigen ist der Einsatz in Güstrow nicht irgendwie improvisiert gewesen, sondern wir sind eines der wenigen Länder der Bundesrepublik Deutschland, die es geschafft haben, nach Paragraf 58a – Stichwort "Gefährder" – auszuweisen. Und das sollten Sie auch mal zur Kenntnis nehmen, dass hier die Behörden von Land und Bund dementsprechend so gehandelt haben, dass wir in der Lage waren, darauf zu reagieren. Das ist nicht überall der Fall. Zum anderen müssen wir uns auf die Zahlen und auf die Entwicklung einstellen.

Es wird Sie nicht überraschen, dass wir in der Statistik in diesem Jahr auch wieder die sind, die die höchste prozentuale Ausreise- und Ausweisungsquote haben. Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern und das werden wir nach wie vor weiter versuchen, dementsprechend umzusetzen, denn wir haben in der Tat einen gesetzlichen Auftrag. Dort, wo das Bundesland die Ablehnung ausgesprochen hat, ist diese auch umzusetzen. Dafür gibt es aber Gesetzlichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland – das hat man auch als Innenminister zu respektieren –, von denen die Betroffenen natürlich Gebrauch machen können. Und dass sie davon Gebrauch machen, ist bekannt. Dass wir das nicht unbedingt immer alles gut finden, ist auch vollkommen außer Zweifel, aber wir sind in der Lage, uns auf die Entwicklung einzustellen.

Ich gebe gern die eine oder andere Zahl zum Thema "Asyl- und Flüchtlingspolitik in Mecklenburg-Vorpommern" hier zur Kenntnis. Das ist ja ein immer wiederkehrendes Thema. Sie haben diesmal zumindest zum Ausdruck gebracht, dass Sie Ihren Antrag inhaltlich aus der Zeitung aufgenommen haben. Auch das ist ja schon mal wenigstens ehrlich. Wir müssen allerdings ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass von Januar bis August 2017 149.880 Personen in Deutschland Asyl beantragt haben. Das ist ein Rückgang um 74 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem wir schon wieder einen Rückgang gegenüber dem Vorjahreszeitraum hatten, und zeigt, dass die Maßnahmen, die Länder und Bundesregierung in den zurückliegenden Wochen und Monaten getroffen haben, offensichtlich dementsprechend wirken.

Gleichwohl haben wir nach wie vor – und das haben Sie angesprochen – eine vergleichsweise hohe Zahl an ausreisepflichtigen Personen auch hier in unserem Bundesland. Über die Anstrengungen von Landes- und Bundesregierung, höhere Rückführungsquoten zu erzielen, sowie über die damit verbundenen Probleme habe ich bereits im alten Plenarsaal bei der letzten Sitzung ausgeführt. Das alles kann man auch gern im Plenarprotokoll noch mal nachlesen.

Wichtig ist, Abschiebehaftplätze spielen bei der Rückführung eine wichtige Rolle – wenn auch in der Masse keine entscheidende, aber sie spielen eine Rolle. Wichtig ist auch, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern seit Langem mit Hamburg und Schleswig-Holstein im Gespräch über eine gesamtnorddeutsche Einrichtung sind. Schlussendlich müssen wir auch eine Einrichtung errichten, die dementsprechend vertretbar ist in der Frage des Mitteleinsatzes, inklusive Personaleinsätze. Es kann sich jeder hier im Raum denken, dass eine Entscheidung dazu nicht einfach ist und nicht jedes Bundesland in der Frage immer gleich "Hier!" ruft. Das gehört auch dazu, aber irgendwo muss sie geschaffen werden.

Ich persönlich plädiere sehr dafür, dass wir eine gemeinsame Einrichtung schaffen, weil es aus unterschiedlichen Gründen wesentlich mehr Synergieeffekte gibt. Es ist auch kein Geheimnis, dass der offensichtliche Rückführungspunkt in den nächsten Jahren bei der Bundespolizei von Hamburg aus sein wird, was den Flughafen betrifft. Insofern macht es Sinn, eine gewisse Nähe zur Örtlichkeit zu finden. Funktionieren kann das Ganze allerdings nur, wenn alle Beteiligten konstruktiv an dieser Lösung arbeiten und keiner sich vorzeitig zurückzieht. Der Ausreisegewahrsam am Flughafen Fuhlsbüttel mit derzeit insgesamt 20 Plätzen, die wir mit nutzen, ist dafür ein gutes Vorbild, aber natürlich in Richtung gesamtnorddeutschem Verbund zu klein, außer Zweifel.

Ich bitte Sie daher, nun abzuwarten, was die Gespräche mit den jeweiligen Ländern betrifft, und auch die Entscheidungen, die dann dementsprechend in der Landesregierung über solche möglichen Abschlüsse gefällt werden müssen, abzuwarten. Einen festen Zeitplan gibt es derzeit nicht. Klar ist aber, wir wollen so schnell wie möglich eine Entscheidung, damit auf dieser nachher auch aufgebaut werden kann und Tatsachen geschaffen werden. Da herrscht Einigkeit zwischen den Nordländern, auch wenn die ständig stattfindenden Wahlen und die damit zum Teil veränderten politischen Konstellationen solche Verhandlungen zumindest nicht vereinfachen, so will ich es mal formulieren.

Auf dem Holzweg sind Sie zumindest, was das Thema Gefährder betrifft. Ihre Antragsbegründung kann man so verstehen, dass Sie ausreisepflichtige Gefährder – obwohl Sie das in der Rede etwas anders ausgeführt haben, aber zumindest drückt es der Antrag aus – in der Abschiebehafteinrichtung unterbringen wollen. Das allerdings wird es mit mir auf gar keinen Fall geben. Das sind brandgefährliche Leute, die in eine solche Einrichtung sollen, und ich bin froh, dass wir die Möglichkeit haben, diese Gefährder seit Sommer oder Frühjahr dieses Jahres auch in normalen Justizvollzugsanstalten unterzubringen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da gehören sie auch hin.)

Genau das werden wir auch zukünftig tun, wenn wir den Paragrafen 62a des Aufenthaltsgesetzes benutzen, wie Sie ja verfolgt haben, bei dem Fall mit richterlicher Anordnung, sonst hätten wir das gar nicht gekonnt. Diese neue Gesetzlichkeit hat auch dazu geführt, dass wir die Maßnahme so umsetzen konnten, wie wir es getan haben, denn eine Abschiebehafteinrichtung hat ganz andere Anforderungen beziehungsweise der dort untergebrachte Flüchtling hat ganz andere Ansprüche, als das in einer Einrichtung ist, in der Gefährder untergebracht werden. Das ist auch richtig so nach deutschem geltenden Gesetz und deswegen lege ich großen Wert darauf, dass wir diese beiden Fälle sehr stark trennen.

Unstrittig ist, dass ich mir wünsche, möglichst zügig eine gesamtnorddeutsche Einrichtung zu erhalten, aber das ist nicht ausschließlich ein Fall, der in Mecklenburg-Vorpommern zu klären ist. Wenn die anderen Länder nicht bereit sind, dann werden wir auch eine Landeseinrichtung in dieser Form zum Tragen bringen, aber das ist die schlechtere Lösung, weil sich langfristig die Zahlen wahrscheinlich in dem Pegel einpegeln, wie wir derzeit – Entschuldigung, er ist nicht da $-\dots$

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ja, wenn der Pegel sich einpegelt. – Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Wir werden sie in dem Fall so einstellen, dass man eine gewisse Plangröße hat,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

mit der man in den jeweiligen Bundesländern rechnen kann. Da wäre eine eigene Einrichtung in einer gewissen Größe relativ unwirtschaftlich, wenn man in dem Fall von Wirtschaftlichkeit sprechen darf. Das will ich einschränken.

Also insofern bitte ich um Verständnis, wenn wir sagen, wir wollen erst die Verhandlungen mit den Ländern abwarten, um dann abschließend die Entscheidung zu treffen, und natürlich auch dem Ansinnen einer solchen Einrichtung nachkommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Für die Fraktion der SPD hat das Wort Frau Tegtmeier.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht in dem Antrag ja nicht darum, einige wenige in Haft zu nehmen, sondern es geht darum, alle, die sich zurzeit bereits in eingeschränkter Bewegungsfreiheit befinden, aufgrund ihrer Ausreisepflicht in Haft zu nehmen, also das noch mal deutlich zu verschärfen, was auf Bundesebene in diesem Jahr bereits verschärft wurde, noch mal deutlich dadurch zu verschärfen, dass diese Menschen nicht nur in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, was sie sowieso schon nach den neuen Gesetzen sind, sondern darüber hinaus in Haft genommen werden.

Wir haben bereits in einer Kleinen Anfrage der AfD im Februar dieses Jahres diese Thematik auf dem Tisch gehabt. Da haben Sie ganz konkret nach ausreisepflichtigen Afghanen gefragt, gleichwohl verbunden mit beantragten Abschiebungshaftzeiten. Und aus der Antwort Ihrer Kleinen Anfrage konnte man da schon ganz deutlich entnehmen, dass das, was die Landkreise, also die Kreisebene betrifft, sehr wenig Zahlen waren, also ganz wenige Personen, die überhaupt infrage gekommen wären. Dann haben wir hier im Mai über Ihren Antrag diskutiert, in dem Sie ganz konkret eine zentrale Ausreiseeinrichtung forderten, in dem alle ausreisepflichtigen Personen sicherzustellen sind und die Ausreise vorzubereiten sei. Das haben wir zu dem Zeitpunkt selbstverständlich abgelehnt, weil daraus deutlich hervorging, dass Sie hier nicht nur von gefährlichen Menschen sprechen, sondern von allen Ausreisepflichtigen. Da möchte ich auch meine Zweifel hegen, ob das mit unseren rechtsstaatlichen Mitteln überhaupt möglich ist.

Hierzu können Sie vielleicht bei Professor Weber noch mal ein bisschen Nachhilfe nehmen oder vielleicht kann er mir das auch direkt erklären, wie es auf unserer gesetzlichen Grundlage möglich sein soll, all diese Menschen in Haft zu nehmen, also wirklich in Haft zu nehmen.

Zu dem, was an Verschärfungen auf den Weg gebracht worden ist, also die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, der ausreisepflichtige Abschiebegewahrsam, haben wir von vier auf zehn Tage erhöht für die Leute, die es betrifft, also Abschiebehaft für Gefährder. Das wurde auch sehr verschärft, inklusive Fußfessel. Außerdem hat man noch die Möglichkeit eingeräumt, bei Asylbewerbern ohne Ausweisdokumente die Handys auszulesen. Es gibt also zahlreiche Maßnahmen, um das Ganze doch wesentlich zu verschärfen.

Dann hatten wir im Juni wieder eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, wo es um die Aussage ging, was eben auch schon vom Innenminister erörtert wurde, dass man schaut, ob man hier in den Nordländern eine gemeinsame Lösung findet mit einer gemeinsamen Einrichtung eventuell. Da wurde der Hinweis gebracht, dass 94 Prozent der vorhandenen Einrichtungen bereits ausgelastet seien. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Abschiebeeinrichtung in Eisenhüttenstadt im März gerade geschlossen hatte, weil von den dort 110 vorhandenen Plätzen selten mehr als 10 überhaupt belegt waren, weil es so wenig Personen betraf, die tatsächlich in Abschiebehaft genommen werden konnten.

Nein, sehr geehrte Herren von der AfD, wir haben unsere Meinung diesbezüglich nicht geändert und werden auch heute Ihren Antrag dementsprechend ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort der Parlamentarische Geschäftsführer Herr Ritter.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion lehnt den vorliegenden Antrag ab. Wie Sie wissen, sieht meine Fraktion oder meine Partei Abschiebehaft bekanntermaßen äußerst kritisch. Für uns ist Flucht kein Verbrechen. Von daher ist aus unserer Sicht Abschiebehaft grundsätzlich abzulehnen.

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Deutschland entwickelt sich aber immer mehr vom Aufnahmeland zum Abschiebeland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Jürgen Strohschein, AfD: Ihr habt doch alle totgeschossen an der Mauer.)

Ich habe niemanden an der Mauer totgeschossen

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

und wenn Sie da andere Informationen haben, dann müssen Sie sie hier auf den Tisch legen, Herr Strohschein.

Deutschland entwickelt sich aber immer mehr vom Aufnahmeland zum Abschiebeland. Auch Mecklenburg-Vorpommern, auch der Innenminister ist ja durchaus stolz auf eine solche Statistik. Er bemüht sich, den Platz eins bei den Abschiebungen einzunehmen.

(Torsten Renz, CDU: Rechtsstaat, Herr Ritter, Rechtsstaat! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

"Rechtsstaat" wird hier gesagt.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Ja, das ist richtig. Wenn die SPD davon spricht, dass man es geschafft hat, eine ganze Reihe von Regelungen zu verschärfen, dann überkommt mich ein ungutes Gefühl, liebe Kolleginnen und Kollegen,

> (Martina Tegtmeier, SPD: Ich habe nicht gesagt, dass das geschafft, sondern dass das gemacht wurde. – Torsten Renz, CDU: Bei dem Thema sind wir Ansprechpartner.)

denn auch bei dem vorliegenden Antrag müssen wir in dem Zusammenhang doch deutlich machen, dass wir nur über Abschiebungen reden, dass eben nicht nur, Kollege Renz, Straftäter oder potenzielle Straftäter abgeschoben werden, sondern auch junge Menschen, die hier geboren wurden, wie zum Beispiel die junge Armenierin Ophelia, vielleicht kennen Sie ja ihr Schicksal. Wir müssen feststellen, dass schwangere Frauen abgeschoben werden und vier Wochen vor der Entbindung in Gewahrsam genommen werden. Wir müssen feststellen, dass Familien mit Kindern abgeschoben werden. Und wenn sich hier dann Schwierigkeiten ergeben, sollen offensichtlich nach dem Willen der AfD-Fraktion, auch mit dem Hinweis auf rechtsstaatliche Regelungen, wahrscheinlich die Abschiebeplätze erhöht werden.

Eine solche Politik tragen wir nicht mit, das will ich hier ganz klar sagen, das widerspricht unserem humanistischen Weltbild.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir uns nun den Antrag an. Der Antrag geht an der Realität unseres Landes und an den praktischen Bedürfnissen unseres Landes vorbei. Wir wissen Folgendes aus anderen Bundesländern: Zum Beispiel Bayern plant 2019 eine neue Abschiebehafteinrichtung. Hessen ist auf Standortsuche für ein Abschiebegefängnis. In Brandenburg – das wurde hier schon dargelegt – gibt es Überlegungen, Eisenhüttenstadt zu modernisieren. NRW und Baden-Württemberg planen Ausbaumaßnahmen. Andere Bundesländer führen derzeit aus politischen oder auch aus ökonomischen Gründen keine solche Haftanstalten ein und kooperieren daher mit anderen Ländern. Die Situation hier im Norden hat der Innenminister beschrieben.

Wie ist also die Situation in Mecklenburg-Vorpommern nach dieser Beschreibung? Laut AfD-Antrag können die Behörden in unserem Land geltendes Recht nur begrenzt umsetzen. Wenn das so wäre, würde es um den Rechtsstaat in Mecklenburg-Vorpommern schlimm stehen,

(Dr. Gunter Jess, AfD: Das ist auch so, das ist auch so.)

aber dem ist nicht so. Die Behörden sind handlungsfähig aufgrund der geltenden Gesetze. Ob die mir nun persönlich gefallen oder nicht, das ist eine andere Sache. Aber die Behörden dieses Landes sind handlungsfähig und ihnen eine Handlungsunfähigkeit zu unterstellen, ist einfach bösartig.

Die Situation in unserem Land sieht anders aus. Es lässt sich momentan kein Bedarf an einer eigenen Abschiebeeinrichtung sachlich begründen und deshalb ist auch eine
eigene Einrichtung nicht in Planung. All das, Herr Kramer, geht auch aus den Antworten der Landesregierung
auf Ihre Kleinen Anfragen hervor. Also die Fakten dürften
Ihnen bekannt sein. Die Begründung des vorliegenden
Antrages ignoriert aber wie immer die Fakten und schafft
sich eine eigene Realität, die mit der Wirklichkeit unseres
Landes nichts zu tun hat. Und diese eigene Realität, die
Sie hier entwickeln, heißt, wir brauchen eine umfassende
Aufstockung der Haftplätze in Mecklenburg-Vorpommern.
Das ist nicht so. Die Realität sieht im Land einfach
anders aus und auch deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der CDU erhält das Wort Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem die AfD-Fraktion zu ihren eigenen Gesetzentwürfen nichts mehr zu sagen hat, möchte sie mal wieder zum Thema Ausländerrecht mit uns reden. Bei dem vorliegenden Antrag fallen einem dann auch gleich die Gemeinsamkeiten zu den bisherigen Gesetzentwürfen und Anträgen bei der AfD-Fraktion auf. Wir bleiben auch hier beim altbewährten Copy-and-Paste-Verfahren.

Das Thema "Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam" ist das neue Lieblingskind der AfD-Fraktion in den Landtagen. In Rheinland-Pfalz lief schon ein ähnlicher Antrag, in Schleswig-Holstein liegt ein solcher Antrag vor und jetzt eben auch bei uns hier im Landtag.

(Tilo Gundlack, SPD: Keine eigenen Ideen mehr.) In dem Antrag wird dann auch wie immer, wenn die AfD über das Ausländerrecht spricht, erst einmal global das Schreckensszenario des andauernden Zuzuges von ausreisepflichtigen Personen heraufbeschworen. Dass die Asylanträge bundesweit – der Innenminister nannte diese Zahl bereits – um 74 Prozent zurückgegangen sind, würde dieser These aber nur entgegenstehen, also lässt die AfD solche Statistiken lieber gleich ganz weg. Viel besser passt es da doch ins Weltbild, wenn die Behörden dazu noch im Antrag als handlungsunfähig bezeichnet werden. Auf die ganze These des Absatzes 1 des Antrages wird dann in der Begründung vorsichtshalber gar nicht weiter eingegangen, ganz nach dem Motto "Behauptung vor Inhalt". Der Minister hat die Fakten zu dem Absatz 1 des Antrages bereits dargestellt und dem gibt es auch nichts mehr hinzuzufügen.

Aber bevor ich zum Inhaltlichen von Punkt 2 des Antrages komme, noch ein kleiner formeller Hinweis: Richtig formuliert heißt es im Ausländerrecht nicht "Abschiebehaft", sondern "Abschiebungshaft". Wenn ein Jurist Ihrer Fraktion da kurz drübergeguckt hätte, wäre es ihm vielleicht auch aufgefallen. Aber es ist nicht schlimm.

(Torsten Renz, CDU: Die gehen ihnen ja verloren.)

Ja, das stimmt. Aber einer ist jedenfalls noch da.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die haben doch den obersten Juristen, den Professor in der Fraktion.)

Aber es ist trotzdem nicht schlimm, denn wir wissen ja, was sie meinen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist doch so in Deutschland geregelt, Ausländer dürfen sich in Deutschland nur dann aufhalten, wenn sie über ein Aufenthaltsrecht verfügen. Ausländer, die dieses Aufenthaltsrecht nicht haben, sind verpflichtet, Deutschland zu verlassen. Dazu bedarf es eigentlich keiner besonderen Aufforderung. Das lässt sich in Paragraf 50 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz auch nachlesen.

Wenn der Ausländer dem nicht nachkommt und eventuell gesetzte Ausreisefristen abgelaufen sind, hat die Behörde eine Abschiebung vorzunehmen. Dann kommen wir zu zahlreichen möglichen Instrumenten im Ausländerrecht und unter anderem auch in den Bereich der Abschiebungshaft. Ein Ausländer kann in Abschiebungshaft genommen werden, wenn er ausgewiesen oder abgeschoben werden soll. Die Sicherungshaft, die am meisten vorkommende Form der Abschiebungshaft, ist zum einen zulässig, wenn die Ausreisefrist abgelaufen ist und wenn einer der gesetzlich geregelten Tatbestände vorliegt, aus denen geschlossen werden kann, dass der Ausländer nicht freiwillig ausreisen wird und sich, ganz im Gegenteil, der Ausreise sogar entziehen werde. Dann ist die Abschiebungshaft für höchstens zwei Wochen zulässig.

Generell kommt die Abschiebungshaft nur als letztes Mittel zur Anwendung, wenn keine milderen, ebenfalls ausreichenden Mittel zur Sicherung der Abschiebung zur Verfügung stehen. Die Abschiebungshaft in Mecklenburg-Vorpommern wird unter Beachtung dieser Erfordernisse nur sehr selten angewandt. Im Jahr 2016 war das

nur bei 23 Personen der Fall. Das wissen Sie aber auch alles schon, zumindest dann, wenn Sie die Antwort auf Ihre Kleine Anfrage gelesen haben.

Eigentlich gibt es für Ausländer in Abschiebungshaft spezielle Einrichtungen in ganz Deutschland, die auch von Mecklenburg-Vorpommern genutzt werden. Der neu eingefügte Paragraf 62a des Aufenthaltsgesetzes ermöglicht es, bei Gefahr für Leib und Leben Dritter oder der inneren Sicherheit ausnahmsweise normale Haftanstalten für die Abschiebungshaft zu nutzen. Und nichts anderes wurde im Fall der beiden bosnischen Terrorverdächtigen getan. Deshalb wurden diese in der JVA Bützow untergebracht. Daraus jetzt zu schließen, dass Mecklenburg-Vorpommern derzeit sofort eine ganz eigene Abschiebungshafteinrichtung benötige, halte ich für, ich sage mal, spannend.

Der Haushalt liegt dem Landtag ja seit gestern vor. Darüber werden Sie sich bestimmt Gedanken gemacht haben, wie Sie dieses dort veranschlagen wollen, und uns in den Ausschüssen mit Ihren Vorschlägen überraschen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Behelligen.)

Ich bin auf jeden Fall schon sehr gespannt, wie viele praktische Erwägungen hinter Ihren Anträgen stehen. Ich kann Ihnen aber versichern, dass der Innenminister und meine Fraktion diese Möglichkeit weiter im Auge behalten werden und, sollte sich an der bisherigen Situation etwas ändern, dann auch schnellstmöglich handeln. In dem Punkt lehnen wir Ihren Antrag deshalb ab.

Punkt 2 des zweiten Absatzes befasst sich mit dem Ausreisegewahrsam. Das ist wiederum ein anderes ausländerrechtliches Instrument, ebenfalls erst vor Kurzem gesetzlich aufgenommen. Mit dem Ausreisegewahrsam wird signalisiert, dass der Aufenthalt von Personen, die sich ihrer Ausreisepflicht entziehen, nötigenfalls konsequent beendet wird, auch hier eine Einrichtung für spezielle Einzelfälle. Im Unterschied zur Abschiebungshaft ist der Gewahrsam nur für eine kurze Zeit, nämlich höchstens zehn Tage vor der Abreise gedacht.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Hamburg hat seit Ende letzten Jahres eine solche Ausreisegewahrsamseinrichtung im Verbund mit Schleswig-Holstein und Sachsen hat vor Kurzem ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Die entsprechenden Erfahrungen müssen wir aber jetzt erst einmal abwarten.

Relativ unsinnig ist es, ein Ausreisegewahrsam für Mecklenburg-Vorpommern in Rostock-Laage einzurichten. Schon das Gesetz sagt, dass der Ausreisegewahrsam im Transitbereich eines Flughafens oder in einer Unterkunft vollzogen werden soll, von wo aus die Ausreise des Ausreisepflichtigen möglich ist. Rostock-Laage wurde in der Vergangenheit nur aufgrund von Baumaßnahmen am Hamburger Flughafen als Rückführungsflughafen genutzt. Ansonsten werden die meisten Rückführungen im norddeutschen Verbund von Hamburg aus vollzogen. Insoweit halte ich es unter den derzeitigen Bedingungen für unsinnig, bei uns in Rostock-Laage eine Ausreisegewahrsamseinrichtung zu unterhalten, um dann noch die Ausreisepflichtigen nach Hamburg zur Rückführung zu bringen. Auch hier stehen Kosten und Nutzen für mich in absolut keinem Verhältnis.

Ein weiterer Punkt ist, dass derzeit Ausländer aus sicheren Herkunftsländern bis zu ihrer Rückführung in der Erstaufnahmeeinrichtung Nostorf-Horst verbleiben. Unter diesen ganzen Gesichtspunkten hält meine Fraktion die Einrichtung eines Ausreisegewahrsams für Mecklenburg-Vorpommern allein derzeit für unnötig.

(Martina Tegtmeier, SPD: Derzeit.)

Aber auch in diesem Punkt werden der Innenminister und meine Fraktion weiterhin wachsam sein und bei Bedarf entsprechend reagieren. Wir werden den Antrag deshalb in seiner Gesamtheit ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Für die Fraktion der AfD hat nochmals das Wort der Abgeordnete Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Frau Präsidentin! Geschätzte Kollegen!

Sehr geehrte Frau Tegtmeier, vielen Dank für Ihr Angebot der Nachhilfe.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das hat jetzt Frau von Allwörden schon gemacht.)

Ich glaube, das kann ich mit bilateralen Gesprächen mit Herrn Weber doch selbst klären. Es ging und geht uns gar nicht darum, alle in Haft zu nehmen, so, wie Sie sagen. Sie haben augenscheinlich nicht zugehört.

> (Andreas Butzki, SPD: Das ist doch eine Stärke von Ihnen. – Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es geht uns nur darum, bei denen, wo die gesetzlichen Bedingungen gegeben sind, die ich zitiert habe, diese umzusetzen. Wir reden hier von bundesweit mehr als 450.000 Ausreisepflichtigen. Und diese Inhaftnahme begreifen wir als Ultimo Ratio, also als letztes Mittel.

(Ministerin Stefanie Drese: Ultima! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Auch eine Wiedereröffnung von Eisenhüttenstadt würde in diesem Fall nichts nützen. Selbst das Bundesinnenministerium sieht einen Bedarf in vierstelliger Höhe. Vierstellig! Ich war schon mal bei Herrn Professor Weber in Nachhilfe. In der Mathematik heißt das von 1.000 bis 9.999.

(Andreas Butzki, SPD: Donnerwetter! – Tilo Gundlack, SPD: Ich denke, er ist Jurist. – Zurufe von Ministerin Stefanie Drese, Andreas Butzki, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

Herr Ritter, Flucht ist kein Verbrechen, das sehen wir ganz genauso.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na?! Da habe ich einen anderen Eindruck.)

Aber Sie reden am Thema völlig vorbei. Wir reden von Menschen, deren Status geklärt ist und die ausreisepflichtig sind. Wir reden hier nicht von Flüchtlingen. Durch Ihre Äußerung, dass wir alle ins Lager stecken wollen, haben Sie sich völlig disqualifiziert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jaja. – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Selbst Oskar Lafontaine fordert eine Neubewertung der Flüchtlingspolitik in Ihrer Partei, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Stellen Sie sich mal vor, ich habe an einem LINKEN-Einwanderungsgesetz mitgearbeitet, das schon seit Wochen auf dem Tisch liegt! Mich brauchen Sie nicht zu belehren!)

Also das ist ja ganz hervorragend! Ich habe Sie doch gar nicht belehrt, ich reagiere nur auf Ihre Anwürfe.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, nicht?! Das war nur so
die These wie bei Herrn Hersel. –
Ministerin Stefanie Drese: Antithese. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach nee, eine Antithese!)

Im Übrigen haben uns die Behörden, bei denen wir persönlich vor Ort gewesen sind,

(Zuruf aus dem Plenum: Hört, hört!)

nämlich genau das ...

(Andreas Butzki, SPD: Bei welchen denn? Bei welchen denn? – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Bei den Ausländerbehörden hier in unserem Land.

... bestätigt, Frau von Allwörden, was die hier vorgetragen haben. Das heißt aber auch nicht, dass sie komplett handlungsunfähig sind, sondern in einzelnen bestimmten Fällen.

Und, Frau von Allwörden, es ist auch kein Schreckensszenario, was wir hier zeigen, das ist die Situation.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Doch, das ist eins!)

Das ist die konkrete Situation, das ist die Realität, jetzt und heute hier in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Ann Christin von Allwörden, CDU: Was für ein verzerrtes Bild Sie haben, unglaublich!)

Zu dem verzerrten Bild, Frau von Allwörden, kommen wir gleich noch mal.

Sie haben absolut recht mit Ihrer Aussage zur Abschiebungshaft. Natürlich es ist ein normativer Begriff, absolut richtig, aber wir machen hier Politik für unsere Bürger und darum habe ich mich für den eher landläufigen und somit leichter zu verstehenden Begriff "Abschiebehaft"

entschieden. Das ist genau das, was hier auch immer gefordert wird: vereinfachte, leichte Sprache. Und das machen Sie mir jetzt zum Vorwurf.

(Zurufe von Thomas Schwarz, SPD, und Martina Tegtmeier, SPD)

Ich setze Ihre Forderung um und das machen Sie mir zum Vorwurf. Das ist ja unerhört!

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Man kann auch ganze Worte weglassen. Machen Sie nur Haft oder einfach nur Abschiebe! – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Sie sind doch frei in Ihrer Handlung, dann können Sie ja so einen Antrag einbringen, Frau Oldenburg.

> (Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ich habe Ihnen einen Vorschlag gemacht. Dann haben Sie es nicht so schwer. – Andreas Butzki, SPD: Wenn Sie in Mathe Nachhilfe nehmen, dann nehmen Sie lieber auch in Deutsch Nachhilfe! – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ach nee, Andreas, das möchte ich nicht!)

Frau von Allwörden, Sie haben nicht ganz unrecht mit Ihrer Aussage zu Hamburg/Rostock-Laage, gar keine Frage, auch da stimmen wir Ihnen zu. Aber das ist ja genau das, was unser Antrag sagen will. Wir wollen Unabhängigkeit von anderen Ländern. Der Minister hat es doch selbst gesagt, wie schwierig die Verhandlungen mit anderen Ländern im Nordverbund sind. Und wenn sich die anderen Länder dagegen sperren, dann haben wir wieder am Ende gar nichts. Genau das soll unser Antrag hier unterstreichen, dass wir eben mit gar nichts nicht zufrieden sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Innenminister, die AfD-Fraktion honoriert Ihren Einsatz. Sie sagten, es sei nicht einfach. Niemand hat gesagt, dass es einfach ist. Schade, dass Sie in Ihren Verhandlungen und Gesprächen keinen Zeitplan vorgeben können, aber auch das können wir nachvollziehen, das ist verständlich. Die von mir genannten Zahlen, welche Sie im Übrigen bestätigt haben, sprechen für sich. Jedoch muss man auch nicht unerwähnt lassen, dass die 8,8 Prozent, was die höchste Quote von durchgeführten Abschiebungen in der Bundesrepublik ist, die hier durch unser Land durchgeführt werden, aber sinkende Zahlen sind.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Herr Innenminister, geschätzte Kollegen, Ihre Debatte hat mich so überzeugt,

(Torsten Renz, CDU: Dass Sie den Antrag zurückziehen.)

dass ich bereit bin, diesen Antrag hier und jetzt zurückzuziehen, wenn wir in naher Zukunft Erfolge verzeichnen können bei Ihren Bemühungen. Und solange wir diese Erfolge nicht verzeichnen können ... Also ich ziehe den Antrag hiermit zurück,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

kündige aber schon mal an: Dauert uns das zu lange, werden wir gegebenenfalls den Antrag noch mal auf die Tagesordnung bringen.

(Andreas Butzki, SPD: Davon wird es auch nicht besser.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Sie haben es gehört, meine Damen und Herren, der Antrag wurde zurückgezogen. Also brauchen wir auch nicht darüber abzustimmen.

Dann rufe ich den **Tagesordnungspunkt 22** auf: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Unser Land braucht seine Zeitungen – Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Tarifflucht aufzeigen, auf Drucksache 7/1049.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Unser Land braucht seine Zeitungen – Alternativen zu Arbeitsplatzabbau und Tarifflucht aufzeigen – Drucksache 7/1049 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Henning Foerster für die Fraktion DIE LINKE.

(Sebastian Ehlers, CDU: Dauerredner?)

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die meisten von Ihnen werden es ja spätestens gestern mitbekommen haben, ...

(Torten Renz, CDU: Dass Sie wieder da sind. – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Das stimmt auch, Herr Renz, ich bin wieder da.

... dass Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sich weiterhin mit aller Kraft für die Stärkung der Tarifbindung im Land einsetzen möchte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Thomas Krüger, SPD: Genau.)

Und seit vorgestern wissen wir auch, dass die Koalitionäre ihr Sommertheater vorläufig beendet haben und nun zumindest bis Dezember weiter darüber beratschlagen wollen, wie sie konkret die Tarifbindung im Land stärken und einen Impuls für gute Löhne setzen können.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Dem Anliegen an sich, Herr Schulte, ist zuzustimmen. Wir wissen ja nicht erst seit den Untersuchungen des WSI, dass Beschäftigte mit Tarifvertrag in der Regel über ein höheres Monatseinkommen verfügen, häufiger von Gehaltserhöhungen profitieren, mehr Möglichkeiten erhalten, sich weiterzubilden, und somit zusammengefasst häufig besser dastehen als ihre Kolleginnen und Kollegen in Betrieben ohne Tarifbindung. Bessere Arbeitsund Einkommensbedingungen sorgen obendrein auch dafür, dass Beschäftigte mit Tarifvertrag – ich sagte es gestern bereits – mit ihrer Arbeit und ihrer Bezahlung in der Regel zufriedener sind als Kolleginnen und Kollegen ohne Tarifvertrag.

In den letzten Wochen ist ja sehr viel über Glaubwürdigkeit gesprochen worden und ein gewisser Martin Schulz, seines Zeichens Kanzlerkandidat der SPD, tourte mit der Botschaft "Mehr Gerechtigkeit wagen" durchs Land. Nun wird er erwartungsgemäß nicht Bundeskanzler

(Torsten Renz, CDU: Erwartungsgemäß! Und das aus Ihrem Mund!)

und das hat vielleicht auch etwas mit Glaubwürdigkeitsaspekten zu tun.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Die Leute haben eben nicht vergessen, wer ihnen die Agenda 2010 eingebrockt

(Torsten Renz, CDU: Oh! – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und damit Europas größten Niedriglohnsektor überhaupt erst ermöglicht hat.

Da hilft dann eben, Herr Schulte, auch gebetsmühlenartiges Beschreiben der niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit der Wende oder der Höchstwerte in Sachen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nichts,

(Andreas Butzki, SPD: Die Debatte hat mir gefehlt – ein halbes Jahr lang.)

denn für die Beschäftigten ist am Ende vor allen Dingen auch die Qualität der entstehenden geschaffenen Arbeitsplätze entscheidend. Da geht es eben nicht nur um eine faire Entlohnung, also das Thema von gestern, sondern es geht auch um sichere Arbeitsplätze, um vernünftige Arbeitszeiten, die Chance, sich einzubringen, um ausreichend Erholungsurlaub oder um die Anerkennung besonderer Leistungen durch Sonderzahlungen. Und wer dann wie Sie, Herr Schulte, den Leuten da draußen als SPD einerseits fortlaufend den engagierten Einsatz für mehr Tarifbindung verspricht und gleichzeitig dort, wo er selbst größter Einzelgesellschafter eines großen Zeitungsverlages ist, Tarifflucht befördert,

(Jochen Schulte, SPD: Herr Foerster, ich sag da gleich was dazu.)

der darf sich eben nicht wundern, wenn er am Wahltag die Quittung bekommt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Herr Schulte, als Replik auf gestern, Sie haben ja hier so schön gestanden und philosophiert, ich solle mal darüber nachdenken, es gebe quasi gute Formen von Tarifflucht,

(Jochen Schulte, SPD: Das habe ich so nicht gesagt.)

das wäre dann bei der OZ so, weil die Leute dort so gut verdienen, die könnten das eher verkraften:

(Jochen Schulte, SPD: Herr Foerster, Sie müssen mir schon richtig zuhören!)

Bei denjenigen, die im Niedriglohnbereich sind, wäre Tarifflucht natürlich schlecht. Also ich weiß nicht, das ist genau das, was mich an der SPD so oft verzweifeln lässt.

(Torsten Renz, CDU: Ach nee! – Jochen Schulte, SPD: Da kann ich Sie beruhigen, daran müssen Sie nicht verzweifeln.)

Also was denn nun? Dieses Rumgeeier von Tarifflucht ist zu ächten, Herr Kollege Schulte, und wir werden nachher sehen, was Sie zu dem Thema zu sagen haben.

(Jochen Schulte, SPD: Das werden Sie!)

Sie alle haben den Antrag gelesen und wissen daher auch genau, was ich meine. Anfang September haben die Mitarbeiter der zum Madsack-Konzern gehörenden "Ostsee-Zeitung" gegen den angekündigten Rückzug des Verlages aus dem Tarif protestiert: "Auf Plakaten mit der Schlagzeile ,Tarifbruch mit Segen der SPD' wandten sie sich an den größten Einzelgesellschafter der Mediengruppe mit Sitz in Hannover, die SPD-Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft". Hintergrund für den Protest war die Ankündigung der Geschäftsleitung, künftig nur noch Mitarbeiter in tariflosen Tochtergesellschaften einstellen zu wollen, und der Betriebsrat hat sehr klar benannt, was die Folgen des Ganzen sind. Neue Beschäftigte sind gegenüber der bisherigen Belegschaft schlechtergestellt. Sie bekommen nämlich bis zu 25 Prozent weniger Lohn. Sie sollen dafür auch noch länger arbeiten. Sie bekommen weniger Urlaub und keinerlei Sonderzahlungen mehr, und das alles im Übrigen, nachdem es in den letzten anderthalb Jahren bereits einen massiven Personalabbau gab, der obendrein nur durch massive Zugeständnisse der Belegschaft abgemildert werden konnte.

Das ist das Traurige daran, dass in dem konkreten Beispiel hier mit SPD-Segen eine Zweiklassengesellschaft auf den Weg gebracht wird, die letztlich zur Spaltung der Belegschaft führt,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

und dass die Enttäuschung bei den Kolleginnen und Kollegen darüber natürlich groß ist, ebenso wie die Enttäuschung über die Reaktion der Ministerpräsidentin am Rande des OZ-Empfangs, die sinngemäß gesagt haben soll, es handele sich hier um notwendige Konsolidierungen im Verlag. Das kann man nachvollziehen, dass dafür keiner Applaus spendet, meine Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD: Warten Sie es ab!)

Als Linksfraktion erwarten wir deshalb heute von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, eine ganz klare Ansage in Richtung des Madsack-Konzerns. Erteilen Sie Tarifflucht eine Absage!

(Jochen Schulte, SPD: Ich wusste noch gar nicht, dass die Landesregierung Gesellschafter ist.)

Ganz nebenbei würden Sie damit auch der Erwartungshaltung der Kolleginnen und Kollegen entsprechen, die sich in einem offenen Brief an Sie gewandt haben und ganz konkret auf die Vorbildwirkung eines Betriebes verweisen, dessen größter Einzelgesellschafter die SPD-Medienholding ist.

Sie selbst haben ja auf besagtem OZ-Empfang zutreffenderweise gesagt, wie wichtig eine vielfältige Medienlandschaft ist. Dabei haben Sie leider vergessen, darauf einzugehen, dass eben jene von Ihnen zu Recht angesprochene Qualität und Vielfalt seit Jahren, wie ich als ehemaliger Eisenbahner zu sagen pflege, immer mehr unter die Räder kommt. Corinna Pfaff vom Deutschen Journalisten-Verband Mecklenburg-Vorpommern hat ja in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, dass schon heute die Zahl qualifizierter Bewerber sinkt, weil die Medienbranche nicht zuletzt in der Konsequenz solcher Entscheidungen insgesamt an Anziehungskraft verliert.

Nach Auffassung meiner Fraktion darf es aber nicht bei dem Appell bleiben. Vielmehr sollte die Landesregierung schauen, ob und vor allen Dingen wie sie den Erhalt einer vielfältigen Medienlandschaft und darin eingebettet natürlich auch der regionalen Zeitungen im Land unterstützen kann. Diese Frage stellt sich nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Viele Landtage haben sich mit ähnlichen Fragen befasst.

Ich habe exemplarisch mal die Hessen hier, die ich dann auch zitieren beziehungsweise auf die ich eingehen möchte. Hier hat der Landtag als Reaktion auf die massenhafte Zusammenlegung oder Schließung von Redaktionen auch einen Prüfauftrag ausgelöst. Die entsprechenden Beschlüsse aus dem November 2015 gehen weit über eine Problembeschreibung hinaus. Sie äußern sich auch zu weiteren Themen, wie der Schulung von Medienkompetenz an Schulen und Hochschulen, zur Frage von gutem Journalismus als gesellschaftliche Aufgabe, die öffentlicher Förderung bedarf, und zum Thema "Projekte zur Heranführung junger Leute an das Thema Zeitungslesen", übrigens unter Schirmherrschaft und Finanzierung wissenschaftlicher Begleitung seitens der Hessischen Landesregierung.

Auch hierzulande ist die Debatte ja nicht wirklich neu. Sie ist nicht die erste, die sich mit der Zukunft der Medienlandschaft beschäftigt. Schon im Frühjahr 2016 stand das Thema auf der Tagesordnung des Landtages. Seinerzeit gab es durchaus auch Denkanstöße von Kolleginnen und Kollegen, zum Beispiel von Vincent Kokert, der auf das dänische Modell verwies, wo mit öffentlichen Mitteln Medienvielfalt gesichert und dann durch die konkrete Besetzung von Bewilligungsgremien politische Einflussnahme ausgeschlossen wird. Das Problem ist nur wie bei so vielem Folgendes: Darüber wurde geredet, es ist über ein Jahr vergangen, aber getan hat sich - jedenfalls nach meiner Wahrnehmung - nichts. Den Ankündigungen sind keine Taten gefolgt und vielleicht können die Redner von SPD und CDU ja in ihren Beiträgen darauf noch einmal Bezug nehmen.

Die aktuellen Vorgänge bei der "Ostsee-Zeitung" machen jedenfalls deutlich, dass die von vielen mit Sorge wahrgenommenen Entwicklungen unvermindert weitergehen. Deshalb wäre es auch gut, wenn der Landtag sich heute zur Abwechslung mal dazu durchringen könnte, einem Oppositionsantrag zuzustimmen, denn dieser nimmt die Debatte notwendigerweise neu auf und beauftragt letztlich die Landesregierung faktisch, nur das nachzuholen, was bislang offenkundig versäumt wurde.

Zum letzten Punkt: Im vergangenen Jahr haben unter anderem Exministerpräsident Erwin Sellering, dem ich von hier aus gute Genesung wünschen möchte, und ich am Rande der traditionellen Maikundgebung in Schwerin von den Initiatoren der Aktion "Unser Land braucht seine Zeitungen" ein überdimensionales Hausaufgabenheft übergeben bekommen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zeig mal!)

Ich darf das nicht zeigen, aber ich habe es mit, Sie können gern auch noch mal reinschauen.

(Die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt zeigt das Hausaufgabenheft.)

Darin sind bestimmte Punkte, bestimmte Forderungen formuliert zur Überarbeitung des Landespressegesetzes, übrigens ebenfalls ein Vorhaben aus Ihrem Koalitionsvertrag 2011 bis 2016, und wie schon gestern bei anderen Themen festgestellt, haben Sie auch hier nicht geliefert.

Die zentralen Botschaften dazu: Die Journalisten wollen frei von wirtschaftlichen Zwängen und Vorgaben ihrer Arbeit nachgehen können. Dafür ist nach Auffassung von DGB, ver.di und Deutschem Journalistenverband eine verbindliche Stärkung der inneren Pressefreiheit ebenso nötig wie die Schaffung von Transparenz über die Eigner und Beteiligungsverhältnisse in den Verlagen. Und was auch gefordert wird, ist ein regelmäßiger Medienbericht. Das war bereits im vergangenen Jahr hier schon Thema. Getan hat sich da bekanntermaßen nichts. Auf die Details geht meine Kollegin Eva-Maria Kröger später in der Debatte noch ein.

Zusammengefasst könnte man also sagen, wieder ein Jahr verschenkt. Es bleibt auch zu diesem Thema viel zu tun und ich bin mir sicher, dass es heute nicht das letzte Mal gewesen ist, wo wir uns zu diesen Fragen auseinandersetzen müssen. Eins ist jedoch für meine Fraktion klar: Der bei der OZ gewählte Weg wird in die Sackgasse führen. Tarifflucht ist der falsche Weg. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ich will nur darauf hinweisen, dass das Zeigen von Schriftstücken nach unserer Geschäftsordnung nicht gestattet ist. Ich war jetzt großzügig, aber ich will trotzdem darauf hinweisen, dass wir dies möglichst hier im Plenarsaal vermeiden wollen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Dann hat als Nächster das Wort für die Fraktion der SPD Herr Schulte.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt gibt es ein paar Klarstellungen. – Andreas Butzki, SPD: Foersters Reden haben mir gefehlt.)

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Schulte, einen Moment! Ich habe etwas vergessen.

Bei meinem Rügen dieser Demonstration habe ich ganz vergessen zu sagen, dass wir nach Geschäftsordnung hier weitergehen müssen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Jetzt haben Sie das Wort, Herr Abgeordneter Schulte.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrter Herr Kollege Foerster! Der Kollege Ehlers hat ja vielleicht recht, vielleicht hat man das wirklich vermisst, dass Sie hier Redebeiträge halten. Sie tragen immer wieder zu einem gewissen Unterhaltungswert bei.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ich weiß nicht, was daran lustig ist, Herr Kollege.)

Aber, Herr Kollege Foerster, bevor ich jetzt auf den Inhalt Ihres Redebeitrages eingehe und vielleicht das eine oder andere noch mal klarstelle.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

damit auch Sie in Zukunft wissen, worüber Sie reden, lassen Sie mich doch einfach mal fragen: Wenn Sie hier über die Bundes-SPD – wir sind die Landtagsfraktion, das ist die Landesregierung M-V – diskutieren wollen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Ach so, das ist die Strategie?!)

soll ich dann, ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Herr Renz, lassen Sie mich mal ausreden!

(Torsten Renz, CDU: Die SPD gehört auch zur Landesregierung.)

Herr Renz, lassen Sie mich doch mal mit Herrn Foerster reden!

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

... Herr Foerster, soll ich dann hier anfangen, über DIE LINKE in Schwerin, deren Fraktionsvorsitzender Sie vielleicht sind, zu diskutieren, und das, was DIE LINKE in Schwerin macht?!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Zum Beispiel verkauft sie kommunales Wohnungseigentum an Private, wo dann hinterher die Wohnungen verrotten.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Das können wir auch machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte nicht so viel Aufregung wegen der maroden Wohnungen, die jetzt bei einem kommunalen ...

(Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Ja, und sind Sie nicht Fraktionsvorsitzender der LINKEN in dieser Stadtvertretung in Schwerin?

(Henning Foerster, DIE LINKE: Na selbstverständlich.)

Also, Herr Foerster, lassen Sie uns das Thema woanders diskutieren! Das hat doch mit der Debatte hier nichts zu tun.

(Zurufe von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Es ist doch immer wieder schön, wenn man merkt, dass man Leute getroffen hat.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Reden Sie doch mal zum Antrag! – Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU, und Torsten Renz, CDU)

Aber wie gesagt, lassen Sie uns mal auf den Antrag zurückkommen, der ist doch schon unterhaltsam genug.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Da wird die Landesregierung dieses Landes, die Landesregierung, die sich, nach meinem Verständnis zumindest, bedauerlicherweise nicht ausschließlich aus SPD-Ministern zusammensetzt –

(Patrick Dahlemann, SPD: Sehr bedauerlich!)

die Kollegen der CDU mögen mir das in diesem Moment verzeihen –, obwohl ich auch die Arbeit der CDU-Kollegen in dieser Landesregierung natürlich schätze ...

(Zuruf aus dem Plenum: Das war wichtig.)

Das war wichtig.

(Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Da wird die Landesregierung, die sich nicht allein aus SPD zusammensetzt, aufgefordert, den Dialog mit der Madsack-Mediengruppe zu versuchen. Hintergrund dieser Aussage ist nicht etwa eine Beteiligung des Landes an der Madsack-Mediengruppe, sondern eine Beteiligung der Bundes-SPD an der Madsack-Mediengruppe. Das ist natürlich schon etwas grenzwertig, weil ich meine, die Bundes-SPD ist nicht Gegenstand dieser Landesregierung und umgekehrt. Aber, Herr Kollege Foerster, wollen wir mal solche Nickligkeiten außen vor lassen.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Wer ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD?)

Wollen wir mal solche Nickligkeiten außen vor lassen.

Natürlich ist mir bekannt, dass die SPD, die Bundes-SPD, mit 23 Prozent über die DVVG auch an der Madsack-Gruppe beteiligt ist. Und das ist ja offensichtlich die Intention Ihres Antrages heute hier gewesen. Eigentlich geht es gar nicht um Pressefreiheit, um Meinungsfreiheit,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Sehr wohl!)

wie der erste Satz tatsächlich suggerieren könnte,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

sondern es geht ein bisschen vor dem Hintergrund darum, dass sich insbesondere die neu gewählte Ministerpräsidentin sehr klar und deutlich dafür eingesetzt und auch ausgesprochen hat, dass wir in diesem Land eine Lohnstärkung und insbesondere eine Tariflohnstärkung brauchen, dass vor diesem Hintergrund erst mal gewühlt wurde, ob man nicht irgendwo einen Punkt finden kann, wo man jetzt Knüppel zwischen die Beine schmeißt. Hier kam die Madsack-Gruppe mit der "Ostsee-Zeitung" gerade richtig im Lande, denn da gab es natürlich auch über den Deutschen Journalisten-Verband entsprechende Pressemitteilungen und Schreiben an die unterschiedlichen Fraktionen, wo es darum ging, dass das hier - ich nenne das jetzt mal Tarifflucht, ob es tatsächlich Tarifflucht ist, darauf komme ich gleich noch mal - moniert wurde.

Aber, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, wie ist das denn tatsächlich? Jetzt lassen Sie mich erst mal auf den Umstand eingehen, dass offensichtlich die Landesregierung nur mit der Madsack-Gruppe den Dialog suchen soll. Warum, Herr Foerster, soll sie eigentlich nur mit der Madsack-Gruppe den Dialog suchen? Wir haben in diesem Land immerhin drei Regionalzeitungen, einmal die SVZ in Schwerin, dann den "Nordkurier" im östlichen Landesteil und – ich sage jetzt mal vereinfachend – in dem Küstenstreifen die "Ostsee-Zeitung".

(Henning Foerster, DIE LINKE: Im konkreten Fall sollte sie mit der Madsack-Gruppe reden.)

Sie wollen also tatsächlich nur die Situation in einer dieser Zeitungsverlage diskutiert haben?

(Henning Foerster, DIE LINKE: Eine Nebelkerze nach der anderen, Herr Schulte!)

Das ist doch schon etwas fragwürdig, denn wie ist die Situation in den anderen Verlagen? Dann sage ich Ihnen, Herr Foerster, wie die Situation in den anderen beiden Zeitungen ist, die nämlich beide der SAZ-Gruppe angehören. Da reden wir tatsächlich über Tarifflucht. Das interessiert Herrn Foerster aber nicht. Herr Foerster möchte nur über die Zeitungsgruppe reden, an der die Bundes-SPD mittelbar beteiligt ist. Also Holzauge, sei wachsam! Ein bisschen besser hätten Sie es schon formulieren können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: War das jetzt ein Änderungsantrag, Herr Schulte? War das jetzt ein Änderungsantrag?)

Herr Kollege Ritter, lassen Sie mich mal weitermachen! Ich habe Herrn Foerster doch auch zugehört. Hören Sie mir einfach zu!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ganz aufmerksam!)

Vielleicht schaffen Sie es ja heute auch noch mal.

Meine Damen und Herren, wir reden sowieso nicht über Tarifflucht bei den Zeitungen in diesem Land, wir reden bestenfalls über Tarifflucht bei einer Zeitung in diesem Land – das nur mal, um das klarzustellen –, die zwei Drittel sind der Linksfraktion in diesem Landtag egal.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das ist doch Unsinn!)

Auch das ist ein Signal an die Öffentlichkeit. Da kann man viel von Presse- und Meinungsfreiheit diskutieren oder reden,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

aber offensichtlich gilt das ja nur für einige wenige. Und dann, wie gesagt, soll der Dialog mit der Madsack-Medien-Gruppe gesucht werden. Wesentlicher Teil – ich hätte beinahe gesagt, inhaltschwerer Teil, nein, das kann man in dem Zusammenhang nicht sagen –, wesentlicher Teil des Antrags ist dieser Dialog.

Herr Kollege Foerster, jetzt sage ich Ihnen noch was: Sie rennen der Zeit hinterher, wie so oft DIE LINKE, denn das hat die Bundes-SPD schon lange getan,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oha!)

über die DVVG bei der Madsack-Gruppe darauf hinzuwirken, dass eben dieses Thema nicht einfach so gesehen wird, wie das möglicherweise unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten bei rein privat aufgestellten Unternehmen – wobei das auch eine private Beteiligung im klassischen Sinne ist, aber differenzieren wir mal an dieser Stelle doch etwas – bei anderen Verlagsmodellen der Fall ist.

Und dann muss man natürlich mal der Wahrheit, auch wenn sie, Herr Foerster, Herr Ritter, vielleicht brutal ist, ins Gesicht gucken. Die DVVG hat leider nur 23 Prozent an der Madsack-Gruppe. Manch einer mag das bedauern, der andere steht vielleicht auf dem Standpunkt, das ist die Sicherheit der Pressefreiheit, dass die Beteiligung nicht größer ist. In diesem Fall würde ich mir wünschen, dass die SPD beziehungsweise ihre Beteiligungsgesellschaft vielleicht 50,1 Prozent hätte, dann hätte man da etwas anderes machen können. Aber diese 23 Prozent, Herr Foerster, haben dazu geführt, dass die SPD beziehungsweise ihre Beteiligungsgesellschaft DVVG in der Vergangenheit schon darauf hingewirkt hat, dass unter anderem auch bei der "Ostsee-Zeitung" erstens die bestehenden Arbeitsverhältnisse - wo wohl die "Ostsee-Zeitung" tatsächlich aus dem Tarifvertrag ausgetreten ist, das billige ich Ihnen zu, da haben Sie völlig recht - nicht nur unter einer statischen Fortsetzung der bestehenden Tarifregelungen weiter fortlaufen, sondern dass für diese Arbeitsverhältnisse der bestehende Tarifvertrag weiter gilt und weiter fortgeführt wird, und zwar nicht nur statisch, sondern mit den entsprechenden Entwicklungen, die zwischen den Tarifvertragspartnern vereinbart worden sind.

Darüber hinaus hat die SPD über die DVVG bei der Madsack-Gruppe dafür Sorge getragen – das ist zumindest mein Informationsstand –, dass der Betriebsrat der "Ostsee-Zeitung" vollständig auch für die neu gegründeten Unternehmen zuständig bleibt, einschließlich übrigens des in der Einigungsstelle durchsetzbaren Rechts, eine Betriebsvereinbarung zu den Grundsätzen der Lohnund Gehaltsfindung zu erzwingen nach Paragraf 87 Nummern 10 und 11 Betriebsverfassungsgesetz. Den Betriebsräten – wie gesagt, ich habe mich bemüht, mich da kundig zu machen – ist darüber hinaus angeboten worden, eine entsprechende Betriebsvereinbarung abzuschließen. Damit ist, da bin ich dann auch ganz deutlich,

aus Sicht der SPD, nicht nur dieser Fraktion, auch der Bundes-SPD, natürlich die Hoffnung verbunden, dass in der Perspektive für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – also auch die, die jetzt außerhalb eines Tarifvertrages neu eingestellt werden, denn darüber reden wir eigentlich nur – wieder eine tarifliche Lösung gefunden wird.

Herr Foerster, hätten Sie sich die Mühe gemacht, wären zu mir gekommen und hätten mich gefragt, wie es denn überhaupt aussieht, was die SPD auf Bundesebene dazu macht, dann hätte ich Ihnen die Information, die ich Ihnen heute im Plenarsaal gegeben habe, auch gern vorher gegeben, dann hätten wir uns an dieser Stelle die Debatte sparen können.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Dann hätten Sie gesagt, na gut, ich räume ein, die SPD bemüht sich, das Ergebnis ist vielleicht nicht so, wie man sich das als Gewerkschaft im ersten Moment wünscht, das Ergebnis ist vielleicht auch nicht so, wie sich das die SPD im ersten Moment wünscht, aber da muss man natürlich manchmal der Realität ins Auge schauen. 23 Prozent sind keine 100 Prozent. Wenn man nur eine Minderheitsbeteiligung hat, auch wenn man größter Gesellschafter ist, muss man das entsprechend akzeptieren.

Meine Damen und Herren, ich hätte mir tatsächlich an dieser Stelle gewünscht - aber Sie hatten ja angekündigt, es kommt noch ein weiterer Redebeitrag -, dass nicht nur über die Madsack-Gruppe diskutiert wird, denn wenn Sie das Thema Tarifflucht ernsthaft diskutieren wollen, Herr Kollege Foerster, und nicht nur SPD-Bashing auf einem allerniedrigsten Niveau betreiben wollen, dann hätten Sie tatsächlich auch die Situation bei den anderen Verlagen und Zeitungen in diesem Land, und übrigens nicht nur in diesem Land, thematisieren müssen. Dann hätten wir vielleicht an der Stelle in erster Linie über die Zeitungsverlage sprechen müssen, die beispielsweise nicht im Beteiligungsportfolio der Bundes-SPD sind, und wie es da aussieht. Da sieht es nämlich deutlich schlechter aus. Auch das muss man an dieser Stelle mal sagen.

Sehr geehrter Herr Kollege Foerster, Sie wissen – ich meine, ob Sie mir das glauben oder nicht, das will ich jetzt mal dahingestellt sein lassen, aber diejenigen unter Ihren Kollegen, die längere Zeit mit mir zu tun hatten, wissen das, und ich hoffe das auch von Ihnen –, dass ich mich wirklich dafür einsetze, dass in diesem Lande anständige Löhne gezahlt werden. Ich glaube, es gibt in einem Punkt – und das will ich Ihnen auch zubilligen – wirklich einen Konsens zwischen Ihnen und mir: Ich glaube daran, dass dieses Land weiterhin wirtschaftlich nur erfolgreich sein kann, wenn es uns gelingt, mehr tarifliche Bindung zu machen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Da gibt es keinen Dissens. Und ich würde mir wünschen, Herr Kollege Foerster, wenn Sie mir das und meinen Fraktionskollegen auch glauben würden. Wenn wir auf der Basis, was ja gar nicht mal so wenig ist, tatsächlich auch eine gemeinsame Vorstellung entwickeln können, was man zum Beispiel damit tun kann – ich hatte ja dieser Tage das Beispiel NGG angesprochen und Tarifbindung in dem Bereich, was noch wesentlich katastrophaler ist als in diesem Fall –, dann, denke ich mir, sind wir

alle zusammen auf einem guten Weg. Dann müssen wir eigentlich – das nehmen Sie mir jetzt unter Garantie wieder übel, aber das macht mir in dem Fall nichts aus – über solche Anträge, die wirklich nur fürs Schaufenster sind, nicht diskutieren, sondern lassen Sie uns tatsächlich darüber diskutieren, wie man im Bereich journalistischer Arbeit, Zeitungsverlage insgesamt, aber auch in allen anderen Bereichen dieses Landes, tatsächlich Schritte wählen kann, um die Tarifbindung zu steigern. Ich persönlich bin da für jeden Dialog offen, wenn Sie das gern möchten, auch mit Ihnen, aber diesen Antrag hier werden wir definitiv ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort hat für die Fraktion der AfD Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Bei dem Hohelied auf die Presse- und Meinungsfreiheit und die Wichtigkeit der Regionalzeitungen, das Sie am Anfang Ihres Antrages angestimmt haben, stimmen wir gern ein.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Lügenpresse!)

Das alles ist wichtig. Damit enden dann aber wahrscheinlich auch schon die festzustellenden Gemeinsamkeiten. Wenn Sie nämlich davon ausgehen, dass die Schwierigkeiten der Zeitungsverlage allein auf die Digitalisierung und ein geändertes Medienkonsumverhalten zurückzuführen sein sollen, dann greift das, glaube ich, deutlich zu kurz. Ich möchte mal sagen, dass die inzwischen weit verbreitete fehlende Trennung zwischen Berichterstattung und Kommentar, fehlerhafter oder schlecht recherchierter Tatsachenbasis und andere Ungereimtheiten in der Medienberichterstattung, die man mit dem Begriff der Lügenpresse zu umschreiben gewohnt ist, wir jedenfalls, ein wesentlicher Grund für die Verärgerung vieler Zeitungsleser und ein Teil der Gründe für zurückgehende Verkaufszahlen sind. Das sollten Sie vielleicht auch mal bedenken.

Der besondere Blick auf die Madsack-Mediengruppe – das ist von Herrn Schulte schon dargelegt worden – mag sich vielleicht wegen der besonderen Bedeutung der "Ostsee-Zeitung" hier in der Region rechtfertigen lassen. Ich verstehe natürlich Ihr Anliegen. Es macht Spaß, es ist reizvoll, hier den Prügel aus dem Sack zu holen und aufzuzeigen, dass die gleiche SPD, die uns gestern in der Aktuellen Stunde die Wichtigkeit von guten Löhnen nahebringen wollte, dann, wenn sie selbst in der Arbeitgeberrolle ist, all das zu vergessen scheint.

(Jochen Schulte, SPD: Das stimmt doch nicht, Herr Weber!)

Tarifflucht – ein ungenauer, juristisch sogar falscher Ausdruck – durch Outsourcing, das heißt also Dumpinglöhne, wie sie insbesondere bei der Auslagerung der Kundenberatung im Callcenter, bei den Zeitungsausträgern und so weiter anzutreffen sind, sind kein schönes Zeichen dieser Medienlandschaft und drücken in der Tat das Lohnniveau. Andererseits hat die SPD jetzt mal ken-

nenlernen müssen – ich weiß, Sie sind nur mit 23,1 Prozent beteiligt, aber damit trotzdem ein maßgeblicher Gesellschafter –, dass es viel einfacher ist, die Kosten im Bereich der Personalkosten zu senken, als durch entsprechende Anstrengungen die Leserzahlen durch ordentliche Reportagen, durch eine gute regionale Berichterstattung wieder anzuheben oder durch Akquise,

(Torsten Renz, CDU: Wir hatten doch gerade das Thema Digitalisierung.)

oder durch Akquise von Werbemaßnahmen die entsprechenden Einnahmen zu steigern.

Nichtsdestotrotz, Martin Luther hat das Ganze mal bezeichnet mit den Worten: "Wasser predigen und Wein saufen". Das liegt dann sehr nahe, deswegen verstehe ich, warum Sie den Schwerpunkt des Antrages auf die Madsack-Gruppe gelegt haben. Aber dazu möchten wir auch sagen, die Gestaltung der Lohnentwicklungen und die wirtschaftlichen Daten eines Einzelunternehmens sind kein Thema für den Landtag, das ist ein Thema für Rechnungsprüfungen und Ähnliches.

Überhaupt möchte ich sagen, es ist mir nicht klar, was Sie mit Ihrem Antrag eigentlich wollen. Soll jetzt eine besondere Subventionierung regionaler Zeitungen, dann, wenn sie besonders wichtig sind, Gegenstand des Antrages sein, oder wie wollen Sie sich denn diese Förderung vorstellen? Das bleibt völlig offen. Aus diesen beiden letztgenannten Gründen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU hat jetzt das Wort Herr Wolfgang Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am Anfang habe ich mir die Frage gestellt, wie der Antrag zustande kommt. Da verweise ich auf den "Nordkurier" vom 12. September, wo drinsteht, dass Peter Ritter sich mit dem SED-Blatt "Neues Deutschland" getroffen hat und aufmerksam gemacht worden ist auf den Strukturwandel, der hier herrscht.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Wir haben keine SED mehr. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

In der Folge ist man dann wahrscheinlich zu diesem Antrag gekommen, der dazu führt, dass hier ein staatlicher Eingriff in die Unabhängigkeit des Printjournalismus scheinbar notwendig sei. Die Sparmaßnahmen der Madsack-Mediengruppe sollen demnach aufgehoben werden.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir hoffen natürlich alle, dass faire Löhne irgendwann auch für eine Medienholding, an der in einer Gesellschaft die SPD beteiligt ist, herrschen,

(Jochen Schulte, SPD: Die herrschen dann.)

aber deswegen mischen wir uns noch lange nicht in die Tarifautonomie ein.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Interessant ist hinsichtlich des vorliegenden Antrages die Frage, wie viel originär staatlicher Eingriff in das Lohngefüge oder allgemein in die Struktur der Medienlandschaft eigentlich gerechtfertigt ist. Da dürfen wir zunächst feststellen, dass es in der Geschichte der Kommunikation immer wieder Veränderungen für Sender und Empfänger gegeben hat. Unter anderem bedingt durch Innovation lässt sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit über Jahrhunderte dokumentieren und jede Etappe dieses Strukturwandels funktionierte verlässlich und bislang ohne staatlichen Eingriff.

Was beinhaltet der aktuelle Strukturwandel konkret? Es ist schon angesprochen worden, der Anzeigenmarkt spielt im Printbereich nicht mehr die Rolle wie vor zehn Jahren und auch die Auflage sinkt bei den meisten Zeitungen seit geraumer Zeit und sogar überregional. Natürlich setzt die wirtschaftlich agierenden Unternehmen dieses unter Handlungsdruck. Auch Tageszeitungen wie "Nordkurier" und "Schweriner Volkszeitung", die beide nicht von der Madsack-Mediengruppe herausgegeben werden, sind seit Langem tariffrei.

Ich habe gestern schon, als es um Tariftreue ging, ein Zitat verlesen, das möchte ich heute noch mal tun. So heißt es in dem Geschäftsbericht von Madsack, Zitat: "Diese Gesamtentwicklung führt schon jetzt zu noch höherem Kostendruck in den Verlagen, der – wie bereits in den vergangenen Jahren beschrieben – insbesondere die Personalkosten betreffen wird. Es bleibt ein Trauerspiel, dass es den Tarifparteien nicht gelungen ist, einen Antwortkorridor dafür zu entwickeln, wie ein Tarifmodell der Zukunft aussehen kann. Im Ergebnis schreitet die Erosion der Flächentarifverträge voran. Die ddvg hat hierzu bereits in den Vorjahren ihre Position dargelegt." Zitatende.

Der Strukturwandel ist also eine Herausforderung und diese Herausforderung wird nicht einfacher, indem wir die unter Kostendruck stehenden publizistischen Unternehmen in ein betriebswirtschaftliches Harakiri treiben.

Meine Damen und Herren, den Strukturwandel der Öffentlichkeit müssen wir nicht nur negativ betrachten, denn natürlich wurden Veränderungen, insbesondere Digitalisierung, auch Chancen für kreative innovative Unternehmen. Es existieren in unserem Land viele tolle Beispiele für kreative Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern.

Fakt ist auch, in einem Flächenland stehen die genannten Ideenfinder natürlich vor besonderen Herausforderungen. Bei den Zeitungen betrifft dies zum Beispiel die Distribution und vergleichsweise geringe Auflage. Wir haben andere Voraussetzungen als in Süddeutschland oder in den Stadtstaaten. Die Anwendung der Bundestarife ist für die Verlage in Nord- und Ostdeutschland daher zunehmend nicht mehr finanzierbar. Die Gewerkschaften haben sich aus diesen Erkenntnissen heraus einem Reformersatz leider verweigert.

Dazu möchte ich eine Anmerkung machen: Natürlich ist es so, dass, wenn überzogene Tarifforderungen gestellt werden, dies möglicherweise dazu führt wie jetzt hier, gerade wenn man nicht bedenkt, dass es nicht nur einen bundesdeutschen Tarif gibt, der für alle gilt, sondern dass es eben auch regionale Unterschiede gibt. Gerade beim Zeitungswesen ist es ganz klar, wir haben im Süden von Deutschland eine ganz andere Kundendichte, viel kürze-

re Wege im Vergleich zum Norden, wo wir eine geringere Kundendichte haben und natürlich weite Wege. Und wenn man hier unterschiedliche Regionen bei der Tariffindung nicht berücksichtigt, dann mag das dazu führen, dass es überzogene Forderungen gibt, die nicht vereinbar sind. Das führt zu Tarifflucht und im schlimmsten Fall zum Aus für das Unternehmen wegen der Unwirtschaftlichkeit. Also einen Kompromiss sollte man immer von beiden Parteien mit Augenmaß wählen.

Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat an dieser Stelle vor einiger Zeit auch einmal die Idee vorgetragen, Sie haben darauf angespielt, seriösen Journalismus zu fördern, wie das etwa in Dänemark der Fall war. Darauf haben Sie angespielt, Herr Foerster. Die Idee haben wir außerhalb und auch hier im Parlament diskutiert. Wir können den Gesprächsfaden ergebnisoffen natürlich gern wieder aufnehmen, aber man kann wohl sagen, dass dann durchaus mit Ablehnung zu rechnen sein wird. Bislang wurde es abgelehnt, denn für gezielte Förderung brauchen wir unter anderem die Bereitschaft der Verlage, und das ist in Gänze in der Vergangenheit eben nicht so gewesen. Aber wir können gern diesen Gesprächsfaden wieder aufnehmen.

Wir müssen bei dieser Förderung sicherstellen, dass jede, aber auch wirklich jede Einflussnahme auf Inhalt und Gestaltung einzelner Presseerzeugnisse sowie Verzerrungen des publizistischen Wettbewerbs vermieden werden. Letztgenannte Forderung hat Verfassungsrang, vergleiche Artikel 5 Absatz 1 Satz 2 Grundgesetz. Kurzum, seriösen Journalismus staatlich zu befördern, ohne den publizistischen Wettbewerb zu verzerren, ist ein wirklich schmaler Grat.

Meine Damen und Herren, auf keinen Fall rechtfertigt der aufgezeigte Strukturwandel einen Eingriff in die Tarifautonomie des Zeitungsbereiches, vor allem, da die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Presse für uns ein hohes unveränderliches Gut ist. Ein doppelter Verfassungsbruch durch staatliche Einflussnahme auf die Tarifautonomie und die daraus resultierende Verzerrung des publizistischen Wettbewerbs ist auch mit uns nicht zu machen.

Letztlich ist die Medienbranche übrigens ebenso wie viele andere Branchen von den sich aus der Digitalisierung ergebenden Veränderungen betroffen. Mit welchem Recht soll digitales Denken in der Medienbranche eigentlich besonders gefördert werden, zum Beispiel im Handwerk der kleinen, mittleren Kreativunternehmen oder in der Industrie eher weniger? Warum soll der Medienlandschaft, und das auch noch vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Bedenken, eine Sonderrolle zufallen?

Meine Damen und Herren, neue, etwa digitale Formen der Berichterstattung bieten Chancen. Auf neue Kundenbedürfnisse kann mit entsprechenden Angeboten reagiert werden. Wer sich stattdessen an staatliche Maßnahmen sowie wirtschafts- und kundenunfreundliche Angebote klammert, leistet der Unabhängigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Medienanbieter einen Bärendienst. Wir werden das nicht unterstützen und lehnen deshalb Ihren Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion DIE LINKE hat das Wort Frau Eva-Maria Kröger.

Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder des Landtages! Ich darf Ihnen heute in meiner Aufgabe als frisch gebackene medienpolitische Sprecherin meiner Fraktion mitteilen,

(Susann Wippermann, SPD: Herzlichen Glückwunsch!)

warum sich fatale Folgen ergeben, wenn Qualitätsjournalismus durch Arbeitsplatzabbau, Arbeitsverdichtung und Tarifflucht ausgehebelt wird. Ich würde also gern die Auswirkungen auf die Medien hier im Land ein bisschen beleuchten.

(Torsten Renz, CDU: Wer war der Vorgänger?)

Das müssten Sie doch deutlich besser wissen als ich, Herr Renz, Sie sitzen seit gefühlt hundert Jahren im Landtag.

(Heiterkeit bei Susann Wippermann, SPD – Heiterkeit bei Ralf Mucha, SPD: Oh, da haben Sie sich aber gut gehalten! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Muss ich Sie daran erinnern? Also bitte, das ist ja traurig! Jetzt bin ich das. Beschäftigen Sie sich mit mir!

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist auch vernünftig.

Gleich zu Beginn meiner Rede muss ich leider feststellen, dass die Medienpolitik der Landesregierung als gescheitert abgestempelt werden muss, weil Sie sie nicht nur stiefmütterlich behandeln, sondern geradezu ausgeblendet haben. Eine entsprechende Passage aus dem Koalitionsvertrag, nicht dem jetzigen, sondern dem letzten, möchte ich noch mal zitieren: "Die Koalitionspartner streben eine Überarbeitung des Landespressegesetzes an."

(Peter Ritter, DIE LINLKE: Nischt!)

"Dabei soll die Einführung eines Redaktionsstatuts geprüft werden"...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nix!)

Danke, Peter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das weiß er doch. Das weiß der medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion. – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD)

... "und die Verpflichtung für die Eigentümer festgeschrieben werden, in allen Medienbereichen im Impressum erkennbar zu sein."

Nichts ist passiert, meine Damen und Herren. Das ist eine traurige Feststellung. Im Gegenteil, die Rahmenbedingungen unserer Medienlandschaft sind schlechter geworden. Lieber Herr Schulte, da hat mir natürlich Ihre Relativierung vorhin nicht gefallen, und unser Engagement als SPD-Bashing abzutun, greift an der Stelle auch deutlich zu kurz.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ja, es gibt Tarifflucht, gar keine Frage, die gibt es überall. Ja, es gibt Arbeitsverdichtungen, die gibt es auch überall, aber diese Verallgemeinerungen und Übertragungen auf andere Bereiche schützen Sie eben nicht davor, sich mit diesem ganz konkreten Problem auseinandersetzen zu müssen.

(Jochen Schulte, SPD: Ich habe Ihnen doch nur vorgeworfen, Frau Kröger, dass Sie sich nur mit einem Verlag beschäftigen. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und gerade Sie, Herr Schulte, und wir als Politikerinnen und Politiker wissen doch ganz genau und erfahren es oft genug am eigenen Leibe selbst, was es bedeutet, wenn Redaktionen unter enormer Arbeitsverdichtung leiden, wenn zu wenig Zeit für die Recherche oder für die Nachbereitung vorhanden ist.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Wie oft hören wir uns gegenseitig nach der Lektüre von Artikeln hier im Landtag gegenseitig jammern und Sätze sagen wie: Warum haben die mich nicht noch mal angerufen? Warum waren sie nicht dabei? Hätten sie sich die und die Unterlagen doch bloß noch mal angeguckt! Auch an dieser Stelle wissen wir hier im Landtag ganz genau, wie direkt sich guter oder schlechter Journalismus auswirken kann.

Vor allem – und das ist noch viel wichtiger aus meiner Sicht – wissen wir als Demokratinnen und Demokraten genau, wie elementar gute Rahmenbedingungen für die Rolle der Medien in einer starken und gesunden Demokratie sind. Die Zeitungen beeinflussen Meinungen, sie stehen für Beteiligungen, sie stehen für das Recht auf Information, Inklusion, politische Bildung und vieles mehr. Kränkeln unsere Zeitungen, schwächt das die Meinungsbildung, und das ist schlecht für die Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Torsten Renz, CDU)

Auch ein wichtiges Thema: Hierzulande legen wir großen Wert auf die unabhängige Presse, Gott sei Dank geschützt von der Verfassung. Wir loben die Presse- und die Meinungsfreiheit, immer wieder sagen wir, wie stolz wir auf die Medienlandschaft in Deutschland sind. Sicherlich, mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern könnte diese Landschaft durchaus deutlich vielfältiger sein, doch wenn der Demokratie eine starke und gesunde Medienlandschaft so wichtig ist, dann frage ich mich, warum sie tatenlos zuschaut.

Journalistinnen und Journalisten sollten eigentlich frei von wirtschaftlichen Zwängen und Vorgaben ihrer Arbeit nachgehen können. Die Initiative "Unser Land braucht seine Zeitung" fordert seit Jahren die Stärkung der inneren Pressefreiheit und bedauerlicherweise ist diese Forderung inzwischen überholt, denn die innere Pressefreiheit muss nicht mehr nur noch gestärkt, sondern sie

muss wiederbelebt werden. Die Vollredaktionen sterben, Freiräume gibt es kaum noch in der Redaktion, die Bundespolitik wird an diesem Fallbeispiel ja schon aus Hannover dominiert, dabei sind die Eingriffsmöglichkeiten der hier arbeitenden Redakteure extrem eingeschränkt. Und selbst wenn sie noch einschreiten dürften, selbst wenn sie noch eine Meinung haben dürften, könnten sie es gar nicht mehr, weil inzwischen das Personal fehlt.

Aus unserer Sicht ist es zwingend notwendig, dass die Redaktion vor Ort wieder Einfluss nehmen kann. Der Aderlass hat die Freiheit der Diskussion in den Redaktionen abgeschafft, Selbstbestimmung wird zum Fremdwort.

Wir brauchen – und das ist unser konkreter Vorschlag an Sie, den Sie hoffentlich konstruktiv und offen aufnehmen –, wie das hier vorhin durchklang, endlich eine analytische Diskussion über die Rolle unserer Medien: Was können sie noch leisten? Was sollten sie leisten können, gern wissenschaftlich begleitet? Bitte führen Sie diese Diskussion im Land! Wenn Sie nicht selbst damit beginnen, muss ich Ihnen leider ankündigen, Sie solange damit zu nerven, bis Sie damit anfangen.

(Marc Reinhardt, CDU: Sie nerven!)

Sehr geehrte Damen und Herren, der enorme Zeitdruck am Arbeitsplatz macht es den Redakteuren zunehmend schwer.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Das ist doch ihr Job!)

Aufgaben wurden ausgegliedert, auch darunter hat die Qualität gelitten. Arbeitsstunden werden runtergeschraubt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Altersteilzeit geschickt. Mein Kollege Henning Foerster wies bereits darauf hin.

Jede Redakteurin, jeder Redakteur muss im Schnitt eine Seite und mehr pro Tag im lokalen Bereich füllen und es ist nur eine Frage der Zeit, wann kleine Lokalredaktionen geschlossen werden, weil sie nicht mehr in der Lage sind, irgendwelche Zielzahlen zu erfüllen. Dabei ist gerade dort vor Ort, in der Fläche eine Zeitung wichtig. Unser ehemaliger Ministerpräsident Erwin Sellering hatte in seinem Grußwort auf dem Neujahrsempfang der "Ostsee-Zeitung" 2016 noch für konstruktive Lösungen geworben und die große Chance der Regionalpresse für die demokratische Gesellschaft hervorgehoben. Sie müsse erhalten, so sagte er sinngemäß, und vor Ort präsent bleiben. Was ist aus diesen Worten geworden? Stattdessen sorgen die Madsack-Mediengruppe und auch andere, Herr Schulte, dafür, dass Information trotz Millionengewinnen zum Luxusgut wird.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass sich auch bei der "Ostsee-Zeitung" inzwischen erhebliche Nachwuchsprobleme einschleichen. Es ist schwierig, unter solchen Bedingungen Fachkräfte zu halten. Schon jetzt können deshalb Bereiche des öffentlichen Lebens gar nicht mehr abgedeckt werden, weil Leute fehlen und man zu schlechten Konditionen auch kein ausreichend qualifiziertes Personal anlockt. Die Zahl der Bewerbungen hat massiv abgenommen, der Ruf des Journalisten hat schon gelitten.

Sehr geehrte Damen und Herren, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der SPD, sofern Ihnen freie, unabhängige und vielfältige Medien wichtig sind, handeln

und diskutieren Sie weiter! Ein Betrieb, deren größter Gesellschafter die SPD-Medienholding ist, muss Vorbild sein. "Madsack 2018", so heißt das Programm. Das bedeutet Zentralisierung, es bedeutet Fremdbestimmung, immer unter dem Druck der Konsolidierung, und so stirbt die Pressevielfalt.

Herr Waldmüller, Sie haben über einen Vorschlag gesprochen, der einst, soweit ich das nachlesen konnte, zumindest von Herrn Kokert geäußert worden ist, auch über andere Finanzierungsquellen zu sprechen. Ich würde mir wünschen, dass wir diesen Faden trotzdem noch mal aufnehmen und dieses Engagement nicht versandet.

Wir möchten die Ziele der Initiative "Unser Land braucht seine Zeitung" umsetzen, wir nehmen das Hausaufgabenheft ernst, wir möchten Mecklenburg-Vorpommern als Medienstandort wieder neu aufstellen. Transparenz über Besitz- und Beteiligungsverhältnisse in den Verlagen ist uns wichtig. Ein demokratisches Mitbestimmungsrecht der Journalistinnen und Journalisten muss gestärkt und auch die Novellierung des Landespressegesetzes muss angegangen werden, gern mit Ihnen gemeinsam. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Noch einmal ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Kollegen!

Frau Kollegin Kröger, Herr Kollege Foerster, gestatten Sie mir an dieser Stelle einfach mal eine Frage: Haben Sie eigentlich Ihren eigenen Antrag gelesen? Wenn ich mir das jetzt mal durchlese, dann habe ich in dem Antragstext unter Punkt I stehen: "Mit der zunehmenden Digitalisierung stehen die Verlage vor großen wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen. Das Medienkonsumverhalten ändert sich, die Nachfrage nach klassischen Printmedien geht zurück."

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Das stimmt, ich gebe Ihnen recht.)

Sie sagen, das stimmt. Ich würde Ihnen recht geben, Frau Kollegin Kröger, das ist wohl tatsächlich so.

Und dann schreiben Sie in Ihrer Begründung: "Daher steht die Landesregierung in der Pflicht, deutlich zu machen, dass ein auf Tarifflucht abzielendes Geschäftsmodell abzulehnen ist."

Ja, gut, das macht die Landesregierung und ich habe es eben auch noch mal versucht, für meine Fraktion zu machen. Glauben Sie mir, das ist mit der Ministerpräsidentin und der Landesregierung abgesprochen worden, dass keiner hier in diesem Saal seitens der SPD ein auf Tarifflucht, wie man das dann definieren will, abzielendes Geschäftsmodell unterstützt. Vor allem glaube ich auch gar nicht, dass Tarifflucht überhaupt ein Geschäftsmodell ist, denn wenn wir uns darüber einig sind, dass man am Ende des Tages, egal, in welcher Branche, gut bezahlte Arbeitskräfte braucht, dann ist Tarifflucht tatsächlich kein Geschäftsmodell.

Um zurückzukommen auf Ihren Antragstext: Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Also wenn ich mir auf der einen Seite sage, die Digitalisierung und das veränderte Konsumverhalten der Leserinnen und Leser führt dazu, dass die wirtschaftlichen Zwänge bei den Unternehmen, bei den Verlagen entsprechend sind, was hat das dann damit zu tun? Oder andersherum gefragt: Was soll denn der Umstand ändern, dass die Landesregierung sich gegen Tarifflucht ausspricht? Gibt es dann weniger Digitalisierung? Gehen dann auf einmal die Leserinnen und Leser in diesem Land zu ihrem Zeitungskiosk und kaufen sich jeden Tag nicht nur eine Regionalzeitung, sondern vielleicht gleich alle drei oder haben sie entsprechend ein Abonnement? Ist das das Ergebnis?

Also, Frau Kollegin Kröger, Herr Kollege Foerster, bei allem Respekt, dieser Antrag und die Redebeiträge erinnern mich ein bisschen an die Plakate im jetzt gerade vorbeigegangenen Bundestagswahlkampf der Partei "Die Partei". Mehr möchte ich dazu nicht gesagt haben.

Frau Kollegin Kröger, ich gebe Ihnen recht,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

dass die "Ostsee-Zeitung" – das ist ja auch nichts Schlechtes – hier in diesem Land, glaube ich, sogar die größte Regionalzeitung ist, und das soll ihr auch gegönnt sein. Ich freue mich über jeden Leser, den eine Zeitung in diesem Land hat, unabhängig davon, ob ich immer über jeden Kommentar oder jeden Bericht erfreut bin, aber das ist eben freier Journalismus. Das ist so und das ist auch gut so.

Aber, Frau Kollegin Kröger, zu dem, was Sie hier gesagt haben: Was soll denn jetzt die Konsequenz sein? Sie fordern hier eine Analyse ein. Da frage ich mich jetzt einfach mal, anstatt diesen Antrag zu stellen, warum Ihre Fraktion nicht in den zuständigen Ausschuss gegangen ist und gesagt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir das mal im Rahmen der Selbstbefassung, holen wir uns zuerst Gesprächspartner für eine öffentliche Anhörung und für ein Expertengespräch

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

und hinterher überlegen wir uns, ob wir aus dem Ergebnis dieses Expertengespräches oder der öffentlichen Anhörung vielleicht sogar ein Gutachten durch die Landtagsverwaltung beauftragen lassen.

Das mag ja alles sein, ich will mich dem gar nicht verweigern, aber hier ist doch nichts Substanzielles gekommen, was das tatsächlich noch mal untersetzen würde. Oder glauben Sie, dass man einfach eine Analyse in Auftrag gibt und sich die Marktgegebenheiten, wie Sie ja zutreffend formuliert haben in Ihrem Antrag, auf einmal ändern? Das wäre die erste Analyse in Deutschland, die dieses Ergebnis hätte. Also das nimmt nicht mal die Bertelsmann Stiftung für sich in Anspruch, dass ihre Studien zu diesen Ergebnissen führen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich an dieser Stelle noch mal zwei andere Dinge ansprechen. Nicht nur, dass die Kollegen der Fraktion DIE LINKE hier eigentlich gar nicht deutlich gemacht haben, welche Vorschläge Sie überhaupt haben, um die Situation zu ändern – wenn ich mal so tue, als ob es da Vorschläge

gäbe, ich vereinfache das jetzt, tatsächlich dem Schwund an Leserinnen und Lesern bei den Zeitungen in diesem Land entgegenzutreten, dann ist doch die nächste Frage, wenn dies das Land machen soll, die Landesregierung: Sollen wir das aus Steuermitteln machen und allen Bürgerinnen und Bürgern eine Zeitung zur Verfügung stellen? Es wäre vielleicht mal eine Frage gewesen, die Sie hätten beantworten können, und dann wäre es natürlich interessant gewesen zu sehen, wie die Debatte darüber geführt wird.

Lassen Sie mich an einer letzten Stelle noch sagen, Herr Kollege Foerster: Sie haben hier – gestatten Sie mir, wenn ich nicht wörtlich zitiere –, aber Sie haben, wenn ich das richtig mitbekommen habe, sinngemäß gesagt, dass die Ministerpräsidentin sich gegenüber dem Betriebsrat der "Ostsee-Zeitung" dahin gehend geäußert hätte, dass ein Ausscheiden aus dem Tarifvertrag notwendig sei. Ich habe mich …

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das hab ich nicht gesagt!)

Dann ist es gut, denn das wollte ich an dieser Stelle noch mal klarstellen.

Ich habe mich extra noch mal bei der Ministerpräsidentin erkundigt, eine solche Aussage ist auf jeden Fall unzutreffend. Im Gegenteil, der Betriebsrat der "Ostsee-Zeitung" hat sich - das Gespräch hat am Rande des Empfangs der "Ostsee-Zeitung" stattgefunden – ausdrücklich für die Gesprächsbereitschaft, gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, aber auch, ich nenne das jetzt mal personellen, Probleme der "Ostsee-Zeitung" und aller anderen Zeitungen in diesem Lande, bei der Ministerpräsidentin bedankt. Ich glaube, das muss man in diesem Rahmen auch mal öffentlich sagen, dass das hier keine Situation ist, wo Beschäftigte, Beschäftigtenvertretungen nicht ein offenes Ohr der Ministerpräsidentin in diesem Land finden. Ich denke, das ist tatsächlich der erste Schritt, um an der Situation möglicherweise etwas ändern zu können.

Ich wollte das nur noch mal klarstellen, weil es mir persönlich, aber auch meiner Fraktion tatsächlich wichtig ist, dass so ein Eindruck – Sie haben es ja selbst entsprechend klargestellt – hier nicht bestehen bleibt. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Ums Wort gebeten hat Peter Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ich an dem Kollegen Schulte schätze, sind seine spontanen und meist guten Einfälle. Einer dieser Einfälle oder Überlegungen war, wir sollten das im Ausschuss miteinander diskutieren. Deshalb schlage ich vor, dass wir den vorliegenden Antrag in den Ausschuss überweisen und als Diskussionsgrundlage nehmen. Herzlichen Dank für die Idee, Kollege Schulte.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Jochen Schulte, SPD: Macht das mal selbst! Ich könnt das, ihr braucht uns dafür nicht. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Im Rahmen der Aussprache ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1049 in den entsprechenden Ausschuss, das ist der Innen- und Europaausschuss, zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht mal Herr Schulte?!)

Gegenstimmen? - Enthaltungen? -

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Wir sind in der Abstimmung, meine Damen und Herren. Ich bitte Sie, von Ihren Zwiegesprächen Abstand zu nehmen.

Ich frage noch mal nach den Enthaltungen. – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag, den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1049 in den Innen- und Europausschuss zu überweisen, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen aller anderen im Haus befindlichen Fraktionen abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1049. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1049 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – 10. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeitraum 1. November 2012 bis 31. Oktober 2016 und Stellungnahme der Landesregierung, auf Drucksache 7/437.

Unterrichtung durch die Landesregierung
10. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates bei der Landesregierung
Mecklenburg-Vorpommern, Berichtszeitraum
1. November 2012 bis 31. Oktober 2016
und Stellungnahme der Landesregierung
– Drucksache 7/437 –

Diese Beratung findet auf Antrag der Fraktion DIE LINKE statt.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so und ich eröffne Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Torsten Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke schön für das Wort. Sie haben eben eingeführt, um was für ein

Thema es hier geht. Im Frühjahr dieses Jahres hat uns der Integrationsförderrat seinen 10. Tätigkeitsbericht vorgestellt. Beigelegt wurde die Stellungnahme der Landesregierung hierzu. Der Integrationsförderrat ist ein Gremium, das sich per Gesetz um die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken sowie deren Angehörige kümmert. Der Integrationsförderrat berät die Landesregierung bei Rechtsetzungsverfahren, prüft diese, inwiefern sie die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken berührt.

Wir sind nach Durchsicht dieses Berichts und der Stellungnahme zu der Erkenntnis gekommen, dass es ratsam ist, darüber eine Aussprache zu führen. Wir sind daran interessiert zu erfahren, wie Sie darüber denken. Wir haben einige Kritikpunkte am Handeln der Landesregierung vorzutragen und haben, wie es sich laut Landesverfassung auch gehört für die Opposition, Vorschläge zu unterbreiten. Das alles will ich tun.

Zunächst jedenfalls will ich darauf verweisen, dass dieser Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates ein Beleg dafür ist, mit welch enormem Engagement, mit wie viel Fachkunde und mit wie viel Herzblut diejenigen, die im Integrationsförderrat tätig sind, arbeiten und mit ihnen auch diejenigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Ministerien, die diesen Integrationsförderrat begleiten. Ich denke, das ist einen Applaus wert, mal Danke schön zu sagen angesichts der Berichterstattung, der Fülle der Aufgaben, die der Integrationsförderrat maßgeblich im Ehrenamt leistet.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das Zweite, was ich ansprechen möchte, ist der Verweis darauf, dass der Integrationsförderrat – im Übrigen auf Initiative der Linksfraktion seinerzeit – im Jahr 2000, in der Regierungskonstellation von SPD und PDS, auf den Weg gebracht wurde. Damals gab es ein gesellschaftliches Verständnis von Integration, wo es darum ging und auch in vielerlei Hinsicht heute noch geht, Barrieren abzubauen, bestehende Hindernisse zu beseitigen, Ausgrenzungen zu verhindern, zurückzunehmen, abzumildern. Das ist das Verständnis von gestern. Das Verständnis von heute ist das der Inklusion, und zwar der Inklusion im umfassenden Sinne, wo es nicht allein um Inklusion geht hinsichtlich der Lebenssituation von chronisch Kranken und Menschen mit Behinderungen, sondern um alle in der Gesellschaft.

Insofern besteht unser Vorschlag nach Durchsicht des Tätigkeitsberichtes darin, dass wir uns gemeinsam darüber verständigen sollten, dass aus dem "Integrationsförderrat" ein "Inklusionsförderrat" wird, der die Belange aller Menschen in den Blick nimmt, darin eingeschlossen natürlich auch die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen und deren Angehörigen, der sich aber darüber hinaus insgesamt um gesellschaftliche Inklusion in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens kümmert.

Das wünscht sich im Übrigen der Integrationsförderrat selbst ja auch. Er versteht sich nach seinem Selbstverständnis in seiner Arbeit als inklusiv und hat entsprechend in dem Tätigkeitsbericht darauf hingewiesen, dass er viel früher noch als bislang einbezogen werden will in Rechtsetzungsverfahren. In der Stellungnahme der Landesregierung ist zu lesen, dass dieser Bitte nicht ent-

sprochen werden kann, weil ja Recht und Gesetz dagegenstünden. Das ist so weit auch richtig und korrekt. Die Frage ist, wir sind die Gesetzgeber, dieses Landesparlament kann die Regelung auch verändern. Das würde voraussetzen, dass wir das Gesetz anfassen, das würde voraussetzen, dass wir einen Inklusionsförderrat dann auch herauslösen aus dem ...

(Torsten Renz, CDU: Habt ihr das im Ausschuss schon diskutiert oder hier das erste Mal?)

Das ist hier das erste Mal. Das ist auch der Ort dafür, weil es nicht nur um soziale Belange geht, nicht nur um Belange in der Wirtschaft oder so, sondern weil es ein universelles Thema ist, was berührt ist, inklusive Gesellschaft, und es hat natürlich dann auch mit Rechtsetzungsverfahren zu tun, die wir letztendlich hier in diesem Saal vollziehen müssten, wenn Sie da mitgehen. Das ist unser Vorschlag.

Zu den Kritikpunkten möchte ich etwas sagen, auf die ich bereits hingewiesen habe. Der Integrationsförderrat hat gesagt, wir sind nicht damit einverstanden, dass die Vorschläge, die wir unterbreiten, wenn uns Gesetzentwürfe vorgelegt werden – wir geben diese Vorschläge wieder in die Ministerien und die Ministerien erklären uns dann nicht immer, warum sie diese Vorschläge nicht berücksichtigen. Diese Forderung, dass der Integrationsförderrat ein Recht darauf hat zu erfahren, warum seine Vorschläge nicht berücksichtigt werden – das ist übrigens phänomenal gut, finde ich ...

(Torsten Renz, CDU: Das kann ich mir fast nicht vorstellen.)

Es ist so. Dann haben Sie den Bericht noch nicht gelesen, das sehe ich Ihnen nach,

(Torsten Renz, CDU: Nee, das stimmt schon.)

deswegen stehe ich auch hier, um das nahezubringen und vielleicht Ihr Interesse daran zu wecken, dann später noch einmal nachzulesen.

(Torsten Renz, CDU: Ist passiert.)

Prima, das freut mich.

Und worauf ich jetzt hinauswill, ist, dass es so nicht sein kann, dass die Landesregierung dem Gesetz selber nicht entspricht. Paragraf 18 Landesbehindertengleichstellungsgesetz, da ist das festgelegt. Der Integrationsförderrat hat das kritisiert und dann gab es – das ist ebenfalls nachzulesen – ein Gespräch in der Staatskanzlei, wo das eine Rolle gespielt hat. Dann hat der Chef der Staatskanzlei einen Trick angewandt, den ich für ziemlich schoflig halte, muss ich sagen. Er hat gesagt, wir werden uns bemühen, das zu tun, wir werden dem Gesetz entsprechen, aber – das war der Trick –, aber nur noch in wesentlichen Angelegenheiten. Was aber wesentlich ist, das legt die Staatskanzlei fest, und das kann nicht sein. Entweder gilt dieser Paragraf 18 des Gesetzes, oder nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das ist doch Normalzustand in diesem Land. – Torsten Renz, CDU: Nee, nee, nee, nee!) Wir sind der Meinung, Recht und Gesetz müssen eingehalten werden, gerade von der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also so geht es nicht.

Ein zweiter Kritikpunkt, den wir haben und den ich ansprechen möchte, ist: Zu Zeiten der Sozialministerin Martina Bunge war die Geschäftsstelle des Integrationsförderrates hoch angebunden. Diese Geschäftsstelle war so personell besetzt und so hochrangig besetzt, dass diejenigen, die in der Geschäftsstelle gearbeitet haben, gemeinsam mit den ehrenamtlichen Mitgliedern des Integrationsförderrates wirkungsvoll Einfluss nehmen konnten auf das Rechtsetzungsverfahren, das eben in Vorbereitung war seitens der Landesregierung. Beklagt wird, auch das sehen Sie im Tätigkeitsbericht, dass dem nicht mehr so ist, dass diejenigen, die jetzt in der Geschäftsstelle tätig sind - bei allem Respekt vor der Arbeit - nicht mehr die Wirkmöglichkeiten haben gegenüber den Ministerien. Das ist eine Frage der Besetzung, das ist eine Frage des Versehens mit Autoritäten, das ist eine Frage, wie ernst dieses Gremium letztendlich genommen wird. Da appellieren wir daran, dass es eine Änderung in der Hinsicht gibt.

So, jetzt habe ich viel über Schatten gesprochen, es gibt aber auch eine Menge Licht, wenn man den Tätigkeitsbericht anschaut.

(Torsten Renz, CDU: Eigentlich fängt man ja mit Licht an, ne?)

Ich fand es ganz toll zu sehen, dass das Landwirtschaftsministerium Überlegungen, Vorschläge, Initiativen des Integrationsförderrates aufgegriffen hat und einen Vorschlag zum Beispiel zur Herstellung von Barrierefreiheit so weit hochgezoomt hat, bis auf die Bundesebene, ausgehend vom Landwirtschaftsministerium, dass daraus ein Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz im Jahr 2014 wurde. Also das ist schon aller Ehren wert: Eine Initiative des Integrationsförderrates wird vom Landwirtschaftsministerium aufgegriffen, die bringen das auf die Ebene der Verbraucherschutzministerkonferenz und die verständigen sich 16:0, also einstimmig darauf, dass Fragen der Herstellung der Barrierefreiheit zum Thema Verbraucherschutz Priorität genießen. So stellen wir uns einen Umgang mit dem Integrationsförderrat unseres Landes vor. Das ist toll, das sollte Schule machen.

Das ist auch etwas für Sie, Herr Glawe, als Wirtschaftsminister, weil ja im Tätigkeitsbericht davon die Rede ist, dass es bei uns mangelt an der Barrierefreiheit von Arztpraxen. Wie Sie wissen, sind nur 47 Prozent der ambulanten Arztpraxen im Land barrierefrei. Das wäre doch mal – eine Initiative, aufgreifend die Überlegungen des Integrationsförderrates, Sie stehen nämlich auch im Tätigkeitsbericht, dann zu einer Initiative unseres umtriebigen Wirtschaftsministers und Gesundheitsministers zu machen –, das wäre eine tolle Sache.

(Minister Harry Glawe: Ich lade Sie zum Tee ein.)

Da können Sie sich ein Beispiel nehmen am Landwirtschaftsminister. Das fände ich nicht schlecht. Wenn Sie

das machen, dann bekommen Sie unseren Applaus ebenso, wie der Integrationsförderrat unseres Landes unseren Applaus verdient hat. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Minister Harry Glawe: Ich lade Sie zum Tee ein, Herr Koplin, dann sprechen wir darüber.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ums Wort gebeten hat die Sozialministerin. Frau Drese, Sie haben das Wort.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Seit nunmehr fast 17 Jahren setzt sich der bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eingerichtete Rat für Integrationsförderung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen ein. Dieses Gremium, kurz Integrationsförderrat genannt, berät und unterstützt die Landesregierung bei der Aufgabe, gleichwertige Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderung zu schaffen. Der Integrationsförderrat ist berechtigt, der Landesregierung Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften vorzulegen, die geeignet sind, Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu beseitigen und zu verhindern. Zudem kann er ihr entsprechende Empfehlungen geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Integrationsförderrat ist bundesweit das einzige bei einer Landesregierung angesiedelte Gremium seiner Art. Darauf können wir in Mecklenburg-Vorpommern stolz sein. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden der Menschen mit Behinderungen, der kommunalen Spitzenverbände, der Sozialverbände, der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, dem Landesfrauenrat, dem Bürgerbeauftragten und den Ressorts der Landesregierung.

Mit der Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes im Jahr 2009 wurde die bislang jährliche Berichtspflicht auch aus Entbürokratisierungsgründen aufgegeben. Der Bericht wird nunmehr einmal in der jeweiligen Berufungsperiode gegenüber der Landesregierung erstattet. Die zu Beginn der jeweiligen Berufungsperiode des Vorstandes des Integrationsförderrates stattfindenden Gespräche mit den Ressorts der Landesregierung haben sich dabei bewährt, da sich hieraus gemeinsame Aufgaben der Zusammenarbeit im Rahmen der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen ergeben.

Der Integrationsförderrat hebt in seinem 10. Tätigkeitsbericht für den abgelaufenen Berichtszeitraum hervor, dass es mit seiner Unterstützung einen Reifeprozess in der Bewusstseinsbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung wie auch in der Bevölkerung im Umgang mit Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen gegeben hat. Insbesondere mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention werden die Bedarfe der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen.

Hinzuweisen ist auf den Fakt, dass der Integrationsförderrat im Berichtszeitraum in vermehrtem Umfang von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, gegenüber der Landesregierung Empfehlungen auszusprechen. Dies ist im Tätigkeitsbericht auch ausführlich dargestellt. Beispielhaft zu nennen sind die Empfehlungen zur konsequenten und nachhaltigen Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes, einschließlich deren Erfolgskontrolle in den jeweiligen Ressorts. Insofern sind gegenüber verschiedenen Ressorts der Landesregierung Empfehlungen ausgesprochen worden, nicht nur gegenüber dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung.

Auch dadurch wird deutlich, dass die Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen alle Lebens- und alle Rechtsbereiche berühren. Sofern seitens des Integrationsförderrates Empfehlungen ausgesprochen oder Anregungen gegeben wurden, ist ihnen weitestgehend gefolgt worden.

An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass dem Integrationsförderrat mit der Abgabe von Empfehlungen ein sehr effektives Initiativrecht gegenüber der Landesregierung zur Verfügung steht. Eine vom Integrationsförderrat gegebene konkrete Empfehlung zum Agieren auf einem bestimmten Gebiet zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen erfordert vom Ressort eine tiefgründige Auseinandersetzung mit der Thematik.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Integrationsförderrat hat der Arbeit der Landesregierung auch im Berichtszeitraum wichtige Impulse gegeben. Die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und dem Gremium kann durchweg als gut bezeichnet werden, zumal diese Kooperation manchmal ein behindertenpolitisch bewährtes streitbares Miteinander, nicht aber eine Konfrontation beinhaltet. Insgesamt ist festzustellen, dass der Integrationsförderrat einen wesentlichen Beitrag zum Abbau von Benachteiligungen und damit zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen geleistet hat.

In seinem Tätigkeitsbericht benennt der Integrationsförderrat Schwerpunkte, welche die Landesregierung für ihre weitere Arbeit setzen sollte. Diese betreffen vor allem die Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes und der anderen Artikel des Gesetzes zur Gleichstellung, gleichberechtigten Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderungen und zur Änderung anderer Vorschriften. Dabei wird die Landesregierung aufgefordert, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen.

Mit der Novellierung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechtskonvention werden wir im Jahr 2018 beginnen. Dabei soll der Integrationsförderrat zu einem Inklusionsförderrat weiterentwickelt werden. Die erforderlichen Schritte werden gemeinsam mit dem Integrationsförderrat und mit den Vereinen und Verbänden der Menschen mit Behinderungen unter dem Motto "Nichts über uns ohne uns" gegangen. Hier ist der Bericht also schon überholt. Die Gespräche haben bereits ihren Anfang auf der Klausurtagung des Integrationsförderrates genommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bereits vor vier Jahren, am 27. August 2013, ist vom Kabinett der Maßnahme-

plan der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, an dessen Erarbeitung der Integrationsförderrat im starken Maße beteiligt war, verabschiedet worden. Der Aufforderung des Integrationsförderrates, den Maßnahmeplan zu evaluieren, um zu prüfen, ob seine Ziele und Maßnahmen erfüllt sind, ist die Landesregierung bereits nachgekommen. Derzeit lässt mein Haus den Maßnahmeplan durch die Prognos AG evaluieren. Selbstverständlich wird der Integrationsförderrat an der Evaluation wie auch an der Fortschreibung des Maßnahmeplans beteiligt sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes festhalten: In Mecklenburg-Vorpommern haben wir bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Menschen mit und ohne Behinderungen schon einiges erreicht. Dabei ist der Integrationsförderrat stets ein konstruktiver Wegbegleiter gewesen. Für diese Begleitung und Unterstützung möchte ich auch an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Und ich möchte mich bei Frau Amtsrätin Polaschek für die engagierte Leitung der Geschäftsstelle bedanken. Mit diesem Dank verbinde ich die Hoffnung ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten?

(Ministerin Stefanie Drese und der Abgeordnete Torsten Renz sprechen bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Moment, Moment!

Torsten Renz, CDU: Da lag die Schuld aber nicht bei mir.

Frau Ministerin, der Abgeordnete Koplin hat ausgeführt über eine Umbenennung eines "Integrationsrates" in einen "Inklusionsbeirat". Das hörte sich so an, als wenn die Idee eben hier geboren worden ist. Jetzt führten Sie aus, dass Sie sozusagen auf gutem Wege sind. Vielleicht könnten Sie mal etwas ausführlicher erklären, wie der Stand bei den Verhandlungen oder bei der Beabsichtigung der Umbenennung ist.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr gern, Herr Abgeordneter Renz.

Das ist eine Forderung, die wir schon im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU aufgenommen haben. Und ich möchte auch noch mal darauf hinweisen, einfach mit der Umbenennung ist es bei diesem Thema nicht getan. Weil Integration und Inklusion schon noch einen Unterschied machen, ist es eben nicht nur eine neue Bezeichnung, sondern erfordert genau diesen Weg, den ich vorhin beschrieben habe. Es müssen Gespräche geführt werden, wie da auch inhaltlich weiter vorangegangen werden soll. Dazu hat es, wie gesagt, bereits eine Klausurtagung des Integrationsförderrates gegeben. Das ist schon am Laufen.

Ich möchte gern mit meinem Dank noch mal ansetzen. Ich verbinde also mit dem ausgesprochenen Dank für die gute Zusammenarbeit die Hoffnung, dass die Landesregierung auch künftig gerade bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf diese Unterstützung setzen kann. Wir haben ein gemeinsames Ziel, das wir gemeinsam erreichen wollen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Torsten Renz, CDU – Minister Harry Glawe: Sehr gut. Klasse Rede!)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Für die Fraktion der CDU hat das Wort Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass wir heute ein gesellschaftlich und politisch höchst bedeutsames Thema in den Mittelpunkt unserer Debatte rücken: die gleichberechtigte und selbstbestimmte Integration behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben, das erste sozialpolitische Thema übrigens im neuen Plenarsaal.

Zur Inklusion sind wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen verpflichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren. Zur Umsetzung dieser kontinuierlich zu leistenden Aufgabe ist der Integrationsförderrat ein wichtiger und unverzichtbarer Partner. Das unterstreicht einmal mehr der bereits seit dem Frühjahr vorliegende 10. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates, der den 9. Bericht aus dem Jahr 2013 fortführt.

Der Integrationsförderrat berät und unterstützt die Landesregierung seit seiner Einsetzung im Jahr 2000 bei der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Der Rat unterbreitet konkrete Vorschläge, die es umzusetzen gilt, und ist zudem bei Gesetzesentwürfen und anderen Rechtsvorschriften anzuhören, welche die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen betreffen. Auf diese Expertise kann und wird die Landespolitik nicht verzichten, weshalb wir uns in der Koalitionsvereinbarung zum Ziel gesetzt haben, die Arbeit des Integrationsförderrates weiter zu unterstützen und – Herr Renz hat mir die Frage schon vorweggenommen – zugleich den Rat zu einem Inklusionsförderrat weiterzuentwickeln.

Bereits vor elf Jahren wurde in New York die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet. Die politische Stoßrichtung gilt bis heute unverändert. Es muss eine Selbstverständlichkeit werden, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben und im Übrigen auch am Arbeitsleben teilnehmen können. Auf dieser Ebene haben sich die Sensibilität und das Bewusstsein für die bevorzugte Berücksichtigung der Interessen behinderter Menschen in unserem Land bereits positiv gewandelt, zumindest nach meiner Auffassung.

Nicht unwesentlich hat an diesem öffentlichen Reifeprozess der Integrationsförderrat mitgewirkt, wofür ich den ehrenamtlichen Vertreterinnen und Vertretern sehr herzlich danken möchte. Gleichberechtigung bezieht sich hierbei auf eine Teilhabe am politischen, am gesellschaftlichen, am wirtschaftlichen und kulturellen Leben, auf Chancengleichheit in der Bildung und auf die berufliche Integration.

Auch dürfen wir nicht nachlassen, gesamtgesellschaftlich größte Anstrengungen dafür zu unternehmen, die Potenziale von Menschen mit Behinderungen verstärkt zu

fördern. 3,2 Millionen aller in Deutschland lebenden schwerbehinderten Menschen sind im erwerbsfähigen Alter und mit Blick auf den Fachkräftemangel eine potenzielle Zielgruppe für die Gewinnung von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Inklusion behinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt ist sicher nur ein Argument für mehr Inklusion, worauf wir uns bereits ebenfalls in der Koalitionsvereinbarung verständigt haben. Auch werden die Änderungen aus dem Bundesteilhabegesetz und des dazugehörigen Landesausführungsgesetzes, das großteilig erst ab dem Jahr 2020 in Kraft treten wird, zu Verbesserungen und zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung beitragen.

Zurück zum Integrationsförderrat: Der 10. Tätigkeitsbericht für den Zeitraum November 2012 bis Oktober 2016 liefert auch in diesem Berichtszeitraum wichtige und vor allem vielfältige Impulse für die politische Arbeit, auf die ich auszugsweise eingehen möchte. Grundsätzlich habe ich im Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die Anzahl der Beteiligungen des Integrationsförderrates an den Vorhaben der Landesregierung gestiegen ist im Vergleich zu den Vorjahren. Das zeigt, wir nehmen die Beteiligung des Rates sehr ernst, um gemeinsam auf Ebene der Arbeitsgruppen die Teilhabechancen behinderter Menschen zu verbessern. Ich bitte darum, dass dieser Umstand auch von der Fraktion DIE LINKE wahrgenommen wird.

Selbstverständlich haben wir aber auch die Empfehlungen des Integrationsförderrates im Blick, die zum Beispiel auf eine frühzeitigere Beteiligung bei Rechtsetzungsverfahren abzielen. Darüber hinaus empfiehlt der Bericht, den Maßnahmekatalog der Landesregierung zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Larisch?

(Die Abgeordnete Maika Friemann-Jennert spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Maika Friemann-Jennert, CDU: Das ist nicht mehr viel. Dann, würde ich sagen, ja.

Ich war stehen geblieben beim Maßnahmekatalog, den wir natürlich erfüllen, evaluieren und fortschreiben wollen.

Auch wird angeregt, speziell für die Hochschulbildung eine weiterführende Strategie zu entwickeln. Daran arbeiten wir derzeitig. Gemeinsam mit den Hochschulen wird bis Ende 2017 ein Leitfaden "Inklusionsorientierte Hochschule" entwickelt. Weiter empfiehlt der Integrationsförderrat, das Landesbehindertengleichstellungsgesetz konsequent und nachhaltig umzusetzen und an entsprechender Stelle die UN-Behindertenrechtskonvention fortzuschreiben, die im Übrigen eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts darstellt.

Bereits 2006 haben wir mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz einen verbindlichen rechtlichen Rahmen geschaffen, der die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen unterstützt. An dessen Umsetzung werden wir auf Landesebene weiterarbeiten, um Benachteiligungen behinderter Menschen zu vermeiden. Zusätzlich haben wir uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ohnehin das Ziel gesetzt, den Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in dieser Legislaturperiode fortzuschreiben.

Die Behindertenrechtskonvention ist dabei eine richtungsweisende Orientierung, wie auch in unserem Bundesland das öffentliche Leben so zu gestalten ist, dass sowohl Menschen mit als auch ohne Behinderungen Zugang zu öffentlichen Angeboten erhalten. Dazu zählt zum Beispiel auch der Abbau von Kommunikationsbarrieren in den öffentlich-rechtlichen Medien. Hier sind wir auf einem guten Weg. So werden beispielsweise im NDR-Fernsehen 80 Prozent des Programms mit Untertiteln für gehörlose und hörgeschädigte Menschen angeboten. Für blinde und sehgeschädigte Personen produziert der NDR Audiodeskriptionen.

Daneben beteiligt sich zudem das Ressort des Wirtschaftsministers Herrn Glawe, gemeinsam mit dem Tourismusverband sowie dem DEHOGA, an dem bundesweiten Kooperationsprojekt "Reisen für Alle". In diesem Projekt werden seit dem März 2017 erstmalig Urlaubsorte hinsichtlich ihrer Beschaffenheit für Menschen mit Mobilitäts- und Sinneseinschränkungen zertifiziert und mit vergleichbaren Kriterien bewertet. Innerhalb der nächsten drei Jahre werden so 80 touristische Betriebe nach diesem Verfahren zertifiziert.

Meine Damen und Herren, all diese Maßnahmen belegen, dass wir uns der Verantwortung und Notwendigkeit einer gleichstellungs- und teilhabeorientierten Landespolitik sehr bewusst sind, diese bereits umsetzen und wir deren Fortentwicklung gemeinsam mit dem Integrationsförderrat weiter voranbringen werden. Ich empfehle daher außerdem, den Bericht verfahrensmäßig für erledigt zu erklären. – Zunächst einmal vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Jetzt gestatten Sie die Frage der Abgeordneten Larisch? (Zustimmung)

Karen Larisch, DIE LINKE: Werte Kollegin! Meine Frage bezieht sich auf die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und chronischer Erkrankung am politischen Leben. Es ist sehr schwierig, zum Beispiel für Menschen mit Hörschädigung und Sehschädigung, teilzunehmen, vor allen Dingen in den Kommunalparlamenten. Hat die Koalition auch vor, dahin gehend einzuwirken, dass es den Kommunen aufgegeben wird, da doch Regelungen zu treffen, dass entsprechend reagiert wird?

Maika Friemann-Jennert, CDU: Die Frage ist eigentlich einfach zu beantworten. Die Behindertenrechtskonvention und alles das, was wir in der Berichterstattung haben, gilt ja nicht nur hier im Parlament, sondern auch für die Kommunalparlamente. Und auch auf der Ebene müssen wir uns dann im Sozialbereich diesbezüglich einen Kopf machen, wie wir das am besten umsetzen. Da sind die Städte und Gemeinden und die Landkreise auch schon unterwegs. Aber ich denke – die Frage zielt natürlich darauf ab, wie schnell das geht –, es ist ein Prozess, und das wissen Sie, glaube ich, auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD Herr Professor Dr. Weber.

Dr. Ralph Weber, AfD: Liebe Bürger von Mecklenburg und Vorpommern! Wertes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Gäste! Zunächst einmal ist es mir ein Anliegen, im Namen unserer Fraktion den Mitgliedern des Integrationsförderrates ganz herzlich für ihre Arbeit zu danken, denn der Einsatz für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke widmet sich besonders schutzbedürftigen und besonders schutzwürdigen Teilen unseres Volkes, und das wollen wir zunächst mal gebührend aussprechen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In dem Zusammenhang möchte ich feststellen, dass sich dieser Bericht, über den wir jetzt sprechen, über einen Zeitraum erstreckt, der dann endet, als wir hier ins Parlament eingezogen sind, sodass wir uns dementsprechend recht kurzfassen werden. Zum einen möchte ich feststellen, dass schon der Vorbericht gerügt hat, dass eine nicht zufriedenstellende Personalsituation in der Geschäftsstelle des Integrationsförderrates vorliegt. Daran hat sich in den Jahren des Berichtszeitraumes nichts geändert und auch der neue Haushalt sieht keine Änderungen vor. Das wirkt etwas befremdlich.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wir würden uns eine Gleichstellung der Geschäftsstelle des Integrationsförderrates etwa mit dem Landesfrauenrat oder dem Landesjugendring vorstellen können, also eine entsprechende Aufstockung dieser Personalausstattung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dafür spricht auch, dass in dem Bericht mehrfach ausgeführt wird, dass der Integrationsförderrat aufgrund von Zeitknappheit nicht hinreichend in der Lage war, viele Anfragen ordnungsgemäß zu beantworten. Das dürfte auch – mindestens auch – der Personalknappheit geschuldet sein. Das ist ein weiterer Grund, hier Personal zuzulegen.

Irritiert hat mich dann aber das Vorbringen von Herrn Koplin,

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Warum?)

dass der "Integrationsförderrat" zu einem "Inklusionsförderrat" umgewandelt werden soll. Ich hätte mir gewünscht, dass wir das im Sozialausschuss vielleicht mal angesprochen hätten, bevor es hier ins Plenum kommt. Aber gut, ich gehe davon aus, das wird dann noch nachgeholt. Und Herr Renz, der sich nach oben verabschiedet hat, hat seinem Erstaunen entsprechend Ausdruck verliehen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich kann nur sagen, einer solchen, nicht nur namentlichen Umbenennung dieses "Integrationsförderrates" zu einem "Inklusionsförderrat", sondern auch der inhaltlichen Umgestaltung werden wir nicht zustimmen können.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ach, schon vor der Diskussion?!)

Den Bericht dagegen werden wir natürlich akzeptieren.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Ach, schon vor der Diskussion?! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gegenstand unserer Erörterung ist der 10. Tätigkeitsbericht des Integrationsförderrates bei der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

Erst mal möchte ich mich den Ausführungen von Herrn Koplin anschließen und den Leuten, die in diesem Integrationsförderrat sitzen – und dabei meine ich vor allem diejenigen, die das ehrenamtlich machen –, einen herzlichen Dank aussprechen. Das macht sich nicht von selber, damit ist ein Haufen Arbeit verbunden. Und da muss man sagen, danke, dass ihr dazu bereit seid, diese Dinge zu leisten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, Dirk Lerche, AfD, und Christel Weißig, BMV)

Mein Kollege Fraktionsvorsitzender holt zum Klatschen aus. Das, finde ich, ist der richtige Weg, um erst mal darauf zu reagieren.

Wenn man sich diesen Bericht anguckt, dann muss man zwei Dinge, denke ich, zur Kenntnis nehmen. Das ist sehr sachlich verfasst und der Bericht macht eins deutlich, es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Integrationsförderrat auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen Seite.

Herr Professor Weber hat gerade, was das Thema Ausstattung angeht, einen Vergleich zum Landesjugendring gezogen. Dieser Vergleich hinkt natürlich, denn die Geschäftsstelle des Landesjugendrings sitzt nicht im Sozialministerium, aber die Aufgaben der Geschäftsstelle für den Integrationsförderrat werden im Sozialministerium wahrgenommen. Wenn man jetzt sagt, der müsste besser ausgestattet werden, damit man schneller reagieren kann, dann ist das nur die halbe Wahrheit, denn es sollen ja nicht die Leute, die im Sozialministerium sitzen, die Stellungnahmen für den Integrationsförderrat schreiben, sondern die Mitglieder des Integrationsförderrates. Das sind häufig Leute, die das ehrenamtlich machen, weil sie andere Jobs bekleiden, und es ist natürlich so, dass denen nur eingeschränkte Zeitkontingente zur Verfügung stehen.

Wenn man sich die Entwicklung der Arbeit des Integrationsförderrates anguckt, dann muss man sagen, es gibt durchaus Dinge, wo man Verbesserungen erkennen kann. Im letzten Berichtszeitraum hat es folgende Veränderung gegeben, dass quasi alle relevanten Ministerien im Integrationsförderrat vertreten sind. Also da sitzt die Staatskanzlei, da sitzt das Agrarministerium, das Innenministerium und so weiter und so fort. Das heißt, die Kommunikation mit den anderen Mitgliedern des Integrationsförderrates ist viel unmittelbarer geworden, viel un-

mittelbarer und direkter. Also da ist schon ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen gewesen.

Und ich glaube, man muss auf eins eingehen: Durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UN-Behindertenrechtskonvention hat es einen Paradigmenwechsel bei dem Thema "Wie wollen wir mit Menschen mit Behinderungen umgehen?" in unserem Land gegeben. Integration hat ja von der Bedeutung her immer nur den Ausdruck, dass ich jemand integriere, das heißt, ich hole ihn irgendwie rein. Inklusion bedeutet dagegen, es sind alle schon drin. Wenn man sich das Ausmaß mal verdeutlicht, dann hat das natürlich in erheblichem Umfang Bedeutung. Also wenn alle immer schon drin sind, dann würde das bedeuten, jede Kindertagesstätte müsste jedes Kind, egal mit welcher Behinderung, letztendlich betreuen und versorgen können. Das Gleiche gilt für Schulen et cetera, et cetera. Und da muss man natürlich die Frage stellen: Gibt es denn überhaupt die Rahmenbedingungen dafür? Haben wir in unseren Kindertagesstätten die sächlichen Möglichkeiten, also zum Beispiel, was das Gebäude betrifft und auch die personellen Ressourcen, um diesen Dingen Rechnung zu tragen? Da sage ich, das sehe ich im Augenblick nicht.

Deswegen, und das finde ich auch gut am Integrationsförderrat, muss man diesen Inklusionsprozess so ausgestalten, dass man sich nicht überfordert. Also wenn man beispielsweise mal nach Nordrhein-Westfalen guckt, die haben das Thema Inklusion beim Thema Bildung im Galopp versucht und sind kläglich damit gescheitert. Übrigens ist damit dann auch eine Landesregierung gescheitert, denn die Regelungen, die sie getroffen haben, konnten sie nicht ordentlich umsetzen. Davor kann ich uns hier nur warnen.

Da, muss ich sagen, sehe ich den Integrationsförderrat deutlich an unserer Seite, dass man auf der einen Seite zwar sieht, was bedeutet die UN-Behindertenrechtskonvention für uns und wo ist das Endziel, aber die Etappen zu diesem Ziel muss man so ausgestalten, dass sie letztendlich auch zu erreichen sind. Das haben wir ja schon mal gut hingekriegt bei der Bildungskonzeption für die Schulen, also das, was hier so unter "Schulfrieden" firmiert. Daran haben alle relevanten Fraktionen mitgearbeitet und letztendlich dafür Sorge getragen, dass man diese Dinge bei uns in einem ordentlichen Rahmen abarbeitet, und da, denke ich, spielt der Integrationsförderrat eine wesentliche Rolle.

Was mich so ein bisschen überrascht, sind die Ausführungen vom Kollegen Koplin, der sich hier hinstellt und sagt, also wir wollen den dann transformieren zu einem Inklusionsförderrat und auch der Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sollte fortgeschrieben werden.

Herr Koplin, da hätten Sie ja mal kollegial auf mich zukommen können, dann hätte ich Ihnen gesagt, das ist letztendlich alles auf dem Wege, steht, wie die Ministerin ausgeführt hat, bei uns im Koalitionsvertrag und wird in dieser Legislaturperiode auch entsprechend abgearbeitet.

(Der Abgeordnete Torsten Koplin bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ja, ich denke, das sind die wesentlichen Dinge, die man dazu sagen muss. Also wir legen Wert auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsförderrat. Vonseiten meiner Fraktion wird das Thema "Umwandlung in einen Inklusionsförderrat" natürlich unterstützt und befürwortet.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin!)

weil wir haben letztendlich das auch in den Koalitionsvertrag reinverhandelt und reingebracht. Und deswegen halten wir das für sinnvoll, klar, weil wir uns darüber Gedanken gemacht haben.

Vizepräsident Beate Schlupp: Herr Heydorn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Koplin?

Jörg Heydorn, SPD: Drei Sätze noch zu Ende. Wenn ich fertig bin, dann können wir das machen.

Also das ist letztendlich zu tun, denn wie ich ausgeführt habe, ist Inklusion etwas anderes als Integration. Es stellen sich dabei ganz andere Herausforderungen. Man muss sich auch über einen ganz anderen Ressourceneinsatz Gedanken machen, und deswegen wird das kommen.

Und auch der Maßnahmeplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist keine statische Geschichte, sondern da muss man gucken, wo stehen wir und wo wollen wir hin. Auch das wird in dieser Legislaturperiode von uns verantwortungsvoll fortgesetzt. – Daher bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Stellen Sie jetzt bitte Ihre Fragen!

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Herr Kollege Heydorn, danke, dass Sie die Frage zulassen. Können Sie mir die Irritation auflösen? Im Koalitionsvertrag unter der Ziffer 337 steht in der Tat, dass Sie den Integrationsbeirat wandeln wollen zum Inklusionsbeirat. Aber der Kontext ist der, dass es nur – in Anführungsstrichen "nur" – um Menschen mit Behinderungen geht, und inklusive Gesellschaft ist wesentlich mehr als dieser eingeengte Kontext.

(Beifall Karen Larisch, DIE LINKE)

Wie erklären Sie das?

Jörg Heydorn, SPD: Also das ist ganz einfach. Letztendlich gibt es Menschen mit Einschränkungen und Behinderungen, die in der Gesellschaft mit anderen Barrieren konfrontiert werden als andere, die diese Behinderungen nicht haben. Das heißt also, wenn ich Sie jetzt durch diese Tür schicke, haben Sie keine Schwierigkeiten, diese paar Stufen zu nehmen, da gehen Sie einfach durch. Da muss ich mir keinen Plan machen und auch keine Gedanken. Aber für diejenigen, die dazu nicht imstande sind, die bestimmte Dinge nicht sehen können oder geistige Beeinträchtigungen haben, muss ich mir Gedanken machen.

Das heißt also, wenn ich sage, jeder ist Bestandteil dieser Gesellschaft, dann gibt es Leute, da läuft das mit Automatismus und muss nicht Gegenstand von Regierungsüberlegungen und dergleichen sein. Aber bei ande-

ren läuft das nicht mit einem Automatismus. Das sind Menschen, die letztendlich von Barrieren in ihrer Lebensführung eingeschränkt werden. Das muss ich mir angucken und das muss ich behandeln. Da muss ich Überlegungen anstellen, wie ich für diese Menschen die Barrieren wegbringe. Deswegen steht das da so und deswegen ist auch der Fokus jetzt nicht in erster Linie auf Herrn Koplin gerichtet, sondern auf die gerichtet, die aufgrund ihrer Einschränkungen letztendlich mit Barrieren, die in der Gesellschaft vorhanden sind, Schwierigkeiten haben.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Gestatten Sie eine weitere Frage des Abgeordneten Koplin?

Jörg Heydorn, SPD: Gerne.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Herr Koplin

Torsten Koplin, DIE LINKE: Ja, danke schön, Frau Präsidentin.

Noch mal eine Nachfrage: Sie haben mir ja durch Ihre Antwort gerade zu verstehen gegeben, dass der Fokus doch auf Menschen mit Handicap wäre. Wir haben vorhin gerade gehört bei Herrn Weber, der das rasch erkannt hat, dass Inklusion natürlich zum Beispiel auch geflüchtete Menschen einbezieht. Sie haben in der Koalitionsvereinbarung aber lediglich den Zusammenhang von Menschen mit Behinderungen und inklusiver Gesellschaft gebracht. Und das war meine Irritation. Ich wollte mit dieser Nachfrage mich nur noch mal verständlicher ausdrücken.

Jörg Heydorn, SPD: Also jetzt bin ich ein bisschen irritiert, denn wir reden heute nicht über das Thema "Inklusion von Flüchtlingen". Wenn Sie sich die Zielstellungen und Aufgabenstellungen des Integrationsförderrates angucken, dann geht es darum, letztendlich gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen von Menschen, die von Behinderung betroffen sind, beziehungsweise von chronisch Kranken. Deswegen bin ich davon ausgegangen, dass also auch dieser Personenkreis heute hier im Fokus der Debatte steht.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Inklusion ist aber mehr.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Kann ich davon ausgehen, dass wir die Unterrichtung durch die Landesregierung auf Drucksache 7/437 verfahrensmäßig für erledigt erklären? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Kleine und mittlere Unternehmen entlasten – Bürokratieabbau in Mecklenburg-Vorpommern einleiten, Drucksache 7/1046.

Antrag der Fraktion der AfD Kleine und mittlere Unternehmen entlasten – Bürokratieabbau in Mecklenburg-Vorpommern einleiten – Drucksache 7/1046 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete de Jesus Fernandes.

Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Gäste! Gewinnorientiertes Wirtschaften ist in unserem Zeitalter höchst unpopulär geworden. Einige Menschen sind stets bemüht, eine umfassende Planung durch staatliche Behörden an die Stelle der Oberhoheit der Konsumenten zu setzen. Sie stellen also Bürokratismus über die freie Marktwirtschaft, irrwitzigerweise tadeln dieselben Menschen gleichzeitig aber die Unzulänglichkeiten und Lähmungen durch das Bürokratentum. Sie verstehen jedoch nicht, dass ihr Ruf nach der Unterdrückung der Gewinnorientierung den Ruf nach mehr und mehr Bürokratie und sogar die volle Bürokratisierung aller Bereiche menschlicher Unternehmungen zur Folge hat.

So ähnlich, meine Damen und Herren, formulierte es Ludwig von Mises vor etwa 50 Jahren. Man kann das Gesagte eins zu eins bei dieser Landesregierung beobachten. Selbst Herr von Mises hätte nicht ahnen können, dass im 21. Jahrhundert von der Politik in westlichen Demokratien alles gesteuert wird. Nur 27 Jahre ist der Zerfall der Sowjetunion und der DDR her, doch es wird wieder am Dimmer der Freiheit in Richtung dunkler Zentralverwaltungswirtschaft gedreht. Und täglich fragt man sich, was die Leute noch alles mit sich machen lassen sollen. Man fragt sich, ob die Leute nichts aus der Geschichte gelernt haben.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ja, das fragt man sich wirklich.)

Man kann mittlerweile jedes Jahr die Steuern und Abgaben erhöhen, man kann jahrzehntelang einen Solidaritätszuschlag abknöpfen, man kann kleinen Familienbetrieben verunmöglichen, von ihren Einkünften zu leben, man kann das Bankgeheimnis aushebeln, man kann das Rauchen in Kneipen verbieten, man kann jedem einen Schornsteinfeger vorbeischicken, obwohl ihn niemand braucht, man kann den Menschen lustige Aufkleber für sogenannte Umweltzonen aufnötigen, man kann Verstorbenen Teile ihrer Hinterlassenschaft wegnehmen, man kann den Menschen Dieselfahrzeuge verbieten, man kann den Leuten GEZ- und GEMA-Gebühren aus der Tasche ziehen.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

man kann sie auffordern, den Müll zu trennen und Pfand für Plastik zu bezahlen,

(Henning Foerster, DIE LINKE: Das würden Sie alles abschaffen?)

man kann sie in Haftung nehmen, um Investmentbanken zu retten, ferne Staaten zu alimentieren oder eigene Sparbücher zu entwerten. Man kann sie zwingen, in Haftung für malaiische Werfteneigentümer zu gehen, man kann ihnen vorschreiben, was in ihrer Feuerschale verbrannt werden darf in ihrem Garten,

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Das ist auch wichtig.)

man kann ihnen vorschreiben, Dämmstoffe in ihre eigenen vier Wände einzubauen, oder man sagt ihnen, dass sie eine Extraabgabe für Kaffee und Bier zu zahlen haben. Man kann den Leuten erklären, dass ihre Ferienwohnung illegal ist, man kann die kleinen Unternehmer zwingen, abends noch einen Berg Papierkram zu erledigen,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Reden Sie doch mal zum Antrag!)

man kann ihnen befehlen, wie sie ihre Preise und Löhne zu gestalten haben, man kann regulieren, wie sie ihre Gebäude zu bauen und einzurichten haben, man kann ihnen vorschreiben, wann sie ihren Laden öffnen dürfen und was ihnen erlaubt ist, dort anzubieten.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Das nennt man Gesetz.)

Und man kann Unternehmen noch mehr Gewerbesteuer wegnehmen, wenn sie gut wirtschaften.

(Henning Foerster, DIE LINKE: Noch mal die Frage: Wollen Sie das alles abschaffen?)

Ich könnte das hier noch ewig weiterführen, aber Sie können jetzt schon erkennen,

(Jochen Schulte, SPD: Dass da nichts bei rauskommt. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

mit Freiheit und Freiwilligkeit hat unsere Gesellschaft immer weniger zu tun.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Es ist eine Gesellschaft des Zwangs,

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

der staatlichen Kontrolle.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Wollen Sie Anarchie?)

Und wir haben uns weit entfernt ...

Ich finde das übrigens witzig, dass DIE LINKE nach Anarchie ruft.

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Susann Wippermann, SPD: Nein! – Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sie, offensichtlich!)

Und wir haben uns weit entfernt vom Opium des Erfolgs organisatorischer Regelungen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Der organisatorische Regelungsgrad ist so hoch, dass Betriebe tagtäglich an ihrer individuellen Substanz verlieren.

(Beifall Dirk Lerche, AfD)

Mit dem Gesetz zur Mittelstandsförderung hat die Landesregierung 2013 versucht, ein kleines Zeichen zu setzen. Sie wollte den Mittelstand stärken und entlasten. In Paragraf 1 Absatz 2 Nummer 3 des Gesetzes zur Mittelstandsförderung tadelt die Regierung – diese Regierung! – den Bürokratismus. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass unnötige Vorschriften vermieden und gegebenenfalls abgebaut werden sollten, falls sie Investitionen, Beschäf-

tigung oder Innovationen hemmen. Zu Innovationen hatte ich schon was gesagt.

(Susann Wippermann, SPD: Was denn?)

Dieser Passus persifliert sich gnadenlos selbst – ein neues Gesetz, um unnütze Gesetze abzuschaffen –, und natürlich resultiert bisher nichts daraus. Natürlich ist klar, dass ein Großteil der Vorschriften und Gesetze, die den Mittelstand belasten, aus der EU und vom Bund kommen. Doch ernsthafte Ambitionen seitens der Landesregierung, auf den Bund einzuwirken, habe ich bisher nicht gesehen.

(Susann Wippermann, SPD: Weil Sie nicht gucken!)

Es ist bisher nicht viel zu erkennen, welche Gesetze und Vorschriften, die den Mittelstand belasten, unter die Lupe genommen werden. Im letzten Mittelstandsbericht von 2015 steht nichts drin, was in den zwei Jahren seit 2013 umgesetzt wurde.

In der Antwort auf eine meiner Kleinen Anfragen, 7/566, im Juni gab es keine Angaben darüber, dass das Wirtschaftsministerium plant, Vorschriften oder Gesetze zu streichen. Und es gab keine geplante Streichung irgendeines Ministeriums, welche direkt mittelständische Unternehmen betrifft.

Deswegen fordern wir, die AfD-Fraktion, die Landesregierung auf, endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Im gesetzlich festgelegten Mittelstandsbericht soll die Landesregierung aufführen, was bisher dafür getan wurde. Wir fordern, dass die Landesregierung darüber berichtet, welchen Aufwand sie bisher betrieben hat, um bürokratische Hemmnisse zu beseitigen. Wir wollen wissen, welche Ergebnisse die Interministerielle Arbeitsgruppe "Deregulierung und Bürokratieabbau" bisher bewirkte, und wir wollen künftig im Mittelstandsbericht offizielle Angaben darüber lesen, was die EU und der Bund planen, um den Mittelstand weiter zu zerstören. Mehr als 99 Prozent der Unternehmen gehören zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Sie warten auf Antworten und Erleichterungen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Die AfD versteht es ja mal wieder, "freie Marktwirtschaft" und "soziale Marktwirtschaft" durcheinanderzubringen.

Ich will Ihnen noch mal sagen, Herr de Fernandes, wir leben in einer sozialen, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Wirtschafts...

Minister Harry Glawe: ..., in einer sozialen, ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Wirtschaftsminister!

Minister Harry Glawe: ... in einer sozialen Marktwirtschaft.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Wirtschaftsminister, ich habe das Wort.

Ich habe heute mehrfach den Hinweis gegeben, dass Herr de Jesus Fernandes mit seinem korrekten Namen angesprochen werden soll. Ich bitte auch Sie, sich daran zu halten.

Minister Harry Glawe: Herr Kollege von der AfD,

(allgemeine Heiterkeit – Beifall Patrick Dahlemann, SPD, und Torsten Koplin, DIE LINKE)

ich will Ihnen noch mal sagen, wir leben hier in Deutschland in der sozialen Marktwirtschaft, die durch Ludwig Erhard begründet worden ist. Wie Sie von "freier Marktwirtschaft" reden können, entzieht sich jeder Grundlage. Also ich will Ihnen nur anheimstellen, sich mit der Rechtslage in Deutschland auseinanderzusetzen. Das wäre der erste Hinweis.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das Zweite – ich will nur einige Dinge aufgreifen, die Sie hier kritisiert haben –: Die deutsche Einheit wurde 1990 wieder vollzogen, und eines der entscheidenden Dinge zur deutschen Einheit war, die Infrastruktur aufzubauen, die Industrie wieder auf Vordermann zu bringen, Arbeitsplätze zu schaffen und dafür zu sorgen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland erreicht werden können. Das ist die Aufgabe des Grundgesetzes. Dazu wurde der Solidaritätszuschlag auch eingeführt und er wird durch alle, die arbeiten, gezahlt – das will ich hier noch mal sagen –, in Ost und in West.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Das müsste Ihnen zumindest jetzt aber auch mal klarwerden, wenn Sie hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern großspurige Reden halten wollen. Die Grundlagen dieser Republik müssten Sie auch akzeptieren können.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich so, dass Sie einen Antrag gestellt haben, der fordert, dass eine objektive Überprüfung und Bewertung der politischen Handlungen der Landesregierung sowie der interministeriellen Arbeitsgruppen und Maßnahmen durchgeführt wird, um den Nutzen für die Allgemeinheit und deren Wirksamkeit einzuschätzen. So weit, so gut. Daraufhin will ich Ihnen zumindest zurufen, dem Kabinett wurde bereits im Jahre 2015 ein Abschlussbericht gegeben. Die Interministerielle Arbeitsgruppe "Bessere Rechtsetzung, Deregulierung und Bürokratieabbau" hat einen Maßnahmenkatalog für Bürokratieabbau und für Deregulierung im Bestand des Landesrechts und für eine nachhaltige Rechtsetzung des Landes vorgelegt. Da können Sie gerne nachlesen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das haben wir gemacht. Da haben wir nichts gefunden.) Das Mittelstandsförderungsgesetz ist die Verfassung für den Mittelstand. Das, was Sie einfordern, kann dort nicht geleistet werden, denn Deregulierung ist eine Aufgabe aller Ministerien, die hier im Land Mecklenburg-Vorpommern agieren.

Des Weiteren, darauf will ich Sie hinweisen, geht es darum, dass Sie beantragt haben, bis zum 29.12. dieses Jahres einen Mittelstandsbericht vorzulegen und damit über den Bürokratieabbau zu unterrichten. Diese Forderung von Ihnen ist nicht leistbar. Im Mittelstandsförderungsgesetz steht drin, dass in einer Legislaturperiode in der Regel zwei Berichte vorgelegt werden. Der erste Bericht wird vorgelegt nach etwa zweieinhalb Jahren. Wenn Sie das gelesen hätten, da will ich Sie noch mal auf die Quelle verweisen, das ist der Paragraf 16 des Mittelstandsförderungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern. Daran wird sich die Landesregierung selbstverständlich halten und wird einen Mittelstandsbericht vorlegen, der in besonderer Weise die Interessen des Mittelstandes des Landes, der Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern berücksichtigt.

Sie haben es völlig zu Recht gesagt, 99,5 Prozent aller Unternehmen sind mittelständisch und damit ist das Land breit aufgestellt. Natürlich geht es in besonderer Weise dem Wirtschaftsministerium darum, dass wir den Mittelstand weiter fördern, dass wir ihm besondere Beachtung schenken und dass wir über die Zielsetzungen und die Fragen der Fördermöglichkeiten und die Ergebnisse jeweils berichten werden. Dann können wir gerne darüber diskutieren, welche Änderungsvorschläge oder zukünftigen Maßnahmen durchaus auch sinnvoll sind.

Von daher stehe ich Ihnen in dieser Frage überhaupt nicht konträr gegenüber, sondern finde nur, der Einstieg, den Sie gewählt haben, der passte nun grundsätzlich nicht zum Mittelstandsförderungsgesetz.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, ...

Minister Harry Glawe: Meine Damen und Herren ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... gestatten Sie eine Zwischenfrage ...

Minister Harry Glawe: Gerne.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: ... des Abgeordneten Lerche?

Bitte schön, Herr Lerche.

Dirk Lerche, AfD: So, wie ich eben verstanden habe, soll alle zweieinhalb Jahre ein Bericht erstattet werden. Der letzte Bericht kam aus dem Jahre 2015. Nach meinem Verständnis müsste dann bis Mitte 2018 der nächste Bericht erfolgen. Sehen Sie das auch so?

(Andreas Butzki, SPD: Zweimal in der Legislaturperiode.)

Minister Harry Glawe: Wir reden von einer Legislaturperiode. Ich glaube, sie hat am 1. November 2016 angefangen. Dann können Sie jetzt hochrechnen und dann kennen Sie etwa das Datum, wann er kommen wird.

Dirk Lerche, AfD: Gut.

Minister Harry Glawe: Also manchmal hilft ein Blick ins Gesetz und erweitert den Horizont.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU, Christian Brade, SPD, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ja, meine Damen und Herren, wir haben zwei entscheidende Dinge festzustellen: Die Landesregierung wird planmäßig den ersten Mittelstandsbericht zur Mitte der Legislaturperiode vorlegen, und zweitens, eine umfassende Berichterstattung über den Bürokratieabbau gehört nicht in den Mittelstandsbericht. So weit meine Ausführungen. Ich bitte die Koalitionsfraktionen, wenn es irgendwie geht, diesen Antrag mangels Masse abzulehnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geht.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD – Peter Ritter, DIE LINKE: Geht irgendwie.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte.

(Torsten Renz, CDU: So ist das, wenn man so viele Ausschüsse hat. – Jochen Schulte, SPD: Jetzt muss ich mir erst mal überlegen, ob wir das tun können. – Zuruf von Minister Harry Glawe)

Jochen Schulte, SPD: Nee, kann man nicht behaupten.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Um die Unsicherheit bei unserem Wirtschaftsminister nicht noch größer werden zu lassen – nicht, dass er uns nachher vom Fleisch fällt –:

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Er sieht schon ganz schlecht aus.)

Lieber Harry Glawe, wir können dich beruhigen, wir werden diesen Antrag, zumindest die SPD-Fraktion, ablehnen. Ich vermute mal, dass auch die CDU-Fraktion ihn ablehnen wird, und vielleicht wird ja auch DIE LINKE ihn ablehnen. Das weiß ich noch nicht, aber ich könnte es mir fast denken.

Ich will jetzt gar nicht mal darauf eingehen, dass diese Berichtsaufforderung zum 29.12. rein tatsächlich nicht machbar ist,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Silvester hätte auch gereicht.)

weil, meine Herren von der AfD, wir haben Ende September, und wie das funktionieren soll, ist mir wirklich rätselhaft. Aber vielleicht kommt ja noch jemand von Ihnen im Rahmen der Aussprache und erklärt das den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und auch dem Wirtschaftsminister.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Thomas wird uns das noch erklären.)

Lassen Sie mich einfach mal als Information für Sie noch einen Hinweis geben zur Ziffer II Nummer 3. Da heißt es ja, dass unter anderem in diesem Bericht – egal, ob er jetzt zum 29.12. kommen soll oder wann auch immer – "die langfristigen Planungen der Europäischen Union und des Bundes, die zu weiteren Regulierungen und mehr Bürokratie führen könnten", aufgenommen werden sollen. Und da muss man sich natürlich mal überlegen, welche Sinnhaftigkeit hat so eine Aufnahme in einen solchen Mittelstandsbericht, weil in dem Moment, wo er hier in diesem Haus dann tatsächlich vorgelegt wird, ist er ja de facto schon überholt.

Sie alle haben zumindest die Möglichkeit – und ich hoffe, dass Sie diese Möglichkeit auch nutzen –, über die Informationen, die das Informationsbüro des Landes in Brüssel dem Europaausschuss und allen anderen Abgeordneten über den Verteiler zur Verfügung stellt, regelmäßig davon Kenntnis zu nehmen, welche Veränderungen auf europäischer Ebene bei den entsprechenden Regulierungen, Verordnungen, Richtlinien, was auch immer, Weißbüchern, Grünbüchern, was alles dort auf der Agenda steht, tatsächlich vorkommen werden, was geplant ist, was umgesetzt wird.

Sehr geehrte Herren von der AfD, wenn Sie sich entsprechend informieren wollen und auch zeitnah informieren wollen,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

ist das allemal eine bessere Möglichkeit – und Sie werden dann ja tatsächlich faktisch durch die Landesregierung, nämlich durch ihr Informationsbüro, darüber informiert –, als einmal alle zwei Jahre in einem Mittelstandsbericht alles das aufzunehmen, was in diesen zwei Jahren möglicherweise geplant war, was vielleicht schon längst wieder über den Haufen geworfen ist. Denn auch die Kollegen von Ihnen, die zum Beispiel mit dem Energieausschuss in Brüssel waren – ich hatte ja den Eindruck, dass auch bei Ihnen diese Reise durchaus positiv aufgenommen wurde –, haben gesehen, dass dort die Planungen nicht statisch sind, sondern es Arbeitsprozesse sind, wo auch immer wieder neue Ergebnisse kommen werden.

Meine Damen und Herren, natürlich will ich das gar nicht bestreiten, dass gerade für die kleinteilig strukturierte Wirtschaft in unserem Land Bürokratie eine Herausforderung ist. Ich weiß, dass das Wirtschaftsministerium, die Landesregierung insgesamt, immer wieder überlegt ich will erst mal sagen, überlegt, ob es nachher umgesetzt wird, das ist der zweite Punkt und dazu komme ich gleich -, an welcher Stelle Regulierungen abgebaut werden. Den meisten von Ihnen muss ich das gar nicht sagen, aber ich sage es noch mal in Richtung der AfD: Regulierungen sind kein Selbstzweck. Wir leben in einer Marktwirtschaft und wir leben in einer Marktwirtschaft, wo gerade die schwächeren Wettbewerbsteilnehmer - und da ist es erst mal völlig egal, ob ich damit die Konsumenten meine oder aber auch kleinere Unternehmen -, wo diese kleineren Unternehmen darauf angewiesen sind. dass es auf der einen Seite Regeln gibt und auf der anderen Seite diese Regeln dann auch kontrolliert werden, alleine schon deswegen kontrolliert werden, damit stärkere Wettbewerber am Markt nicht einfach mit den kleineren Unternehmen umspringen können, wie sie wollen, sondern dass tatsächlich Chancengleichheit gewahrt wird. Es ist die Aufgabe des Staates, auch in der Wirtschaft für einen fairen Wettbewerb zu sorgen. Das ist das vorrangige Ziel und das ist natürlich ein Ziel, was im Interesse gerade der kleinen Unternehmen ist.

Wenn Sie sich dann mit Vorschriften beschäftigen, die angeblich alle überflüssig sind, ist die Erfahrung, die ich gemacht habe und die sicherlich eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus ebenfalls gemacht haben, es gibt sehr schnell die abstrakte Forderung zum Bürokratieabbau, zum Abbau von Regulierungen. Aber wenn Sie dann mit den Unternehmerinnen und Unternehmern sprechen, ist das Bild, das da gegeben wird, sehr differenziert. Die sagen Ihnen nämlich tatsächlich, diese eine Vorschrift, die soll bitte aber erhalten bleiben. Sprechen Sie dann mit einem zweiten Unternehmer oder einer zweiten Unternehmerin sagt der/die Ihnen, diese Vorschrift brauche ich persönlich nicht, die könnte man abschaffen. Das ist natürlich etwas, was es überall gibt, wo wir in einer Gesellschaft, egal, ob das die Wirtschaft ist oder andere Bereiche der Gesellschaft, dafür sorgen müssen, dass Fairness im Wettbewerb zwischen allen Teilnehmern an diesem Wettbewerb besteht. Das führt an der einen Stelle dazu, dass sich der eine vielleicht übermäßig gegängelt fühlt, das will ich gar nicht bestreiten, aber es führt auf der anderen Seite auch dazu, dass der Wettbewerb unter klar definierten Regeln läuft. Ich glaube, keiner, weder in der Fraktion DIE LINKE noch in meiner eigenen Fraktion, der CDU, und so, wie ich Herrn Wildt zumindest in den letzten zwei Tagen - ich rechne diesen Tag und den gestrigen Tag - bei seinen Äußerungen wahrgenommen habe, auch in Ihrer Fraktion, Herr Wildt, habe ich nicht den Eindruck, dass Wildwuchs Ziel Ihrer politischen Vorstellung ist.

> (Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich glaube, da gibt es wohl einen breiten Konsens. Ob ich die Herren, die noch weiter neben Ihnen sitzen, da mit einbeziehen will nach den Äußerungen eben, das will ich mal dahingestellt sein lassen. Ich sage jetzt nicht den Namen meines Vorredners, sonst werde ich wieder gerügt von der amtierenden Präsidentin.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber noch eingehen auf den Redebeitrag von Herrn – jetzt versuche ich, den Namen richtig auszusprechen – de Jesus Fernandes. Ist das richtig?

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Jawoll!)

Es ist richtig.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Sie sehen, ich gebe mir redlich Mühe, zumindest was Ihren Namen angeht.

Lassen Sie mich auf den Redebeitrag von Herrn de Jesus Fernandes eingehen, der eine Vielzahl von Stichpunkten aufgeführt hat. Einer dieser Stichpunkte war, und das muss man sich in diesem Kontext Bürokratieabbau mal auf der Zunge zergehen lassen, dass Verstorbenen – Verstorbenen! – Teile ihrer Hinterlassenschaft weggenommen werden. Also ich stelle mir das jetzt gerade bildlich vor: Da liegt einer im Grab, vielleicht mit seinen Grabbeigaben, so, wie man das vor zwei- oder dreitau-

send Jahren gemacht hat, ich glaube, heute ist das nicht mehr üblich, da liegt einer im Grab und ein Dritter kommt an, will in das offene Grab reinpacken und der Verstorbene klammert sich an seinen Besitz. So stelle ich mir das ungefähr vor. Ob das der Realität entspricht, will ich mal dahingestellt sein lassen, aber was das eigentlich Erschreckende an der Äußerung ist, ist das Gedankenkonstrukt, das dahintersteht.

Wir werden in den nächsten Jahren – bis in die Jahre 2030, wahrscheinlich sogar noch etwas darüber hinaus – hier in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr ein Volumen von 300 bis 400 Milliarden Euro an zu vererbenden Vermögen haben. 300 bis 400 Milliarden Euro! Das stellen Sie jetzt einfach mal gedanklich in den Kontext zu dem Haushalt dieses Landes. Ob das dann 8 Milliarden sind, vielleicht auch 9 Milliarden oder 10 Milliarden, will ich mal dahingestellt sein lassen. 300 bis 400 Milliarden Euro,

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

für die derjenige, der erbt, weil das ist derjenige, der das Geld bekommt, keinen Handschlag getan hat, außer dass er mal geboren wurde! Aber auch daran war er nur mittelbar beteiligt, es war nicht die eigene Leistung, dass er aus dem Geburtskanal rausgepresst wurde.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Diese 300, 400 Milliarden Euro, die jedes Jahr vererbt werden in den kommenden Jahren, sollen einem Bürokratieabbau unterzogen werden. Was heißt denn das auf gut Deutsch?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich dachte, es soll besteuert werden.)

Da soll keine Erbschaftssteuer erhoben werden.

Wenn man dann sieht, wie das in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich ist, dass im Regelfall zwar die kleineren Vermögen rein rechtstechnisch gesehen bei der Erbschaftssteuer im ersten Augenblick begünstigt werden, weil die Freibeträge da sind, bei den unmittelbaren Nachkommen zum Beispiel, aber faktisch die Realität in der Bundesrepublik Deutschland so ist, dass es die großen Vermögen sind, die einen Großteil dieses Vermögens – ich muss jetzt vorsichtig sein, damit ich da nicht irgendwie kriminelle Handlung unterstelle – versuchen und es auch schaffen, diese an der Erbschaftssteuer vorbei an ihre Nachkommen weiterzugeben,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

da muss man sich wirklich genau überlegen, was diese Form von Bürokratieabbau bedeutet. Wir reden nicht über diejenigen, die ein Haus haben oder vielleicht sogar zwei Einfamilienhäuser oder die vielleicht auch noch irgendwo eine Eigentumswohnung haben, die sie vermieten, sondern wir reden wirklich über größere Vermögen,

(Torsten Renz, CDU: Ja, wo ist die Grenze? Wo ist die Grenze in etwa?)

Milliardenvermögen.

Nein, Herr Renz, es geht gar nicht um die Grenze, es geht um die Istsituation.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Wir reden über Milliardenvermögen, die in der Bundesrepublik Deutschland vererbt werden in den nächsten Jahren.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Dirk Lerche, AfD)

Die anderen beispielsweise, die heute schon sichergestellt werden, zum Beispiel durch Stiftungen, in denen die Erben Nutznießer sind, oder andere Rechtskonstruktionen, die sich nicht an den gesellschaftlichen Herausforderungen beteiligen und wo die dann – und das muss man in den Kontext, ich nenne das jetzt mal Bürokratieabbau, so aufnehmen – für den Restbestandteil, den sie möglicherweise noch abführen müssten,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

auch noch mal befreit werden sollten.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Auch wenn der letzte Punkt nur mittelbar etwas mit dem Antrag zu tun hatte, glaube ich aber, man muss das trotzdem in diesem Kontext sagen, auch wenn es Herrn Renz persönlich nicht gefällt.

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ja, doch, doch!)

Vielleicht ist er ja auch betroffen in der Sache. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Gut, dass wir darüber gesprochen haben!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich bitte, auf die Einhaltung der Redezeiten zu achten.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Foerster.

Henning Foerster, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Vor den Bundestagswahlen hat sicher der eine oder andere von Ihnen mal einen Blick in die Wahlprogramme der anderen Parteien gewagt. Man kann feststellen, dass das Wort "Bürokratieabbau" in nahezu jedem drinsteht. Warum auch nicht? Schließlich wird man bei Vor-Ort-Besuchen – das klang beim Kollegen Schulte an – in Betrieben allenthalben mit der Forderung, die ausufernde Bürokratie einzudämmen, konfrontiert.

Bürokratieabbau zu wollen, ist vermeintlich immer was Schönes und klingt immer positiv. Allerdings liegt der Teufel wie so oft bekanntlich im Detail, denn die Frage ist doch: Wo muss oder wo soll Bürokratieabbau anfangen und wo muss er aufhören? Welche Vorschriften sind tatsächlich überflüssig, welche dienen dazu, die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren, und wie lässt sich dabei die richtige Balance finden? Was häufig als unnötige Bürokratie bezeichnet wird, ist dann oft sogar notwendig, denn Papier ist bekanntlich geduldig. In Gesetzen

formulierte Schutzfunktionen sind nur etwas wert, wenn sie auch überwacht und durchgesetzt werden können. Als früherer Betriebsrat und Gewerkschaftssekretär weiß ich sehr genau, wovon ich rede. Denken Sie nur an Stichworte wie "Arbeitsschutz", "Vergabegesetz" oder "Mindestlohn".

Auch die AfD hat solche Themen für sich entdeckt. Schließlich konnte ich jüngst in der Zeitung lesen, dass auch Sie kritisiert haben, dass Kontrollen in Sachen Arbeitsschutz, um nur mal ein Beispiel zu nennen, gar nicht mehr möglich sind in dem Umfang wie notwendig, weil das Personal beim LAGuS schlichtweg fehlt.

(Dirk Lerche, AfD: Ja.)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass wir beim Bürokratieabbau gar kein Erkenntnisproblem haben. Es gab in der Vergangenheit bereits viele unterschiedliche Arbeitsgruppen und Gremien und daher wissen wir ziemlich genau, an welchen Stellen zu viel Bürokratie beklagt wird. Bislang hapert es auch eher an der Umsetzung. Also müssten die entscheidenden Fragen nach unserer Auffassung lauten: Wie vereinfache ich Regelungen, ohne dabei Schutzvorschriften auszuhebeln, und wie kann ich Prozesse tatsächlich vereinfachen?

Wenn man sich unter diesen Gesichtspunkten Ihren Antrag anschaut, kann ich und kann meine Fraktion daraus keinen Mehrwert ableiten, denn das Gegenteil ist der Fall. Sie fordern jetzt erst einmal neue Berichte und darüber hinaus Berichte zu Berichten. Der Landtag bekommt jetzt also einen riesigen Stoß Papier und wird dann darüber unterrichtet, was die interministerielle Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau geleistet und was sie gekostet hat und darüber hinaus sogar, falls die Landesregierung eine funktionsfähige Glaskugel hat, was in Zukunft noch alles durch Bund und EU an Bürokratie auf uns zukommt. Da muss ich schon fragen: Was in Gottes Namen hat das – ich zitiere mal die Überschrift Ihres Antrages – mit "Kleine und mittlere Unternehmen entlasten – Bürokratieabbau in Mecklenburg-Vorpommern einleiten" zu tun?

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es!)

Was haben unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen davon, wenn wir Ihren Antrag heute hier so beschließen? Gar nichts, meine Damen und Herren der AfD,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Oha!)

denn statt über irgendwelche Berichte zu diskutieren, hätten wir beispielsweise über die Einführung der sogenannten One-in-one-out-Regelung in Mecklenburg-Vorpommern diskutieren können. Für alle, denen das nichts sagt: Es geht darum, dass bei Gesetzesvorhaben, welche die mittelständische Wirtschaft tangieren, neue Belastungen nur in dem Maße eingeführt werden dürfen, wie bisherige Belastungen abgebaut werden. Der Sinn dieser Regelung ist, dass damit zusätzliche Bürokratie vermieden wird. Das wäre konkret gewesen. Aber das ist typisch AfD: Sie wollen sich hier als die Retter der kleinen Unternehmen aufspielen und als die Partei des kleinen Mannes, doch in Wirklichkeit, wenn man mal genauer hinguckt, will die AfD nur die Reichen reicher machen und der kleine Mann bleibt wie die kleinen Unternehmen am Ende auf der Strecke.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD – Dirk Lerche, AfD: Das ist doch Quatsch! Das ist Quatsch.)

Die AfD will mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Eigenverantwortung und weniger Staat, so hat es der Herr de Jesus Fernandes hier vorgetragen, und deswegen darf man auch berechtigte Zweifel daran haben, ob unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen tatsächlich von dem, was Ihnen so vorschwebt, profitieren würden.

Ich darf zum Schluss feststellen, die AfD legt hier nichts Konkretes vor, was uns in Sachen Bürokratieabbau weiterbringt, geschweige denn, was unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen hilft. Oberflächlich betrachtet, kommt der Antrag gefällig daher, bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass er substanzlos ist, und deswegen werden wir ihn ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Waldmüller.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, jetzt haben wir einen AfD-Antrag. Der hängt den Mantel des Bürokratieabbaus um und die Entlastung hängt sich über den Antrag. Es war nur Polemik in der Einführung, kein einziger konkreter Vorschlag – Herr Foerster, ich bin Ihnen ganz dankbar, dass Sie das gesagt haben –, kein einziger konkreter Vorschlag und eine gehörige Portion an Unkenntnis.

Ich denke, wir alle, wie wir hier sind, bemühen uns in unserem Abgeordnetendasein darum, tatsächlich Bürokratie abzubauen, Bürokratieaufbau zu vermeiden und natürlich die kleinen und mittelständischen Betriebe zu entlasten. Wir haben hier im Parlament schon zahlreiche Anträge dazu gemacht unter der gleichen Überschrift "Bürokratieabbau – Mittelstand entlasten". Denken Sie an die Erleichterung im Architekten- und Ingenieurgesetz, die wir durchgeführt haben, die Rückführung der vorgezogenen Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen, wo wir die Landesregierung beauftragt haben, oder möglicherweise das Entgegentreten gegen die anlasslose Überprüfung von EU-Mittelempfängern. Das sind alles Anträge - diese Liste lässt sich beliebig fortführen -, was wir hier konkret unter dem Titel "Bürokratieabbau" gemacht haben. Das heißt, dass sich die Überschriften unserer Anträge ähneln. Nur, wenn man den Inhalt dazu nimmt, würde ich sagen, dass bei uns der Inhalt das verspricht, was in der Überschrift steht, was man bei Ihnen leider nicht sagen kann.

Wenn man jetzt schon von Inhalt oder meines Erachtens von Noninhalt Ihres AfD-Antrages spricht,

(Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU: Noninhalt!)

dann will ich Ihnen noch sagen, dass dieser Antrag, der eigentlich gar kein Antrag ist, weil er substanzlos ist, Ihr erster wirtschaftspolitischer Antrag ist, seit Sie hier im Parlament sind, seit circa einem Jahr. Richtigerweise hätte die Überschrift Ihres Antrages lauten müssen: "Landesparlament belasten – Bürokratieaufbau in Mecklenburg-Vorpommern einleiten".

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie fordern nichts als Berichte über Informationen, die Ihnen längst überall zugänglich sind. Sie wollen, dass das alles zusammengestellt wird. Herr Foerster, Sie haben es auch gesagt.

Also wenn Sie das Bedürfnis verspüren, Ihr Informationsdefizit hier öffentlich darzulegen, dann machen Sie doch einfach eine Kleine Anfrage, das würde allen helfen. Wir in unserem Fall haben hier kein Informationsdefizit, weder zum Mittelstandsbericht noch zur Mittelstandsförderung, zu dieser IMAG oder zu den Regelungen von der EU im Bund. Wenn Sie die Erwartung gehabt haben, dass wir möglicherweise Ihrem Antrag zustimmen, dann muss ich Sie enttäuschen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das Beste, was wir unter dem aufgerufenen Tagesordnungspunkt für Bürokratieabbau machen können, ist, Ihren Antrag abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1046. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/1046 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE, bei Zustimmung der Fraktionen von AfD und BMV abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 25**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen, Drucksache 7/1047.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen – Drucksache 7/1047 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

(allgemeine Unruhe – Minister Harry Glawe: Jetzt wird es wieder ernst. – Heiterkeit und Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Nachdem wir im Mai die Aktuelle Stunde zur kostenfreien Kita hier im Landtag hatten, war es uns mit einer Aussprache noch nicht genug getan. Deshalb haben wir erneut heute einen Antrag zur Einführung der kostenfreien Kita vorgelegt. Warum bleiben wir so beharrlich an dem Thema dran?

(Torsten Renz, CDU: Die Frage ist interessant.)

Zum einen geht es uns um die Kinder, Herr Renz. In den Kindertagesstätten in Mecklenburg-Vorpommern wird zu Recht ein hoher Bildungsanspruch verfolgt. So heißt es bereits in der Präambel unseres Kindertagesförderungsgesetzes, ich zitiere: "Die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege erfüllt einen eigenständigen alters- und entwicklungsspezifischen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag. Bildung und Erziehung sind entscheidende Grundlagen für die erfolgreiche Bewältigung weiterer Bildungsverläufe und sollen die Kinder befähigen, ein Leben lang zu lernen." Es geht also um Bildung von Anfang an. Die Bildungsangebote der Kitas müssen qualitativ gut und für alle Kinder beitragsfrei zugänglich sein, egal was der Geldbeutel der Eltern sagt. Nur eine beitragsfreie Kita, so sagen wir, würde tatsächlich für eine Chancengleichheit sorgen und kein Kind zurücklassen. Dies wäre auch die beste Maßnahme im Kampf gegen Kinderarmut, wovon gerade Mecklenburg-Vorpommern stark betroffen ist.

Zum Zweiten geht es uns nicht nur um die Kinder, sondern auch um die Familien. Wir wollen die Familien mit Kindern hier in unserem Bundesland halten. Seit Jahren beklagen wir, dass junge Menschen nach Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin oder Niedersachsen abwandern. Da stellt sich mir einfach die Frage: Haben Sie sich schon mal gefragt, warum? Natürlich geht es um gute Löhne, aber es geht auch um Rahmenbedingungen für Familien in den betreffenden Ländern, und da sind wir einfach Schlusslicht. Schaut man sich Hamburg an, dort können Eltern ihren Nachwuchs, ihre Kinder in Krippen und Kitas gratis betreuen lassen. In Niedersachsen ist das letzte Kitajahr kostenlos.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

In Berlin sind aktuell die fünf Jahre vor Schuleintritt von dem Elternbeitrag befreit und ab 2018, also ab nächstem Jahr, ist die Kindertagesbetreuung in Berlin für die Eltern vollständig kostenfrei.

Wie sieht es in Mecklenburg-Vorpommern aus?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Da müssen Familien bundesweit den höchsten Elternbeitrag für die Betreuung ihrer Kinder zahlen, und das in einem Niedriglohnland. Das hat aus unserer Sicht überhaupt nichts mit Familienfreundlichkeit zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Jürgen Strohschein, AfD)

Und was machen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und CDU? Sie stellen sich hier hin, wie wir es nachher wahrscheinlich wieder erleben werden, und erzählen die ewige Mär von der kostenfreien Kita.

(Marc Reinhardt, CDU: Was nichts kostet, ist nichts wert.)

In den Talkrunden und Interviews in den vergangenen Wochen vor der Bundestagswahl ließ es sich unsere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, die heute leider nicht da ist, nicht nehmen, das hehre Ziel der SPD der kostenfreien Kita über den Bildschirm in die Wohnzimmer auch nach Mecklenburg-Vorpommern zu schicken.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nun könnte man sagen, na ja, von heute auf morgen geht das nicht unbedingt mit der kostenfreien Kita, da brauchen wir noch ein bisschen mehr Zeit. Das ist richtig, aber werfe ich einen Blick zurück, so fällt mir die Schlagzeile vom "Hamburger Abendblatt" vom 5. September 2009 ein, wo es groß heißt: "Mecklenburg-Vorpommern will kostenlose Kita-Plätze". Weiter heißt es in dem Artikel: "Auch Sozialministerin Manuela Schwesig (SPD) lobte Rheinland-Pfalz als Vorbild für den Nordosten. "Wir brauchen langfristig die Kostenfreiheit in den Kitas'."

(Patrick Dahlemann, SPD: Richtig! Sehr richtig! – Martina Tegtmeier, SPD: Richtig!)

Das war 2009! Zwei Mal Manuela Schwesig in einem Abstand von acht Jahren. In den Jahren dazwischen warb die SPD immer wieder vor Wahlkämpfen mit der kostenfreien Kita. Und nicht nur die SPD, auch die CDU stellte sich in diesen Reigen ein. Insofern – wir hatten es bereits in der Aktuellen Stunde im Mai erzählt – möchte ich nur an das Wahlprogramm von 2006 erinnern,

(Torsten Renz, CDU: Dann waren wir ja vor der SPD da. Dann waren wir der Vater des Gedankens. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

wo groß die Forderung prangte, wir wollen, dass die Elternbeiträge wegfallen.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

In dem aktuellen Koalitionsvertrag von SPD und CDU wollen SPD und CDU ebenfalls langfristig die kostenfreie Kita. Jetzt muss ich mich doch mal fragen: Was heißt "langfristig" für Sie? Ein halbes Jahrhundert oder irgendwie doch nie?

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Sie müssen schon zugeben, dass das wenig glaubwürdig ist.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und wenn ich frage, wann, höre ich von Ihnen immer nur – auch hier in den Landtagsdebatten, gerade von meinen Kollegen von der SPD –, ja, das ist unsere große Vision, die kostenfreie Kita. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, da möchte ich mal an die Worte von Helmut Schmidt erinnern, der sagte: "Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen." Genau diesen Rat kann ich Ihnen auch nur geben.

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Torsten Renz, CDU)

Mit zukunftsorientierter Familienpolitik hat das nichts zu tun.

Was machen Sie nun in der Zwischenzeit für die kostenfreie Kita? In dem ersten Schritt, so heißt es im Koalitionsvertrag, machen Sie Elternbeitragsentlastungen in Höhe von 50 Euro.

(Torsten Renz, CDU: Das ist schon mal gut.)

Ich frage Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von SPD und CDU: Wie viele Schrittchen wollen Sie denn noch auf dem Weg zur beitragsfreien Kita gehen?

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe das mal hochgerechnet anhand der jetzigen Elternbeitragsleistungen. Für eine Legislaturperiode entlasten wir die Elternbeiträge um 50 Euro.

(Andreas Butzki, SPD: Nee! – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Für einen Krippenplatz zahlen wir aktuell 301 Euro. Rechnet man das hoch, so wäre die kostenfreie Krippe in 20 bis 30 Jahren dann endlich mal durch Sie erreicht, wenn Sie in dem Tempo weitermachen, wie Sie es bisher an den Tag legen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Andreas Butzki, SPD: Aber Sie gehen schon mal davon aus, dass wir in der Regierung bleiben. Das war eine sehr gute Schlussfolgerung. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir sagen, nein, wir wollen die kostenfreie Kita noch in dieser Legislaturperiode. Schluss mit dem Geplänkel! Kein Vertrösten, kein Anfüttern mit Minibeträgen! Aus unserer Sicht müssen endlich Taten folgen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deshalb stellen wir heute unseren Antrag auf die schrittweise Einführung der kostenfreien Kita bis zum Jahr 2021. Dafür soll die Landesregierung ein Konzept und einen Fahrplan vorlegen,

(Tilo Gundlack, SPD: Macht sie doch. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

damit im Jahr 2021 tatsächlich die komplette Elternbeitragsfreiheit erreicht ist.

(Tilo Gundlack, SPD: Haben Sie der Ministerpräsidentin nicht zugehört?)

Das ist machbar. Sie müssen nur ein bisschen die Ärmel hochkrempeln und endlich anfangen.

(Tilo Gundlack, SPD: Denken Sie an die Worte der Ministerpräsidentin! – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Was findet stattdessen statt? Elternbeitragsentlastungen von 50 Euro pro Monat für die Eltern – ein Tropfen auf den heißen Stein, so sagen wir. Vor allem bringen sie uns damit nicht dem Ziel der kostenfreien Kita näher.

(Torsten Renz, CDU: Doch! Doch!)

Die für das Jahr 2018 versprochene Entlastung von 50 Euro wurde seit der Ankündigung vor der Landtagswahl 2016 schon längst durch die Kostensteigerungen aufgefressen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Diskontinuität anheimgefallen.)

Für 2019 kündigten SPD und CDU den nächsten Schritt an. Elternbeiträge für ein zweites Geschwisterkind sollen dann halbiert werden.

(Thomas Krüger, SPD: Sie reden, wir handeln.)

Und für das dritte Geschwisterkind und weitere Kinder sollen sie schließlich ganz wegfallen. Aber, so frage ich Sie, auf wie viele Kinder trifft denn das überhaupt zu?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Seien Sie ehrlich, wie viele Kinder werden durch die Geschwisterregelung tatsächlich entlastet?

(Tilo Gundlack, SPD: Ganz viele.)

Ich sage es Ihnen: ein Bruchteil von 15 Prozent!

(Tilo Gundlack, SPD: Ja.)

Ich will die Zahlen auf den Tisch packen, wie viele Familien SPD und CDU mit dieser vermeintlichen Wundertüte erreichen und wie viele eben nicht. In den aktuellsten verfügbaren Zahlen der Landesstatistik sind für Mecklenburg-Vorpommern 202.500 Familien ausgewiesen.

(Thomas Krüger, SPD: Das sind die Familien, die besonders betroffen sind.)

71,3 Prozent dieser Familien haben ein Kind, etwa jede vierte Familie hat zwei Kinder unter 18 Jahren. Die Zahl der Kinder in einem Alter, in dem die Kindertagesbetreuung in Anspruch genommen wird, ist demnach noch mal um ein Wesentliches geringer, weil wir von den Kindern unter 18 ausgegangen sind. Diese Familien kommen für die Regelung der halben Kitabeiträge infrage, werden nach Aussage der Landesregierung aber nur dann davon profitieren, wenn beide Geschwister in der Kita sind.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ja.)

Unterm Strich sind das dann, wenn überhaupt, zehn Prozent der Familien in Mecklenburg-Vorpommern, die von dem zweiten Schritt der halben Elternbeiträge profitieren.

(Thomas Krüger, SPD: Das sind genau die Eltern, die es brauchen, die besonders finanziell belastet sind.)

Nun kommen wir zu dem groß angekündigten dritten Schritt, der von Minister Brodkorb gestern als soziale Gerechtigkeit, als die höchste Form dargestellt wurde. Schauen wir uns mal an, wie viele davon betroffen sind. Der Elternbeitrag ab dem dritten Geschwisterkind soll ab 2019 kostenfrei sein. Das betrifft insgesamt 9.100 Familien in Mecklenburg-Vorpommern, die drei oder mehr Kinder haben, wohlgemerkt unter 18.

(Thomas Krüger, SPD: Fast 10.000 Familien. Ein wichtiger Schritt. Das sind die, die besonders belastet sind. – Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das sind 4,5 Prozent der Familien im Land. Rechnet man davon noch runter, wie viele überhaupt gleichzeitig alle drei Kinder in den Kindertageseinrichtungen haben, so ist das ein minimaler Betrag von 1 Prozent der Familien in Mecklenburg-Vorpommern,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

der dann noch Elternbeitragsfreiheit hat.

(Thomas Krüger, SPD: Und genau die sind besonders belastet.)

Sie werfen uns Populismus vor?!

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Ja, zu Recht, zu Recht.)

Sie sind die Populisten,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Jürgen Strohschein, AfD)

wenn Sie Ihre Minischrittchen für die bessere Familienpolitik halten.

(Heiterkeit und Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Für all dies liegt bis heute noch kein konkretes Gesetz, keine konkrete Verordnung oder Regelung vor.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist so witzig, dass sie sogar selber lachen muss.)

Es liegt nichts darüber vor, wer überhaupt anspruchsberechtigt ist, ob auch Halbgeschwister davon betroffen sind, ob Kinder aus Patchworkfamilien eingeschlossen sind oder was mit den Kindern ist, deren Eltern in getrennten Haushalten leben. Es gibt viele offene Fragen, die wir noch betrachten müssen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Genau. Sehr richtig! – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Insgesamt bleibt festzustellen: Haben Sie den Mut zur kostenfreien Kita!

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das wäre tatsächlich ein Schritt in die Richtung soziale Gerechtigkeit.

(Thomas Krüger, SPD: Auf grundsoliden Finanzen.)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung Frau Drese.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Linksfraktion hat einen Antrag vorgelegt, der sich in zwei Teile aufsplittet: einen polemischen Teil, der versucht, die Bertelsmann Stiftung als Kronzeugin einer angeblich unterdurchschnittlichen Kitaförderung des Landes aufzublasen,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Nicht nur die! Die Studie von Herrn Junkernheinrich sagt das auch.) und einen sachlichen Teil, der sich ernsthaft mit dem Ziel der Elternbeitragsfreiheit für die Kindertagesbetreuung befasst.

Ich werde zu beiden Teilen Stellung nehmen und beginne beim Ländermonitoring "Frühkindliche Bildungssysteme" der Bertelsmann Stiftung, das Ende August veröffentlicht wurde und sicherlich Hauptauslöser der Linksfraktion für diesen Antrag war. Es lohnt sich, diese Studie, übrigens verfasst von genau der Bertelsmann Stiftung, die an anderer Stelle von der Linksfraktion als "neoliberale Denkfabrik" tituliert wird, zu lesen.

(Susann Wippermann, SPD: Wie bitte?! – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Sie gibt durchaus interessante Hinweise auf Entwicklungen bei der frühkindlichen Bildung. So stellt die Studie fest, dass Mecklenburg-Vorpommern Spitzenreiter in der Qualifikation der Fachkräfte in der Kindertagesförderung ist. 92 Prozent der pädagogisch Tätigen in den Kitas verfügen über einen einschlägigen Fachschulabschluss, etwa zur Erzieherin. Das ist der höchste Anteil unter allen Bundesländern. Das ist Qualität in der Kindertagesförderung.

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

In den alten Bundesländern sind es nur 67 Prozent. Selbstverständlich deckt die Studie auch Defizite in den einzelnen Ländern auf, über deren Abbau gesellschaftliche und politische Diskussionen absolut notwendig sind, gerade im Hinblick auf den Stellenwert einer sehr guten frühkindlichen Bildung und bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote.

Ich betone ausdrücklich, wir brauchen eine Debatte in Deutschland darüber, wie viel uns die frühkindliche Bildung wert ist. Ich stehe an vorderster Stelle, wenn es um das chancengerechte Aufwachsen aller Kinder in unserer Gesellschaft geht. Dafür brauchen wir sehr gute Kitas und Kindertagespflegeangebote. Es geht um die Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben - ein Auftrag, der durch die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege gemeinsam mit den Eltern wahrgenommen wird. Es geht um alters- und entwicklungsgerechte Bildung, um die Förderung der Persönlichkeit unserer Kinder und einer Erziehung entsprechend unserer grundgesetzlich verankerten Werteordnung. Dafür bin ich bereit zu streiten, da es um das Wertvollste geht, das wir haben, da es um unsere Kinder und gleiche Chancen von Anfang an geht.

Hier knüpft auch gleich meine Kritik an dieser alljährlichen Bertelsmann Studie an.

Erstens. Die Studie greift auf Zahlen aus der Bundesstatistik aus dem Jahr 2013 zurück. Damit ist die Studie schon am Tag ihres Erscheinens veraltet.

Zweitens. Die Studie berücksichtigt nicht alle Ausgaben der Länder für die Kindertagesförderung, denn in Mecklenburg-Vorpommern fördern wir die Kindertagesförderung weit über die eigentliche Grundförderung, also die allgemeinen Zuweisungen an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe hinaus. So stellt das Land zusätzliche Mittel für die Qualitätsförderung und die Einzelförderung zur Verfügung. Darüber hinaus beteiligt sich das Land zum Beispiel mit 7 Millionen Euro jährlich an

den Verpflegungskosten für Kinder aus einkommensschwachen Haushalten, 2,2 Millionen Euro stehen den Kommunen jährlich zur Finanzierung der Fach- und Praxisberatung zur Verfügung und 5 Millionen Euro gewährt das Land den Landkreisen und kreisfreien Städten jährlich zur gezielten Entwicklungsförderung von Kindern – alles sehr wichtige und in Mecklenburg-Vorpommern etablierte Maßnahmen. In der Bertelsmann Studie findet sich davon nichts.

Damit kommen wir zu meinem dritten Hauptkritikpunkt. Die Studie suggeriert im Kitabereich eine Vergleichbarkeit auf kommunaler und Länderebene, die es eben nicht gibt. Wir haben ein komplett heterogenes Kitasystem in den Bundesländern. Deshalb werde ich nicht müde, wie auch bereits meine Vorgängerin immer wieder zu betonen, dass die Bertelsmann Studie Äpfel mit Birnen vergleicht. Beides ist Obst, beides wächst an Bäumen, die Form, der Geschmack und die Verarbeitungsmöglichkeiten sind aber doch recht verschieden.

Ich unterstütze deshalb die Initiativen der vormaligen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der noch amtierenden Ministerin Katarina Barley für ein Kita-Qualitätsgesetz mit bundesweit einheitlichen Standards in Kindertagesstätten.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig!)

Dass diese Initiative notwendig ist, verdeutlicht doch gerade, dass wir keine Vergleichbarkeit in der Kindertagesförderung haben, aber wir brauchen sie.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Linksfraktion leitet aus dieser – ich betone: nur aus dieser – Studie ab, dass die Eltern in unserem Land überdurchschnittlich belastet sind, während die Förderung des Landes unterdurchschnittlich sei. Die grundsätzliche Kritik an den Bemessungsmethoden der Studie habe ich gerade ausgeführt. Ich möchte aber zudem anhand von zwei ganz konkreten Beispielen darlegen, dass diese Interpretation falsch ist.

Im Durchschnitt bezahlen Eltern in Mecklenburg-Vorpommern für den Kindergartenbesuch ihres Kindes etwa 150 Euro im Monat. In einigen anderen Bundesländern mag der Durchschnittswert etwas geringer sein. Aber wofür bezahlen die Eltern das? In Mecklenburg-Vorpommern in der Regel für zehn Stunden frühkindliche Bildung und Betreuung täglich, in vielen westdeutschen Bundesländern für fünf bis sechs Stunden. Der Unterschied ist eklatant, meine Damen und Herren der Linksfraktion, oder?! Eltern erhalten für ihren Beitrag also bis zu 200 Stunden Betreuung und Bildung im Kindergarten, in vielen westdeutschen Ländern lediglich 100 bis 120 Stunden.

In der Bertelsmann Studie findet sich darüber kein Wort. Hinzu kommt, wir bieten Randzeitenbetreuung, wir bieten 24-Stunden-Kitas –

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wenn wir die bezahlen müssen, wird das noch höher.)

Angebote, die es in anderen Bundesländern kaum oder gar nicht gibt. Trotzdem – das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich – sind die Kosten für die Eltern zu hoch. Deshalb werden in einem weiteren Schritt zum 1. Januar 2018 Eltern um bis zu 50 Euro pro Monat entlastet.

Kommen wir zum zweiten Beispiel. Das zeigt, auf welch tönernen Füßen Ihre Aussage steht, dass die Förderung des Landes für die Kindertagesbetreuung unterdurchschnittlich sei. Mit etwa 96 Prozent der Dreibis Sechsjährigen und 58 Prozent der unter Dreijährigen sind wir jeweils ganz vorne im Bundesvergleich mit dabei. Wir fördern jeden vollzeitbelegten Platz in der Kindertagesförderung im Jahr 2017 mit 1.388,93 Euro. Zum Nachrechnen: Bei einer Quote im U-3-Bereich von 58 Prozent geben wir natürlich deutlich mehr Geld dafür aus als Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg, die Versorgungsquoten von rund 30 Prozent haben.

Um es mit absoluten Zahlen zu belegen: Kein Bereich hat in den letzten zehn Jahren eine höhere Steigerung erfahren. Die Förderung des Landes in der Kindertagesbetreuung ist von 2006, also unter Frau Ministerin Marianne Linke, von rund 90,5 Millionen Euro auf heute 216 Millionen Euro jährlich gestiegen.

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört! Eine Riesensteigerung.)

Also, sehr geehrte Damen und Herren der Linksfraktion, liebe Frau Bernhardt, legen Sie die Bertelsmann Studie beiseite und arbeiten Sie gemeinsam mit mir konstruktiv und sachlich an weiteren Verbesserungen in der Kindertagesförderung!

Damit komme ich zum zweiten Teil Ihres Antrags. Dieser Teil ist ein konstruktiver Beitrag, das sage ich hier ausdrücklich. Wir sind uns einig in dem Ziel, schrittweise die Elternbeitragsfreiheit in unserem Land einzuführen. Sie nennen einen konkreten Zeitraum ab 2020/21. Das ist absolut legitim. Interessanterweise scheint aber Frau Oldenburg ihre eigenen Anträge nicht zu lesen, da sie gestern die Kostenfreiheit für 2018 ausgerufen hat.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nee, Sie haben ... Nein, nein, nein, nein, nein, nein!)

So viel zur Seriosität Ihrer Haushaltspolitik.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Können Sie das mal bitte zitieren, was Sie gerade vorlesen?!)

Gestern in der Debatte zum Haushalt.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein! Niemals, Frau Drese!)

Dafür gibt es wohl noch fraktionsintern Klärungsbedarf bei Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Wir als Landesregierung können heute seriöserweise diesen Zeitpunkt nicht genau benennen. Das hat einen einfachen Grund: Wir haben immer gesagt, wir schaffen die Beitragsfreiheit nicht ohne Hilfe des Bundes.

(Thomas Krüger, SPD: Uns fehlt die Glaskugel, die die LINKEN haben.)

Diese Zusage hatten wir sowohl von Manuela Schwesig als auch von Katarina Barley. Was jetzt passiert, ist noch nicht abzusehen. Unsere Hoffnung ist natürlich, dass auch eine neue Bundesregierung einer guten Kindertagesbetreuung den höchsten Stellenwert einräumt, aber wir wissen es nicht. Deshalb ist es absolut richtig, was unsere Ministerpräsidentin bereits in ihrer Regierungserklärung am 12. Juli gesagt hat: Erst wenn die finanziellen Auswirkungen der Bundestagswahl klar sind, können wir konkrete Aussagen treffen. Manuela Schwesig hat angekündigt, dann im kommenden Jahr einen Stufenplan vorzulegen, wie wir zur Abschaffung der Elternbeiträge kommen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: In 20/30 Jahren.)

Das ist und bleibt unser gemeinsames Ziel. Dennoch sind wir bereits auf dem Weg zur Beitragsfreiheit.

Schritt eins. Wie bereits kurz erläutert, werden vom Land zum 1. Januar 2018 mit Artikel 4 des Haushaltsbegleitgesetzes die Elternbeiträge für die Krippe,

(Thomas Krüger, SPD: Mit dem Haushaltsbegleitgesetz. Kann jeder nachlesen!)

die Kindertagespflege und den Kindergarten mit Ausnahme des bereits gesenkten Vorschuljahres über einen direkten Zuschuss um 50 Euro pro Monat für jedes in Vollzeit betreute und geförderte Kind gesenkt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das bedeutet, wie versprochen, eine Elternentlastung von bis zu zusätzlich 600 Euro pro Jahr. Eltern, die für ihr Kind eine Teil- oder Halbtagsförderung in einer Kita oder aber eine Tagespflegeperson in Anspruch nehmen und damit geringere Kosten haben, werden entsprechend anteilig entlastet.

Schritt zwei. Zum 1. Januar 2019 kommt dann die Geschwisterkindentlastung: Für das zweite Kind wird der Elternbeitrag in der Kindertagesförderung halbiert. Ab dem dritten Kind und für alle weiteren Kinder werden Krippe, Tagespflege, Kindergarten und Hort elternbeitragsfrei werden.

(Thomas Krüger, SPD: Das sind die besonders betroffenen Familien. Das ist richtig. – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Was ist das? Ein Prozent?)

Sehr geehrte Damen und Herren,

(Thomas Krüger, SPD: Das sind die besonders belasteten Familien.)

wir reden also nicht nur, wir machen. Wir haben ein Konzept, wir setzen es um, wie wir es versprochen haben.

(Unruhe bei Thomas Krüger, SPD, und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und Schritt drei ist dann die vollständige Elternbeitragsentlastung – hoffentlich mit Unterstützung des Bundes.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Drese!

Im Moment spielt sich hier eine Debatte zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der SPD und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN ab. Wenn diese Debatte fortgesetzt werden soll, bitte ich doch darum, das in der Lobby zu tun. Ansonsten hat die Ministerin das Wort.

Jetzt können Sie fortfahren, Frau Ministerin.

Ministerin Stefanie Drese: Wir sind auf einem guten Weg und wir werden ihn weitergehen, gern auch gemeinsam mit Ihnen, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, denn es sind große Anstrengungen, die vor uns stehen, um unsere Kindertagesförderung sowohl qualitativ als auch quantitativ auszubauen. Wir werden mit den steigenden Geburtenraten und Betreuungsraten auch weiterhin einen zunehmenden Personalbedarf in den Einrichtungen der Kindertagesförderung und in der Kindertagespflege haben. Wir haben mit 11.584 bereits einen neuen Höchststand an pädagogisch Tätigen in Kitas erreicht. Zum Vergleich: Im Jahr 2006 waren es dagegen nur 8.068 Personen.

Es wird auch künftig unsere gemeinsame Aufgabe sein, den Fachkräftebedarf zu decken. Deshalb bin ich froh, dass die neue dualorientierte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher für null bis zehn Jahre nicht zerredet wurde. Nachdem wir zunächst eine Berufsschulklasse hier im Land einrichten wollten, ist es vor allem mit Unterstützung der freien Träger geglückt, so viele Azubis neu einzustellen, dass an allen fünf Standorten der Berufsschulen jeweils eine Klasse eröffnet werden konnte, und das genau ein Jahr früher als ursprünglich geplant.

(Thomas Krüger, SPD: Ein Riesenerfolg. – Marc Reinhardt, CDU: Dank der CDU. – Thomas Krüger, SPD: Und der SPD.)

Das sind entscheidende Schritte für eine sehr gute Kindertagesförderung auch in der Zukunft. Dafür lohnt es sich zu streiten, dafür lohnt es sich zu kämpfen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU die Abgeordnete Frau Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag! Gäste scheinen kaum noch da zu sein.

Liebe Linksfraktion! Ich weiß, beim Thema Kindertagesförderung können Sie nicht anders. Ob nun zum wiederholten Male im Landtag, wie zuletzt in der Aktuellen Stunde im Mai oder im Sozialausschuss – Sie versuchen, sich mit diesem Thema permanent politisch zu profilieren.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das brauchen wir nicht! Wir haben Profil in dieser Frage.)

Ich glaube, Herr Ritter, Sie versuchen, das Thema an sich zu ziehen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben Profil in dieser Frage.)

um dem Haushaltsgesetz am Ende zustimmen zu können, weil Sie sonst Ihren Antrag ad absurdum führen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Seit 2006 versuchen Sie das. Und was ist seitdem? – Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben Profil in dieser Frage.)

Ich möchte Sie an dieser Stelle beruhigen. Ähnlich wie Ihnen ist meiner Fraktion sowie unserem Koalitionspartner die Reduzierung der Beitragskosten und damit die Entlastung der Eltern bei der Kindertagesbetreuung ein elementares Anliegen. Seit vielen Jahren ist und bleibt die Förderung der Kindertagesbetreuung ein zentrales Anliegen in der Koalition von SPD und CDU. Gerade mit Blick auf die Qualität der Betreuung und ebenso bei den Elternbeiträgen konnten wir spürbare Verbesserungen im Land verzeichnen. Um es auch monetär zu unterstreichen: Seit 2007 haben sich die Landesausgaben für die Kindertagesbetreuung von 91 Millionen Euro auf rund 216 Millionen Euro mehr als verdoppelt.

(Torsten Renz, CDU: Wer hat in der Zeit regiert? – Marc Reinhardt, CDU: Ja, das würde mich auch mal interessieren.)

Das Haushaltsvolumen ist in dieser Zeit hingegen nur um etwa 15 Prozent gestiegen. Daran, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie die Schwerpunktsetzung sehr gut erkennen.

(Dirk Lerche, AfD: Das ist ja Inflation.)

Auch verdeutlicht die Studie der Bertelsmann Stiftung – das wurde gesagt, die man ob der methodischen Herangehensweise auch kritisch sehen kann und auf welche Sie als Fraktion DIE LINKE in der Begründung eingehen –, dass nicht einseitig der Fokus auf die Elternbeiträge gelegt werden, sondern eher die Betreuungsqualität im Vordergrund stehen sollte. Auch bei der jüngsten KiföG-Novellierung war es mir als sozialpolitische Sprecherin meiner Fraktion wichtig, dass wir die hohe fachliche Qualität bei der Einführung der neuen praxisintegrierten Ausbildung bewahren. Diese hohe fachliche Qualität kommt bereits heute in der Tatsache zum Ausdruck, dass in Mecklenburg-Vorpommern 92 Prozent der Fachkräfte in den Kitas ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Friemann-Jennert, einen kleinen Moment! Sie sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, wir sind nicht. – Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Larisch zu beantworten?

Maika Friemann-Jennert, CDU: Nein, im Moment nicht. Später können Sie sich gern noch mal an mich wenden.

(Andreas Butzki, SPD: In der Lobby. – Peter Ritter, DIE LINKE: Wann ist "später"?)

In der Lobby, genau.

(Karen Larisch, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE: Da hört ja keiner mit. – Peter Ritter, DIE LINKE: Aber die Antwort steht nicht auf dem Zettel. Das ist das Problem.) Das ist ja normal, dass die Antwort da nicht draufsteht, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Okay, okay, okay!)

Gut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was ist der Sinn von Zwischenfragen?)

Zum Vergleich noch mal: 92 Prozent der Fachkräfte in den Kitas in Mecklenburg-Vorpommern besitzen einen Fachschulabschluss. In den alten Bundesländern verfügen gerade einmal 67 Prozent der in Kindertageseinrichtungen beschäftigten Personen über einen Fachschulabschluss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Antragsformulierung des heutigen Tagesordnungspunktes "Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen" führt ins Leere, denn genau daran arbeiten wir bereits intensiv. Das sollten Sie auch wissen. Auch benötigen wir heute keine weitere Erinnerung an die in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Aussagen zur schrittweisen Senkung der Elternbeiträge. Sie fordern in Ihrem Antrag unter anderem, die Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern ab dem Jahr 2021 komplett beitragsfrei zu stellen. Ich frage Sie: Wollen Sie so lange warten?

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

Wie Sie in Ihrem Antrag richtig zitieren, haben wir in der Koalitionsvereinbarung das langfristige Ziel einer beitragsfreien Kita formuliert, das es schrittweise umzusetzen gilt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: 20 Jahre? 30? Ist das langfristig genug?)

Zinsentlastungen des Landes werden wir wie bei der derzeitigen Elternentlastung auch überwiegend zur Stabilisierung oder weiteren Absenkung der Beiträge einsetzen. Es liegt nahe, dass wir die damit verbundene Entlastung der Eltern nur schrittweise und nach meinem Dafürhalten nur mit Unterstützung des Bundes realisieren können, um die Beitragsbefreiung auch langfristig abzusichern. Für DIE LINKE sind die Landesfinanzen tendenziell ein unerschöpflicher Topf, aus dem man sich ohne Bedenken bedienen kann.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Na, für Sie doch auch! 1 Million hier, 1 Million da für die Fraktion!)

Eine verantwortliche Finanzpolitik, Frau Bernhardt, ist jedoch keine Selbstverständlichkeit, sondern verlangt,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das scheint für Sie schon Selbstverständlichkeit zu sein, das Fraktionsmilliönchen.)

wie wir auch bei den bevorstehenden Haushaltsdebatten wieder erleben werden, eine maßvolle und sachliche politische Betrachtungsweise.

(Torsten Renz, CDU: So ist es.)

Mecklenburg-Vorpommerns Maxime einer soliden Finanzpolitik, (Torsten Renz, CDU: Mit Sinn und Verstand.)

es kann nur das ausgegeben werden, was auch eingenommen wird, hat sich bewährt.

> (Torsten Renz, CDU: Ihr macht mehr Herz. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dieser Grundsatz muss mit Blick auf kommende Generationen bei der zukünftigen Einführung der beitragsfreien Kita gewahrt bleiben.

Auch suggerieren Sie in Ihrem Antrag, dass wir bei dem Thema "Elternbeiträge in der Kitabetreuung" untätig gewesen seien. Dem ist mitnichten so. Bei der Umsetzung der Elternbeiträge befinden wir uns genau im verabredeten Ablaufplan: Zum 1. Januar 2018 werden wir im Rahmen eines Haushaltsbegleitgesetzes,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das klang 2016 anders. Da haben Sie es direkt versprochen vor der Landtagswahl. Bis heute liegt kein Konzept vor. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Frau Bernhardt, bekanntlich mit einem ersten Schritt Eltern um monatlich 50 Euro entlasten für jedes ganztägig betreute Kind mit Ausnahme des bereits gesenkten Vorschuljahres. Dies gilt im Übrigen unabhängig davon, ob Eltern ihr Kind in einer Kindertageseinrichtung oder bei einer Kindertagespflegeperson betreuen lassen. Um auch die Elternentlastung finanzpolitisch zu unterstreichen: Durch die Absenkung des Elternbeitrages ab 2018 um 50 Euro für jedes Kind werden die Zuweisungen des Landes zur anteiligen Entlastung von Elternbeiträgen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege von derzeit 23,8 Millionen Euro auf circa 47 Millionen Euro in 2018 und auf 48 Millionen Euro in 2019 angehoben. Ab dem 1. Januar 2019 werden wir dann zusätzlich bei der Betreuung des zweiten Kindes entlasten, indem wir dessen Beitragspflicht halbieren. Und ab dem dritten Kind wird der Beitrag sogar vollständig entfallen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie vielen Familien kommt das zugute?)

Durch die nun zweite Elternentlastung zum 1. Januar 2018 innerhalb weniger Jahre sind wir – davon bin ich überzeugt – bereits auf einem guten Weg. Bei der mittel- und langfristigen Umsetzung der kostenfreien Kindertagesbetreuung wird es weiterhin bleiben, auch ohne die Unterstützung Ihres Antrages. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Harry Glawe, CDU: Eine starke Rede.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Lieber Kollege Renz!

(Torsten Renz, CDU: Werden euch die Leute knapp, oder was?)

Nein! Nein! Aber um eine gewisse Abwechslung im Plenum zu haben, tauschen wir hier und da mal die Positionen durch,

(Torsten Renz, CDU: Bevor die Redezeit abgelaufen ist.)

damit jeder mal zu Wort kommt.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ach, ich habe genug Redezeit. Das schaffe ich! Das schaffe ich schon!

(Dirk Lerche, AfD: Ein junger Vater.)

"Jung" hat mir gefallen, danke.

Vor einigen Wochen haben wir hier über ein neues Kindertagesförderungsgesetz diskutiert. Heute reden wir über einen Antrag zur Entlastung der Eltern von Beiträgen. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, Herr Renz, alle arbeiten gemeinsam an einem Ziel, nämlich unser Mecklenburg-Vorpommern zu einem familienfreundlichen Bundesland zu machen.

(Beifall Dirk Lerche, AfD)

Aber ist das wirklich so? Hat insbesondere die verantwortliche Landesregierung wahrhaftig diesen Anspruch? Schauen wir an dieser Stelle einmal genauer hin!

Bildungsforscher sagen uns, dass es generell richtig sei,

(Andreas Butzki, SPD: Was?)

die Kindergartengebühren abzuschaffen, weil sich Kinderkrippen und Kindergärten von reinen Einrichtungen zur Betreuung immer mehr zu Bildungseinrichtungen weiterentwickeln. Die Bildungsforscher sagen uns aber auch, dass für die positive Entwicklung unserer Kinder die Qualität der Angebote entscheidend ist. Diese Qualität bemisst sich einerseits an der Gruppengröße und andererseits am Ausbildungsstand der Erzieherinnen und Erzieher. Das sehen grundsätzlich auch die dafür zuständigen Politiker so.

Bundesfamilienministerin Katarina Barley sagt, dass Qualität bei der Kinderbetreuung selbstverständlich Geld kostet, aber dass dieses Geld "nirgendwo ... besser angelegt" sei als hier – aus der FAZ am 29. August dieses Jahres.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Unsere Ministerpräsidentin Frau Schwesig redet schon länger davon, die Eltern zu entlasten, damit die Familieneinkommen nicht durch Miete und Kitagebühren aufgefressen werden.

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen machen wir das am 01.01.)

Für den gesamten Bildungsbereich müsste Deutschland mittelfristig pro Jahr 20 Milliarden Euro investieren. Und wer sagt, dass dafür kein Geld vorhanden ist, setzt einfach falsche Prioritäten. So war es zu lesen in der "Thüringer Allgemeinen" aus dem Jahr 2013, als Frau Schwesig seinerzeit Sozialministerin in Mecklenburg-

Vorpommern gewesen ist. Wie sieht es nun hier in Mecklenburg-Vorpommern bei den entscheidenden Punkten "Ausbildungsqualität", "Gruppengröße" und "Elternbeiträge" aus? Im Bereich der Qualität hat sich unsere Landesregierung vor einigen Wochen bereits für eine Zweiklassenausbildung entschieden: für die Absenkung der Ausbildungsqualität und für die Betreuung unserer Kinder durch zahllose Berufsgruppen ohne solide pädagogische Ausbildung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Bei den Gruppengrößen bleibt Mecklenburg-Vorpommern bundesweit das Schlusslicht. Dafür liegt unser Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Sachsen-Anhalt bei den Elternbeiträgen unangefochten an der Spitze, weil Land und Kommunen deutlich weniger für die Betreuung ausgeben als andere Länder.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist die Bilanz der Landesregierung! Frau Ministerpräsidentin, das ist Ihre Bilanz! Im Sinne eines familienfreundlichen Landes ist diese Bilanz einfach nur verheerend.

(Zuruf von Dirk Lerche, AfD)

Frau Ministerpräsidentin, ich frage Sie: Woran fehlt es denn? An Geld? An Mut? An Willen? In einem Land, welches pro Jahr für die ideologiegesteuerte Rettung der Welt weit mehr als 300.000 Millionen ausgeben kann, ist Geld offensichtlich nicht das Problem. Für die Landesregierung kann auch die fehlende Durchsetzungsmacht nicht das Problem sein, also bleibt nur noch der fehlende Wille zur Erklärung übrig. Deswegen trifft der Vorwurf der Linksfraktion zumindest in diesem Punkt zu. Landesregierung, Sie sind mutlos! Sie haben nicht den Mut, klare Prioritäten zu setzen, und das Geld, das die Bürger unseres Landes jeden Tag erarbeiten, auch in die Zukunft unseres Landes zu investieren.

(Thomas Krüger, SPD: Schlagen Sie doch mal vor, wo das Geld herkommen soll!)

Sie haben nicht den Mut, endlich mit einer wirklich zukunftsfähigen Familienpolitik zu beginnen und Anreize sowie Bedingungen zu schaffen, die ein Ja zum Kind ermöglichen.

(Thomas Krüger, SPD: Wir warten immer auf Ihre Alternativen.)

Sie haben nicht den Mut, das umzusetzen, was die Bürger unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern wirklich wollen: starke Familien für eine gute Zukunft unseres Landes, und das eben nicht durch Masseneinwanderung in die Sozialsysteme.

(Thomas Krüger, SPD: Ah, da haben wir das Problem wieder! Da ist das Problem.)

Herr Krüger, ja, genau.

(Manfred Dachner, SPD: Das hätten Sie auch gleich sagen können.)

Da ist unser Vorschlag: Wenn Sie heute Vormittag in der Debatte über die Abschiebehaft zugehört hätten, da habe ich auch Zahlen genannt, und diese Zahlen, die ich genannt habe, sind gut und gerne nicht nur im Bereich der inneren Sicherheit einzusetzen.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

sondern eben auch in der Familienbetreuung. So einfach sieht es aus.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Das ist ja lächerlich! Das ist ja lächerlich!)

Sie bezeichnen diese Forderung als lächerlich?

(Thomas Krüger, SPD: Sie spielen schon wieder Gruppen gegeneinander aus.)

Sie sind doch selbst mit dieser Forderung in den Bundestagswahlkampf gezogen und wohin das geführt hat ...

(Thomas Krüger, SPD: Sie spielen Gruppen gegeneinander aus.)

Das Aufspringen auf den AfD-Zug hat ja der Wähler gerade bei Ihrer Partei goutiert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Übrigen kann ich mich nicht erinnern, dass ich bei der Bundestagswahl bei der Ankreuzmöglichkeit der SPD die Möglichkeit hatte, "SPD in die Opposition" anzukreuzen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU – Thomas Krüger, SPD: Echt? Echt?)

Also auch da kann man ganz locker flockig von Wählerverarschung sprechen.

Ja, echt!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Thomas Krüger, SPD: Mein Gott, Sie haben ja Erkenntnisse!)

Wir fordern Sie auf, endlich eine Familienpolitik auf den Weg zu bringen, die jungen Menschen eine Perspektive in Mecklenburg und Vorpommern bietet: Ausbildung, sichere Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und die Chance zur Gründung einer Familie.

(Thomas Krüger, SPD: Aber das Wie bleiben Sie schuldig!)

Frau Ministerpräsidentin,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ist nicht mehr da. Weil es Schwerpunktthema ist.)

Ihr Auftrag ist nicht die Rettung der Welt und die Alimentierung aller Bedürftigen auf dem Planeten, die Pflicht Ihrer Regierung ist es, alles für unsere Mecklenburger und Vorpommern zu tun.

(Zuruf aus dem Plenum: Genau. – Andreas Butzki, SPD: Klar ist sie da. Da sitzt sie doch! Vielleicht mal die Brille aufsetzen?!)

Setzen Sie endlich Prioritäten zur Stärkung unserer Familien, denn ohne starke Familien gibt es keine Zukunft

für unser Land! Frau Ministerpräsidentin, bereiten Sie dem "Hätte", "Sollte", "Würde" und "Könnte" endlich ein Ende! Machen Sie!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es in diesem Raum parlamentarische und unparlamentarische Ausdrücke gibt. Ich möchte nicht gezwungen sein, den unparlamentarischen Ausdrück – wir können das gerne im bilateralen Gespräch klären – hier noch mal zu wiederholen. Von daher bitte ich doch, sich zu befleißigen und auf unparlamentarische Ausdrücke zu verzichten, die sich auch leicht durch adäquate Ausdrücke, die diesem Parlament angemessen sind, ersetzen lassen.

(Zuruf aus dem Plenum: Bei dem Bildungsniveau ist das schwierig.)

Das Wort hat ...

(Der Abgeordnete Nikolaus Kramer tritt an das Saalmikrofon.)

Sie können mich jetzt nichts fragen. Das habe ich gesagt: im bilateralen Gespräch. Das müssten wir in der Geschäftsordnung dann auch noch mal klären.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Brade.

Christian Brade, SPD: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Einigkeit bei diesem Thema ist in der Partei DIE LINKE nicht sehr ausgeprägt. So hat sich Herr Bockhahn, Sozialsenator in Rostock, strikt dagegen gewehrt, die Beitragsfreiheit in den Kitas durchzusetzen,

(Thomas Krüger, SPD: Hört, hört! – Torsten Renz, CDU: Aha!)

mit dem Argument, lieber die Qualität in der Betreuung zu erhöhen.

(Andreas Butzki, SPD: Zu welcher Partei gehört denn der? Zu welcher Partei gehört denn der, Frau Bernhardt? – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich muss mich auch weiter wundern. Gestern hatten wir hier die Haushaltsdebatte.

(Torsten Renz, CDU: Zieht ihr jetzt den Antrag zurück, oder was?)

Wenn Sie, meine Damen und Herren der Linksfraktion, der Ministerpräsidentin und dem Finanzminister zugehört hätten und auch verstanden hätten, warum wir bei dem Thema Elternentlastung schrittweise vorgehen, dann hätten Sie doch zu folgendem Schluss kommen müssen: Ziel definiert, der Weg ist klar und der Antrag kann weg. Machen Sie aber nicht.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Kein Applaus.)

Sie nehmen offensichtlich immer noch irrig an, dass sich nichts tut. Aber genau das Gegenteil ist der Fall, meine

Damen und Herren der Linksfraktion. Nicht nur wir als SPD-Fraktion, sondern auch die CDU-Fraktion hält an diesem Ziel fest,

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig!)

dass in unserem Land Mädchen und Jungen bis zum Schuleintritt an der frühkindlichen Bildung und einer umfassenden Betreuung teilhaben können, ohne dass Eltern dafür aufkommen müssen.

Genau deshalb haben wir das als langfristiges Ziel in den Koalitionsvertrag geschrieben. Dabei kommt es den Koalitionsfraktionen aber auch – und das unterscheidet uns – auf eine solide Finanzierung an. Es kann doch nicht sein, dass wir heute den Familien Kostenfreiheit versprechen und die Kinder morgen die Schulden, die wir dafür machen müssen, abtragen dürfen. Deshalb sagen wir, Kostenfreiheit ja, aber nur mit solider Finanzierung. Dazu brauchen wir eine schrittweise Umsetzung. Und wie wir das konkret machen wollen, dazu hat Ministerin Drese ausgeführt. Sie können das aber auch im Koalitionsvertrag noch einmal nachlesen. Nicht zuletzt deshalb ist Ihr Antrag überflüssig.

Ich habe auch noch einen weiteren Grund, den vorliegenden Antrag für überflüssig zu halten. In Ihrem Antrag leugnen Sie schlicht alle Erfolge, die in den vergangenen Jahren auf diesem Gebiet erzielt worden sind. Sie erinnern sich vielleicht noch an einzelne Diskussionen, die in diesem Haus zu führen waren, bis überhaupt Mehrheiten für den einen oder anderen Vorstoß gewonnen werden konnten. Eine solide Bildungspolitik kann und darf nicht übers Knie gebrochen werden. Das gilt für schulische und berufliche Belange ebenso wie für die bestmögliche Entwicklung der jüngsten Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Land.

Ich möchte Ihnen gern noch einmal in Erinnerung rufen, welche positiven Veränderungen wir auf den Weg gebracht haben. Es wurde unter anderem dafür gesorgt, dass sich die Ausgaben des Landes für die Kindertagesförderung in den Jahren 2006 bis heute mehr als verdoppelt haben. Die Ministerin nannte die Zahlen, die ich gerne noch einmal wiederhole:

(Andreas Butzki, SPD: Weil das festigt.)

90,5 Millionen Euro im Jahr 2006 und 260 Millionen Euro heute. Das kann sich sehen lassen und macht deutlich, die Kindertagesförderung ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Koalitionsfraktionen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Genau deshalb haben wir im Koalitionsvertrag das 30-Millionen-Euro-Paket verabredet, um Familien noch mehr zu entlasten. Als ersten Schritt werden die Familien um bis zu 50 Euro monatlich entlastet. Als weiterer Schritt erfolgt dann die Geschwister-Kind-Entlastung für das zweite und dritte Kind. Für das zweite Kind wird der Elternbeitrag halbiert, für das dritte Kind ist die Kindertagesbetreuung dann beitragsfrei.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Brade, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Larisch?

Christian Brade, SPD: Hinterher im Foyer.

(Beifall und Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD – Torsten Renz, CDU: Oh, nee! Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: So viel zu Ihrer Transparenz. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Dieser Weg ist nicht nur solide durchfinanziert – Minister Brodkorb führte dazu gestern in der Haushaltsdebatte aus –, sondern auch sozial gerecht, weil wir so diejenigen zuerst am meisten entlasten, die besonders viel zu schultern haben.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung braucht sich keineswegs Vorwürfe gefallen zu lassen, nicht genug getan zu haben und planlos zu sein. Wir können auch dem Vergleich mit anderen Bundesländern standhalten. Freilich, es kann immer mehr sein,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

aber nicht nur beim Thema Kostenfreiheit, sondern auch bei der Wahrung hoher Qualitätsstandards, bei der Bildung und Betreuung der Kinder, der Sicherung der Angebotsvielfalt in der Kitalandschaft, damit jedes Kind seinen Neigungen und Interessen gemäß gefördert werden kann, oder bei der Rekrutierung von gut qualifizierten Fachkräften in ausreichender Zahl. Auch das haben wir auf der Agenda, auch das kostet Geld. Insofern zielt Ihr Antrag ins Leere, weil sich das Land schon längst in Richtung beitragsfreie Kita bewegt. Ich kann Sie jetzt nur dazu einladen, uns dabei konstruktiv zu begleiten. Damit erübrigt sich der Antrag, für dessen Ablehnung ich hiermit um Unterstützung werbe. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat der Finanzminister Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich empfinde den dringenden Druck, noch ein paar Worte zu sagen,

(Torsten Renz, CDU: Jetzt die Frage, Frau Larisch!)

wenn auch nicht besonders viel.

(Andreas Butzki, SPD: Frau Larisch, jetzt müssen Sie vorgehen. – Zurufe von Jochen Schulte, SPD, und Karen Larisch, DIE LINKE)

Denn jetzt, in dieser Rede, Frau Bernhardt, darf ich Zahlen verwenden, im Unterschied zu gestern. Das würde ich gerne tun. Sie haben dasselbe versucht wie gestern, nämlich den Eindruck zu erwecken, als würde die Landesregierung oder die Koalition sich nicht so richtig trauen – und wir reden am Ende bei dem, was Sie selber beschlossen haben, sich verfügt haben, über den Doppelhaushalt 2018/2019 –, während Sie als Linksfraktion den ganz, ganz großen Sprung machen. Das war die Figur, die Sie auch hier wieder vorgetragen haben.

Jetzt darf ich Ihnen mal mit Genehmigung des Präsidiums aus Ihrer Pressemitteilung, die Sie vor wenigen Tagen veröffentlicht haben, zitieren. Da steht: "Die von der Landesregierung versprochene Elternentlastung für Kinder in der Kita ist zu kurz gesprungen. Erst werden die Eltern lange hingehalten, dann mit einem kleinen Betrag angefüttert und letztlich werden Entlastungen wieder durch Kostensteigerungen aufgefressen."

(Karen Larisch, DIE LINKE: Richtig! Genau.)

"Das Land muss mehr Verantwortung übernehmen. Wir fordern die komplette Beitragsfreiheit für die Kita." Von Krippe ist nicht die Rede.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Muss ich Ihnen das wirklich noch erklären?
Sie müssen mal Gesetze lesen! –
Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Dann steht: "1. Schritt: Kostenfreiheit für Eltern von 3- bis 6-jährigen Kindern …"

Ich weiß nicht, wer das gerade gesagt hat?! Krippe ist definitiv nicht der Fall. Ich lese es noch mal vor, was Sie beschlossen haben:

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Kindertagesstätten! Es geht um Kindergarten, Krippe, Hort. – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

"1. Schritt: Kostenfreiheit für Eltern von 3- bis 6-jährigen Kindern – 50 Millionen Euro."

(Torsten Renz, CDU: Die Krippen, die am teuersten sind, die sollen bezahlen.)

Die Linksfraktion sagt also, erstens, auch ihr Konzept ist nur ein schrittweiser Einstieg in die Beitragsfreiheit.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Na ja, selbstverständlich!)

Da gibt es, glaube ich, parteiübergreifend Zustimmung hier im Plenum. Es geht also nur schrittweise. Da sind wir ja schon mal ein Stück weiter.

> (Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genauso sieht es aus. Aber Ihre Sozialministerin hat das eben nichtbegriffen. – Heiterkeit bei Ministerin Stefanie Drese: Wie bitte?)

Sie schlagen vor, um die Landesregierung zu überbieten, dass pro Jahr 50 Millionen Euro ausgegeben werden sollen in diesem ersten Schritt, 2018 und 2019. Jetzt haben wir folgendes Problem: Die 50 Euro, die wir angekündigt haben, kosten 25 Millionen Euro, die Absenkung der Elternbeiträge ab dem zweiten und dritten Kind kostet ungefähr 25 Millionen Euro – macht zusammen 50 Millionen Euro. Das heißt, das Paket, das wir Ihnen vorschlagen, das ab 2019 wirksam sein soll, ist ein 50-Millionen-Euro-Paket, plus/minus x, das kann keiner so genau sagen. Das ist haargenau dasselbe, von dem Sie behaupten, dass es mehr wäre als das, was die Koalition vorsieht. Strukturell ist das nicht der Fall, es ist identisch.

(Tilo Gundlack, SPD: Wieder nicht aufgepasst?! – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Doch!) Ich habe das gestern schon mal gesagt: Ich bin erstaunt, dass Sie, ohne auch nur die Realität ein bisschen zur Kenntnis zu nehmen, Ihre Schallplatte weiter abspielen.

Der einzige wesentliche Unterschied zwischen uns ist, dass wir sagen, wir wollen a) für möglichst alle etwas tun. Deswegen gibt es in der ersten Stufe 50 Euro weniger für alle, mit Ausnahme des Vorschuljahres.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Außer Hort.)

Es hat einfach damit zu tun, Frau Bernhardt, dass es ein Unterschied ist.

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

ob ich 250 Euro Krippenbeitrag habe oder 80 Euro Hortbeitrag.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wenn, dann für alle! Wir wollen doch alle gleich behandeln, Herr Brodkorb.)

Das sollte jedem einleuchten. Das war erstens.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Zweitens. Weil wir nicht nur für alle etwas tun wollen, sondern auch die, die besonders Probleme haben, die besondere Belastungen haben,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wollen wir genau denjenigen, die zwei oder drei Kinder haben und gerade nicht die Elternbeitragsübernahme kriegen, sondern so viel verdienen,

> (Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie viel Prozent sind das, Herr Brodkorb, wenn Sie gerade bei Zahlen sind?)

dass sie nicht unterstützt werden, aber so wenig, dass es eine harte Belastung für die Familien ist, helfen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ein Prozent für ...? Wahnsinn!)

Frau Bernhardt, Sie haben es erfasst. Wir wollen den rechtschaffenen, arbeitenden Menschen in diesem Land,

(Ministerin Stefanie Drese: Genau.)

die auch noch Kinder großziehen, helfen. Das genau ist der Punkt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Gleiche Chancen und gleiche Bildung für alle Kinder! Sie differenzieren.)

Dass Sie dann sagen, Ihr Konzept wäre sozial gerechter -

(Rainer Albrecht, SPD: Kann man nicht verstehen.)

Sie haben ja auf den Begriff "soziale Gerechtigkeit" abgehoben –,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das haben Sie doch gesagt.)

und das damit begründen ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Larisch?

(Karen Larisch, DIE LINKE: Die Lobby ist voll.)

Minister Mathias Brodkorb: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön.

Karen Larisch, DIE LINKE: Vielen Dank, Herr Minister.

Erst mal steigen im nächsten Jahr die Kitabeiträge und auch die Krippenbeiträge in einem erheblichen Maß, allein in unserer Stadt um 70 Euro. Wenn Sie um 50 Euro entlasten, dann haben die Eltern immer noch 20 Euro zu viel zu zahlen. Der Verwaltungsaufwand, den die Jugendämter betreiben, der ist über Millionen. Wenn es für alle Eltern kostenlos ist – was halten Sie denn davon, wenn Sie einfach den Verwaltungsaufwand gegenrechnen?

Minister Mathias Brodkorb: Werte Frau Abgeordnete Larisch, soweit ich weiß, steht in unserer Verfassung das Konnexitätsprinzip. Und wenn das Land eine Elternbeitragsentlastung beschließt, die zu Mehraufwand auf der kommunalen Ebene führt, dann wird dieser konnexitätsrelevante Mehraufwand zu 100 Prozent erstattet.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Wie beim Unterhaltsvorschussgesetz.)

Alles andere wäre verfassungswidrig.

Sehr geehrte Frau Bernhardt, Sie wissen auch, wie das ist, dass die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Landesregierung bindet,

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

dass in einem föderalen Rechtsstaat die Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern allerdings nicht den Bundestag binden kann.

> (Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Deswegen haben wir auch alles im Haushalt untergewurschtelt.)

Manchmal bedaure ich das, aber bei Lichte betrachtet ist das richtig, dass es nicht so ist.

(Die Abgeordnete Karen Larisch spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Frau Larisch! Kommentare sind nicht zulässig, Zwischenfragen sind zulässig. Eine zweite Zwischenfrage wäre zulässig, aber der Kommentar nicht. Sie haben noch eine zweite Zwischenfrage?

Karen Larisch, DIE LINKE: Okay, darf ich noch einmal nachfragen?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Herr Minister, ...

Das frage ich!

... Herr Minister, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage von Frau Larisch?

Minister Mathias Brodkorb: Selbstverständlich.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bitte schön, Frau Larisch.

Karen Larisch, DIE LINKE: Darf ich das mitnehmen, zum Beispiel in unseren Sozialausschuss?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Larisch, Sie sind frei gewählte Abgeordnete, Sie dürfen das mitnehmen, wohin Sie wollen.

(allgemeine Heiterkeit)

Also jetzt noch mal zum Punkt "soziale Gerechtigkeit". Wir sagen, wir wollen denen helfen, die mehr Kinder haben und die niedrige Löhne haben. Deswegen kombinieren wir eine Entlastung für alle mit einer besonderen Entlastung für bestimmte Gruppen. Sie sagen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Bernhardt, das ist sozial nicht gerecht, ...

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir differenzieren nicht.)

Ich interpretiere. Sie können ja gleich noch mal entgegnen.

... es könnte etwas anderes sozial gerechter sein, deshalb – nämlich Ihr Vorschlag –, weil es ja gar nicht so viele Familien gibt, die zwei oder drei Kinder haben, schon gar nicht gleichzeitig in der Krippe und Kita, es gibt ja viel mehr, die nur ein Kind haben.

Das Argument ernst zu nehmen, würde bedeuten, dass Sie die Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr davon abhängig machen, wie gut oder schlecht es einem Menschen geht, sondern wie viele von einer Sache profitieren. Das können Sie ja gerne tun, aber ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, das mal ideologisch durchzubuchstabieren. Stellen Sie sich doch einfach diese alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern vor, der Sie sagen, tut mir leid, es ist zwar objektiv so, dass du ein geringes Einkommen hast und dass du davon auch noch relativ viel Elternbeitrag bezahlen musst, aber wir sind für soziale Gerechtigkeit, du bekommst bei uns weniger! Das ist ein bisschen schräg.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

Ich glaube, bei Lichte betrachtet, kann man sicherlich verschiedener Ansicht sein, Frau Bernhardt, dagegen ist nichts zu sagen. Wir bewegen uns bei unseren Vorschlägen in gleichen Dimensionen, nämlich 50 Millionen. Sie sagen, Sie wollen am Ende alle gleich behandeln in der Kita. Wir sagen, es macht Sinn, solange wir uns das mit dem gesamten Elternbeitrag noch nicht leisten können, da Unterschiede zu machen.

Deswegen würde ich folgenden Vorschlag machen, Frau Bernhardt: In Wahrheit ist der Unterschied zwischen

dem, was die Regierung macht und dem, was Sie selber vor ein paar Tagen vorgeschlagen haben, denkbar gering. Für eine fundamentale oder harte Opposition ist es eine sehr geringe Abweichung von dem, was die Landesregierung vorgeschlagen hat. Deswegen würde ich Sie bitten oder anregen, dass Sie in Ihren Reden auch nicht so tun, als würden Sie etwas völlig anderes vorschlagen, sondern wir bewegen uns fast auf demselben Spielfeld und spielen fast dasselbe Spiel in derselben Mannschaft.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: In derselben Mannschaft? – Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: In derselben Mannschaft nicht.)

Insofern, meine sehr verehrten Damen und Herren, hoffe ich darauf, dass Sie in den Haushaltsberatungen den Weg des Landes, den wir jetzt dem Parlament vorgeschlagen haben, am Ende doch noch unterstützen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der BMV die Abgeordnete Frau Weißig.

(Marc Reinhardt, CDU: Alle Forderungen erfüllt, und dann lehnt ihr ab. – Torsten Renz, CDU: Ich bin ja froh, dass Sie im Grunde nicht den Haushalt ablehnen, oder?! Das könnt ihr doch nicht machen, das geht gar nicht.)

Christel Weißig, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Gäste! Wie Ihnen sicher aufgefallen ist, bin ich jetzt Mitglied der Fraktion Bürger für Mecklenburg-Vorpommern.

(Torsten Renz, CDU: Das ging durch die Presse.)

Wir werden uns künftig hier im Landtag für konservative Positionen starkmachen.

(Torsten Renz, CDU: Das ist schön. Das ist eine CDU-Position.)

Das schließt nicht aus, vernünftige Vorschläge kritisch zu diskutieren

(Bernhard Wildt, BMV: Niemals!)

und gegebenenfalls zu unterstützen. Deshalb schließen wir uns der Forderung für die Beitragsfreiheit bei der Kinderbetreuung an.

Es ist eine Binsenweisheit, dass ein kleines, rohstoffarmes Land wie Mecklenburg-Vorpommern gar nicht genug in die Ausbildung der Landeskinder investieren kann.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Allerdings hat alles seine Grenzen und leider auch der Landeshaushalt. Natürlich freut es uns, dass die Landesregierung tatsächlich die 30 Millionen in den Landeshaushalt eingestellt hat, um Eltern bei der Beitragspflicht zu entlasten. Gerade für Geringverdiener, die sich nicht von den Beiträgen befreien lassen können, ist das ein echter Fortschritt. Wenn das der Weg in die kostenfreie Kita ist, dann kann ich nicht meckern.

Einige Fragen habe ich dennoch. Ich habe immer noch nicht verstanden, weshalb beispielsweise alle Eltern um einen fixen Beitrag entlastet werden sollen. Ich meine, es gibt an jedem Ort andere Elternbeiträge, die ordentlich auseinanderliegen können. Das ist doch nicht ganz fair, dass alle den gleichen Beitrag erhalten. Und was ich auch nicht verstehe, manche Eltern verdienen doch ganz gut. Ich finde zum Beispiel, dass eine Abgeordnetendiät durchaus ausreicht, um die Elternbeiträge zu bezahlen. Gut, für eine Privatschule wäre ein Ministersalär vorteilhafter.

(Heiterkeit bei Dietmar Eifler, CDU, und Bernhard Wildt, BMV)

Aber im Ernst, wir von der BMV sind der Ansicht, dass die komplette Beitragsfreistellung mittelfristig Ziel sein muss. Deshalb werden wir dem Antrag auch zustimmen.

> (Marc Reinhardt, CDU: Auch bei reichen Abgeordneten und Ministern. – Zuruf von Torsten Renz, CDU – Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Allerdings – und darauf weise ich ausdrücklich hin – darf die Beitragsfreistellung auf keinen Fall zulasten der Qualität, der Betreuung und der Ausstattung gehen. Insbesondere darf es keine Rückschritte bei der frühkindlichen Bildung und der Qualität der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher geben. Auch der Betreuungsschlüssel muss weiter verbessert werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ums Wort gebeten hat für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

(Torsten Renz, CDU: Der stand doch gar nicht auf der Rednerliste.)

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mich noch mal zu Wort gemeldet, um auf den Beitrag, den die AfD hier geleistet hat, den man ja einfach nur als intellektuelle Schlichtleistung bezeichnen kann, einzugehen.

Also, Sie stellen sich hier hin und sagen, die Ministerpräsidentin aus Mecklenburg-Vorpommern soll sich nicht darum kümmern, die Probleme in der Welt zu lösen, sondern sich politisch auf das konzentrieren, was familienpolitisch bei uns im Bundesland erforderlich ist. Das ist Ihre Aussage. Jetzt wüsste ich nicht, in welchem Umfang wir als Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit unseren Landesmitteln Beiträge dazu leisten, um die Probleme der Welt zu lösen. Ich wüsste keinen Haushaltstitel, der darauf kapriziert, dass wir in Größenordnungen Geldbeträge in andere Länder auf dieser Erde schicken. Das müssten Sie gegebenenfalls noch mal ausführen, was Sie damit meinen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das ist eine Frage, die sich eher auf der Bundesebene abspielt, aber mit Mecklenburg-Vorpommern nichts zu

tun hat. Das heißt also, diese implizierte Unterstellung, dass wir Gelder ausgeben, die nicht hier in Mecklenburg-Vorpommern verwendet werden und demzufolge nicht dem Thema Familienförderung zur Verfügung stehen, die ist sachlich Blödsinn, einfach Blödsinn!

(Torsten Renz, CDU: 1 Billion, hat er doch gesagt.)

Das geht an der Realität, an der politischen Realität bei uns im Bundesland einfach kardinal vorbei.

Wenn Sie allerdings damit meinen, dass wir Leuten, die zu uns ins Bundesland gekommen sind, weil sie aus ihren Heimatländern geflüchtet sind,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

bestimmte Leistungen vorenthalten sollen, dann, muss ich sagen, teile ich auch da Ihre Auffassung nicht, denn das ist Ausgrenzung. Ich habe die Bilder im Fernsehen gesehen, wie es Menschen in anderen Ländern geht, die vor der blanken Not weglaufen und gucken, dass sie Leib und Leben irgendwo in Sicherheit bringen. Wenn Sie mich fragen, wie man sich da verhält, dann ist meine Aussage an der Stelle ganz klar: Solchen Menschen muss man helfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Karen Larisch, DIE LINKE)

Wenn Sie dafür sind, dass man Menschen an Zäunen sterben lässt, dann ist das Ihre Sicht der Dinge. Meine und unsere Sicht ist das nicht.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das hat niemand gesagt. Das war Blödsinn.)

Wissen Sie, ich komme ursprünglich aus Nordrhein-Westfalen, und Nordrhein-Westfalen ist ja ein Bundesland, was mit dem Thema Integration so seine Erfahrungen gemacht hat.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich bin mit diesen Menschen groß geworden und ich habe Folgendes erlebt: Ende der 60er-Jahre gab es die ersten Verträge, die sogenannten Gastarbeiterverträge mit dem damaligen Jugoslawien und mit Italien, Anfang der 70er-Jahre kamen die Türken dazu. Politisch hatte man die Auffassung, um das Thema Integration braucht man sich nicht zu kümmern, die Leute gehen alle wieder nach Hause. Das war ein Trugschluss. Die Leute sind nicht nach Hause gegangen, sie sind geblieben.

(Torsten Renz, CDU: Wie heißt denn der Tagesordnungspunkt überhaupt?)

Man hat das Thema Integration versäumt und man hat das Thema Integration nicht in hinreichendem Umfang beackert und bestellt. Das ist die Realität.

(Torsten Renz, CDU: "Kostenfreie Kindertagesbetreuung schrittweise einführen".)

Ich kann nur jeden davor warnen, den Fehler zu machen. Wir haben Leute aufgenommen, diese Leute sind hier und wir müssen uns darum kümmern, dass sie ordentlich integriert werden.

(Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Das heißt, dass man bei den Kindern, möglichst bei den allerkleinsten anfängt, dass man denen ordentliche Betreuungsleistungen zur Verfügungen stellt und sie nicht ausgrenzt, nach dem Motto: "Du bist nicht von hier, du kommst nicht aus Mecklenburg-Vorpommern, du kriegst nichts." Das ist ja das, was implizit hier von Ihnen vermittelt werden soll. Mir ist einfach wichtig, klarzumachen, dass das nicht unsere Politik ist. Wir haben andere Vorstellungen von Politik und unsere Lebenswelten sehen Gott sei Dank anders aus als Ihre.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Das ist eine ganz klare Sache.

Und wenn Sie sich hier hinstellen und immer so tun, als wenn Sie noch irgendwelche Mehrheiten präsentieren – auch das ist nicht der Fall.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Sie sind nur ein kleiner Teil, der so ausgerichtet ist. Die große Mehrheit, auch der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern, teilt Ihr Gedankengut ausdrücklich nicht.

(Zuruf von Jürgen Strohschein, AfD)

Und jetzt vielleicht noch drei Sätze zu Frau Weißig, die sagt, okay, Leute, die mehr Geld in der Tasche haben, sollten letztendlich auch für Leistungen der Kindertagesstättenförderung bezahlen, andere sollten entlastet werden. Das halte ich aus fachlichen Gesichtspunkten für schwierig.

(Torsten Renz, CDU: Das ist jetzt keine sozialdemokratische Position.)

Wir haben meines Erachtens bei uns in der Bundesrepublik im Augenblick die Situation, dass Bildung nicht auf den Füßen steht, sondern auf dem Kopf: Schule ist kostenlos, Universitäten sind im Wesentlichen kostenlos.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Schule ist nicht kostenlos.)

Nur bei dem Thema Kindertagesförderung nimmt man von Eltern Geld. Die Bildung von Kindern fängt aber nicht an der Universität an beziehungsweise auch nicht in der Schule, sondern Bildung fängt in der Krippe beziehungsweise in der Kita an und geht dann im Hort weiter. Und ich finde, wenn man eine gute Bildung machen will und den Anspruch hat, dann muss man letztendlich dazu kommen, dass das kostenlos stattfindet,

(Torsten Renz, CDU: Das hat sie doch gar nicht gemeint. Sie machen hier Ihr eigenes Thema auf. Das ist doch Quatsch.)

genauso, wie es in der Schule und in der Universität der Fall ist. Daran arbeiten wir, und daran arbeiten wir in folgender Art und Weise – das ist heute schon mehrfach dargelegt worden –: Wir sagen, wir gehen in die Richtung, dass wir in absehbarer Zeit den Punkt erreichen, wo diese Bildungsangebote in Kindertagesstätten letztendlich kostenlos sind. Das wollte ich noch mal klarstellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

(Tilo Gundlack, SPD: Ich fasse zusammen.)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe in der Aussprache mitbekommen, mit den Tatsachen haben Sie es nicht so gerne.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD, und Manfred Dachner, SPD)

Insofern würde ich vielleicht mit ein paar Dingen, die uns heute hier in der Aussprache entgegenkommen sind, einfach mal aufräumen.

(Torsten Renz, CDU: Da muss ich mitschreiben jetzt.)

Erstens. Herr Brade meinte, dass Herr Bockhahn sich gegen die beitragsfreie Kita in Rostock entschieden hätte.

(Tilo Gundlack, SPD: Hat er. – Jochen Schulte, SPD: Das hat er. Er hat ausdrücklich erklärt, das Betreuungsgeld sollte nicht dafür verwendet werden.)

Zunächst einmal hat nicht Herr Sozialsenator Bockhahn in Rostock über die beitragsfreie Kita zu entscheiden,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

sondern das macht immer noch die Bürgerschaft,

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

und bei der Bürgerschaft ging es konkret darum, das Betreuungsgeld, was konkret für die Migrationskinder gedacht war, einzusetzen. Genau das hat auch die Bürgerschaft in Rostock gemacht. Sie hat sich für Integrationsprojekte entschieden. Es ist aber nicht gegen die beitragsfreie Kita, sondern da hat die Bürgerschaft – Herr Mucha wird es wahrscheinlich erzählen können –, es ging nicht um die kostenfreie Kita, das ist Landesaufgabe, so aus der Bürgerschaft Rostock.

(Torsten Renz, CDU: "Absenkung der Elternbeiträge" war das Thema!)

Das Zweite ist, Frau Drese meinte, Frau Oldenburg hätte gestern gesagt – hätte, hätte, hätte –, ab 2018 fordern wir die kostenfreie Kita.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Das hat Herr Brodkorb ja richtiggestellt.)

Das hat Herr Brodkorb bereits richtiggestellt. Ich möchte nur deutlich machen, dass hier Tatsachen von einigen Rednern durcheinandergebracht wurden.

(Torsten Renz, CDU: Das hätten Sie jetzt streichen können von Ihrem Zettel.)

Insofern werden wir das noch mal prüfen lassen, aber auf jeden Fall wird das Frau Oldenburg nicht gesagt haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat sie auch nicht, haben wir schon geprüft.)

Zitieren Sie richtig und verdrehen Sie hier nicht schon die Tatsachen!

Zum Dritten: Das bezog sich auf Frau Friemann-Jennert und auf Frau Drese, als sie bezüglich der Studie meinten, wir würden polemisieren.

(Andreas Butzki, SPD: Na, bleiben Sie mal ganz sachlich!)

Zunächst einmal finde ich es unredlich, aus der Studie einige Teile herauszunehmen und zu sagen, bei der Betreuung, bei der Qualität sind wir besonders gut, wenn es um die Fachausbildung der Erzieherinnen und Erzieher geht, was stimmt, dass das da drinsteht, zum anderen aber nicht zu erwähnen, dass diese Studie eben auch sagt, dass die Fachkraft-Kind-Relation in Mecklenburg-Vorpommern bundesweit mit die schlechteste ist.

(Torsten Renz, CDU: Die Vergleiche hinken doch! Das wissen Sie doch!)

Zum Zweiten, diese Studie insgesamt infrage zu stellen – das erleben wir in den letzten Jahren mehrfach. Studien, die etwas Kritisches sagen, werden immer infrage gestellt durch die Landesregierung: Das stimmt nicht, das ist doch gar nicht wahr. Es gibt wirklich viele Studien, die belegen, dass das genau richtig ist. Das ist die Bertelsmann-Studie, um auch mal konkret zu werden, das ist die Studie von Professor Dr. Junkernheinrich, die uns im Sozialausschuss vorlag. Der Städte- und Gemeindetag hat es in seinem Heft "Der Überblick" einmal dargestellt, was die öffentlichen Ausgaben sind, was die Elternausgaben sind. Aber auch – wenn Sie das alles noch in Zweifel ziehen – das Bundesamt für Statistik hat diese öffentlichen Ausgaben mal auseinandergenommen.

All diese Studien, die Sie immer gerne in Zweifel ziehen wollen, belegen, dass in Mecklenburg-Vorpommern gegenüber anderen Bundesländern mit 3.900 Euro pro Kind am wenigsten aus der Kasse der öffentlichen Haushalte gezahlt wird. Der Bundesdurchschnitt liegt bei etwa 4.800 Euro. Wer muss es dann auf der anderen Seite zahlen? Bleiben nur noch die Gemeinden und die Eltern. Mit 22 Prozent sind die Eltern in Mecklenburg-Vorpommern die, die die meisten, die die höchsten Elternbeiträge bundesweit zahlen. Ich finde es einfach unredlich, dass wir in einem Bundesland, wo wir über Niedriglöhne reden, über Leiharbeit und so weiter, die Eltern noch weiter belasten, indem sie die höchsten Kitakosten für die Betreuung ihrer Kinder leisten müssen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und AfD)

Und dann finde ich es eigentlich immer wieder nur noch erschreckend, dass sich Frau Drese hier hinstellt oder auch Sie von der Koalitionsfraktion und dass Sie sagen, wir geben so viel Geld und mehr in die Kitas. Was Sie dabei immer vergessen zu sagen, ist, dass da drin auch die Beiträge für die Dynamisierung des Grundbeitrages liegen, die ganz natürlich anfallen, weil auch die Gehälter der Erzieherinnen und Erzieher ansteigen,

(Patrick Dahlemann, SPD: Das ist auch gut so.)

was auch richtig ist, wo aber zwei Prozent – das sagt uns ebenfalls die Praxis – nicht ausreichen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Zum anderen ist nicht nur die Dynamisierung des Grundbetrages dafür verantwortlich, dass die Landesmittel immer weiter steigen, sondern natürlich auch eine erhöhte Inanspruchnahme.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Auch das können Sie in den Vermerken zum Haushalt lesen, dass wir vermehrt eine erhöhte Inanspruchnahme der Kitatagesbetreuung haben. Natürlich muss das Land, wenn wir pro Kind fördern, auch mehr zahlen, aber das hat doch nichts mit Qualitätsverbesserung zu tun. Insofern hören Sie auf, sich hier nur auf diese Millionenbeiträge zu stützen und zu sagen, ja, wir geben doch schon so viel in die Kitas! Nee,

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Doch! – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Aber das Finanzierungssystem ist falsch.)

zeigen Sie es differenziert! Stellen Sie das differenziert dar!

Sehr geehrte Damen und Herren, umso mehr werde ich eigentlich nur frustriert, wenn dann noch, wie diese Woche wieder geschehen, in Schwerin ein Vater auf mich zukommt, ein Vater von drei Kindern, die alle drei in die Kindertagesbetreuung gehen. Er sagte zu mir, Jacqueline, Mensch, ich muss 1.000 Euro zahlen, wann kommt denn endlich die Elternbeitragsentlastung?

(Ministerin Stefanie Drese: Doch was Gutes, ja?!)

Wir brauchen das Geld, wir sind darauf angewiesen, in unserer Familienkasse fehlt das Geld für Urlaub, für Freizeitgestaltungen, für Freizeitausflüge. Ich finde das einfach nur unbillig, sich dann hier hinzustellen, Frau Drese, und zu sagen, was Sie ach so Tolles leisten. Dieser Vater hat kein Verständnis mehr dafür, was hier abgeht mit den Minibeitragsentlastungen, die immer wieder durch die Tarifsteigerungen und so weiter in den Kitas aufgefressen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und AfD – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Kommen wir zurück zur Elternbeitragsentlastung: Mit unserem Antrag beauftragen wir die Landesregierung, die Kita bis 2021 kostenfrei zu machen.

(Torsten Renz, CDU: Hier steht aber "ab"!)

Bis dahin sollen Teilschritte erfolgen, mit denen nach und nach Krippe, Kindergarten, Hort und Kindertagespflege für die einzelnen Altersgruppen elternbeitragsfrei gestellt werden. Natürlich haben wir uns auch Gedanken gemacht, wie das ablaufen kann.

(Der Abgeordnete Torsten Renz bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Herr Renz, ich kann Ihnen gleich sagen, dass ich keine Frage beantworte, weil ich nur eine geringe Redezeit habe.

(Heiterkeit bei Thomas Krüger, SPD: Aber in der Lobby.)

Bereits ab dem Jahr 2018 soll die Kita für Drei- bis Sechsjährige kostenfrei werden. Das betrifft circa 38.200 Kinder im Kindergarten und 640 Kinder in der Kindertagespflege. Der nächste Schritt ist dann die komplette Elternbeitragsfreiheit ab dem zweiten Kind, ob im selben Haushalt oder in getrennten Haushalten. Ab 2020 beziehungsweise 2021 kann aufeinanderfolgend die Betreuung im Hort und für die unter Dreijährigen kostenfrei gestaltet werden. So hätten wir ab 2021 keine Elternbeiträge mehr und es würde wirklich was bei den Familien, in den Familienkassen ankommen.

(Torsten Renz, CDU: Was kostet das eigentlich insgesamt? Haben Sie schon mal eine Zahl parat?)

Und natürlich, wie aufs Stichwort: Finanzen.

(Torsten Renz, CDU: Okay!)

Kommen Sie mir bitte nicht damit, dass es nicht finanzierbar ist und was das doch alles kostet!

(Torsten Renz, CDU: Nee, ich möchte nur wissen, was es kostet.)

Zum einen: Zu der Finanzierbarkeit habe ich als Landtagsabgeordnete gelernt, wo der politische Wille da ist, hat man auch das Geld.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Andreas Butzki, SPD: Das habt ihr in allen Bereichen aber. – Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Zum Zweiten: Ja, eine kostenfreie Kita kostet Geld – Geld, was aber in die Bildung investiert ist, und ich gebe es lieber in die Bildung von Kindern in der Kindertagesförderung, als später einmal in HZE-Kosten und so weiter.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Torsten Renz, CDU: Das ist ja auch in Ordnung, aber so ungefähr, welche Vorstellung Sie haben?! 100 Millionen, 200 Millionen oder 300 Millionen?)

Kommen wir zu dem Betrag und dazu, was es insgesamt kostet.

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Zunächst einmal müssen wir von den Kindern die Zahlen abrechnen, die ich genannt hatte, dass 30 bis 40 Prozent der Elternbeiträge sowieso schon durch die Landkreise und kreisfreien Städte übernommen werden. Das ist für die Eltern, die es sich nicht leisten können. Abziehen muss man natürlich auch die einzusparenden Verwaltungskosten bei den Kreis- und Stadtverwaltungen, bei denen die Elternbeitragsübernahmen geprüft werden und entschieden werden müssen.

Ich möchte es mal an einem Beispiel deutlich machen, was das bedeutet: Im Landkreis Vorpommern-Greifswald sind allein 14 Vollbeschäftigte mit der Berechnung der Elternbeitragsstützen beauftragt. Das sind Lohnkosten in Höhe von 840.000 Euro pro Jahr, und das für einen Landkreis. Wir haben insgesamt acht dieser Gebietskörperschaften. Das ist Geld, das sinnvoller für die kostenfreie Kita verwendet werden könnte als für die Berechnung der Elternbeitragsstützen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Summa summarum kommen wir im ersten Schritt – Herr Brodkorb hat es gesagt – auf einen Betrag von 50 Millionen Euro. Mein Vorschlag deshalb: Verzichten Sie auf die Elternbeitragsentlastung von 50 Euro pro Monat, die unterm Strich nicht viel bringt, sehr geehrte Koalitionsfraktionen!

(Torsten Renz, CDU: Verzichten sollen wir darauf?! Was sollen wir denn da machen? Gar nichts?)

Ich weiß, es fällt Ihnen schwer, meinen Sie doch, dass diese Minischrittchen sozial gerechter wären als eine kostenfreie Kita, wenn man zumindest Herrn Brodkorb hört. Dazu kurz eine Replik:

Erstens kann das nur Ihre persönliche Meinung sein. Dort, wo Sie überall in den Regierungen sind, in den umliegenden Landesregierungen, gehen Sie einen anderen Weg und gehen die Schritte nach und nach, indem Sie die Jahrgänge kostenfrei stellen.

Zweitens, eine kurze Begriffserklärung, weil Sie immer meinen, Herr Brodkorb, wir würden die Krippe nicht mit umfassen. Wir sagen, wir wollen eine kostenfreie Kindertagesförderung. Wenn Sie sich in den Gesetzlichkeiten auskennen würden, würden Sie das SGB VIII kennen, das sowohl ausdrücklich die Krippe, den Kindergarten als auch den Hort umfasst.

Ich hätte noch zwei, drei andere Sachen zu klären, das können wir nachher bilateral machen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Zurufe vonseiten der Fraktion der CDU: Genau.)

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1047. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1047 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, der Fraktion der AfD und der Fraktion der BMV sowie Gegenstimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen – Neues Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" entwickeln, auf Drucksache 7/1048.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission umsetzen – Neues Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" entwickeln – Drucksache 7/1048 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Torsten Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Landesprogramme "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" hat es in verschiedenen Regierungskonstellationen gegeben und daraus ergibt sich mit logischer Konsequenz, dass sie unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte aufwiesen. Immer aber, in allen Regierungskonstellationen, bestand das zentrale Ziel darin, dazu beizutragen, älteren Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Abgesehen davon waren sie stets Grundlage für die Arbeit der Landesregierung im Bereich der Seniorenpolitik. Sie zeichneten sich durch ein systematisches und für die Öffentlichkeit und den politischen Raum nachvollziehbares Herangehen aus.

So war es auch mit dem letzten Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern". In ihm waren Aussagen enthalten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, zu Angeboten auf den Gebieten der Prävention, Gesundheit und Pflege, zur Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben, zur Beschäftigung älterer Menschen, zur Verbesserung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsbefindens, zur Schaffung eines altengerechten Wohnumfeldes und zur Erschließung von Möglichkeiten für ein lebenslanges Lernen.

Das besagte Programm berührte elementare Interessen vieler Seniorinnen und Senioren. Zur Umsetzung des Programms legte die damalige Landesregierung dem Landtag im Januar 2013 eine Unterrichtung vor. Das ist jetzt vier und ein dreiviertel Jahr her. Dafür, dass jenem Landesprogramm nicht nahtlos ein neues Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" folgte, gab es gute Gründe. Man wollte seinerzeit zunächst die Arbeitsergebnisse der zwischenzeitlich eingesetzten Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" abwarten. Ein Abwarten war in diesem Fall nicht ein Auf-die-lange-Bank-Schieben, sondern die Absicht, Handlungsempfehlungen entgegenzunehmen, die wissenschaftlich grundiert, nach überfraktioneller Arbeit vorgelegt und in denen unterschiedliche sozialökonomische und juristische Aspekte abgewogen wurden. So weit, so nachvollziehbar.

Diese Enquetekommission hat zwei Zwischenberichte und einen Abschlussbericht vorgelegt. Letzterer wurde im Juli vergangenen Jahres, quasi noch kurz vor Ende der letzten Legislaturperiode, im Landtag diskutiert. Es war nunmehr zu erwarten, dass nach der Landtagswahl die mit dieser Landtagswahl 2016 ins Amt gekommene Landesregierung Handlungsempfehlungen der Enquetekommission in den Koalitionsvertrag mit aufnimmt. Und

das tat sie auch, so etwa zu den Themen Digitalisierung, IT-Lösungen in der Gesundheitsversorgung oder zu Angeboten der Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen und zu alternativen Wohnformen.

Was das Wohnen betrifft, so findet sich die Umsetzung einer Handlungsempfehlung nicht nur im Koalitionsvertrag, sondern auch im gestern von der Landesregierung eingebrachten Haushaltsplanentwurf. Schaut man sich aber Letzteres an, so ist das mit Blick auf Barrierefreiheit und soziale Mieten, die ja für Seniorinnen und Senioren ebenso von großer Bedeutung sind, nur Ungenügendes und Halbherziges. Das Aufzugsprogramm - ich nehme jetzt mal ein Beispiel -, das bisher 3.000 Wohnungen erschlossen hat, soll fortgeführt werden. Sehen wir aber den Bedarf - der Wirtschaftsminister ist gerade nicht da -, beträgt der bereits heute das Zehnfache. Und wir wissen, mit welcher Dynamik sich demografische Entwicklungen in unserem Land vollziehen. Wenn es Ihnen an dieser Stelle also ernst ist, müssten Sie schon wesentlich mehr Geld in die Hand nehmen und an ein barrierefreies Wohnumfeld müsste mitgedacht werden. Für Letzteres haben Sie gleich gar kein Geld in den Haushaltsplan eingestellt, aber darüber werden wir an anderer Stelle, denke ich, noch mal gesondert zu reden haben.

Aus den Antworten auf die Kleinen Anfragen unserer Fraktion zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" geht hervor, dass 16 ihrer Handlungsempfehlungen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden haben, einige auch als Pakethandlungsempfehlungen, wo dann stand "fortfolgend", mit Blick auf die einzelnen Empfehlungen oder Ziffern. Die Enquetekommission jedoch hat zur Bildung allein 19, zur Arbeit 17, zum bürgerschaftlichen Engagement 19, zur Gesundheit und Pflege 110, zum Wohnen 5 und zur Mobilität im Alter 85 Handlungsempfehlungen, macht summa summarum 255 Handlungsempfehlungen, ausgesprochen. Die Koalitionsfraktionen und ihre Parteien haben also bisher 6,27 Prozent aller Handlungsempfehlungen berücksichtigt. Es bedürfte bei dem vorgelegten Tempo der Berücksichtigung der Arbeit der Enquetekommission 16 Legislaturperioden

(Eva-Maria Kröger, DIE LINKE: Wow!)

beziehungsweise 80 Jahre bis zur tatsächlichen Umsetzung aller ...

(Zurufe von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE, und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

Schaffe ich auch nicht mehr, ist auch irgendwie unbefriedigend. Gut, jetzt wieder ..., ich will nicht abgleiten.

Aber dieses Zahlenspiel belegt eigentlich, was da an Herausforderungen noch vor uns liegt.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das erwartet jetzt keiner, es erwartet ja jetzt keiner, dass in einer Legislaturperiode alles abgearbeitet würde, das wäre weltfremd. Und weil gerade wir LINKEN nicht weltfremd sind.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Wohl wahr!)

ist die Forderung von uns nunmehr, auch lange Linien zu entwickeln, Strategien zu entwickeln. Also kommt wieder

dieses Programm, Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", in Betracht.

Wir wissen uns, sehr geehrte Damen und Herren, zum Beispiel mit dem Landesseniorenbeirat einig, der uns, die wir 2016 im Landtagswahlkampf waren, an die Hand gegeben hat, wir wollen ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept. Dazu wurden Wahlprüfsteine ausgereicht, dazu haben wir Antworten gegeben. Ich vermute, dass in allen Antworten auftaucht, dass wir ganz systematisch die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission in den Blick nehmen und umsetzen wollen. Der Landesseniorenbeirat war vor ein paar Monaten im Sozialausschuss und hat noch mal darauf hingewiesen, Leute, das ist eine Forderung von uns, bleibt da dran. Er hat sehr wohl gewürdigt, dass Handlungsempfehlungen in der Koalitionsvereinbarung stehen, aber gesagt, dass man auch weiter gehen muss, und noch mal auf ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept abgehoben.

Zuvor hatte das 9. Altenparlament 2015 schon darauf hingewiesen, dass es eine seniorenpolitische Strategie geben muss, und die haben damals in allerlei Beschlusslagen und Empfehlungen an den Landtag faktisch parallel auch zur Enquetekommission ihre Vorschläge unterbreitet.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Linksfraktion hat in den vergangenen Monaten mehrfach nachgefragt, was denn nun aus der Fortschreibung des Landesprogramms "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" werde. Auf diese Anfragen erklärte die Landesregierung permanent, dass ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen sei. Nun ist ein Jahr, so ziemlich ein Jahr vergangen, und wir sind der Meinung, das müsste für eine Meinungsbildung ausreichen, diese Zeit. Deshalb fordern wir hier heute endlich Entscheidungen und einen Handlungsauftrag an die Landesregierung. Wir wollen, dass Sie umgehend ein neues Landesprogramm für die älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern vorlegen. Das ist unser Wunsch und ich denke, dem können Sie sich eigentlich nicht verschließen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich fürchte, doch.)

denn es ist ja unser erklärter Wille gewesen, seniorenpolitisch voranzukommen. Das war auch der Hintersinn der Einrichtung einer Enquetekommission. Viele Dinge, die darin stehen, die lohnenswert sind, zur Gesundheit, zur Mobilität und so weiter, verdienen es, wenn jetzt nicht in diesem Koalitionsvertrag, aber dann strategisch, handlungsleitend zu sein für nachfolgende Politikerinnen- und Politikergenerationen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann verfahren wir so und ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort hat zunächst gebeten die Sozialministerin. Frau Ministerin Drese, Sie haben das Wort.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Manchmal macht es einem die Linksfraktion nicht leicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Immer, Frau Drese, immer! – Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Ich wollte wirklich nicht in das Muster verfallen, den Antrag brauchen wir nicht, er ist überflüssig, die Landesregierung ist am Thema schon dran, aber hier stehe ich nun und kann nicht anders. Sie fordern mit dem vorliegenden Antrag die Landesregierung auf, ein neues Landesprogramm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" zu entwickeln, und ich kann dazu nur sagen, wir brauchen kein weiteres Programm, wir sind schon weiter. Und bevor Sie wieder in Ihr altes Muster des Mahners und Opfers verfallen, hören Sie mir doch einfach mal zu!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Hat kein Mensch was gesagt.)

Ich glaube, es ist auch nicht im Sinne der Enquetekommission des Landtags der letzten Legislaturperiode, dass aus den in Buchform gegossenen Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" ein weiteres Buch mit dem Titel "Neues Landesprogramm Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" entsteht. Nein, meine Damen und Herren, gerade, weil wir eine sehr gute Vorarbeit der Enquetekommission haben, ist es unsere Aufgabe als Landesregierung, aber ist es auch die Aufgabe des Landtags, die Vorschläge zu bewerten und Umsetzungsvorschläge zu machen. Wir müssen den Weg von der Theorie hin zur Praxis gehen.

Auf diesem Weg befinden wir uns bereits seit einiger Zeit. Ich darf zum Beispiel an die Ehrenamtsstiftung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements erinnern oder auch an das Landesprogramm Wohnraumförderung. Dabei geht es um die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnraum, die Anpassung von Wohnraum an die Belange von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen sowie um Zuschüsse des Landes für Personenaufzüge oder Lifte für barrierearmes Wohnen. Auf die Pflegesozialplanung und die Pflegestützpunkte will ich hier gar nicht näher eingehen.

Auch bereits im Koalitionsvertrag Nummer 324 haben sich die Koalitionspartner darauf verständigt, die Lebensbedingungen für ältere Menschen in unserem Land weiter zu verbessern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es. Alles in Ordnung.)

Ein zentraler Baustein dazu ist die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte auf kommunaler Ebene. Die
Landesregierung möchte und wird die Kommunen bei der
Entwicklung dieser Konzepte unterstützen. Unser Ansatz
ist ganz klar: Das Land erarbeitet ein Rahmenkonzept,
liefert die seniorenpolitischen Leitplanken. Mit Leben
erfüllt wird das Konzept dann vor Ort. Die Gemeinden
und Gemeindevertreter wissen am besten, wo Bordsteine
abgesenkt werden müssen oder ein zusätzlicher altersgerechter Wohnraum notwendig ist.

Es wurde deshalb im Sozialministerium ein Eckpunktepapier für die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte für die Landkreise und die beiden kreisfreien Städte sowie ein Leitfaden zur Umsetzung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes für die kreisangehörigen Städte entwickelt. Dabei wurden sowohl die Potenziale, Ressourcen und die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit sowie die Hilfe- und Unterstützungsbedarfe älterer Menschen berücksichtigt.

Folgende wesentlichen Handlungsfelder wurden unter Berücksichtigung des Landesprogrammes "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", der Fortschreibung ab 2006 und der Ergebnisse der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" bisher herausgearbeitet: eine integrierte Orts- und Entwicklungsplanung, Wohnen zu Hause, Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit, präventive Angebote, gesellschaftliche Teilhabe, bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren, Betreuung und Pflege, Unterstützung pflegender Angehöriger, Angebote für besondere Zielgruppen, zum Beispiel ältere Flüchtlinge, Kooperations- und Vernetzungsstrukturen und Hospiz- und Palliativversorgung.

Zu dem Eckpunktepapier und dem Leitfaden wurden bereits erste Gespräche mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden geführt. Die gerade von mir skizzierte Initiative meines Hauses wurde dabei ausdrücklich begrüßt. Es wurde auch darüber diskutiert, inwieweit es erforderlich ist, ein wissenschaftliches Institut für die Entwicklung der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte heranzuziehen. Nach Planung der Landesregierung sollte der Landesgesetzgeber dafür im Jahr 2018/2019 entsprechend Mittel zur Verfügung stellen, nachzulesen im Haushaltsplanentwurf. Das gemeinsam mit den beiden kommunalen Spitzenverbänden abgestimmte Eckpunktepapier für die Landkreise und kreisfreien Städte und die Handreichung für die Gemeinden und kreisangehörigen Städte für die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte soll dann schließlich allen Betroffenen im Rahmen eines Workshops vorgestellt werden.

Sie sehen also, dass schon intensiv an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen, insbesondere der Enquetekommission, gearbeitet wird. Im Zuge der Haushaltsberatungen können wir die Diskussionen dazu gern noch vertiefen. Eines weiteren Programms, so, wie es die Fraktion DIE LINKE gefordert hat, bedarf es jedoch nicht. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Ministerin.

Das Wort für die Fraktion der CDU hat Frau Maika Friemann-Jennert.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", das heutige Antragsthema auf Initiative der LINKEN, ist ein zentrales Anliegen auch meiner politischen Arbeit, das uns zudem bereits im Zuge der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" in der vergangenen Wahlperiode intensiv beschäftigt hat. Damit ist es keineswegs abgeschlossen. Die nach wie vor bestehenden großen Herausforderungen, die mit einer alternden Gesellschaft wie der in Mecklenburg-Vorpommern einhergehen, werden uns auch in dieser Legislatur kontinuierlich begleiten.

Der demografische Wandel ist und bleibt ein generationenübergreifendes Zukunftsthema, und das sicher nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern. Ich bin daher froh und dankbar, dass wir mit den Ergebnissen der parlamentarisch und nicht parlamentarisch zusammengesetzten Enquetekommission sehr konkrete Handlungsempfehlungen vorfinden, welche Antworten auf die komplexen Bedürfnisse älterer Menschen geben.

Fraktionsübergreifendes Ziel wird es in dieser Legislatur aus meiner Sicht daher sein, die vielschichtigen Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht der Enquete in die gesellschaftliche Praxis zu überführen und politisch zu flankieren. Dazu bedarf es nach meiner festen Überzeugung – und ich darf an dieser Stelle auch für unseren Koalitionspartner sprechen – keines neuen Landesprogrammes, wie es DIE LINKE heute fordert, sondern viel eher einer stringenten Umsetzung der Empfehlungen aus dem Abschlussbericht der Enquetekommission. Und wenn das bisher, wie Herr Koplin eben vorgerechnet hat, nur 6,7 Prozent sind, können wir die ganze Legislatur praxisorientiert arbeiten und möglichst nicht noch mehr Papier beschreiben.

Natürlich kann eine Umsetzung nur in enger Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren, wie zum Beispiel mit dem Landesseniorenbeirat, geschehen. Die Empfehlungen des Berichtes bilden die Handlungsgrundlage, an der wir uns politisch in den nächsten Dekaden messen lassen müssen, um die Zukunft älterer Menschen auch in unserem Bundesland würdevoll zu gestalten. Wir alle müssen daran mitwirken, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht nur ein Land wird, in dem man gerne Urlaub verbringt, sondern auch ein Land, in welchem die Bürgerinnen und Bürger auch im hohen Alter ein hohes Niveau an Teilhabe und Versorgung genießen.

Viereinhalb Jahre intensive Arbeit einer parlamentarisch eingesetzten Kommission stellen eine höchst solide Arbeitsgrundlage dar, die nicht durch ein zusätzliches Landesprogramm untersetzt werden muss, was lediglich unnötige Kosten und zusätzliche Bürokratie verursachen würde. Die Themenkomplexe aus den Abschlussempfehlungen des Enqueteberichts decken eine umfangreiche Bandbreite ab, die ich hier in Gänze gar nicht ausführen möchte. Nur beispielhaft: Die Handlungsempfehlungen zu Alter und Gesundheit und Pflege, die übrigens in die Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und CDU eingebunden wurden, verdeutlichen noch einmal die gravierenden Herausforderungen, die mit einer wachsenden Anzahl an älteren Menschen verbunden sind, die durch den bereits heute bestehenden Fachkräftemangel potenziert werden.

2025 werden in Mecklenburg-Vorpommern rund 140.000 pflegebedürftige Menschen wohnen. Derzeit sind es rund 80.000. Ebenso wird die Zahl der potenziellen Fachkräfte auch aus demografischen Gründen sinken und ebenfalls die der pflegenden Familienangehörigen und bürgerschaftlich Engagierten. Diese Problematik verschärft sich außerdem mit Blick auf den ländlichen Raum. Da viele junge Menschen derzeit überwiegend einen Arbeitsplatz in urbanen Regionen finden, wird sich die Überalterung des ländlichen Raumes verstärken, wodurch die Einnahmen in den Kommunen und Kreisen sinken.

Aus diesem Grund müssen die vorhandenen Finanzmittel verantwortungsvoll eingesetzt werden, um Pflege-, Teilhabe- und Versorgungsstrukturen zu erhalten und auszubauen. Um dies zu garantieren, muss bekanntlich Pflege neu gedacht werden, indem zum Beispiel die Bemühungen um eine angemessene Krankenbehandlung

sowie die häusliche Kranken- und Altenpflege entsprechend dem Grundsatz "ambulant vor stationär" intensiviert werden, da dieser dem Wunsch vieler älterer Menschen entspricht. Die zielgerichtete Unterstützung von Pflegestützpunkten kann dabei ein zielführender Ansatz sein. Bereits in der Koalitionsvereinbarung, meine Damen und Herren, haben wir vereinbart, den landesseitigen Beitrag zur Finanzierung der Pflegestützpunkte langfristig zu sichern. Auch können Spezialisierungen sowie neue Kooperationsmodelle im Bereich der stationären Versorgung Chancen bieten, dem demografischen Wandel zu begegnen.

Dennoch, ein würdevolles Alter zu sichern, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die durch eine bloße Pflegeabsicherung nicht allein erreicht werden kann. Wer sich in der Pflege etwas auskennt, der weiß, wie wichtig soziale Kontakte, das einfache Zuhören für das psychische und physische Wohlergehen älterer Menschen ist. Diese Arbeit kann, da wiederhole ich mich gern, nur gesamtgesellschaftlich geleistet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben den benannten konkreten Handlungsempfehlungen aus der Arbeit der Enquetekommission haben wir uns in der Koalitionsvereinbarung zahlreiche Ziele gesetzt, das Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern angemessen zu begleiten und zukunftsorientiert zu gestalten. Die Bedürfnisse älterer Menschen sollen in dieser Legislaturperiode stärker berücksichtigt werden. Beispielsweise haben wir uns für die Legislatur das Ziel gesetzt, älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen eine Erwerbstätigkeit bis zum Eintritt in das Rentenalter zu ermöglichen, indem wir zum Beispiel altersgerechte Arbeitsplätze fördern wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an diesen, vielleicht auch verkürzten Ausführungen dürften Sie festgestellt haben, dass wir uns koalitionsintern der bedeutungsvollen Herausforderungen im Kontext des demografischen Wandels sehr genau bewusst sind. Mit den Hinweisen des 9. Altenparlamentes, der Enquetekommission "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" sowie den Verpflichtungen aus der Koalitionsvereinbarung bestehen umfangreiche Handlungsorientierungen, um den Anforderungen einer alternden Gesellschaft zu begegnen. Ein zusätzliches neues Landesprogramm ist daher nicht notwendig und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Für die Fraktion der AfD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Jörg Kröger.

Jörg Kröger, AfD: Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Leeve Mäkelbörger und Vorpommern! Wir alle werden jeden Tag älter. Zum Thema werde ich jetzt noch einmal kurz die Generation meiner Eltern bemühen.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Sie gehören zu jener Generation, die, salopp gesagt, als "digitale Analphabeten" bezeichnet werden – um hier exemplarisch nur einmal den Fokus auf eines der Prob-

leme zu setzen, die zunehmende Digitalisierung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Das hochgelobte E-Government, für viele ist es ein Segen, aber für die hier angesprochene Generation ist es ein Fluch.

(Zuruf von Maika Friemann-Jennert, CDU)

Diejenigen, die mit dem hier vorliegenden Antrag gemeint sind, finden sich in dieser modernen Welt, die Service als seelenloses Terminal betrachtet, immer weniger zurecht. Es besteht tatsächlich kurzfristig dringender Handlungsbedarf für all diejenigen, die mit diesen neuen Barrieren, die sich zunehmend in ihrem Leben auftun, überfordert sind.

Es geht darum, älteren Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben inmitten unserer Gesellschaft zu ermöglichen und sie am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Inhaltlich geht es unter anderem um Wohnraumversorgung, Siedlungsstrukturen, individuelle und öffentliche Mobilität, sehr wichtig, um Gesundheit und Pflege, um Engagement, Infrastruktur und das weite Feld der Daseinsvorsorge.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, das sind ohne Zweifel alles bedeutende und wichtige Themen für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Aber was hier Ziel ist, lässt sich am Ende nur innerhalb intakter Familien auch durchgängig lösen, durch generationenübergreifendes Familienleben. Davon habe ich heute noch gar nichts gehört. Denn wie eben schon gesagt, diese Themenbereiche sind bedeutsam und wichtig, aber eben für alle Bürger unseres Landes, und Sie kennen alle die Defizite in diesen Themenfeldern, weil Sie dafür teilweise verantwortlich sind, weil Sie in den letzten Jahren versäumt haben, diese Programme, die Ergebnisse dieser Enquetekommission, weiter umzusetzen, als Sie hier heute angedeutet haben.

Deswegen brauchen wir kein Landesprogramm als Arbeitsgrundlage ausschließlich für Ältere, vielleicht eins für Jüngere und eins für Frauen und mit etwas Glück auch eins für Männer oder für jede einzelne Gruppe, nein, es wird Zeit für einen vernünftigen und ganzheitlichen Ansatz.

(Beifall Dr. Gunter Jess, AfD)

Viele Mosaiksteinchen haben wir heute schon vernommen. Nun wird es Zeit, sie zu einem Gesamtbild zu formieren und zu entwickeln und das Ganze etwas abzurunden.

Wie Sie schon entnommen haben, ist für uns auch – Herr Kramer hat schon darauf hingedeutet – die Familienpolitik von immenser Wichtigkeit. Deshalb wird es Zeit, dass die Familienfreundlichkeit zur Chefsache im Land gemacht wird, denn zu den Familien, die wir uns wünschen, gehören alle Generationen. Die Familien, die wir uns wünschen, in denen sorgen die Familien für ihre Kinder und die Kinder für ihre Eltern, wenn es dann so weit ist. Und jetzt nehme ich noch mal wieder den Bogen zu meinen Eltern auf. Ohne Familienzusammenhalt würden sie heute kein selbstbestimmtes Leben mehr in ihren vier Wänden führen können, umgeben von den Dingen, die sie sich in ihrem langen Leben erarbeitet haben.

Aus der Perspektive eines wirklich familienfreundlichen Landes Mecklenburg-Vorpommern betrachtet müssen die Probleme der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, die Probleme der Versorgung im ländlichen Raum, die Probleme der Mobilität und des öffentlichen Personennahverkehrs, die Probleme bei der Bildung, der Arbeit und Teilhabe, bei der Gesundheit, Pflege und die Probleme beim bürgerschaftlichen Engagement und der Beteiligung angegangen werden. Nach unserer Vorstellung gehört zu einem wirklich familienfreundlichen Land auch die Ausrichtung der gesamten Politik an den Interessen von Familien.

In dieser Hinsicht wäre es konsequent, jedes Gesetz, das verabschiedet wird, und jede Verordnung oder sonstige Bestimmung nicht zunächst auf die Einhaltung der europäischen Datenschutzrichtlinie zu überprüfen, sondern hinsichtlich der Folgen für die Familien. Neben der Ausrichtung der Landespolitik an den Bedürfnissen der Familien hätte die Vorgehensweise auch den Nebeneffekt einer besseren Qualität der Gesetze, einer geringeren Regelungsdichte und eines letztlich sparsamen Umgangs mit Ressourcen, wenn ich nur an die Mobilität denke.

Liebe Bürger, liebe Kollegen, wir sind für starke Familien, denn ohne starke Familien gibt es keine wirkliche Zukunft für unser Land. Es wird höchste Zeit, dass auch die Landesregierung diese Zeichen entsprechend erkennt und vertieft. Schaut man sich diese Themenpalette also genau an, dann sollte der Antrag eigentlich lauten "Leben in Mecklenburg-Vorpommern".

Wir sehen aber gemäß den Ausführungen zu einem möglicherweise zu erwartenden Ergebnis dieses Antrages Gestaltungsbedarf, dem wir uns gegebenenfalls nicht verschließen werden. Dementsprechend habe ich mich ja geäußert. Abschließend bitte ich Sie aber, daran zu denken – und jetzt schließe ich den Bogen hinsichtlich meiner Eltern –, dass diejenigen, um die es hier geht, zwar ein erfülltes Leben hinter sich haben, aber nur noch ganz wenig Zeit vor sich. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD hat jetzt das Wort der Abgeordnete Jörg Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich will kurz rekurrieren auf das, was der Abgeordnete der AfD hier gerade vorgetragen hat. Er hat gesagt, wir brauchen eine ganzheitliche Betrachtungsweise. Ich weiß nicht, ob Sie sich diesen Enquetebericht schon mal angeguckt haben. Das, was wir da quasi gemacht haben, ist letztendlich eine ganzheitliche Betrachtungsweise zur Situation von älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, und die ist nach wie vor so, wie sie ist. Das Thema "Bewältigung des demografischen Wandels" ist sicherlich für unser Bundesland eine der ganz, ganz großen Herausforderungen. Das, denke ich, wird hier keiner bestreiten und da sind wir uns alle einig. Die Frage ist nur, welche Möglichkeiten und welche Konzepte wir haben, damit umzugehen.

Wir haben im Wesentlichen folgende Situation: Auf der einen Seite ist die Bevölkerungsgruppe der über 80-Jährigen diejenige, die am schnellsten wächst. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist das Thema Dünnbesiedelung bei uns im Bundesland, und der dritte Punkt dabei ist, dass die Älteren häufig nicht in den Zentren leben, sondern im dünn besiedelten Raum, und das Thema "Versorgung und Unterstützung" da besondere Herausforderungen mit sich bringt.

Wenn man sich jetzt den Antrag anguckt, der Herr Koplin, der ist ja immer für Spitzfindigkeiten bekannt, der zählt dann durch, wie viele Handlungsempfehlungen die Enquetekommission zu unterschiedlichen Themenfeldern ausgesprochen hat, kommt zu einem Ergebnis und sagt, das sind bisher sechs Prozent oder sechseinhalb Prozent, denen die Landesregierung in irgendeiner Form zu folgen gedenkt. Das ist meines Erachtens nicht zielführend. Und schon gar nicht zielführend ist es, wenn man hergeht und sagt, wir schreiben das jetzt, was an Handlungsempfehlungen in dem Bericht der Enquetekommission drinsteht, in einen anderen Bericht, der dann "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern" heißt. Dadurch werden immer noch nicht mehr von diesen Handlungsempfehlungen realisiert.

Wenn man sich das mal genau ansieht, welche Funktionen und welche Bedeutung die Arbeit dieser Enquetekommission gehabt hat, dann geht es sicherlich auf der einen Seite darum, mal darzustellen, welche notwendigen Dinge denn letztendlich im Raum stehen, es geht auf der anderen Seite aber auch darum, Bewusstsein zu wecken, Leute darauf aufmerksam zu machen, welche Dimensionen der demografische Wandel hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern hat, und Leuten - nicht nur hier im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlamentes - etwas in die Hand zu geben, was ihnen nützt, wenn es darum geht, bestimmte Dinge durchzuargumentieren. Es ist ja auch eine Rolle solcher Kommissionen, dass man sagt, okay, so ist die Situation und es gibt für die unterschiedlichen Felder folgende Empfehlungen an der Stelle. Und dann liegt es quasi an jedem, wie er damit umgeht und welche Schwerpunkte er setzt. Ich sage mal, ich bin als Kommissionsvorsitzender niemals davon ausgegangen, dass alles, was wir da reinschreiben, dann eins zu eins auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird innerhalb einer Legislaturperiode, weil dafür ist das Feld einfach zu weit und im Ergebnis finanziell zu kostspielig.

Wenn man das weiß, muss man natürlich hergehen und gucken, dass man da eine Struktur reinkriegt. Und wenn man sich das anguckt, dann muss man sagen, so ist das, was die Koalition da zurzeit macht, schon wirklich gut durchdacht, dass man auf der einen Seite sagt, okay, wir konzentrieren uns auf das Thema Wohnraumversorgung, wir konzentrieren uns auf das Thema "verkehrspolitische Lösungen" und wir konzentrieren uns letztendlich auf das Thema "Versorgungsanker im Raum". Man muss sich ja darüber Gedanken machen, wo sind die Prioritäten denn am größten. Und die Priorität ist da am größten, wo man einfach feststellen muss, dass Dinge des täglichen Lebens gerade für ältere Leute, die auch nicht mehr diese Mobilität haben, möglichst vor Ort in irgendeiner Form sichergestellt werden können. Diesen Überlegungen folgt der Koalitionsvertrag und diesen Überlegungen folgen Überlegungen der SPD-Fraktion.

Wenn man sich das jetzt beispielsweise an den Entwicklungsvorstellungen für die Pflegestützpunkte mal anguckt, da ist unsere Aussage, das, was wir brauchen, ist eine flächendeckende qualifizierte Wohnberatung in Mecklenburg-Vorpommern, die Leuten, die heute in Wohnverhältnissen leben, die nicht mehr altersgerecht

sind, Hinweise gibt, wie die verändert werden können, wie man das finanziert, wie das technisch aussehen kann, und so weiter und so fort. Da werden wir mit dem kommenden Haushalt Lösungen finden, wie man so etwas anbieten kann.

Wie Sie wissen, gibt es ja jetzt in diesem Haushalt auch diesen sogenannten Strategiefonds, aus dem Dinge finanziert und angepackt werden sollen, die letztendlich für eine Entwicklungsstrategie unseres Landes von Bedeutung sind. Da werden sich zwei weitere Dinge wiederfinden. Das ist auf der einen Seite eine Förderung von sogenannten Dorfläden als Infrastrukturanker in der Fläche, die mehrere Funktionen haben, auf der einen Seite das Thema Versorgung, auf der zweiten Seite das Thema Kommunikation und zum Dritten auch bestimmte Dienstleistungsangebote. Das ist eine Sache, wo wir sagen, das muss man vorantreiben, um einfach zu gewährleisten, dass die Leute in peripheren Räumen bestimmte Versorgungsanker haben, auf die sie zurückgreifen können.

An diesen Dorfläden kann man beispielsweise auch versuchen, bestimmte Mobilitätsangebote festzumachen, denn wir sind uns über eins im Klaren: Es wird keinen ÖPNV geben, der noch eng vertaktet hier bei uns durch jedes Dorf fährt. Wer solche Forderungen stellt, der erkennt einfach die Realität nicht und weiß nicht, dass das Dinge sind, die nicht leistbar sind.

Und das, denke ich, ist auch Aufgabe von Politik, in eine ehrliche Kommunikation letztendlich mit den Leuten im Land zu kommen, indem man mal darlegt, was geht und was nicht geht, indem man ihnen aber auch vermittelt, wir kennen eure Situation, wir nehmen diese Situation wahr und wir sind gemeinsam mit euch unterwegs, Antworten und Lösungsmöglichkeiten zu finden. Nur, diese Lösungsmöglichkeiten werden heute eher regional und sie werden eher individuell sein.

Also jetzt herzugehen und zu sagen, wir machen ein Programm "Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern", da glaube ich nicht, dass uns das an der Stelle wirklich weiterhilft. Wir müssen sehen, dass wir Prioritäten setzen. Diese Prioritäten müssen so aussehen, wie ich es gerade geschildert habe, nämlich, dass man anfängt, die Dinge zu machen, die, ich sage mal, Strukturankerfunktion in der Fläche haben, die möglichst die Dinge betreffen, mit denen sich die Enquetekommission beschäftigt hat. Das ist einmal das Thema Arbeit, das ist das Thema Bildung, das ist das Thema Mobilität, das ist das Thema Wohnen, das ist das Thema Pflege und das ist das Thema gesundheitliche Versorgung. Also man muss gucken, dass man möglichst Lösungsmöglichkeiten schafft, die übergreifend über diese Themenfelder Sachen zusammenführen, und auf diese Art und Weise dafür sorgen, dass wir einfach eine bessere Situation, gerade für ältere Leute in ländlich-peripheren Räumen, hinkriegen.

In dem Kontext sind auch diese seniorenpolitischen Gesamtkonzepte zu betrachten. Also es geht hier nicht um ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept für das Land, sondern es geht um seniorenpolitische Gesamtkonzepte – die Ministerin hat das ausgeführt – für die kommunale Ebene. Was man heute macht, ist das Thema Pflegesozialplanung. Pflegesozialplanung ist nur ein Teil der Versorgungssituation älterer Leute, das muss man weiter ausdehnen und man muss es in Verbindung bringen mit der Raumplanung, die auf der anderen Seite auch vorgenommen wird. Das sind Dinge, die stehen

jetzt als Nächstes auf der Agenda, damit wir da weiterkommen, um auf diese Art und Weise letztendlich bei uns im Land eine Struktur aufzubauen, die geeignet ist, dem demografischen Wandel und seinen Folgen entgegenzutreten.

Natürlich ist es auch legitim zu sagen, wir brauchen eine gute Familienpolitik, nur das hilft uns an der Stelle nicht wirklich weiter. Also selbst wenn, sage ich mal, die Geburtenrate bei uns in Mecklenburg-Vorpommern spontan richtig in die Höhe gehen würde, würde uns das in unserer augenblicklichen Situation wenig helfen, denn die alten Leute sind da und wir haben jetzt quasi die Generation der Babyboomer vor der Schwelle des Alters, das heißt, das Problem mit älteren Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern wird in den nächsten zwei Jahrzehnten auch nicht weniger, das wird sich weiter ausweiten.

Insofern finde ich es richtig, dass es bei uns im Landtag eine entsprechende Bedeutung hat und dass wir uns damit auseinandersetzen und uns darüber verständigen, wie wir den Dingen entgegentreten wollen und welche Angebote wir da machen. Aber wie gesagt, das muss eine umsetzungsorientierte Geschichte sein. Die Formulierungen in dem Bericht der Enquetekommission sind präzise und detailliert, die muss man jetzt nicht quasi da rausschreiben und in ein anderes Programm übernehmen, sondern die kann man wichten und dann entsprechend abarbeiten, und deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die Fraktion DIE LINKE hat noch einmal das Wort Torsten Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es war erwartbar, dass Sie Gründe anführen, warum Sie unserem Antrag nicht entsprechen möchten. Ich beziehe mich jetzt auf die Aussagen der Koalitionäre und der Ministerin.

Frau Ministerin, Sie hatten eingangs beklagt, dass wir es Ihnen nicht leicht machen würden

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

hinsichtlich der Wiederkehr von Ablehnungsmustern wie "Wir machen ja schon". Also es ehrt Sie, dass Sie gesagt haben, was Sie nicht wollen, und es ehrt Sie, dass Sie deutlich gemacht haben, was Sie tun, was Sie umsetzen. Sie sind dann jedoch kleinteilig geworden und auch aus meiner Sicht ist die Argumentation, sowohl der Koalition als auch Ihre, letztendlich nicht ganz stimmig.

Also zunächst, was die einzelnen Beispiele betrifft, die Sie angeführt haben: Die Wohnraumförderung hatte ich ja vorhin schon beim Wickel, da haben wir großen Handlungsbedarf, und wenn man sich das anschaut, was im Haushalt eingestellt ist, zumindest kurzfristig, wird das, was Sie machen, der Dimension der Herausforderung nicht gerecht. Das, was ich als "nicht stimmig" bezeichnen möchte oder hier kritisieren möchte, ist Folgendes: Wissen Sie, Sie sagen, wir brauchen kein Programm,

aber die Kommunen sollen ein Programm schreiben. Nach dem Haushalt sollen sie dafür auch Geld bekommen

(Maika Friemann-Jennert, CDU: Das machen die doch jetzt schon. – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine andere programmatische Qualität.)

Das machen die zum einen selbst und zum anderen, ich finde, das ist so ein Abschieben. Die Kommunen sollen das schreiben, sollen das machen. Einige Kommunen schreiben ja kräftig und es gibt ja - hochbrisant - die Debatten um Vorpommern-Greifswald und den Modellversuch der Beratungslandschaft. Heute Vormittag haben sich hier in Schwerin-Mueß die Schuldnerberaterinnen und -berater getroffen und haben festgestellt, anhand ihrer Situation, was es denn heißt, wenn man auf sich geworfen wird: Ihr macht eine Planung, ihr macht das für euch und dann seht zu. Da gibt es durchaus Verbesserungen, zum Beispiel in der Schuldnerberatung von 14 Stellen auf 14,38, dann ist aber Schluss und die Kommunen müssen selbst klarkommen. Die kommen dann klar im Rahmen ihrer Ressourcen, ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten. Was auf der Strecke bleibt, ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Und die haben wir. Das ist jetzt nicht eine gefühlte Verantwortung, die wir haben, die ist tatsächlich und die ist verfassungsrechtlich oder zumindest vom Grundgesetz her untersetzt in dem Gebot, gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben. Wie wollen wir sie aber anstreben, wenn wir immer den Kommunen sagen, macht ihr mal selber, wir geben das und schreibt eure Programme. Das muss doch irgendwo zusammengeführt werden. Darum geht es uns, also dem Verfassungsanspruch gerecht zu werden. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, wenn es um die Programme geht, Herr Heydorn, geht es nicht um ein Abschreiben, ein Herausschreiben aus den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission in ein neues Programm, sondern es geht um wie, wann, wo und wer setzt etwas um, also um die Umsetzung ganz konkret. Wir konnten vieles als Handlungsempfehlungen doch nur deklarieren. Die Aufgabe besteht jetzt darin, das zu untersetzen. Diese Untersetzung muss in dieser Legislaturperiode stattfinden.

Und dann, und das ist die spannende Frage: Was wird aus dem, was man logischerweise in einer Legislaturperiode nicht umsetzen kann? Was wird daraus? Die Befürchtung unsererseits ist, es fällt unter den Tisch. Die nächste, dann folgende Politikerinnen- und Politikergeneration wird doch nicht noch mal ins Archiv rennen, das alles wieder herausholen und von vorne anfangen wollen. Also wir haben jetzt, wie sagt man immer, das Eisen ist noch heiß, es lässt sich also noch formen. Viele kluge Ideen, das ist die Gefahr, könnten dann unter den Tisch fallen.

Und warum ein Programm? Weil wir den Anspruch haben, nachvollziehbar Politik zu machen, transparent Politik zu machen und systematisch Politik zu machen.

Frau Friemann-Jennert hat ja dankenswerterweise auch auf die Koalitionsvereinbarung abgehoben. Sie haben Beispiele genannt, auch die Ministerin, ganz konkrete. Aber lassen Sie mich mal ein Beispiel einer Formulierung

aus der Koalitionsvereinbarung in Bezug auf die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission abschmecken. Manchmal muss man die richtig schmecken, die Sätze.

Da darf ich mal ganz kurz vortragen. Die Textziffer 347 – es geht um die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung – hat drei Sätze. Der erste Satz lautet: "Das Land steht ... vor großen Herausforderungen in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung." Punkt. Das ist erst mal ein Befund, ja, auch nichts Neues, aber vielleicht leitet das zu etwas hin.

(Zurufe von Henning Foerster, DIE LINKE, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Zweiter Satz: Sie "wird alle" – die Landesregierung wird alle – "Möglichkeiten des Landes nutzen", um neue Ansätze für Lösungen zu finden.

(Harry Glawe, CDU: Stimmt das nicht?)

Dieser Satz ist eigentlich ein Nullsatz, weil er im Grunde genommen sogar hinter den Handlungsempfehlungen zurückbleibt.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Na was ist denn los?

(Harry Glawe, CDU: Sie interpretieren.)

Das haben Sie niedergeschrieben, das haben Sie ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, Herr Kokert hat das sogar unterzeichnet, mit unterzeichnet.

Dritter Satz, jetzt wird es ganz spannend:

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

"Dabei orientiert sich die" Landesregierung an den Ergebnissen

(Harry Glawe, CDU: Sie haben das nicht verstanden, das ist das Problem.)

"der Enquetekommission 'Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern' …" Das war es. Wir haben – also das zur Gesundheit, das ist eine Textziffer aus dem Gesundheitsbereich – im Gesundheitsbereich, ich habe das vorhin schon mal gesagt, da haben wir 110, wir haben wirklich, Herr Heydorn, ganz klar, wirklich viel Gehirnschmalz verwandt und viel erarbeitet, Gesundheit und Pflege, 110 Punkte.

Ein Punkt ist, ich will ihn mal herausnehmen, lokale Gesundheitszentren. Sie haben ja von Ankerfunktionen gesprochen, eben auch in der Gesundheit. Aber lokale Gesundheitszentren, das ist jetzt vielleicht noch kein Thema in dieser Legislaturperiode, in der nächsten ganz bestimmt. Die Digitalisierung in der medizinischen Versorgung und der Einsatz von Nanotechnologien, das wird so eine rasante Entwicklung geben. Wenn wir da nicht, wie man so sagt, vorm Wind segeln, dann haben wir richtig ein Problem in der gesundheitlichen Versorgung,

im Umgang – Sie haben es, Herr Heydorn, selbst gesagt – mit dem demografischen Wandel.

Wir müssen vordenken, wir müssen Vordenker sein.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Strategisch, haben Sie uns doch gerade erzählt.)

Das ist auch eine Verpflichtung von Abgeordneten eines Landtages, vorauszudenken, nicht nur in Legislaturperioden, nicht nur für vier Jahre zu denken.

(Beifall Christoph Grimm, AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Abenteuerlich!)

Und das, was dann kommen soll, das muss man irgendwie auch fixieren, nicht im Sinne von Abschreiben, sondern von Weiterentwickeln. Darum geht es uns, sehr geehrte Damen und Herren. Insofern bitte ich, doch noch mal in sich zu gehen und zu sagen, können wir da nicht doch mitgehen, diesen Auftrag auszulösen, sonst ist nichts, was bleibt, als kurzatmige Politik, und davor sollten wir uns sehr wohl hüten. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE, Christoph Grimm, AfD, und Christel Weißig, BMV)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1048. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1048 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktionen der SPD, CDU und der BMV sowie Stimmenthaltung der Fraktion der AfD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite begrenzen, auf Drucksache 7/1050.

Antrag der Fraktion DIE LINKE Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite begrenzen – Drucksache 7/1050 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Jacqueline Bernhardt für die Fraktion DIE LINKE.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Begrenzung von Dispo- und Überziehungszinsen – ein Thema, das wir hier im Landtag nicht zum ersten Mal haben. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal kurz das Problem umreißen, warum wir den Antrag eigentlich eingebracht haben.

Derzeit stellt sich die Situation so dar, dass die Banken auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher in Mecklenburg-Vorpommern Unsummen verdienen, was aus unserer Sicht ein Unding ist. Warum? Der Leitzins der Europäischen Zentralbank befindet sich derzeit auf einem Rekordtief von null Prozent und seit Jahren ist ein niedriger Referenzzins eine Tatsache im Euroland. Das bedeutet, dass die Kreditinstitute, also Banken, zinslos Kredite bei der Europäischen Zentralbank leihen können. Dieses Geld verleihen dann die Banken weiter, entweder im Rahmen eines vereinbarten Rahmens, einem Dispokredit, oder – weil der Kunde ohne Vereinbarung überzieht – einem Überziehungskredit, oder im Rahmen von normalen Krediten, was aber heute nicht Thema ist.

In Mecklenburg-Vorpommern nehmen Banken für Dispokredite um die 10 Prozent und für die Überziehungskredite sogar 13 bis 14 Prozent Zinsen. 10 bis 13 Prozent Zinsen auf Kredite, das ist der eine Fakt. Minister Backhaus brachte in der letzten Debatte hier im Landtag ein Gewinnvolumen bei den Banken von rund 4 Milliarden Euro pro Jahr ins Spiel. Ich habe keine genaue Kenntnis, ob diese Zahl stimmt, aber ich denke, Herr Minister Backhaus wird schon die richtige Zahl genannt haben. Das ist die Situation auf der einen Seite bei den Banken.

Auf der anderen Seite haben wir den Verbraucher. Wie stellt sich da die Situation dar? Die Deutsche Bundesbank stellte im November 2016 fest, dass die Hälfte aller Haushalte in irgendeiner Form Schulden haben. Im Mittel lagen sie ungefähr bei 1.000 Euro.

(Dietmar Eifler, CDU: Wie setzen die sich denn zusammen, die Schulden?)

Wenn in einer solchen Situation, wo monatliche Kredite getilgt werden müssen oder wo in einem Haushalt mit jedem Euro gerechnet werden muss, plötzlich die Waschmaschine kaputtgeht oder das Auto eine wichtige Reparatur benötigt, bleibt diesen Menschen kurzfristig nur die Möglichkeit, einen Dispo- oder Überziehungskredit zu nehmen, beide mit Zinsen von durchschnittlich 10 bis 13 Prozent, ich hatte es bereits erwähnt. Die Banken verdienen sich ihr Geld auch aufgrund von wirtschaftlichen, von sozialen Notlagen

(Dietmar Eifler, CDU: Ah!)

der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

(Vincent Kokert, CDU: Die bösen Banken!)

Das ist aus unserer Sicht unredlich, zumal wenn man bedenkt,

(Zuruf von Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)

dass auf der anderen Seite Verbraucher für die Kredite tief in die Tasche greifen müssen.

Aus unserer Sicht gibt es für diese hohen Dispo- oder Überziehungskredite auch keine Rechtfertigung. Die Banken ziehen immer gern zwei Begründungen hierfür heran. Die eine ist, die hohen Zinsen seien gerechtfertigt aufgrund der Bearbeitungskosten, und zum anderen seien sie aufgrund der hohen Kreditausfälle notwendig, um die Risiken abzudecken. Beide Argumente ziehen nicht, um die hohen Zinssätze zu rechtfertigen.

Das Argument mit den Bearbeitungsgebühren zieht nicht. Vor zwei Wochen schaute ich gerade das "Morgenmagazin". Da war davon die Sprache, dass aktuell in den Banken so wenige Mitarbeiter arbeiten wie seit 20 Jahren

nicht mehr. Der Grund ist die Digitalisierung in den Banken. Wenn also Mitarbeiter infolge von Digitalisierung abgebaut werden, sagt einem doch schon der Menschenverstand, dass dann auch die Bearbeitungsgebühren geringer werden müssten. Das wiederum müsste sich dann natürlich auch auf die Zinssätze niederlegen. Nichts ist passiert!

Aber selbst wenn dem nicht so wäre und dieser Fakt, den ich da gehört habe, nicht stimmen würde, so wurde bereits 2012 durch eine Studie im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft diese Behauptung abermals widerlegt. Damals wurde festgestellt, dass sich der Bearbeitungs- und Verwaltungsaufwand in den letzten Jahren nicht erhöht habe. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Argument der Ausfallquoten für Kredite. Diese lagen im Durchschnitt bei 0,3 Prozent, so die Studie im Auftrag des Ministeriums. Diese Studie war damals auch Anlass, dass die damalige Ministerin, Frau Aigner, die Banken und Sparkassen aufforderte, die Zinsvorteile an die Kunden weiterzugeben.

Meine Damen und Herren, wir sprechen hier von Tatsachen, die 2012 passiert sind. Bis heute hat diese Aufforderung gegenüber den Banken und Sparkassen nicht gefruchtet, bis heute bestehen unverändert die hohen Kreditzinsen.

Und nicht nur auf Bundesebene gab es immer wieder Initiativen, hieran etwas zu ändern. Auch hier im Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir gezeigt, dass fraktionsübergreifend eigentlich der Konsens besteht, dass diese Zinsen deutlich zu hoch sind. Dabei geht es ja nicht nur um Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern eben auch um kleine und mittelständische Unternehmen, wie Herr Renz in einer der letzten Debatten völlig zu Recht herausstellte. Im Bereich des Verbraucherschutzes allerdings ist dieses Thema schon seit vielen Jahren ein Dauerbrenner und bisher versteckte man sich im Wesentlichen hinter dem Wunsch der Selbstbeschränkung der Banken, auch und gerade hier im Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Vorfeld zu diesem Antrag habe ich zwei Kleine Anfragen gestellt, mit denen ich in Erfahrung bringen wollte, wie sich die Selbstverpflichtung der Banken in letzter Zeit entwickelt hat. Da teilte die Regierung mit, dass die Sparkassen des Landes die gesetzliche Verpflichtung zur Beratung bei längerer und hoher Inanspruchnahme der Dispo- und Überziehungskredite umsetzen würden und ergänzend als selbstverpflichtende Maßnahme einen Warnhinweis zur Kostensensibilisierung implementiert hätten. Darüber hinaus seien der Landesregierung keine selbstverpflichtenden Maßnahmen des Bankensektors bekannt, nichts zur Zinsbeschränkung.

Meine Damen und Herren, seit unserer letzten Debatte hier im Haus sind drei Jahre vergangen

(Dietmar Eifler, CDU: Stimmt, wir haben darüber gesprochen.)

und das ist dann auch alles, was im Bereich der Selbstverpflichtung zwischenzeitlich passiert ist. Und dann meint die Landesregierung in der Antwort auf die Kleinen Anfragen allen Ernstes, sie halte weiter an einer Selbstverpflichtung fest und lehne eine Deckelung der Zinsen

für Dispositions- und Überziehungskredite ab, beziehungsweise es war in der SVZ zu lesen, dass die Landesregierung keinen Handlungsbedarf sehe.

Das ist mir nun völlig unverständlich. Seit Jahren besteht dieses Problem. Gerade für die Landesregierung eines Landes, wo Niedriglohn auf der Tagesordnung steht, gibt es keinen Handlungsbedarf, die Kreditzinsen zu beschränken? Ich glaube, da verkennt die Landesregierung, dass sie eigentlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort handeln sollte und nicht im Interesse der Banken.

Und nicht nur, dass die Landesregierung keinen Handlungsbedarf sieht, sie verhindert aktiv, dass es zu einer Beschränkung der Banken kommt. Ein Beispiel ist die Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg zur Zinsbegrenzung für Überziehungskredite. Wie verhält sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hierzu 2012? – Sie enthält sich. 2015 gab es eine erneute Bundesratsinitiative von Nordrhein-Westfalen. NRW stellte den Antrag, eine Obergrenze des Dispound Überziehungszinses von acht Prozent über dem Basiszinssatz vorzusehen. Wie verhält sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern? – Genau, sie enthält sich.

Der Vollständigkeit halber weise ich darauf hin, dass es in der Zwischenzeit auch sonst keine Initiativen der Landesregierung gab, das Problem in den Griff zu bekommen. Das ist kein Handeln im Sinn der Menschen von Mecklenburg-Vorpommern!

Sehr geehrte Damen und Herren, es wird von den Banken immer so getan, als sei die Deckelung der Zinssätze ein staatlicher Eingriff in die Marktpreise. Das mag auch so sein, aber als im Rahmen der Finanzkrise staatliche Rettungsschirme für Bankenrettung aufgespannt wurden, haben Sie sich auch nicht über diese staatlichen Eingriffe beschwert.

(Beate Schlupp, CDU: Für welche Banken denn?)

Als die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank politisch gebilligt wurde, haben Sie das ebenfalls freudestrahlend hingenommen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn man schon die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank als regulierenden Eingriff in den Bankensektor gutheißt, dann muss man auf der anderen Seite auch die Schutzmechanismen für die Verbraucherinnen und Verbraucher einziehen. Es wird aus unserer Sicht Zeit, dass die Politik hier eingreift und endlich einen Deckel für die Dispo- und Überziehungskredite einzieht. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Ums Wort gebeten hat zunächst die Ministerin für Justiz. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Katy Hoffmeister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gesetzliche Zinsbegrenzung für Dispositions- und Überschreitungskredite ist seit geraumer Zeit immer wieder mal gefordert worden. Von Ihnen, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, gibt es nach meiner Auffassung drei Anträge nach 2013 und 2014.

Und um auf Herrn Koplin zu antworten, ja, ich war im Archiv und habe die alten Anträge auch herausgeholt. Aus meiner Sicht ist allerdings auch der heute vorliegende Antrag abzulehnen, und ich sage Ihnen auch, warum, meine Damen und Herren. Eines muss klar sein, Dispositions- und Überziehungskredite sind Darlehen und damit klassischerweise nichts anderes als Schulden. Und die gilt es eigentlich zu vermeiden.

(Minister Harry Glawe: Richtig. – Vizepräsidentin Beate Schlupp übernimmt den Vorsitz.)

Wenn Haushalte ihren Dispo- und Überziehungskredit regelmäßig und längerfristig in Anspruch nehmen, können diese Verbraucher in eine klassische Schuldenfalle geraten. Ich halte es daher nicht für zielführend, die Betrachtung auf eine gesetzliche Zinsbegrenzung zu fokussieren. Der Bundesgesetzgeber hat auch darauf reagiert, und zwar nach meiner Auffassung völlig zu Recht. Am 21. März 2016 traten neue bundesgesetzliche Regelungen in Kraft. Diese stellen den Gedanken der Prävention und der Beratung in den Vordergrund, mit dem Ziel, Verbraucher vor der Gefahr der dauerhaften und erheblichen Inanspruchnahme zu schützen.

Die neuen Regelungen in Paragraf 504a und 505 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagen dabei Folgendes: Wer länger als sechs Monate den Dispo zu durchschnittlich 75 Prozent des Rahmens in Anspruch nimmt, dem muss sein Kreditinstitut ein Beratungsgespräch über kostengünstigere Alternativen zum Dispo und über die Konsequenzen weiterer Überziehungen anbieten. Dasselbe gilt bei einer lediglich geduldeten Überziehung über drei Monate, wenn durchschnittlich über 50 Prozent des monatlichen Geldeinganges auf dem Konto in Anspruch genommen werden. Weiterhin muss die Bank in beiden Fällen auf geeignete Beratungsmöglichkeiten wie etwa eine anbieterunabhängige Schuldnerberatung hinweisen.

Mit der Gesetzesreform in 2016 ist auch geregelt, dass die Kunden über die aktuellen Sollzinssätze und damit die drohenden Kosten informiert werden müssen. Das Stichwort heißt: mehr Kostentransparenz zugunsten des mündigen Verbrauchers. Früher war es in der Tat für den Verbraucher nicht immer ganz einfach zu erfahren, wie hoch Dispo- und Überziehungszinsen überhaupt sind. Heute funktioniert das mittlerweile recht gut, die Banken informieren darüber auf den Internetseiten, auch die Stiftung Warentest hat das bestätigt.

Das alles sind wirksame Maßnahmen zur Prävention, Aufklärung und Beratung. Und, meine Damen und Herren, diese Maßnahmen basieren auf dem von Ihnen zitierten Beschluss der 10. Verbraucherschutzministerkonferenz aus dem Jahre 2014. Es ist keineswegs so, dass diese Verbraucherschutzministerkonferenz ausschließlich eine Begrenzung der Dispozinsen gefordert

hätte. Der damalige Beschluss ging viel weiter, und zwar im Sinne der eben beschriebenen Prävention und Beratung.

Darauf hat am 3. Juli 2014 bereits mein damals zuständiger Kollege Herr Dr. Backhaus hier im Landtag auch hingewiesen. Die geschilderten und seit anderthalb Jahren bestehenden gesetzlichen Regelungen haben ein langes und sehr umfangreiches Gesetzgebungsverfahren durchlaufen. Der Bundesrat schlug in der Tat im Gesetzgebungsverfahren die Einführung einer Begrenzung der Dispo- und Überziehungskreditzinsen vor, acht Prozent über dem Basiszinssatz. Dies lehnte die Bundesregierung ab – zum einen mit dem Verweis auf die geplanten und letztlich auch umgesetzten Beratungs- und Informationspflichten der Banken, zum anderen konstatierte die Bundesregierung eine Senkung der Sollzinsen in den letzten Jahren. Damit seien Regelungen zur Zinsbegrenzung zumindest derzeit überflüssig geworden.

Auch der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Bundestages empfahl, von einer gesetzlichen Begrenzung der Überziehungszinsen abzusehen. Ein Antrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur gesetzlichen Begrenzung wurde im Bundestag im Februar 2016 abgelehnt. Der Bundesrat, derjenige also, der ursprünglich gefordert hatte, eine Begrenzung vorzunehmen, hat im Übrigen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens davon abgesehen, den Vermittlungsausschuss einzuleiten.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns nun die Zinsentwicklung aktuell anschauen, so sinkt der durchschnittliche Zinssatz, zugegebenermaßen allerdings natürlich in sehr, sehr kleinen Schritten, aber er fällt. Die Zeitschrift "Finanztest", herausgegeben von der Stiftung Warentest, hat im November 2012 als durchschnittlichen Zinssatz 11,76 Prozent ermittelt, im Oktober 2014 - also knapp zwei Jahre später - 10,65 Prozent. Der aktuelle Wert aus dem Juni 2017, ebenfalls von "Finanztest" und nach derselben Methode ermittelt, betrug durchschnittlich 9,78 Prozent. Ich weiß, das sind Durchschnittszahlen und natürlich aus Sicht eines Verbrauchers nicht die, die er sich wünscht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts dieser Zahlen besteht aber meines Erachtens kein Bedürfnis zu einer gesetzlichen Marktregulierung.

> (Peter Ritter, DIE LINKE: Aber vielleicht besteht der Bedarf. Wenn bei Ihnen kein Bedürfnis vorliegt, ist das ja etwas anderes.)

Zusammenfassend ergibt sich für mich Folgendes: Selbst, wenn man in Betracht ziehen würde, Zinsen gesetzlich zu begrenzen, würde eine erneute Gesetzesinitiative aus meiner Sicht heute keinen Sinn machen, denn das beschriebene Gesetzgebungsverfahren und die daraus resultierenden Neuregelungen sind gerade einmal anderthalb Jahre alt. Das System der Verbraucherberatung und der Kosteninformationen ist also erst seit 2016 überhaupt installiert. Diesen gesetzlichen Neuregelungen sollte man aus meiner Sicht eine angemessene Zeit geben, um ihre Wirkung zu entfalten.

Wohl auch aus diesem Grund sind im Übrigen zurzeit keine entsprechenden Gesetzesinitiativen anderer Bundesländer zu verzeichnen. Und aus meiner Sicht verbietet es sich auch, Vorratsbeschlüsse des Landtages – also ins Blaue hinein – zu treffen. Die Landesregierung

soll etwaige derartige Initiativen anderer Bundesländer unterstützen, ohne dass überhaupt klar ist, wann es sie gibt und wie sie möglicherweise aussehen. Auch insoweit ist der vorliegende Antrag deshalb aus meiner Sicht abzulehnen. – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Frau Ministerin.

(Andreas Butzki, SPD: Und keiner klatscht. – Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr da Cunha.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Auch ich freue mich zuallererst, dass wir diesen neuen Plenarsaal haben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich bin zwar, ich wollte gerade sagen, einer von vielen und darf am letzten Tagesordnungspunkt, wo wir noch Aussprache haben, reden. Deswegen sollte ich es an dieser Stelle auch genießen.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE unter dem Titel "Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite begrenzen" lehnen wir ab

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach!)

und ich komme auch gleich zu den Gründen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt ist die Freude im Eimer!)

Das Thema des Schuldenrechts und der Dispositionskredite ist ein recht weites Feld und man kann, wie die Ministerin schon erwähnt hat, nicht allein auf die Zinsen als einzigen Kostenfaktor schauen, um sich ein Bild zu machen, ob und in welchem Umfang die Banken übermäßig auf Kosten der Verbraucher Gewinne machen. Die Banken bieten Konten mit unterschiedlichstem Leistungsumfang an und nur im Gesamtpaket lässt es sich vergleichen. Das ist jetzt aber auch kein Thema für die heutige Debatte.

Um nur einmal zu verdeutlichen, worüber wir sprechen: Zinsen für Dispositions- und Überschreitungskredite fallen immer taggenau für die beanspruchte Kreditmenge an und belasten dann vierteljährlich das Girokonto. Dabei bieten sie Verbraucherinnen und Verbrauchern die Möglichkeit, ohne ausreichendes Kontoguthaben am Zahlungsverkehr teilzunehmen. Ich habe mich da schlaugemacht und eine andere Zahl als Frau Bernhardt gefunden. Ich habe die 9,78 als Durchschnitt, aber vielleicht ist das ja für M-V noch ein bisschen anders.

Es fällt an dieser Stelle aber auch auf, dass Konten mit niedrigeren Dispositionszinsen höhere Kontoführungsgebühren haben und, einmal andersherum, diejenigen, die hohe Kontoführungsgebühren haben, auch einen niedrigen Dispositionszins anbieten. Da stellt sich mir dann gleich die Frage, ob eine gesetzliche Absenkung nicht dazu führt, dass wir alle eine höhere Kontoführungsgebühr zahlen,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

was vielleicht nicht unbedingt sozial gerecht ist. Hier würden dann alle Verbraucherinnen und Verbraucher dafür zahlen, dass einige ihren Überziehungskredit günstig haben. Sozial gerecht ist anders.

Ja, die Zinsen sind niedrig und auch unsere Fraktion würde es begrüßen, wenn die Kreditwirtschaft diese niedrigen Zinsen zeitnah an die Verbraucher weitergibt. An vielen Stellen – beispielsweise seien hier die Immobilienkredite genannt – sehen wir die Entwicklungen bereits und sie führen dazu, dass deutlich mehr Kredite in Anspruch genommen werden. Doch man darf an dieser Stelle auch nicht vergessen, dass es die Kreditwirtschaft in Zeiten niedriger Zinsen schwer hat, Geld zu verdienen.

Aber welche anderen Möglichkeiten gäbe es noch, um Kostenfallen durch Dispositionskredite zu verhindern? Als Erstes fällt mir da ein, die Ministerin hat es gerade angesprochen, die Beratung noch zu verbessern. Es gibt da schon verschiedenste Ansätze und die Abgeordnete Bernhardt hat es bereits erzählt. Die Sparkassen im Land bieten laut den Regelungen des BGB bei längerer und höherer Inanspruchnahme von Dispositionskrediten eine Beratung an oder müssen sie anbieten, um den Kunden auch günstigere Kreditprodukte anzubieten und gemeinsam Möglichkeiten zur ratenweisen Rückführung des Dispositionskredites zu erarbeiten. Ich glaube, dass neben dem Kostenfaktor Zinsen die Beratung das Wichtigste ist, was Verbraucherinnen und Verbraucher bei dem Thema der Kostenfalle Dispozinsen helfen würde.

Aber lassen Sie uns einmal auf den Antrag zurückkommen. In den Koalitionsfraktionen herrschte zu dem Thema bisher immer eine unterschiedliche Auffassung. Von der Landesebene wurden seitens der SPD-Regierung entsprechende Initiativen stets unterstützt. So hat das Landwirtschaftsministerium auf Verbraucherschutzministerkonferenzen häufig für Initiativen zur Zinsbegrenzung gestimmt.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Insbesondere ist hier noch einmal die 10. Verbraucherschutzministerkonferenz unter dem Vorsitz von Mecklenburg-Vorpommern am 16. Mai 2014 in Rostock-Warnemünde zu nennen, bei der ein Beschluss gefasst wurde, der die Bundesregierung auffordert, eine gesetzliche Deckelung für Zinsen von Dispositions- und Überschreitungskrediten auf Basis eines marktabhängigen schwankenden Referenzwertes festzulegen, sofern die Banken nicht innerhalb der nächsten sechs Monate eine flächendeckende Korrektur der Zinssätze für die Dispokredite und für geduldete Überziehungen vornehmen.

Wir sehen es zwar auch als Problem an und es ist auch wirklich eine schwerwiegende Sache, dass besonders diejenigen Verbraucherinnen und Verbraucher, die schon stark überschuldet sind, Schwierigkeiten haben, ein neues Konto aufzumachen, um dann günstigere Kredite in Anspruch zu nehmen, aber nur die Zinsbegrenzung an dieser Stelle zu machen, würde dort nicht helfen. Man kann allein schon deswegen Ihrem Antrag nicht zustimmen, da er das Problem nicht an der Wurzel anpackt. Wir lehnen deshalb Ihren Antrag auch ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Grimm.

(Der Abgeordnete Christoph Grimm stellt das Rednerpult ein.)

Christoph Grimm, AfD: Schon ganz oben. Okay.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen Abgeordneten! Das ist meine erste Rede hier in diesem schönen neuen Saal ...

(Vincent Kokert, CDU: Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!)

Danke sehr.

(Patrick Dahlemann, SPD: Aber eigentlich wollten Sie doch hier gar nicht reden.)

... und ich habe sie hier schön aufgeschrieben, aber unter dem Eindruck der sehr guten Rede des Herrn Prachtl gestern

(Peter Ritter, DIE LINKE: Vorgestern.)

und unter dem Eindruck der eher nur gut klingenden Rede des Herrn Lammert lege ich das mal so ein bisschen beiseite und spreche frei.

(Patrick Dahlemann, SPD: Wow!)

Leider ist Frau Oldenburg jetzt nicht da, aber ich sage mal \dots

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die hat einen Termin. Ich vertrete sie. Was kann ich ausrichten?)

Okay. Herr Ritter, ich frage mal rhetorisch, Sie brauchen nicht zu antworten: Wann haben Sie das letzte Mal Ihren Dispo in Anspruch genommen?

(Patrick Dahlemann, SPD: Ist gar nicht lange her. – Vincent Kokert, CDU: Ständig. – allgemeine Heiterkeit)

Sie brauchen nicht, war nur eine rhetorische Frage. Ich will damit nur sagen, Herr Ritter höchstwahrscheinlich nicht und wir hier im Saal eher auch nicht oder selten. Aber Sie haben die kleinen Leute im Blick,

(Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

das ist ja hier zum Ausdruck gekommen, das ist auch sehr ehrenhaft. Die Rentner, die Studenten, die prekär Beschäftigten, die haben Sie im Blick. Das ehrt Sie ja. Sie wären nicht die LINKEN, wenn es anders wäre.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Zielgruppe.)

Und ich bin auch bei dieser Thematik durchaus bei Ihnen. Ja, da sollten wir was tun für die Leute. Das ist, denke ich, unsere Pflicht.

Auf der anderen Seite steht allerdings, dass Sie gewissermaßen versuchen, an einem kleinen Symptom herumzudoktern, wohingegen die große Krankheit nicht bekämpft wird. Die große Krankheit ist doch die Niedrigzinspolitik der EZB.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die ist doch der Ideologie der Eurorettung geschuldet und da sollten Sie vielleicht mal anfangen, drüber nachzudenken.

> (Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Peter Ritter, DIE LINKE: Sie haben meiner Kollegin nicht zugehört.)

Wenn Sie nur einen Teil Ihrer parlamentarischen Energie – und das gilt auch für Sie dort hinten –, die Sie heute in das AfD-Bashing gesteckt haben, wenn Sie nur einen Teil dieser Energie in die Beschäftigung mit dieser Problematik stecken würden, dann wäre unserem Land schon etwas mehr gedient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Zur europäischen Finanzpolitik hat meine Kollegin gesprochen. Da haben Sie zugehört, oder?)

Und die 13 Leute, die hier sitzen, die braucht dieses Land genauso dringend wie das Parlament im Bundestag,

(Zurufe von Dietmar Eifler, CDU, und Karen Larisch, DIE LINKE)

das sind im Bundestag die etwa 88 neuen Mitglieder der Alternative für Deutschland.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie sollten nicht so,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Zahlen ändern sich ja ständig, das weiß man nicht so genau. So ungefähr.)

Sie sollten nicht so laut werden, da von der CDU.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Also Sie rechnen in Ihren haushalterischen Überlegungen, das haben wir gestern gehört, mit einer langen Phase des Niedrigzinses. Wer das tut, der handelt, wie ich finde, unseriös.

(Egbert Liskow, CDU: Sie haben nicht zugehört.)

Sie sollten ...

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben nicht zugehört.)

Ja, ich habe schon genau zugehört. Ja, ja.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist völliger Quatsch!)

Und im Übrigen will ich,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)

will ich Ihnen noch mal ...

(Glocke der Vizepräsidentin)

Ja, jetzt habe ich es wieder geschafft.

(Beifall und Heiterkeit bei Nikolaus Kramer, AfD – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Sie sollten sich ein bisschen zurücknehmen! Ich gebe ja zu, ...

(Egbert Liskow, CDU: Nein, Sie!)

Hören Sie genau zu!

(Harry Glawe, CDU: Dann dürfen Sie nicht so einen Käse erzählen!)

... wir hatten Herrn Arppe, ja, aber Sie haben Frau Merkel.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Karen Larisch, DIE LINKE: Das kann man nicht miteinander vergleichen. Ich bitte Sie!)

Ja, wenn Sie mal an die Dimension des Schadens, des materiellen Schadens,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Herr Arppe ist nicht so schlimm, nein?!)

den beide Personen angerichtet haben, denken, ja,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Karen Larisch, DIE LINKE: Ich bitte Sie, Herr Grimm!)

dann neigt sich die Waagschale doch wohl ganz eindeutig. Also das sollten Sie bitte mit bedenken, ja.

(Dietmar Eifler, CDU: Unglaublich! –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Aber es ist nicht schlimm, nee. –
Karen Larisch, DIE LINKE: Frau Merkel wollte
niemals jemanden an die Wand stellen! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Die EZB wird die Zinsen mit Sicherheit so schnell nicht erhöhen, weil sie braucht diese Niedrigzinsen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist wieder mal ein Beleg dafür, dass der Antrag von heute früh nichtig war.)

um den Euroladen überhaupt am Laufen zu halten.

(Egbert Liskow, CDU: Was haben Sie denn genommen heute? – Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD: Was denn nicht?!)

Würde der Basiszins auch nur um ein Prozent erhöht, dann würde das Kartenhaus zusammenbrechen. Es wird also immer nur angekündigt, es könnte sein, nächsten Monat wird die EZB die Zinsen erhöhen. Es wird nicht stattfinden!

(Karen Larisch, DIE LINKE: Der Staat hat gesagt, es hält. Er weiß nur nicht, wie.)

Und Sie, wie gesagt, sollten sich mehr um einen Realismus kümmern und weniger um Ihre Ideologie.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Na, na!)

Sie haben sehr viele kluge Frauen

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

in Ihrer Fraktion, ...

(Karen Larisch, DIE LINKE: Vielen Dank!)

Ja, bitte sehr.

... aber,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das unterscheidet uns ganz deutlich von Ihnen.)

aber ...

Jetzt hören Sie weiter zu!

Sie haben sehr viele kluge Frauen hier in dieser Fraktion und Sie haben viele kluge Frauen auch in der Partei DIE LINKE, aber die klügste – und bleiben Sie mir bitte gewogen, das ist jetzt nicht böse oder persönlich gemeint –,

(Susann Wippermann, SPD: Wir bleiben Ihnen bestimmt nicht gewogen.)

aber die klügste, die sitzt in Berlin und die heißt Frau Wagenknecht. Die hat das alles nämlich durchschaut.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, und? – Zuruf von Karen Larisch, DIE LINKE)

Ja, kümmern Sie sich mal darum!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich mag sie auch sehr.)

Lassen Sie sich vielleicht mal ein bisschen beraten von ihr!

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Wagenknecht hat eine ganz klare Position zur AfD. – Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Hier ist noch ein Wort von Ihnen gekommen. Die Banken verdienen also Unsummen, so sagen Sie. Ja, das ist so eine schöne Vorstellung, von diesen Unsummen könnte man ja ein bisschen abzweigen und mehr den bedürftigen Bankkunden geben. Das Bild kann ich natürlich gut verstehen. Aber durch die Nullzinspolitik der EZB ächzen auch unsere Banken. Das müssen Sie wissen, das ist so.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Unsere Banken? Unsere?)

Die haben schon in einem ersten Schritt sehr viel Personal eingespart, durch einen ersten Schritt. Da ging es um die Digitalisierung und das Onlinebanking. Die haben gar nicht mehr so viele Möglichkeiten, irgendwo einzusparen. Sie sind also gewissermaßen auf diese Differenz zwischen den Überziehungszinsen, den Dispozinsen und den Sparzinsen, die sie auszahlen, angewiesen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Mir kommen gleich die Tränen.)

Ja, weinen Sie nur! Das müssen Sie aber wissen, wenn Sie diese Forderungen hier stellen.

Zu den rechtlichen Bedingungen hat ja die Frau Ministerin Ihnen eigentlich alles blendend gesagt, was man dazu wissen muss. Ich kann mir diesen Teil also ersparen. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir das, was Sie hier beantragt haben, doch eher in dem Bereich sehen, dass Sie versuchen, in einen bereits sehr regulierten Markt noch mal regulierend einzugreifen, und das lehnen wir deshalb ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Kliewe.

(Vincent Kokert, CDU: Zeig ihm jetzt mal, wie man eine Rede vorliest!)

Holger Kliewe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Werte Gäste!

(Torsten Renz, CDU: Nicht kommentieren!)

Bevor ich mit meiner Rede anfange, kann ich mir eine kurze Bemerkung auf meinen Vorredner Herrn Grimm nicht verkneifen.

(Torsten Renz, CDU: Wir bitten darum.)

Also erst mal will ich sagen, mit Ihrer Rede Thema völlig verfehlt. Und zweitens, wenn Sie Ihren Jetzt-nicht-mehr-Abgeordneten Ihrer Fraktion Herrn Arppe und Frau Merkel hier auf eine Stufe stellen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig!)

ist es doch eine Frechheit, die Sie hier an den Tag legen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Christel Weißig, BMV – Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es, jawoll!)

Ich denke mal, Sie haben aus der Debatte, die wir heute Vormittag geführt haben, aber auch nichts dazugelernt, gar nichts.

> (Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig, sehr richtig!)

Sie sind wahrscheinlich bei diesem Thema doch unbelehrbar.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Umgekehrt auch. – Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, Herr Weber ist wieder munter, guck mal!)

So, ja, bevor ich dann jetzt zu meiner Rede komme, 37 Seiten,

(Torsten Renz, CDU: Muss er gleich mal dazwischenrufen.)

sehr diszipliniert ausgearbeitet, wenn ich sie jetzt vortragen würde,

(Jochen Schulte, SPD: Ja, bitte.)

würden Sie feststellen,

(Jochen Schulte, SPD: Bitte, Herr Kollege!)

dass ich entweder bei der Frau Ministerin abgeschrieben habe oder die Frau Ministerin bei mir abgeschrieben hat.

> (Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und Bernhard Wildt, BMV)

Deswegen werde ich die Rede nicht in Gänze vortragen.

(Torsten Renz, CDU: Das ist gefährlich mit dem Plagiat nachher.)

Wahrscheinlich hatten wir die gleichen Quellen. Das ist ja auch nicht weiter schlimm.

(Andreas Butzki, SPD: Das muss ja einen Protokolleintrag geben hier.)

Es geht hier um einen Antrag der LINKEN, die Dispozinsen zu begrenzen, und dieser Antrag ist an sich ja eigentlich auch nicht verkehrt im Sinne des Verbrauchers. Jeder von uns wünscht sich sicherlich einen sehr niedrigen Zinssatz.

(Torsten Renz, CDU: Wenn man was bekommt, nicht. Dann würde ich lieber einen höheren nehmen.)

Aber man muss unterscheiden zwischen Zinssätzen für Dispozinsen und Zinssätzen für normale Kredite, die man längerfristig gestalten möchte. Ein Dispozins ist eigentlich dazu da, um kurzfristige Engpässe auszugleichen. Wenn man längerfristig Geld in Anspruch nimmt, sollte man dazu Dispozinsen nicht in Anspruch nehmen oder einen Dispokredit. Da sollte man dann lieber als Verbraucher entweder einen Verbraucherkredit aufnehmen oder versuchen, die Sachen anderweitig zu gestalten.

Welche Gefahr bringt ein niedriger Dispozins? Er bringt natürlich die Gefahr, was wir nämlich auch bei Verbraucherkrediten erleben, dass die Verbraucher leichtsinnig werden und sich überschulden, denn durch ganz niedrige Verbraucherkredite haben wir zurzeit eine Überschuldung der Bevölkerung, weil das geborgte Geld nichts kostet. Und wenn wir das bei den Dispozinsen auch hätten, dann würden die Verbraucher bei diesem Thema richtig zulangen und würden sich keine Gedanken machen, dass sie schnell von dieser Überziehung wieder runterkommen.

Deswegen, glaube ich, ist es auch eine gewisse Erziehungsmaßnahme für den Verbraucher, wenn wir hier beim Dispozins, der ja sehr flexibel gestaltet ist, höhere Zinsen haben. Das ist ganz normal. Wenn man sich einfach mal vorstellt, Sie brauchen 20.000 Euro oder Sie möchten einen Überziehungskredit von 20.000 Euro sich gestalten, frei gestalten, dann haben Sie die Möglichkeit, dieses mit einem langfristigen Kredit zu gestalten, vielleicht mit drei Prozent Zinsen – in der heutigen Zeit, den-

ke ich mal, normal –, dann haben Sie aber ständig für die 20.000 die drei Prozent zu bezahlen. Bei einem Überziehungskredit, da nehmen Sie mal eine kleine Summe in Anspruch, mal eine größere in Anspruch und versuchen immer, schnell wieder runterzukommen. Spätestens mit der nächsten Gehaltszahlung haben Sie wieder getilgt, sind Sie wieder runter und zahlen dann gar keine Zinsen.

Und wenn man mal die Rechnung aufmacht, glaube ich, fahren Sie mit einem Dispokredit, den Sie ganz flexibel gestalten können, den Sie nur in Anspruch nehmen, wenn Sie ihn wirklich brauchen für wenige Tage, kurzfristig, finanziell als Verbraucher besser, als wenn man Ihnen einen Verbraucherkredit gewährt mit einer Summe X, wo Sie einen ständig festen Zinssatz haben. Deswegen ist das ja auch hier schon gesagt worden von unserer Ministerin, wenn jemand aber ständig überzieht und ständig größere Summen in Anspruch nimmt, dann sollte er natürlich mit seiner Bank reden und aus dem Dispokredit einen Verbraucherkredit machen mit einem sicherlich doch moderateren Zinssatz.

Ansonsten muss ich Ihnen sagen, liebe Freunde von den LINKEN.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zurufe aus dem Plenum: Freunde!)

ich glaube, wir hier im Parlament sind nicht der richtige Ansprechpartner, wenn es darum geht, unseren Banken vorzuschreiben, wie hoch die Zinsen zu sein haben. Das ist natürlich ein freier Wettbewerb, der mittlerweile europäisch ist. Wir als regionale Parlamente zumindest – da denke ich mal an einen Landrat, der hat vielleicht noch ein bisschen Einfluss auf seine Sparkasse und könnte mit seinem Sparkassendirektor reden und sagen, hör mal zu, ich möchte in meinem Landkreis den Zins gedeckelt haben, damit würde er aber natürlich seine Sparkasse in Bedrängnis bringen und würde den freien Wettbewerb verzerren. Und das sind, denke ich mal, Dinge, die einfach nicht gehen.

(Karen Larisch, DIE LINKE: Ach was?!)

Aus all diesen Gründen, die ich hier gerade eben genannt habe, lehnen wir von der CDU Ihren Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Patrick Dahlemann, SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BMV der Abgeordnete Herr Wildt.

Bernhard Wildt, BMV: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen vom Landtag! Ich habe keine 37 Seiten, ich habe hier nur den Antrag noch mal mitgebracht. Es sind auch schon sehr viele kluge Worte gefallen, die brauchen wir ja auch zum Glück nicht mehr zu wiederholen.

Aber einen Irrtum möchte ich doch noch mal aufklären, Frau Bernhardt: Die Banken profitieren nicht von den anhaltend niedrigen Leitzinsen der Europäischen Zentralbank, sondern im Gegenteil, sie leiden darunter. Die Zinsmargen sind in den letzten Jahren verfallen, die Einnahmesituation der Banken ist schlecht und wir merken das hier auch im Land Mecklenburg-Vorpommern,

denn unsere Regionalinstitute sind gezwungen, die Zweigstellen zu schließen. Übrigens, auch große Geschäftsbanken wie die Deutsche Bank schließen in der Fläche ihre Geschäftsstellen. Darunter leidet gerade der ländliche Raum, dem sich ja unsere Fraktion besonders verbunden fühlt

(Thomas Krüger, SPD: Unsere Fraktion auch. – Torsten Renz, CDU: Die CDU-Fraktion auch.)

Und wir haben anders sogar, muss man sagen, auf der Insel Rügen zum Beispiel das große Problem, dass die Zweigstellen der Banken verschwinden und die Wege zu den Banken immer weiter werden. Also es ist einfach ein Irrtum zu sagen, die Banken profitieren.

Zweitens sagen Sie, die wirksame Selbstbeschränkung ist auch zukünftig nicht zu erwarten. Da haben Sie recht, Selbstbeschränkungen funktionieren leider tatsächlich fast nie. Das liegt einfach an dem Wesen einer Marktwirtschaft mit Wettbewerb. Das heißt, entweder der Staat schafft Regeln oder er schafft sie nicht. Auf freiwillige Beschränkungen zu vertrauen, wäre tatsächlich etwas naiv.

Dann fordern Sie eine Obergrenze für Zinsen, fünf Prozent, acht Prozent. Die Frage wäre dann, ob Sie auch eine Obergrenze für Brot und Butter demnächst fordern. Natürlich wollen wir nicht in die Preispolitik von freien Unternehmen eingreifen. Was für uns wichtig ist, ist, dass die Ursachen abgestellt werden, nämlich eine Geldpolitik, die einfach nicht sachgerecht ist, die es auch früher, historisch gesehen, niemals so gegeben hat. Negative Zinsen kommen einfach nicht vor in der Theorie, jetzt haben wir sie in der Praxis. Das wird aber kein Dauerzustand sein, das heißt, die Zinsen werden wieder steigen

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

und dann wird auch das gesamte Wettbewerbsgefüge wieder in Schwung kommen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Das eigentliche Problem, das Sie ansprechen, ist aber durchaus gegeben. Natürlich sind auch wir gegen Wucherzinsen. Natürlich möchten auch wir uns für den Verbraucherschutz einsetzen. Wir sind nur der Meinung, das muss anders geschehen, und das wesentliche Element ist da die Beratung. Als gelernter Bankkaufmann kann ich Ihnen sagen, eine gute Bank berät ihre Kunden tatsächlich sehr gut. Wir haben heute schon gehört, es gibt viele verschiedene Sorten von Krediten, ob das nun Immobilienkredite sind oder Dispokredite. Die haben alle unterschiedliche Zweckbindungen, wofür sie eigentlich angeboten werden, und eine gute Bank berät entsprechend und sorgt dann dafür, dass zum Beispiel die Kunden nicht in die Schuldenfalle laufen.

Dafür ist es aber wichtig, dass wir seriöse Banken in unserem Land haben, dass es eben nicht dazu führt, dass die Kunden zu den Kredithaien abwandern, wo sie dann endgültig in der Schuldenfalle sind, sondern dass ihnen wirklich eine Bank zur Seite steht, die sie gut berät. Wir können eigentlich nur dafür sorgen – und da ist sicherlich auch die Landesregierung gefordert, das weiterzuverfolgen, was passiert –, dass diese Banken ihrer Aufgabe gerecht werden. – Schönen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der BMV)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat noch einmal für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Bernhardt.

(Andreas Butzki, SPD: Einfach zurückziehen! – Dietmar Eifler, CDU: So, Antrag zurückziehen!)

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich höre von Ihnen: Warten, warten, warten –

(Patrick Dahlemann, SPD: Zurückziehen!)

und das schon seit mehreren Jahren hier im Landtag.

(Torsten Renz, CDU: Nein, das ist die Rede zum KiföG. Das ist doch die Rede zum KiföG, Frau Bernhardt. Zur Seite packen!)

Wir warten auf die Selbstverpflichtung der Banken, wir warten, wie sich die Regelungen im BGB auswirken, wir warten, warten. Und auf wessen Kosten geht es? Auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens sagten Sie, was dann auch komisch erscheint, na ja, die Verbraucherschutzkonferenz von 2014, da wurden ja einige Maßnahmen umgesetzt, gerade die zur Prävention wie, wir brauchen mehr Transparenz, wir brauchen mehr Beratung – alles gute und wichtige Sachen, alles Sachen, die aus meiner Sicht die Banken nicht viel kosten. Dort, wo es richtig ans Eingemachte geht, wo ich sage, da vertreten Sie die falschen Interessen, das sind die Selbstverpflichtungen, die Zinsbegrenzungen für Dispo- und Überziehungskredite. Deshalb sagen wir, es muss das weitergegeben werden, was die Banken von der EZB bekommen, der Niedrigzins, der Nullzins zurzeit, an die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Und, Herr Kliewe, weil Sie sagten, damit würden wir ja den Wettbewerb verzerren: Dann frage ich mich, bisher haben wir die Regelungen zur Prävention und zur Transparenz eingeführt. Führt das nicht nach Ihrer Meinung dann auch schon zu Wettbewerbsverzerrungen, zur Selbstbeschränkung der Banken? Ich kann das nicht erkennen und finde das im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher durchaus gerechtfertigt, was da geschehen ist. Ich sage, wir müssen noch einen Schritt weiter gehen, das, was auch schon mehrfach die Bundesregierung als auch die Verbraucherschutzministerkonferenzen gesehen haben, dass wir die Dispo- und Überziehungskredite beschränken sollten.

Dann zu dem Argument, die Zinsen würden doch schon gesenkt. Das hatten Sie gesagt, Frau Ministerin. Ja, das stimmt. Die Stiftung Warentest hatte letztes Jahr eine Untersuchung veröffentlicht. Auf der Seite der Stiftung Warentest heißt es vom 14. Juli 2017, dass bei einer Bewertung von insgesamt 1.377 Kreditinstituten in Deutschland der aktuelle Durchschnittswert von Zinssätzen bei Dispokrediten bei 9,78 Prozent liege. Das seien gerade 0,1 Prozent weniger als im Vorjahr. Finden Sie, das ist eine gerechte Weitergabe von den Niedrigzinsen an die Verbraucherinnen und Verbraucher? Da sagen wir als Linksfraktion, nein, wir müssen hier Zinssätze beschränken, nach unserer Ansicht 5 Prozent über dem Basiszinssatz.

Dann hatten Sie noch ausgeführt, na ja, es gibt schon die Regelung zur Transparenz. Tatsächlich ist es so, dass es die gibt, dass sie eingeführt wurde, dass aber immer noch die Banken versuchen, diese Transparenzregelung zu umgehen. Bei einigen Banken werden nicht die genauen Zinshöhen, sondern diese abhängig vom Referenzzinssatz oder der Bonität des Kunden angegeben, andere haben eine sogenannte Nullzinsbremse, was so viel heißt, dass ein negativer Referenzzins wie null Prozent gerechnet wird.

Zum Vierten kam das Argument, na ja, Verbraucher sind doch letztendlich selber dran schuld, wenn sie in die Schuldenfalle geraten, es gibt doch genug Prävention im Vorfeld. Ich möchte hier betonen, bei Dispositions- oder Überschreitungskrediten, ja, da geht es um Schulden,

(Torsten Renz, CDU: Ihre Fraktion stimmt doch zu. Sie müssen uns überzeugen.)

die von Einzelnen gemacht wurden, allerdings sollte man nicht so tun, als läge die Ursache hier nur im Konsumverhalten der Betroffenen. Viele sind aus sozialer Not in diese Situation geraten.

Herr Kliewe, auch in Bezug auf Sie: Nicht jeder ist vermögend, kann einfach mal so umschichten und ist kreditfähig im Sinne eines normalen Kredites. Gerade arbeitsuchende Menschen oder Menschen mit geringem Einkommen sind hier eben nicht liquiditätsfähig und werden dann bei der Kreditbewertung nicht – wie Sie vielleicht – entsprechend eingestuft. Sie sind dann, wenn das Auto kaputtgeht, wenn die Waschmaschine kaputtgeht, auf Überziehungskredite, auf Dispokredite angewiesen, um irgendwie diese Dinge, diese Alltagssachen reparieren zu können.

Dann habe ich, wie am Anfang schon gesagt, gehört: Abwarten, abwarten, bis die Selbstverpflichtung greift, bis die Neuregelungen sich auswirken. Warum, frage ich immer, sollen die Banken sich selber beschränken? Es besteht für sie gar kein Druck. Die Idee, alles sei transparent und am Ende würde sich der Markt regulieren, wird aus zwei Gründen nicht funktionieren. Erstens ist das Ganze nicht so transparent, wie man annehmen möchte. Als ich in Vorbereitung dieses Antrages recherchiert habe, fiel mir auf, dass die meisten Banken zwar die Zinssätze für Dispo- und Überziehungskredite angeben, diese aber nicht auf den ersten Blick zu finden sind und es kaum übersichtliche Tabellen gibt, in denen zumindest die Vielzahl der üblichen Kreditinstitute einander gegenübergestellt werden. Natürlich gibt es gewisse Listen, aber die sind sehr lückenhaft. Es ist also für den Kunden schwierig, sich einen genauen Überblick zu verschaffen, auch nach den Neuregelungen.

Zweitens wird es bei der Auswahl der Bank für kaum jemanden eine Rolle spielen, wie hoch die Zinssätze für Dispo- und Überziehungskredite sind. Das liegt ganz einfach daran, dass jedermann grundsätzlich darauf vertraut, dass er diese niemals brauchen wird. Er wird sich nicht sagen, lass uns mal zur Bank XY gehen, damit wir dort einen Dispo aufnehmen können. Eher schaut man doch, wie viele Zinsen auf Guthaben man bekommt – das ist zurzeit ebenfalls nicht viel – oder wie viele Kontoführungsgebühren zu zahlen sind.

Insofern muss ich Ihnen leider eine Absage erteilen, dass wir den Antrag zurückziehen würden.

(Andreas Butzki, SPD: Das ist aber schade.)

Das machen wir natürlich nicht, Herr Butzki,

(Heiterkeit bei Andreas Butzki, SPD: Das hatte ich jetzt voll erwartet.)

sondern wir bleiben dabei, dass wir den Antrag heute zur Abstimmung stellen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1050. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/1050 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, AfD und BMV, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 1**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV – Einsetzung von Ausschüssen, Drucksache 7/1106.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV Einsetzung von Ausschüssen – Drucksache 7/1106 –

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Interfraktionell ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1106. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1106 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt 2**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV – Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Drucksache 7/1108.

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses – Drucksache 7/1108 –

Das Wort zur Begründung wird ebenfalls nicht gewünscht.

Interfraktionell ist ebenfalls vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre auch dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1108. Wer diesem zuzustimmen wünscht,

den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, AfD, DIE LINKE und BMV auf Drucksache 7/1108 ebenfalls einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 18. Oktober 2017, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.36 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Holger Arppe, Elisabeth Aßmann, Dr. Till Backhaus, Sylvia Bretschneider, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, Burkhard Lenz, Nils Saemann und Erwin Sellering.

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer 1 des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament

- Drucksache 7/1052 -

Jastimmen		AfD	
SPD	Albrecht, Rainer Brade, Christian Brodkorb, Mathias Butzki, Andreas da Cunha, Philipp Dachner, Manfred Dahlemann, Patrick Drese, Stefanie	Grimm, Christoph Hersel, Sandro Dr. Jess, Gunter de Jesus Fernandes, Thomas Kramer, Nikolaus Kröger, Jörg Lerche, Dirk Obereiner, Bert Reuken, Stephan J. Strohschein, Jürgen	
	Friedriszik, Dirk Hesse, Birgit Julitz, Nadine	Dr. Weber, Ralph DIE LINKE	
CDU	Krüger, Thomas Mucha, Ralf Pegel, Christian Schulte, Jochen Schwarz, Thomas Stamer, Dirk Tegtmeier, Martina Wippermann, Susann	Bernhardt, Jacqueline Foerster, Henning Kolbe, Karsten Kröger, Eva-Maria Larisch, Karen Oldenburg, Simone Ritter, Peter Rösler, Jeannine Dr. Schwenke, Mignon Dr. Weiß, Wolfgang	
	von Allwörden, Ann Christin Berg, Christiane Caffier, Lorenz Ehlers, Sebastian	BMV Borschke, Ralf	
	Eifler, Dietmar Friemann-Jennert, Maika Glawe, Harry Kliewe, Holger	Dr. Manthei, Matthias Weißig, Christel Wildt, Bernhard	
	Kokert, Vincent Liskow, Egbert	Endgültiges Ergebnis:	
	Liskow, Franz-Robert Reinhardt, Marc Renz, Torsten Schlupp, Beate	Abgegebene Stimmen	59 59
		= 4 6	

Enthaltungen-

Waldmüller, Wolfgang

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer 2 des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament

- Drucksache 7/1052 -

Jastimmen		AfD	
SPD		Grimm, Christoph Hersel, Sandro	
	Albrecht, Rainer	Dr. Jess, Gunter	
	Brade, Christian	de Jesus Fernandes, Thomas	
	Brodkorb, Mathias	Kramer, Nikolaus	
	Butzki, Andreas	Kröger, Jörg	
	da Cunha, Philipp	Lerche, Dirk	
	Dachner, Manfred	Obereiner, Bert	
	Dahlemann, Patrick	Reuken, Stephan J.	
	Drese, Stefanie	Strohschein, Jürgen	
	Friedriszik, Dirk	Dr. Weber, Ralph	
	Gundlack, Tilo		
	Hesse, Birgit	DIE LINKE	
	Heydorn, Jörg		
	Julitz, Nadine	Bernhardt, Jacqueline	
	Krüger, Thomas	Foerster, Henning	
	Mucha, Ralf	Kolbe, Karsten	
	Pegel, Christian	Kröger, Eva-Maria	
	Schulte, Jochen	Larisch, Karen	
	Schwarz, Thomas	Oldenburg, Simone	
	Stamer, Dirk	Ritter, Peter	
	Tegtmeier, Martina	Rösler, Jeannine	
	Wippermann, Susann	Dr. Schwenke, Mignon	
		Dr. Weiß, Wolfgang	
CDU			
		BMV	
	von Allwörden, Ann Christin		
	Berg, Christiane	Borschke, Ralf	
	Caffier, Lorenz	Dr. Manthei, Matthias	
	Ehlers, Sebastian	Weißig, Christel	
	Eifler, Dietmar	Wildt, Bernhard	
	Friemann-Jennert, Maika		
	Glawe, Harry		
	Kliewe, Holger		
	Kokert, Vincent	Endgültiges Ergebnis:	
	Liskow, Egbert		o :
	Liskow, Franz-Robert	Abgegebene Stimmen	
	Reinhardt, Marc	Gültige Stimmen	
	Renz, Torsten	Jastimmen	61

Neinstimmen-

Enthaltungen-

Schlupp, Beate

Waldmüller, Wolfgang

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer 3 des Antrages der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE Kein Platz für menschenverachtende Hetze im Parlament

- Drucksache 7/1052 -

Jastimmen		DIE LINKE	
SPD		Bernhardt, Jacqueline Foerster, Henning	
	Albrecht, Rainer	Kolbe, Karsten	
	Brade, Christian	Kröger, Eva-Maria	
	Brodkorb, Mathias	Larisch, Karen	
	Butzki, Andreas	Oldenburg, Simone	
	da Cunha, Philipp	Ritter, Peter	
	Dachner, Manfred	Rösler, Jeannine	
	Dahlemann, Patrick	Dr. Schwenke, Mignon	
	Drese, Stefanie	Dr. Weiß, Wolfgang	
	Friedriszik, Dirk	3. 3, 3	
	Gundlack, Tilo	BMV	
	Hesse, Birgit		
	Heydorn, Jörg	Borschke, Ralf	
	Julitz, Nadine	Dr. Manthei, Matthias	
	Krüger, Thomas	Weißig, Christel	
	Mucha, Ralf	Wildt, Bernhard	
	Pegel, Christian		
	Schulte, Jochen	Neinstimmen	
	Schwarz, Thomas		
	Stamer, Dirk	AfD	
	Tegtmeier, Martina		
	Wippermann, Susann	Hersel, Sandro	
		Dr. Jess, Gunter	
CDU		de Jesus Fernandes, Thomas	;
		Kramer, Nikolaus	
	von Allwörden, Ann Christin	Lerche, Dirk	
	Berg, Christiane	Reuken, Stephan J.	
	Caffier, Lorenz	Dr. Weber, Ralph	
	Ehlers, Sebastian		
	Eifler, Dietmar	Enthaltung	
	Friemann-Jennert, Maika	450	
	Glawe, Harry	AfD	
	Kliewe, Holger	Objection Boot	
	Kokert, Vincent	Obereiner, Bert	
	Liskow, Egbert		
	Liskow, Franz-Robert		
	Reinhardt, Marc Renz, Torsten		
	Schlupp, Beate	Endgültiges Ergebnis:	
	Waldmüller, Wolfgang	Liiuguitiges Ergebilis.	
	waldinulier, wollgalig	Abgegebene Stimmen	60
AfD		Gültige Stimmen	
AID		Jastimmen	
	Kröger, Jörg	Neinstimmen	
	Ctrobooksin lürgen	Enthaltungan	

Enthaltungen1

Strohschein, Jürgen